



Stenografischer Bericht

43. Sitzung

Donnerstag, 25. April 2013,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 3571

Beschlüsse zur Tagesordnung 3571

Tagesordnungspunkt 1

Beratung

**Erfolgreichen Stadtumbauprozess
in Sachsen-Anhalt entschlossen
fortsetzen - Wohnraumförderung
generationengerecht gestalten**

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs.
6/1896**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 6/1995**

Herr Felke (SPD) 3593, 3599

Minister Herr Webel 3594

Herr Henke (DIE LINKE) 3596

Herr Scheurell (CDU) 3597

Frau Frederking (GRÜNE) 3598

Beschluss 3600

Tagesordnungspunkt 2

Beratung

**Umweltschädliche Subventionen
für die Braunkohle beenden**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - **Drs. 6/1981**

Herr Erdmenger (GRÜNE) 3600

Minister Herr Möllring 3603

Herr Erben (SPD) 3606

Frau Hunger (DIE LINKE) 3607

Herr Thomas (CDU) 3608

Frau Frederking (GRÜNE) 3610

Beschluss 3612

Tagesordnungspunkt 3

Beratung

**Rücknahme der vorfristigen Fällig-
keit zu den Sozialversicherungsbei-
trägen**

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs.
6/2005**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2018**

Herr Thomas (CDU).....	3612
Minister Herr Bischoff	3614
Herr Dr. Thiel (DIE LINKE)	3615
Herr Mormann (SPD).....	3616
Herr Erdmenger (GRÜNE).....	3617, 3618
Herr Gallert (DIE LINKE)	3618
Beschluss.....	3618

Tagesordnungspunkt 4

Beratung

Neuausrichtung der Standortpolitik notwendig

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs.
6/1996**

Alternativantrag Fraktionen CDU und
SPD - **Drs. 6/2026**

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE)	3619, 3627
Minister Herr Möllring.....	3622, 3623
Herr Gallert (DIE LINKE)	3623
Herr Mormann (SPD).....	3624
Herr Erdmenger (GRÜNE).....	3625
Herr Thomas (CDU).....	3625
Beschluss.....	3628

Tagesordnungspunkt 5

- a) **Regierungserklärung des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt Herrn Dr. Hermann Onko Aeikens zum Thema: „Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt - Stand und Perspektiven“**

Minister Herr Dr. Aeikens.....	3628, 3636
Herr Gallert (DIE LINKE)	3636

- b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE).....	3636
Herr Barth (SPD).....	3640
Frau Frederking (GRÜNE).....	3644
Herr Daldrup (CDU)	3646

Tagesordnungspunkt 6

Beratung

Personalstruktur und wissenschaftlicher Mittelbau an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 6/1323**

Antwort der Landesregierung - **Drs.
6/1730**

Herr Lange (DIE LINKE)	3651, 3661
Minister Herr Möllring.....	3655
Frau Dr. Pähle (SPD).....	3657
Herr Striegel (GRÜNE)	3658
Herr Thomas (CDU).....	3659

Tagesordnungspunkt 7

Erste Beratung

Stabile Beschäftigungsverhältnisse, berechenbare Karrierewege und hervorragende Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchsetzen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs.
6/1997**

Ausschussüberweisung3663

Tagesordnungspunkt 8

Beratung

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 23. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete
- **Drs. 6/2011**

Frage 1:

Entgangene Grunderwerbsteuer beim Verkauf Treuhandliegenschaftsgesellschaft

Herr Henke (DIE LINKE).....	3664
Minister Herr Bullerjahn	3664, 3665

Frage 2:

Rechtsextremes Gefängnisnetzwerk

Frau Quade (DIE LINKE)..... 3665, 3666
 Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb 3665, 3666

Frage 3:

Sozialpädagogische Leistungen für Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt Burg

Frau Dr. Klein (DIE LINKE)..... 3666, 3667
 Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb 3666, 3667

Frage 4:

Auslastung der Jugendsozialtherapeutischen Abteilung der Jugendanstalt Raßnitz

Frau von Angern (DIE LINKE)..... 3668
 Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb 3668

Frage 5:

Einsatz von Honorarkräften im Schulbetrieb der Jugendanstalt Raßnitz

Herr Wagner (DIE LINKE) 3669
 Ministerin Frau Prof. Dr. Kolb 3669

Frage 6:

Zusätzliche Bundesmittel für den Kita-Ausbau 2013/2014

Frau Hohmann (DIE LINKE)..... 3669
 Minister Herr Bischoff 3670

Frage 7:

Abfallgebühren

Herr Weihrich (GRÜNE) 3670
 Minister Herr Stahlknecht 3670

Tagesordnungspunkt 9

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten im Gewerbebereich

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/1756**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft - **Drs. 6/1971**

(Erste Beratung in der 38. Sitzung des Landtages am 20.02.2013)

Herr Tögel (Berichterstatter)..... 3671

Beschluss 3671

Tagesordnungspunkt 14

Zweite Beratung

Betreuungsgeld verhindern - § 16 Abs. 4 SGB VIII streichen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/628**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit und Soziales - **Drs. 6/1984**

(Erste Beratung in der 15. Sitzung des Landtages am 15.12.2011)

Herr Knöchel (Berichterstatter)..... 3672

Frau Hohmann (DIE LINKE)..... 3672

Beschluss 3673

Tagesordnungspunkt 17

Beratung

Enquete-Kommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen - bürgernah und zukunftsfähig gestalten“

Antrag mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/1963**

Frau Gorr (CDU)..... 3673

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE)..... 3675

Beschluss 3676

Tagesordnungspunkt 27**Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung**

Unterrichtung - **Drs. 6/2014**..... 3571

Tagesordnungspunkt 28**Aktuelle Debatte****a) Öffentliche Auseinandersetzung
nach dem Kabinettsbeschluss
zur Haushaltsaufstellung 2014**

Antrag der Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 6/2012**

b) Krise der Regierung Haseloff

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - **Drs. 6/2013**

Herr Gallert (DIE LINKE).....3572, 3581, 3592
Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff3575, 3581
Frau Budde (SPD)3582
Herr Striegel (GRÜNE)3586
Herr Schröder (CDU)3589, 3592

Beginn: 10.05 Uhr.

Präsident Herr Gürth:

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Mitglieder des Hohen Hauses! Hiermit eröffne ich die 43. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der sechsten Wahlperiode und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Gleich zu Beginn können wir Gäste begrüßen. Gemeinhin als Girls' Day bekannt, gibt es den Zukunftstag für Mädchen und Jungen. Mehr und mehr nutzen diesen besonderen Tag, um neue Einblicke in verschiedene Berufs- und Lebenswelten zu ermöglichen.

Herzlich willkommen den Mädchen und Jungen, den jungen Damen und jungen Herren, die im Rahmen dieses besonderen Tages heute unsere Gäste sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir kommen nunmehr zu den Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung. Mit Schreiben vom 17. April 2013 bat die Landesregierung, für die 23. Sitzungsperiode Herrn Minister Dorgerloh zu entschuldigen, und zwar an beiden Sitzungstagen. Er nimmt an der 24. Sitzung der Ständigen Konferenz der Europäischen Erziehungsminister zum Thema „Governance and Quality Education“ in Helsinki teil. Herr Minister Dorgerloh ist Vertreter der Länder im Amt des Präsidenten der Kultusministerkonferenz.

Wir kommen zur Tagesordnung. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 22. April 2013, über das ich Sie in der Drs. 6/2014 unterrichtet habe, die Vereidigung eines neuen Mitglieds der Landesregierung beantragt. Diesen Gegenstand habe ich in der Tagesordnung als Tagesordnungspunkt 27 eingeordnet. Die Vereidigung soll heute an erster Stelle erfolgen.

Die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben fristgemäß jeweils ein Thema zur Aktuellen Debatte einreicht. Die Anträge liegen in den Drs. 6/2012 und 6/2013 unter Tagesordnungspunkt 28 vor und sollen heute nach einer Vereinbarung der parlamentarischen Geschäftsführer an zweiter Stelle in verbundener Debatte mit einer Redezeit von 15 Minuten je Fraktion beraten werden.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben ebenfalls angeregt, den Tagesordnungspunkt 14 nach dem Tagesordnungspunkt 9 am heutigen Tag zu beraten, wobei mir signalisiert wurde, dass die Fraktion DIE LINKE einen Redebedarf von drei Minuten angezeigt hat. Für den Fall, dass sich die

anderen Fraktionen ebenfalls in die Debatte einbringen wollen, ist die folgende Reihenfolge vorgeschlagen worden: LINKE, CDU, GRÜNE, SPD.

Im Anschluss ist die Beratung des Tagesordnungspunktes 17 vorgesehen. Mir wurde signalisiert, dass entgegen der ursprünglichen Festlegung in der Tagesordnung nunmehr eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen ist.

Gibt es weitere Anmerkungen, Wünsche bzw. Änderungsbedarf an der Tagesordnung? - Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir wie vorgetragen verfahren.

Ich möchte anmerken, dass die Tagesordnungspunkte 24, 25 und 26 für die nächste Sitzungsperiode im Juni zurückgestellt werden sollen. - Ich sehe keine weiteren Anmerkungen. Dann gilt die Tagesordnung als festgestellt.

Zum zeitlichen Ablauf der 23. Sitzungsperiode: Eine parlamentarische Begegnung findet aufgrund der Absage eines Veranstalters nicht statt. Die morgige 44. Sitzung des Landtages beginnt wie üblich um 9 Uhr.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 27** auf:

Vereidigung eines Mitglieds der Landesregierung

Unterrichtung - **Drs. 6/2014**

Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff hat mich mit Schreiben vom 22. April 2013 darüber informiert, dass er gemäß Artikel 65 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt Herrn Hartmut Möllring mit Wirkung vom 22. April 2013 zum Minister für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt ernannt hat. Gemäß Artikel 66 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt ist nunmehr vor dem Landtag der Amtseid zu leisten.

Ich bitte Herrn Möllring, nach vorn zu kommen. Sie, verehrte Damen und Herren, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, Verfassung und Gesetz wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Herr Gürth:

Herr Minister, ich gratuliere Ihnen zur Ernennung und wünsche Ihnen gutes Gelingen und viel Erfolg bei der Vertretung der Interessen unseres Landes Sachsen-Anhalt.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Herr Gürth:

Der Tagesordnungspunkt 27 ist somit abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 28** auf:

Aktuelle Debatte

Es liegen Ihnen zwei Beratungsgegenstände vor:

a) **Öffentliche Auseinandersetzung nach dem Kabinettsbeschluss zur Haushaltsaufstellung 2014**

Antrag der Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2012**

b) **Krise der Regierung Haseloff**

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/2013**

Es wurde ein verbundene Debatte vereinbart. Für die nunmehr folgende Aktuelle Debatte sind 15 Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von 15 Minuten. Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU.

Zunächst hat die Antragstellerin DIE LINKE das Wort. Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Herrn Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Werter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Seit der Entlassung der Wissenschafts- und Wirtschaftsministerin Frau Professor Wolff am Freitag gibt es in diesem Land eine außerordentlich angeregte gesellschaftliche Debatte, eine angeregte gesellschaftliche Debatte um die Landespolitik, wie wir sie sonst nur aus heißen Wahlkampfzeiten gewohnt sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen gleich zu Beginn: Ich finde es außerordentlich positiv, dass es eine solche angeregte gesellschaftliche Debatte gibt. Ich stelle dies an den Anfang meiner Rede - das sage ich mit aller Deutlichkeit -, weil dies der einzige positive Aspekt ist, den wir in diesem Zusammenhang zu konstatieren haben.

Worum geht es? Worum geht es bei den Dingen, die zurzeit in der Öffentlichkeit, in den sozialen

Netzwerken und in den Medien diskutiert werden? - Es geht bei dieser Entlassung der Frau Professor Wolff natürlich auch um Stilfragen. Deswegen will ich zu Beginn dieser Aktuellen Debatte einige wenige Worte sagen, die mit diesem Thema zu tun haben.

Als Politiker sollten wir dies mit unserer Binnensicht nicht unterschätzen; denn wie politische Entscheidungen gefällt werden, auch wie sie kommuniziert werden, wie sie vertreten werden, hinterlässt bei den Menschen einen sehr nachhaltigen Eindruck und entscheidet nicht selten maßgeblich über die Akzeptanz des politischen Systems, zu dem wir alle gehören. Deswegen will ich einige Dinge benennen, die aus meiner Sicht völlig zu Recht deutlich kritisiert worden sind.

Da ist - aus unserer Perspektive mag dies banal erscheinen - die Sachlage, dass Frau Ministerin mit einem Telefonanruf entlassen worden ist. Begründet wurde dies inzwischen von dem Ministerpräsidenten - das haben wir mehrfach in der Zeitung gelesen - damit, dass an die Medien zuerst aus Niedersachsen Informationen durchgesickert sind und er nicht wollte, dass Frau Professor Wolff diese Nachricht aus den Medien erfährt.

Das ist nachvollziehbar. Die Frage ist aber: Was ist es für ein politischer Stil, schon einmal herumzutelefonieren und sich einen Nachfolger zu organisieren, wenn die Amtsinhaberin von diesem Schritt noch gar nichts weiß? Herr Haseloff, was ist das für ein politischer Stil?

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dann waren Sie der Getriebene der Öffentlichkeit. Meines Wissens ist es so: Die CDU-Fraktion wusste nichts davon, die SPD-Fraktion wohl auch nicht. Sie sprachen mit Herrn Bullerjahn und Herrn Möllring über diese Personalentscheidung.

Wer hat denn diese Information an die Öffentlichkeit durchgestochen und zu welchem Zweck? - Auch diese Fragen kann man aus der Perspektive von Frau Professor Wolff stellen, und ich wäre auf eine Antwort wirklich gespannt, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Nun gibt es ein zweites Thema, das durch den Vorgang angeschnitten wird. Wir haben viel über Quoten und Gleichberechtigung geredet. Wir haben dann ein Kabinett gesehen, dem bei zehn Mitgliedern zwei Frauen angehörten. Jetzt haben wir wieder die Situation: Eine der beiden Frauen ist entlassen worden, dafür kommt ein Mann.

(Zuruf von Frau von Angern, DIE LINKE)

Das ist eben nicht nur eine Formalie; denn der Grund dafür, dass sie entlassen worden ist, hat

sehr wohl etwas mit der Geschlechterdebatte zu tun. Sie hat nämlich etwas getan, was in einer von Männern geprägten Gesellschaft sehr selten ist: Sie ist aus der Logik des politischen Machterhaltes herausgetreten und hat die Perspektive der Betroffenen eingenommen. Das war ihr entscheidender Fehler. Das war unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle ist es eben keine Frage des Stils mehr, sondern eine inhaltliche. Dann gibt es die Debatte, sie hätte doch dem Kabinettsbeschluss zugestimmt, dann hätte sie sich hinterher nicht mehr dagegen wenden können.

Ich will mich jetzt nicht an der Debatte beteiligen, war es nun ein Prüfauftrag oder ein Beschluss. Das sind interne Kabinettsfragen; das ist egal. Aber interessant ist schon einmal, wie die Dinge zustande gekommen sind.

Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter machen, bevor es diesen Kabinettsbeschluss gibt, eben mit diesem Kabinettsbeschluss ein Pressefrühstück, stellen all diese Dinge der Öffentlichkeit vor und gehen danach ins Kabinett, um es von den Kollegen beschließen zu lassen.

Jeder, der länger als drei Tage in der Politik ist, weiß, was das bedeutet: Ich verkünde schon einmal in der Öffentlichkeit das Ergebnis, dann traut sich ohnehin keiner mehr dagegen zu sprechen, weil das die klare Demontage der Spitze wäre. Das ist doch logisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Haseloff, unter uns, ich habe das auch schon gemacht. Aber dann habe ich wenigstens im Nachhinein dazu gestanden und wurde von meinen Leuten substantiell dafür kritisiert - völlig zu Recht.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Das stimmt!)

Kern unserer Debatte ist aber etwas anderes. Eine Perspektive kam bisher so gut wie nirgendwo zum Ausdruck, und zwar die Perspektive derjenigen, die von diesen Kürzungsbeschlüssen betroffen sein sollen, nämlich die Perspektive derjenigen Studentinnen und Studenten, denen die Mittel in den nächsten Jahren schon deutlich gekürzt werden sollen.

Wo bleibt die Perspektive der Schülerinnen und Schüler im Land Sachsen-Anhalt, die demnächst offensichtlich keine guten Chancen mehr bekommen sollen, hier einen Studienplatz zu bekommen?

Wo bleibt die Perspektive der Lehrer, deren Wochenstundenzahl erhöht werden soll, und der Schüler, deren Stundenzahlen auf der Stundentafel verringert werden sollen, weil der Einstellungskorridor wieder einmal halbiert werden soll

und wir das entsprechende Personal nicht vorhalten können?

Wo bleibt die Perspektive des Gemeindevertreters, der darum kämpft, dass Polizei in seiner Gemeinde vor Ort bleiben soll, dessen Kampf aber mit hoher Wahrscheinlichkeit aussichtslos sein wird, weil das Personalkonzept vorsieht, dass eben in seiner Gemeinde demnächst keine Polizei mehr sein wird?

Das ist die Perspektive, die wir in dieser Debatte brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger. Die müssen wir hier diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dazu sagt die Kabinettsvorlage - sie spricht eine eindeutige Sprache -, diese Perspektive interessiert uns nicht. Und die Entlassung von Frau Wolff spricht wiederum eine deutliche Sprache: Widerspruch wird nicht geduldet! In dieser Koalition wird kein Widerspruch geduldet!

Das Signal an die Gesellschaft: Ihr könnt euch darüber aufregen, aber es ist sinnlos, es passiert sowieso nichts mehr, die Dinge sind beschlossen, ihr könnt nach Hause gehen.

Dieses Signal ist fatal. Deswegen haben wir diese Aktuelle Debatte beantragt.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Weil dieses Signal das Engagement der Menschen in diesem Land abschnürt und weil dieses Signal die Akzeptanz des politischen Systems und der Landespolitik massiv verschlechtern wird, dürfen wir es so nicht stehen lassen.

Wir brauchen eine öffentliche kontroverse Debatte über die Dinge, die hier vorgeschlagen werden und wir brauchen Widerspruch und Widerstand. Wir brauchen Widerstand, wenn es um Weichenstellungen geht, bei denen wir uns verschulden gegenüber den Kindern und Jugendlichen in diesem Land, gegenüber den nachwachsenden Generationen, bei der Kinderbetreuung, bei der Schule, bei der Infrastruktur, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Hierbei brauchen wir Widerstand. Wenn dieser Widerstand in der Koalition nicht mehr möglich ist, dann muss er gegen diese Koalition möglich sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Kommen wir nun zu dieser Vorlage im Einzelnen. Die Grundthese ist, wir müssen radikale Einsparungen vornehmen. Diese sind unumgänglich, weil - Begründung -: Wir sind die Schlechtesten im Sparen.

Das ist eine interessante Aussage. Seit zehn Jahren regiert die CDU, seit vielen Jahren zusammen

mit der SPD, jetzt konstatiert man, wir sind von allen die Schlechtesten bei der Konsolidierung. Gemeint ist wohl erst einmal die Selbstkritik oder der Kollege Böhmer ist schuld, ich weiß es jetzt nicht so richtig. Auf der anderen Seite hat man immer die entsprechenden Auswertungen des Stabilitätsrates hergenommen und hat sich für seine hervorragende Finanzpolitik gefeiert.

Scheint mir ein eigenartiger Zusammenhang zu sein. Nun frage ich mich, was war denn nun richtig? Alles nur Versagen in den letzten Jahren, oder war man so erfolgreich, wie man es hier jahrelang von diesem Pult aus verkündet hat? - Also, dazu tun sich schon einige Fragen auf.

(Minister Herr Bullerjahn: Es war auch unser Regieren in den ersten zehn Jahren!)

- Wissen Sie, Herr Bullerjahn, wenn Sie Ihre Positionierung in diesen zehn Jahren nun als Ursache für das Problem ansehen, was Sie jetzt seit zehn Jahren mit der CDU haben, sprechen Sie diese von allen Problemen frei.

(Minister Herr Bullerjahn: Ich weiß doch, wie es war!)

Dann sprechen Sie die von allen Problemen frei und Sie haben offensichtlich in den letzten zehn Jahren keine Weichenstellungen vorgenommen. Ganz sicher, Kollege Bullerjahn, schwer zu ertragen.

Nur, das, was ich jetzt sagen werde, wird noch schwerer zu ertragen sein: Das zentrale Problem der Verkündung dieses Programms war eine Balckenüberschrift, eindeutig: Das Land Sachsen-Anhalt hat kein Einnahmenproblem. Dieses Land Sachsen-Anhalt hat nur ein Ausgabenproblem. - MP und Stellvertreter.

Dazu sage ich einmal, dass Herr Haseloff diese Position vertritt, das ist völlig klar, das ist CDU-Politik. Wir brauchen die Reduzierung von öffentlicher Daseinsvorsorge, wir brauchen die Reduzierung der Staatsquote.

(Unruhe bei der CDU)

Nein, wir dürfen an der Stelle nicht weitergehen. Aber die SPD, die sich in diesem Bundestagswahlkampf in einem Verteilungswahlkampf befindet, die sagt, wir wollen mehr Reiche besteuern, wir wollen den Staat dafür fit machen, öffentliche Daseinsvorsorge und mehr soziale Gerechtigkeit zu realisieren, der wird von einem Finanzminister Bullerjahn konterkariert. Da sagt er: Alles Quatsch, was da passiert, nein, wir haben kein Einnahmenproblem, wir haben nur ein Ausgabenproblem.

Damit konterkarieren Sie die Position Ihrer Partei im Bundestagswahlkampf vollständig. Sie übernehmen vollständig die Position der CDU in dieser Frage.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Nun kann man fragen, ob es ehrlich ist, was Herr Steinbrück da macht, das ist eine andere Frage. Aber diejenigen, die es bisher ehrlich genommen haben, was die SPD an Verteilungswahlkampf bei der Bundestagswahl machen will, wissen, dass sie den eigenen Finanzminister nicht überzeugt haben.

Die Botschaft, die dahintersteckt, ist doch folgende: Die Vorschläge, die jetzt unterbreitet werden, hält die Regierung nicht nur für nötig, nein, sie hält sie auch inhaltlich für völlig richtig, weil sie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die dazu führen, dass wir diese Einsparungen realisieren müssen, nicht etwa kritisiert, sondern gut heißt. Nein, es ist richtig, dass wir in den nächsten Jahren weniger Geld bekommen. Das wollen wir überhaupt nicht diskutieren. Das akzeptieren wir. Das finden wir toll. Deswegen müssen wir - völlig richtigerweise - all diese Dinge vornehmen, die dazu eingeplant sind.

Das ist eine eigentliche Bankrotterklärung. Dazu sage ich, dann ist mir das Bundestagswahlprogramm der SPD viel lieber. Dabei sind unsere eigenen Positionen, unsere Steuerkonzepte und unser Vorschlag für einen Solidarpakt III für alle Regionen in Ost und West, die strukturschwach sind in dieser Bundesrepublik Deutschland, die wirkliche Alternative, die hier völlig ausgeblendet wird und die damit für die SPD ein riesiges Glaubwürdigkeitsproblem darstellt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun kann man sagen, das ist ja alles gut und schön. Aber man kann sich auch die Frage stellen: Kann man auch innerhalb dieser Rahmenbedingungen, die man vielleicht nicht so schnell ändern kann oder auch gar nicht ändern will, andere Vorschläge setzen? Natürlich kann man das. Es gibt auch andere Leute, die dazu Vorschläge machen, wo man mehr Geld ausgeben kann.

Vor gut 14 Tagen wurde in der „Volksstimme“ berichtet: Die CDU schlägt ein neues Programm vor, 5 000 € Bleibepremie für jeden, der hier einen unbefristeten Arbeitsvertrag unterschreibt.

Ich meine, die Sache ist absurd. Diejenigen, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag unterschreiben, bleiben sowieso. Aber für die können wir auch noch 5 000 € ausgeben. Das ist doch wohl absurd!

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Also offensichtlich scheint die Einsparsituation nicht so schlimm zu sein, wie man sie hier aufgeschrieben hat.

(Herr Schröder, CDU: Richtig lesen!)

Kommen wir nun am Ende zu einem Bereich, den Hochschulen. Jetzt machen wir einmal die Analyse dessen, was dort aufgeschrieben ist. Auf einer Sei-

te wird gesagt, pro Student pro Jahr 11 400 €. Damit sind wir natürlich wieder einmal ganz schlecht, sprich: ganz teuer. Drei Absätze vorher heißt es: Die Realkosten für einen Studenten in Sachsen-Anhalt betragen - gleiche Vorlage - 8 500 €. Im Bundesdurchschnitt sind es 9 200 €. Das heißt, wir geben pro Student schon einmal 8 % weniger aus als im Bundesdurchschnitt. Dann sagt man, ja, aber die Zuschüsse, die wir da geben, die sind höher als im Bundesdurchschnitt: 7 100 € pro Student, die aus der Landeskasse zugeschossen werden müssen.

Rechnet man einmal die Zahlen zusammen, die auch in dem Abschnitt stehen, sind es nicht 7 100 €, sondern nur 6 800 €. - Dabei wäre aber der Bundesdurchschnitt der Zuschüsse aus den Landeskassen niedriger; dieser läge nämlich bei 6 200 €. Das sind Datenerhebungen aus einer Zeit, da sind im Westen noch überall Studiengebühren erhoben worden; die sind aber inzwischen weggefallen.

(Herr Striegel, GRÜNE: Gott sei Dank!)

Also haben wir auch bei den Zuschüssen inzwischen pari, sind aber, weil wir weniger Drittmittel einwerben, trotzdem noch diejenigen, die pro Student viel weniger Geld ausgeben.

Die Zahlen stehen alle nebeneinander. Nichts funktioniert, keine Logik. Es quietscht und kracht an allen Ecken und Enden. Die Dinge sind hanebüchen.

Und das war die Entscheidungsgrundlage für das Kabinett. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei ist die grundlegende Annahme, wir werden demnächst viel weniger Studenten haben. Herr Lange hatte letztes Mal Herrn Bullerjahn gefragt, er hat auf die CHE-Studie verwiesen und hat gesagt, viel weniger. Da haben wir nachgeguckt, die CHE-Studie sagt genau das Gegenteil aus, nämlich dass die Studentenzahlen für die nächsten Jahre im Wesentlichen stabil bleiben werden.

Jetzt haben wir in dieser Kabinettsvorlage, die zur Debatte steht, eine ganz wesentliche Grundlage: Wir können in den Hochschulen einsparen, weil wir permanent weniger Studenten in den nächsten Jahren haben werden. Diese Annahme stimmt nicht, es sei denn, man steuert bewusst gegen und will sie bewusst nicht hier haben.

Dann lesen wir auf einmal, am Dienstag hat die Fraktion der SPD einen Beschluss gefasst, dauerhaft 55 000 Studenten als Planungsgrundlage. Wer stimmt zu? Der Kollege Bullerjahn. Der Kollege Bullerjahn hat damit ganz wesentlich die eigentliche Grundlage des Kabinettsbeschlusses zu diesem Ministerium gerade wieder wegbeschlossen.

Herr Haseloff, jetzt müssten Sie konsequent sein und Herrn Bullerjahn entlassen.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Wissen Sie, und das bereden wir alles, ohne dass im Juni - denn erst im Juni soll es vorliegen - die von der Landesregierung in Auftrag gegebene Evaluierung der Wissenschafts- und Hochschullandschaft überhaupt vorliegt. Wir beschließen schon einmal, was wir und wie viel wir kürzen können und wissen noch nicht einmal, was der Wissenschaftsrat zu all den Dingen sagt, und zwar im Auftrag der Landesregierung.

Dazu sage ich Ihnen noch einmal ganz klar: Offensichtlich stört die Sachkenntnis und die Sachlogik einer Frau Wolff, offensichtlich stört die Sachlogik und die Sachkenntnis eines Wissenschaftsrates die politische Logik dieses Kabinetts.

Aber ich sage Ihnen aus der Erfahrung der Geschichte: Eine politische Logik, die sich der Sachkenntnis entzieht, wird irgendwann scheitern, und zwar brachial, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Ende. Ich habe mich bei der Kabinettsvorlage nur auf einen ganz kleinen Bereich konzentriert. In den anderen Bereichen sieht es vermutlich nicht anders aus.

Diese Kabinettsvorlage ist Ausdruck falscher Politikziele und eines falschen Politikverständnisses. Sie gefährdet substanzielle Entwicklungen in diesem Land. Deswegen muss sie Gegenstand einer gesellschaftlichen Debatte und auch Gegenstand des gesellschaftlichen Widerstands werden. Wenn dies in dieser Koalition nicht mehr möglich ist, dann muss sich dieser Widerstand gegen diese Koalition richten. - Danke.

(Starker Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Kollege Gallert. - Als Nächster spricht für die Landesregierung der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff.

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Aktuelle Debatte ist eine Chance, eine Position der Landesregierung zu vertreten, die in allen grundsätzlichen Positionen, die derzeit formulierbar sind, mit den Koalitionsfraktionen abgestimmt ist, und auch, um rüberzubringen, dass wir in einem Prozess sind, der läuft und der mit verschiedenen Zwischenschritten, über die Haushaltsklausur, über die Steuerschätzung sowie über weitere Abstimmungen in Landesregierung und Koalition, zu einem im Landtag vorlegbaren Haushaltsplanentwurf führen wird, der dann in aller Zuständigkeit in diesem Landtag zu behandeln ist.

Das ist erst einmal die aktuelle Situation. Ich möchte kurz etwas dazu sagen, wie die Situation aus der Sicht des Kabinetts und der Landesregierung, der ich vorstehe, derzeit zu bewerten ist.

Wir haben zum ersten Mal eine Befundlage zur Situation in unserem Land, die in dieser Differenziertheit noch nie vorgelegen hat, sowohl im Hinblick auf die Analyse der Vergangenheit, auf die Konsequenzen daraus, auf den Ist-Stand von Einnahmen und Ausgaben als auch im Hinblick auf die zu erwartenden Prognosen.

Herr Gallert, in diesem Zusammenhang sind alle Eventualitäten, auch im Sinne dessen, dass man sich im Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland über die dann zuständige und durch den Wähler legitimierte Bundesregierung sicherlich verschiedene Variationsbreiten vorstellen kann, berücksichtigt, sogar Parteiprogramme von konkurrierenden Parteien, die im Bundestagswahlkampf im Wettbewerb stehen.

Trotzdem kommen wir an einer Feststellung nicht vorbei: Wir sind das Land, das in Deutschland derzeit am meisten pro Einwohner ausgibt.

(Zuruf von der LINKEN: Wer regiert denn?)

Das ist die Konsequenz aus 23 Jahren. Das ist die Konsequenz aus einer besonderen Situation, die wir im Lande Sachsen-Anhalt hatten. Ich habe früher andere Tätigkeiten wahrgenommen und habe existenziell erleben können, an welchen Stellen auch die Unterschiede zu anderen Bundesländern, die 1990 der Bundesrepublik beigetreten sind, liegen. Wir hatten den schwierigsten Anfang. Jede Landesregierung - dabei bin ich ganz fair - hatte seit 1990 ganz harte Herausforderungen zu bewältigen und Entscheidungen zu treffen.

Die jeweilige Landesregierung hat vieles versucht, hat an verschiedenen Stellen auch viel Misserfolg einstecken müssen. Wir haben erstmalig versucht, einen Transformationsprozess zu organisieren. Aber der Blick - das gestehe ich jeder Konstellation zu, die seitdem regiert hat - war stets darauf gerichtet, wie wir diesen Prozess für die Menschen so erträglich wie möglich gestalten können, wie wir Beschäftigung sichern können und wie wir das Land so aufbauen können, dass Sachsen-Anhalt eine Zukunft hat und aufschließt auf die Länder, die 1990 grundsätzlich bessere Voraussetzungen hinsichtlich ihrer Infrastruktur hatten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Demzufolge finden wir in den Haushalten nicht nur viele Sonderposten wieder, die andere nicht in dieser Form brauchen oder auf die sie durch bewusste politische Entscheidungen verzichtet haben. Es sind auch Dinge dabei, die unabweisbar waren, die aber heute zu einem insgesamt existenten Schuldenstand in Höhe von rund 21 Milliarden € führen. Damit sind wir bezüglich der vergleichbaren Flä-

chenländer und der prognostizierbaren und aktuellen Einnahmesituation in einem einzigartigen Dilemma, das uns am Anfang dieser Legislaturperiode in der Koalition auch beim Verhandeln des Koalitionsvertrages wohl bewusst war.

Wir haben uns damals vorgenommen, dass wir dieses Problem dahin gehend auflösen, dass wir auf der einen Seite trotzdem Politik gestalten wollen, uns nicht in die Defensive drängen lassen wollen, nicht depressiv werden, weil die Spielräume deutlich geringer sind als anderswo, und uns trotzdem auf der anderen Seite klar auf einen Konsolidierungskurs verständigen, der unabweisbar ist, damit wir selber weiterhin Politik gestalten können.

Folgendes muss ich im Hinblick auf die bisher zugrunde gelegten Daten für die Kabinettsbeschlüsse und den aktuellen Kabinettsbeschluss sagen: Nach wie vor ist das eine Schön-Wetter-Variante, die eingebucht wurde, in der Hoffnung, dass uns die Gesamtentwicklung nicht die Zinsen nach oben treibt, obwohl das aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung durchaus der Fall sein könnte, dass keine weitere Rezession oder Ähnliches die Einnahmen verhagelt und dass wir insgesamt in der Lage sind, das, was wir einnahmeseitig prognostiziert haben, auch sukzessive zu erhalten.

Trotzdem sind wir ein Konsolidierungsland und erhalten Konsolidierungshilfen in Höhe von 80 Millionen € vom Bund und von anderen Ländern mit der klaren Auflage, weil wir in der schwierigsten Situation aller Bundesländer sind, dass wir unsere Strukturanpassungen mit dieser Förderung offensiv betreiben. Das haben wir vor, sehr geehrte Damen und Herren.

Mit Augenmaß haben wir 40 Punkte beschlossen, auf welchen Wegen wir auf der einen Seite prüfen, aber auf der anderen Seite auch handeln wollen. Es gibt Felder, bei denen wir im Benchmarking mit anderen Ländern und vor allem im Vergleich zu den Vergleichsbundesländern - das sind Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die ostdeutschen Bundesländer - deutlich drüber liegen.

Ich möchte die Faktenlage mit drei Angaben deutlich machen. Ich möchte nicht zu viel Statistik anführen; denn bestimmte Dinge werde ich in einer Regierungserklärung im Juni noch deutlicher ausführen. Wir sind derzeit bei einem Ausgaben-niveau von 130 % der alten Bundesländer. Das Ausgaben-niveau der anderen vergleichbaren ostdeutschen Länder liegt zwischen 110 % und 115 % der alten Bundesländer. Somit sind die vergleichbaren ostdeutschen Länder im Konsolidierungskurs weit vorangeschritten.

Wir haben bis 2019 eine Schere im Haushalt einzufangen, die sich nur für unseren Landeshaushalt auf eine Größe von 1,6 Milliarden € erstreckt. Zu-

sätzlich müssen die Kommunen ca. 640 Millionen € aufbringen.

Ich sage Ihnen, das ist nicht so einfach zu machen und nicht fünf Minuten vor der Angst zu realisieren; denn bestimmte Prozesse müssen Schritt für Schritt und Kalenderjahr für Kalenderjahr durchgeführt werden. Die Weichen müssen frühzeitig gestellt werden. Viele, auch der Präsident des Landesrechnungshofes, sagen, Sachsen-Anhalt sei zu spät. Das ist so. Das kann aber nicht bedeuten, dass wir überhaupt nicht rangehen. Wir werden rangehen.

Es wird ein Prozess sein, der sehr kooperativ im Dialog mit allen Partnern durchgeführt wird. Als Basis dafür steht ein Kabinettsbeschluss, der über Wochen und Monate auf der Grundlage dessen, was der Finanzminister erstmalig eingebracht hat, bei uns diskutiert wurde. Wir haben uns in schwierigen Anhörungsprozessen, sogar mit Unterbrechungen in der Abarbeitungsliste, darauf verständigt, dass wir die Schlussvariante in das Kabinett einbringen und uns noch einmal eine weitere Woche der Diskussion zumuten, dann aber mit einem Auftragspaket losmarschieren, das wir möglichst einstimmig beschließen.

Und wir haben es einstimmig beschlossen nach harter, intensiver Diskussion mit vielen vorge-schalteten Einzelgesprächen usw. Die Konsequenz dieses Pakets können Sie auf diesen beiden Kabinettsbänken namentlich personifiziert aufrufen.

Dort hinten sitzt Kollege Bischoff, der in den nächsten Monaten und Jahren im Bereich der Eingliederungshilfe, der ständig steigenden Sozialhilfe und bestimmter Leistungen, die wir deutlich über dem ostdeutschen und bundesdeutschen Durchschnitt an soziale Gruppen leisten, mit großen Schwierigkeiten entsprechende Korrekturen vornehmen muss, zumindest bis auf das Niveau der anderen Bundesländer.

Dort sitzt Kollege Robra, der derzeit ein politisches Versprechen von Bund und Land in Sinne der Breitbanderschließung - existenziell für unser Land - nicht finanziert sieht.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Dort sitzt Kollege Aeikens, der beim Deichbau, bei der einzelbetrieblichen Förderung in der Landwirtschaft und bei anderen Dingen Entscheidungen treffen muss, die hochproblematisch und höchst schwierig sind.

Dort setzt der Kollege Stahlknecht, der klar machen muss, dass Polizeistrukturen auch dann funktionieren, wenn wir nur mit dem Polizeibesatz arbeiten, mit dem alle anderen Bundesländer schon viele Jahre lang erfolgreich Sicherheitspolitik betreiben.

Dort sitzt Kollege Bullerjahn, der diesen ganzen Bereich Finanzen ressortübergreifend aufgrund von Daten so steuern muss, dass er mit seinen Prognosen möglichst richtig liegt. Was die letzte Steuerschätzung sowie die Einnahmen und Ausgaben betraf, lag er richtig. Er ist auf einem Kurs, der von mir gestützt wird, weil er das in meinem Auftrag macht.

Dort sitzt Kollege Möllring. Ich bitte darum, ihm eine Chance zu geben, weil es mein Vorschlag ist. Ich habe diese Entscheidung getroffen. Er ist ein guter Minister. Er hat in seinem Leben gezeigt, dass er hervorragend arbeitet und diesem Land gut tun wird.

(Zuruf von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

Er muss den Wirtschaftsunternehmen sagen, dass 25 % weniger an Förderung ausgereicht werden, dass an verschiedenen Stellen bestimmte Sachen auch in der Infrastruktur, die schon fast zugesagt waren, nicht so laufen können, weil das Geld nicht vorhanden ist.

Kollege Dorgerloh ist heute nicht da.

(Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

- Lassen Sie mich bitte ausreden. - Er muss sich hinstellen und sagen: Ja, wir passen das Schulsystem an das System an, das andere Länder bereits realisiert haben. Das ist schmerzhaft. Das ist mühsam. Es ist auch für die Koalitionsfraktionen und die Abgeordneten schwierig zu erläutern, dass Schulen geschlossen werden müssen. Das ist kein Pappentitel. Es sind aber keine Alternativen vorhanden und andere haben es auch geschafft mit den gleichen finanziellen Aufwendungen, die auch wir nur zur Verfügung haben.

Dort sitzt Kollege Webel, der gerade in Sachsen sieht, dass man dort wegen einer besseren Finanzsituation, die man über viele Jahre herbeigeführt hat, ein Sonderprogramm zur Schlagloch-aufarbeitung nach dem Winter auflegen kann. Davon kann Herr Webel momentan nur träumen. Bei uns müssen Brücken gesperrt werden und bestimmte andere Dinge funktionieren auch nicht mehr.

Kollegin Kolb hat Bundesfestlegungen zu Standards zu finanzieren, die vor Jahren noch gar nicht vorhersehbar waren. Trotzdem muss sie sehen, wie sie mit diesem Haushalt klarkommt.

Ich könnte das noch für viele andere Bereiche fortsetzen. Warum sage ich das? Weil wir uns alle in diesem Kabinett

(Herr Knöchel, DIE LINKE: Lieb haben!)

nach harter Diskussion auf diesen Konsens verständigt haben und diesen Konsens als Arbeitsgrundlage beschlossen haben. Ich als Ministerpräsident kann nur dann weiterarbeiten, wenn wir die

Vereinbarungen, die alle im Kollektivorgan eines Kabinetts getroffenen haben,

(Zurufe von Frau von Angern, DIE LINKE, und von Herrn Knöchel, DIE LINKE)

entsprechend solidarisch durchstehen. Dabei kann keiner ausbrechen. Dabei muss gemeinsam zusammengestanden werden.

Das ist letztlich das Problem, das in den letzten Tagen auftrat und bei dem ich als Ministerpräsident entsprechend reagiert habe. Dass das im Ablauf von mir anders gewünscht war, ist eine andere Sache. Das muss zwischenmenschlich noch nachgearbeitet werden. Aber den Fakt und die Entscheidung an sich stelle ich in keiner Weise infrage; denn es war richtig.

Ich sage noch eines, sehr geehrte Damen und Herren: Wir werden, wenn wir diesen Prozess bis 2019 erfolgreich durchgeführt haben, immer noch bei einem Ausgabenniveau liegen, das ungefähr 105 % der Ausgaben des Bundeslandes Niedersachsen pro Einwohner entspricht. Niedersachsen ist ein Land, das sich durchaus mit einem hervorragenden und gut vermittelbaren Lebensstandard und mit einer guten Infrastruktur darstellt.

Dieses Niveau von 105 %, das auch im Vergleich zu Schleswig-Holstein vorhanden sein wird, wird nur dann darstellbar sein, wenn es weiterhin einen Länderfinanzausgleich und weitere Infrastrukturhilfen für strukturschwache Gebiete geben wird, die, da sie aufgrund des Grundgesetzes verpflichtend sind, auch zukünftig fließen werden.

Deswegen braucht an dieser Stelle niemand Angst davor zu haben, dass wir den Menschen in Sachsen-Anhalt derzeit etwas zumuten, das es in dieser Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben hat. Wir gehen bekannte Pfade. Alle anderen 15 Bundesländer sind diese Pfade schon gegangen.

Ich habe das Selbstbewusstsein, dass wir diesen Weg gemeinsam mit dieser Landesregierung und auch mit dieser Koalition erfolgreich gehen werden, damit wir politikfähig bleiben, damit wir entscheidungsfähig bleiben, damit wir nicht unter Kuratel kommen; denn wir müssen regelmäßig berichten. Sie wissen, wie sich bestimmte Entscheidungen nach dem Grundgesetz auch für uns auswirken werden, wenn wir unsere Pflicht nicht erfüllen.

Das sage ich noch in die Richtung der Koalitionsfraktionen: Ja, wir stecken mitten im Prozess. Wir sind keine Dogmatiker. Wir sind auch keine, die aus dem Kabinett heraus Vorschläge unterbreiten, die grundsätzlich nicht machbar sind, die nicht diskussionswürdig sind. Denn wir wissen genau, dass die Plus-minus-null-Variante, die wir anstreben müssen, für uns auch im Koalitionsvertrag gesetzt ist, dass aber viele fachliche Details im Rahmen

der Ressortzuständigkeit mit den Arbeitskreisen und mit den Fraktionsspitzen zu besprechen und zu diskutieren sind.

Aber eines ist auch klar: Es wird uns niemand die Aufgabe abnehmen, einen genehmigungsfähigen, akzeptablen, den jetzt bestehenden Haushaltsgrundsätzen entsprechenden Haushalt gemeinsam vorzulegen und in diesem Landtag weiter zu beraten. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein, diesen Prozess weiterhin zu begleiten und diesen Prozess auch weiter zu gestalten.

Ich bitte darum, dass Sie uns als Kabinett die Chance geben, in der ersten Stufe diese Vorschläge unter Einbuchung auch Ihrer weiteren Vorschläge zu unterbreiten und dann in der Landtagsbefassung mit Ihnen gemeinsam zu einem Beschluss zu kommen, der sowohl die Einnahmensituation als auch die Ausgabensituation als auch die Dinge, die bis 2019 anstehen, verantwortbar gestaltet.

Lassen Sie mich ein letztes Wort zu den Hochschulen sagen. Die Hochschulen sind ganz wesentliche Motoren in unserem Land. Das habe ich an vielen Stellen, über elf Jahre hinweg, ohne dass ich das revidieren muss, immer wieder gesagt.

(Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

Aber eines ist klar: Wenn alle Daten und alle Gespräche, die wir mit den Beteiligten geführt haben, klar zum Ausdruck bringen, dass es Veränderungsbedarf gibt - ich verweise nur auf den Vortrag, den der Rektor der Otto-von-Guericke-Universität in der letzten Woche hier in Magdeburg zu der Selbstverpflichtung, dass an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf besteht, gehalten hat -, dann ist das ein Prozess, der nicht nur unter fiskalpolitischen Gesichtspunkten geführt wird, sondern auch unter Exzellenz-, Konkretisierungs- und entsprechenden anderen Gesichtspunkten zu laufen hat. Er soll nicht nur zur Exzellenz führen, sondern uns auch in entsprechenden Benchmarks und Rankings nach vorne bringen.

Da wissen wir alle - mit den Hochschulvertretern -, dass wir mit quantitativen Daten, mit Quantität allein nichts beherrschen und bewältigen werden, sondern uns in den nächsten Jahren sehr stark konzentrieren müssen. Das ist erst einmal völlig unabhängig von der Studentenzahl, denn diese Studentenzahl ergibt sich natürlich auf dem Hochschulmarkt in Deutschland. Wir werden sie nur aus den Generationen und Jahrgängen ziehen können, die real vorhanden sind und die jeweils als Studentin und Student ihre persönliche, individuelle Entscheidung zu treffen haben. Schön wäre, wenn sie nach Sachsen-Anhalt kämen.

Unabhängig davon müssen wir klar sehen, dass wir nicht nur die nächsten drei, vier, fünf Jahre zu prognostizieren haben, sondern dass Universitäten

und Hochschulen Planungssicherheit und Strukturveränderungsbedingungen vorfinden müssen, die über zehn, 15, 20 Jahre hinweg greifen.

(Zuruf von der LINKEN)

Deswegen ist es so notwendig, dass wir an dieser Stelle neben den expliziten Inputzahlen, was die Studenten anbelangt, vor allen Dingen auch die inhaltliche Diskussion im Sinne von Best Case, von Qualität, von Benchmarks, die wir vorzeigen können, und auch im Sinne von Exzellenz führen, denn wir haben hervorragende Leute, Universitäten und Hochschulen, und diese wollen wir gemeinsam fortentwickeln. Auch dafür steht diese Landesregierung und dafür stehe auch ich explizit als Ministerpräsident. Deswegen werde ich diese Aufgabe auch weiterhin positiv begleiten und bin für jeden Hinweis dankbar, der aus den Fraktionen kommt,

(Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

unabhängig davon, dass die von mir vorhin nur gestreiften Daten jederzeit auf der Homepage der Landesregierung nachgelesen werden können. Ich bin optimistisch, dass wir das gemeinsam schaffen. Weitere Diskussionen können wir im Juni-Plenum des Landtags zu diesem Thema führen. Ich freue mich jedenfalls auf die gemeinsame Diskussion. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Herr Ministerpräsident, es gibt Nachfragen. - Möchten Sie den Anfang machen? - Frau Kollegin von Angern.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie schildern heute in der aktuellen Ausgabe der „Volksstimme“ ausdrücklich Ihre höchstpersönliche Verantwortung für das Landeskabinett in Sachsen-Anhalt. Sie betonen in diesem Interview auch, Sie hätten in und außerhalb von Sachsen-Anhalt nach personellen Alternativen für die Leitung des Wirtschafts- und Wissenschaftsministeriums gesucht. Ihr Anforderungsprofil beschreiben Sie selbst - aus meiner Sicht recht abfällig - damit, dass es die eierlegende Wollmilchsau nicht gebe.

In den Medien haben wir nun auch erfahren können, Sie hätten Herrn Staatsminister Robra das Amt angedient, der aber abgewinkt habe, und dass Herr Möllring auf die Frage, wen er Ihnen empfehlen könne, sich selbst auf den Besetzungsvorschlag gesetzt habe.

Ich frage Sie ganz konkret: Wie viele Persönlichkeiten in Sachsen-Anhalt bzw. außerhalb von Sachsen-Anhalt haben Sie daraufhin abgeklopft, ob sie dieses Amt übernehmen? Und die Frage,

die mir besonders wichtig ist: Wie viele Frauen waren darunter?

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau von Angern, gerade an dem Prozess in der letzten Woche haben Sie gesehen, dass ein Ministerpräsident in solchen Phasen in der heutigen medialen Umwelt keine langen Abklopfprozesse durchführen kann,

(Zuruf von der LINKEN: Oberflächlich!)

weil schlicht und einfach die Prozesse so laufen, wie sie nun einmal laufen. Damit müssen wir leben.

(Zuruf von Herrn Striegel, GRÜNE)

Auf der anderen Seite, Frau von Angern, können Sie eines sagen: Ich bin seit elf Jahren in dieser Landesregierung in verschiedenen Funktionen tätig gewesen, immer in diesem oder in einem ähnlich strukturierten Arbeitsbereich. Ich kenne sowohl das Land auf der kommunalen, der gemeindlichen Ebene und auf Landesebene als auch die Bundesebene sehr gut.

Es ging in dieser Entscheidung darum, dass mitten in einer Legislaturperiode eine Person zum Zuge kommen muss, die eine ganze Reihe an Punkten erfüllen muss, die nicht im Sinne von längeren Einlaufkurven erreichbar sind, sondern wo relativ schnell die Entscheidungen und die entsprechenden Prozesse in diesem wichtigen Amt gesteuert werden. Ich habe diese Entscheidung getroffen, und zu dieser Entscheidung stehe ich uneingeschränkt.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das will ich auch noch einmal im Beisein aller Abgeordneten, die aus Nord, Süd, Ost und West kommen, sagen: An dieser Stelle konnte ich Kriterien wie Geschlecht und Herkunft nicht im Sinne von Quotierung berücksichtigen. Ich habe mich allein auf die fachlichen Herausforderungen gestützt. Diese waren für mich entscheidend. Das muss bei einer Kabinettsbesetzung, die innerhalb einer Legislaturperiode gesondert vorzunehmen ist, auch so sein.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Präsident Herr Gürth:

Herr Ministerpräsident, es gibt zwei weitere Wortmeldungen. Als Nächster spricht Herr Kollege Erdmenger.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, wir würden ausgetretene Pfade beschreiten. Ich muss

gestehen, ich gehöre zu den Menschen, die den Pfad nicht erkennen können, den Sie da beschreiben. Deswegen möchte ich Sie fragen: Sie haben am Anfang Ihrer Rede als die derzeitige Laterne, an der Sie sich gerade ausrichten, die Pro-Kopf-Ausgaben der Bundesländer genannt und das als einen wesentlichen Punkt genommen. Wie passt das damit zusammen, dass Ihre Regierung und die Regierungskoalition im letzten Nachtragshaushalt diese Pro-Kopf-Ausgaben noch einmal erheblich gegenüber dem gesteigert haben, was wir vorher im Haushalt hatten?

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Also, wo ist denn da bitte Ihr Kompass?

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Herr Erdmenger, das ist genau das, was ich am Anfang gesagt habe. Wir wussten, dass wir mit dieser Legislaturperiode den schwierigsten Umsteuerungsprozess als Hausaufgabe ins Stammbuch geschrieben bekommen haben.

(Zuruf von der LINKEN)

Es war auch klar, dass eine Koalition, nachdem ein Wahlkampf mit programmatischen Schwerpunkten geführt wurde, auch im Sinne dessen, dass Verlässlichkeit in wesentlichen Punkten gegenüber dem Wähler da sein muss, politische Gestaltungsfähigkeit, Akzentsetzung und Schwerpunktsetzung in einem Koalitionsvertrag abbilden muss.

Wir haben uns in diesem Koalitionsvertrag ganz klar darauf verständigt, an welchen Stellen - zum Beispiel bei der Kindertagesstättenförderung und der Unterstützung von Familien mit Kindern - wir gegen den sonstigen Trend Zeichen setzen wollten, wohl wissend, dass dieses nur in einem Haushalt darstellbar ist, wenn in anderen Bereichen dafür die Verfügungsmasse erzeugt wird.

Wir haben uns dort auf Punkte unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit verständigt. Dieses Thema der Nachhaltigkeit müsste Ihnen als Vertreter der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr nahe kommen. Wir haben auf Zukunft gesetzt, haben da, wo es um Kinder, um Jugend, um Paare, um Familien und um Lebensentwürfe geht - - Und das haben wir eingebucht.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Das haben wir im letzten Jahr auf den Weg gebracht. Das haben wir, denke ich, mit dieser Koalition auch verlässlich und vernünftig gemacht.

All das, was wir dort gemacht haben, ersetzt jedoch nicht den Konsolidierungsbedarf, den wir generell bis 2019 Schritt für Schritt, Jahr für Jahr abuarbeiten haben. Denn das sind keine vergleichbaren Größenordnungen. Ein formales strukturelles Defizit - wenn ich einfach einmal die Sche-

re Ausgaben/Einnahmen nehme - in Höhe von 1,6 Milliarden € steht in keiner Relation zu dem, was wir zu Recht - dazu stehe ich uneingeschränkt - in dieser Koalition auf den Weg gebracht haben, weil dieses fachlich richtig ist und zeigt, dass man auch in schwierigen Phasen Politik steuern kann.

Eines will ich noch sagen: Bitte bleiben Sie bei den Fakten. Sie können alle Zahlen nachlesen. Wir muten den Menschen hier nichts anderes zu als das, was in anderen Bundesländern schon gelaufen ist. Wir sind bei all den Vorschlägen in den 40 Punkten unseres Kabinetts in den Bereichen geblieben, in denen wir über diesen Durchschnittswerten liegen. Wir haben bisher noch keinen Durchschnittswert von dem unterschritten, was andere im Sinne einer verantwortlichen Haushaltskonsolidierung realisiert haben. Ich denke, so wie ich Sie kenne und ich Sie schon habe sprechen hören, normalerweise müssten Sie unser natürlicher Partner beim Umsetzen dieses Programms sein. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Präsident Herr Gürth:

Herr Ministerpräsident, es gibt noch drei Wortmeldungen zu Fragen. Möchten Sie sie noch beantworten? Sie müssen nicht.

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Ich verweise noch einmal darauf, dass ich in der nächsten Landtagssitzung eine Regierungserklärung dezidiert zu diesen Themenfeldern abgeben werde. Da können wir noch ausreichend diskutieren.

Aber bitte, Herr Gallert, eine würde ich noch beantworten.

Präsident Herr Gürth:

Dann würde ich sagen, wir arbeiten die drei noch ab. Frau Abgeordnete Lüddemann, Herr Abgeordneter Herbst und Herr Abgeordneter Gallert.

Frau Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von einem Prozess von Zwischenschritten und einem Auftragspaket, das im Kabinett verabschiedet wurde. Ist es richtig, dass es dabei um die Kabinettsvorlage und den Beschluss vom 26. März 2013 geht, der im Internet nachzulesen ist, in dem Frau - damals noch Ministerin - Wolff insbesondere den Punkten 27 bis 30 und den darin enthaltenen Prüfaufträgen zugestimmt hat? Das wäre meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Wie bringen Sie die Entlassung von Frau Ministerin Wolff und insbesondere

die Art und Weise, wie das geschehen ist, mit dem im Frauenförderkonzept der Landesregierung enthaltenen Anspruch in Einklang, dass Frauenförderung - Sie wollen 40 % Frauen in der Landesverwaltung haben - von Vorbildern lebt?

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Zum Ersten kann ich sagen: Ich habe die komplette Fassung des Kabinettsbeschlusses da. Sie werden sehen, dass darin Aufträge - untersetzt auch an verschiedenen Stellen mit Prüfaufträgen - enthalten sind. Ein Prüfauftrag ist zum Beispiel das: Wenn es einen nichtangreifbaren Vertrag gibt, zum Beispiel die Staatskirchenverträge, und man genau weiß, dass eine Landesregierung dort eigentlich nicht herankommt,

(Oh! bei der LINKEN)

dann haben wir uns vorgenommen, das zu prüfen. Das kann ich der LINKEN hier schon ganz offen sagen: Die Gespräche mit den Kirchen sind schon in vollem Gange. Wir sind auf dem Weg,

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

die Gespräche werden geführt werden. Daran sehen Sie, dass Prüfaufträge und Aufträge im Sinne von zugriffsfähigen Positionen im Haushalt schon sehr unterschiedlich in dieser Kabinettsvorlage abgebildet sind.

Demzufolge ist es klar, dass es auf der einen Seite an bestimmten Stellen einen Indikativ gibt, unter anderem bzw. im Wesentlichen beim Ministerium für Wirtschaft und Wissenschaft, und auf der anderen Seite Prüfaufträge, wo wir Partner anfragen, die bereit sind, mit uns in Kontakt zu treten, aber auch ihre solidarische Leistung - wie gerade signalisiert - zum Ausdruck gebracht haben.

Zum Zweiten. Ich stehe - unabhängig davon, dass ich diese personenbezogene Entscheidung gefällt habe - klar zu diesem Förderkonzept. Die Führungsebene einer Landesregierung umfasst Ebenen in allen Entscheidungsprozessen, in denen Führung definiert ist. Demzufolge ist im Gesamtkontext dieser Landesregierung nach wie vor auch weiterhin genau dieser Politikansatz zu verfolgen und zu beobachten und letztendlich einer guten Entwicklung zuzuführen. Da bin ich regelmäßig auch mit Frau Rotzsch als Beiratsvorsitzender und Kollegin Hampel aus der SPD-Fraktion im Frauenbeirat unterwegs, und wir werden diesen Prozess auch weiterhin erfolgreich durchführen.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Präsident Herr Gürth:

Als Nächster spricht Herr Abgeordneter Herbst.

Herr Herbst (GRÜNE):

Herr Ministerpräsident, vielleicht könnten Sie noch einmal darauf eingehen - dafür wäre ich sehr dank-

bar -, wie Frau Ministerin Wolff gegen diesen Kabinettskonsens, den Sie hier in aller Breite dargestellt haben, konkret verstoßen hat, was dann zu Ihrer Personalentscheidung geführt hat. Ich glaube, darauf sind Sie heute noch nicht konkret eingegangen.

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Die Personalhoheit des Ministerpräsidenten sieht nicht vor, dass ich hier Details zu personalwirtschaftlichen Entscheidungen, die als Prozesse gelaufen und zu einem Ende gekommen sind, vortrage. Wir können aber gern das persönliche Gespräch suchen.

(Beifall bei der CDU - Herr Gallert, DIE LINKE: Dann machen wir es als Zwischenintervention!)

Präsident Herr Gürth:

Nun noch eine Zwischenintervention vom Fraktionsvorsitzenden Herrn Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Das ist jetzt nicht sehr problematisch. Herr Haseloff, ich habe noch Ihre Worte im Ohr: In keinem dieser Bereiche sind wir jetzt unter dem Durchschnitt. Ich hatte das noch einmal vorgerechnet. In der Vorlage des Kollegen Bullerjahn steht explizit, dass bei uns pro Student und pro Jahr 8 % weniger Mittel ausgegeben werden als im Bundesdurchschnitt. Das entspricht etwa 700 €.

Das ist insofern interessant, als in dieser Kabinettsvorlage davon ausgegangen wird, dass man selbst bei der gleichen Studentenzahl Hochschulbudgets jetzt sofort kürzen könnte. Das bedeutet, dass die Unterschreitung des Bundesdurchschnitts an dieser Stelle noch deutlich beschleunigt werden soll. Insofern ist Ihre Aussage, dass wir in keinem dieser Bereiche unterdurchschnittlich ausgestattet sind, nicht richtig.

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Herr Gallert, zum letzten Mal an dieser Stelle.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Ja.

(Herr Lange, DIE LINKE: Oho! Jetzt wird er entlassen! - Frau Bull, DIE LINKE: Den können Sie aber nicht entlassen! - Heiterkeit bei der LINKEN)

Herr Dr. Haseloff, Ministerpräsident:

Ich sagte es schon, aber wird sind ja, wie Sie wissen, sehr dialogfreundlich. Deswegen möchte ich zumindest diesen Punkt noch einmal ansprechen. Wie gesagt, in rund fünf Wochen stehe ich wieder

an der gleichen Stelle und werde sehr dezidiert auf diese Thematik eingehen.

Sie haben eigentlich genau den Punkt erwischt, der von der Kommunikation her in den nächsten Wochen und Monaten mit den Koalitionsfraktionen und vor allem mit den betroffenen Rektoren und Vertretern der Universitäten und Hochschulen zu besprechen sein wird. Wir haben an bestimmten Stellen glatte Mittelwerte und wir haben ein sehr breites Tableau von Angeboten im Universitäts- und Hochschulbereich von mehr als 500 Studienrichtungen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist gut für das Land!)

- Ja, das ist gut für das Land. Das kann man so sehen, wenn man nur die Quantität betrachtet. Mir wäre es lieb, wenn wir auch einmal in bestimmten Hochschulrankings auffindbar wären.

Allerdings haben wir konkret sehr große Unterschiede bei den Kostenstrukturen zwischen den einzelnen Studiengängen, und genau darüber müssen wir reden. Es geht nicht um die Rasenmähermethode, es geht nicht um ein pauschales Abbauen in diesem Bereich, sondern es geht darum, die schon vorliegenden Diskussionsvorschläge und die Vorschläge der Rektoren aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass diese ihre eigene Organisationszuständigkeit so umsetzen, dass es auch für den Haushalt förderlich ist. Dazu sind sie durchaus bereit. Sie sehen dieses System als entwicklungsfähig an.

Ich freue mich auf die Diskussion, die Kollege Möllring am Montag mit den Beteiligten aufnehmen wird. Dann werden wir auch in der Regierungserklärung vor dem Hintergrund der entsprechenden Detailfakten noch einmal sehr stark aufarbeiten, in welchen Bereichen wir uns gemeinsam mit diesen Themen beschäftigen müssen.

Ich sage es noch einmal: Es geht bei dieser Haushaltsdiskussion überhaupt nicht darum, wie viele Studenten Sachsen-Anhalt braucht, haben möchte oder was auch immer. Sachsen-Anhalt ist ein offenes Land. Die Universitäten können von jedem Studenten aufgesucht werden. Jeder kann sich dort einschreiben.

Aber es kommt niemand an einer mittel- und langfristigen Prognose vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und an den individuellen Entscheidungen von Studenten vorbei. Die drängenden Fragen müssen fachwissenschaftlich - nicht politisch, sondern fachwissenschaftlich - entschieden werden. Demzufolge muss eine seriös arbeitende Landesregierung diese Parameter auch zugrunde legen.

Hochschulen steuert man nicht in drei oder in fünf Jahren um. Ich sage es nochmals: Man muss für die nächsten 15, 20 Jahre klare Eckpfeiler setzen

- nicht in allen Details, aber in dem Sinne, dass hier nur Menschen studieren können, die auch geboren wurden, die tatsächlich hier sind. Wir können nicht von Menschen ausgehen, die wir uns lediglich hierher wünschen. Wir müssen die Zahl der Studenten zugrunde legen, die sich hier real immatrikulieren werden.

(Zustimmung von Herrn Harms, CDU)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächste spricht die Vorsitzende der Fraktion der SPD, die Abgeordnete Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über ein Thema, das die Öffentlichkeit, die Landesregierung und uns als Parlamentarier seit mittlerweile einigen Wochen stark beschäftigt - das muss man so sagen. Es ist ein Thema, das ganz viele Fassetten hat. Es geht zum einen um den Haushalt des Landes und es geht zum anderen seit Freitag um den Wechsel an der Spitze des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft.

Zum ersten Punkt möchte ich sagen: Es steht außer Frage, dass es nicht nur keine leichte, sondern durchaus eine schwere Aufgabe ist, einen Haushalt aufzustellen, der nicht mehr nur nicht allen Wünschen entsprechen kann, sondern bei dem es inzwischen schwer ist, allen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Wir haben uns mit der Landeshaushaltsordnung eine Selbstbindung auferlegt. Wir sind auch schon lange vorher vom Bund gebunden worden. Es wird keine neuen Schulden geben können. Die grundsätzliche Notwendigkeit zu konsolidieren steht damit außer Frage. Das brauchen wir uns auch nicht immer wieder gegenseitig zu sagen.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Zusätzlich haben sowohl wir als Land als auch die Kommunen aufgrund einer quantitativ schwachen Wirtschaftsstruktur, aufgrund der zurückgehenden Bevölkerungszahl und möglicherweise auch wegen der Steuerpolitik im Bund ein Einnahmenproblem.

Es geht also nicht um die Frage des Ob der Konsolidierung - das ist festgelegt -, sondern es geht um die Frage des Wie - des Wie in der Sache, des Wie in der Art und Weise der Diskussion und manchmal auch nur des Wie im Wording.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Äußerungen wie „die Ministerin war nicht mehr beeinflussbar“, „das muss zwischenmenschlich aufgearbeitet wer-

den“, „wir werden da rangehen“ oder „Abkloppprozess“

(Zustimmung bei der LINKEN)

machen die Diskussionen manchmal auch sehr viel schwerer, als wir sie uns eigentlich machen müssten.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber die Diskussion findet nun seit Wochen statt. Man muss einfach konstatieren, dass im Ergebnis das Bild, das damit vom Land Sachsen-Anhalt in der Öffentlichkeit gezeichnet wird, kein gutes Bild ist.

Ich möchte zuerst auf die zweite Fassade, die ich vorhin genannt habe, eingehen, auf den Wechsel an der Spitze des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft. Hierbei ist der Eindruck entstanden, dass eine Ministerin, die für die Wissenschaft in Sachsen-Anhalt gekämpft hat, abgestraft wurde.

Sie haben heute in Ihrem Interview damit begonnen, die Hintergründe zu erklären. Es wäre gut, wenn das Bild, das sich in der Öffentlichkeit darstellt, korrigiert werden könnte. Das wäre vor allem auch gut für die politische Kultur in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich hat auch - das ist schon mehrmals gesagt worden - die Art und Weise der Entlassung das ihrige dazu getan, dieses Bild heraufzubeschreiben. Ich habe Ihnen bereits gesagt, was ich davon halte.

Ich muss aber auch sagen, ich persönlich bin im Umgang mit Ihnen einen anderen Ton und ein anderes Gesprächsklima gewöhnt. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie das im Rückblick - ich würde es Ihnen abnehmen, wenn Sie das sagten - anders machen würden.

Dass Sie Birgitta Wolff entlassen haben, ist Ihre persönliche und politische Entscheidung. Dass das Vertrauensverhältnis gestört gewesen ist, haben Sie begründet. Das habe nicht ich zu beurteilen und das hat auch die SPD nicht zu beurteilen. Birgitta Wolff war eine Ministerin aus Ihren Reihen. Wir haben diese Entscheidung als Koalitionspartner zu akzeptieren.

Das Gleiche gilt natürlich auch für den Nachfolger. Herr Möllring - wir sind bei einem offenen Wort und es ist ohnehin in der Welt -, ich habe bei Ihrer Ernennung eine gewisse Skepsis zum Ausdruck gebracht. Vielleicht nennen wir es eine gesunde Skepsis, gerade in Bezug auf die Hochschulen.

Sie haben vorgestern gesagt, Sie wären allein für die Wissenschaft vermutlich nicht in den Osten, nach Sachsen-Anhalt gekommen, für die Wirtschaft vielleicht schon. Dieser Einstieg in die Hoch-

schuldiskussion hat bei uns natürlich für einige Irritationen gesorgt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Dazu muss man wissen, dass die SPD-Fraktion und auch die Partei SPD sich sehr schwer damit getan hatten, diese beiden Bereiche in einem Ministerium zusammenzufassen, das auf Birgitta Wolff als Person zugeschnitten war.

Sie haben Ihre Äußerung aber gestern schnell wieder relativiert, indem Sie gesagt haben, man brauche beide Herzkammern, die Wirtschaft und die Wissenschaft. Das ist auch richtig. Das sind auch zwei Herzensangelegenheiten der SPD. Wir wollen eine gute wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage für die Entwicklung unseres Landes und wir wollen eine gute, stabile und zukunftsfeste Hochschul- und Wissenschaftslandschaft entwickeln. Denn wir wissen, das eine geht nicht ohne das andere.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne wird meine Fraktion für Sie auch ein engagierter Gesprächspartner sein.

In der Finanzpolitik haben Sie sich einen Ruf erarbeitet. Machen Sie sich jetzt jenseits der Zahlen auch mit unserem schönen Land, mit den Leistungen seiner Unternehmerinnen und Unternehmer sowie seiner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vertraut. Es lohnt sich. Es gibt in unserem Land viele Exzellenzen zu entdecken.

Entwickeln Sie einen vernünftigen Vorschlag für die Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt. Dann werden Sie sehen, dass ich eine Skeptikerin bin, die sich mit guten inhaltlichen Vorschlägen gern überzeugen lässt und die Ihnen auch gern die Hand reicht zur Zusammenarbeit. In diesem Sinne möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion und persönlich zur Ernennung herzlich gratulieren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Ich würde Ihnen gern noch zwei Punkte mit auf den Weg geben, die uns als SPD für die weitere Entwicklung der Hochschulen wichtig sind, quasi als Rahmen für die weitere Diskussion. Dies ist sicherlich ein ungewöhnlicher Zeitpunkt, um solche Vorstellungen als Fraktion in die Debatte einzubringen, aber dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Punkt 1. Wir wollen als SPD eine attraktive Hochschul- und Wissenschaftslandschaft entwickeln - aus einem einfachen Grund: Eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft ist ein entscheidendes Element zur Fortentwicklung des Landes - so steht es im Koalitionsvertrag. Im Mittelpunkt steht für uns daher eine Profilierung der Hochschulen. Das sehen auch die Rektoren so. Auch sie wissen und

sagen, dass ausschließlich ein „Weiter so!“ auf Dauer nicht funktionieren wird.

Punkt 2. Das neue Konzept, das jetzt erarbeitet wird, muss im Dialog mit den Hochschulen, den Rektoren und den Studierenden erarbeitet werden. Das haben Sie bereits angekündigt. Das ist vernünftig und ein guter Weg. Wir werden Sie gern mit weiteren Gesprächen begleiten.

Punkt 3. Wir als SPD stellen - das habe ich schon öffentlich gesagt - die vorgehaltenen Studienplätze und die derzeitige Studierendenzahl von 55 000 nicht in Frage.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich weiß, dass unser Koalitionspartner das ein wenig anders sieht und auch über die Presse mitgeteilt hat, dass eine politische Vorfestlegung auf eine konkrete Zahl vor der Klarheit über die Reformschritte nicht zielführend ist.

Aber dazu muss ich, mit Verlaub, sagen: Auch die Aussagen in der ersten Kabinettsvorlage zu den Studierendenzahlen sind eine politische Vorfestlegung gewesen. Zum Detail, Herr Gallert: Diese Studienplatzzahlen und Studierendenzahlen sind eben nicht in den Beschlüssen, sondern in den Erläuterungen enthalten und werden von der Landesregierung offensichtlich als ein Weg angesehen, den Konsolidierungsbeitrag der Hochschulen zu erbringen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Aber das ist doch eine Konsequenz daraus! Wenn Sie weniger Personal haben, dann haben Sie weniger Studienplätze! Das ist doch logisch!)

- Herr Lange, dazu ist heute nicht der Raum, darüber inhaltlich und fachlich zu diskutieren.

(Zurufe von der LINKEN)

- Sie haben doch noch mehrere Tagesordnungspunkte, unter denen Sie das tun können.

Ich möchte nur sagen, sowohl CHE als auch KMK bestätigen inzwischen, dass die Zahlen nicht sinken, sondern dass es ein nahezu kontinuierliches Fortschreiben der Studierendenzahlen geben wird. Insofern sind die Annahmen, die die Landesregierung auf der Grundlage von Daten getroffen hat, inzwischen, wie ich glaube, aufgrund von neueren Daten überholt. Sie würden in einer neueren Kabinettsvorlage vermutlich auch nicht enthalten sein.

Ich bin in den letzten Tagen und auch gestern in der Pressekonferenz gefragt worden, wie die Hochschulstruktur jenseits der Studierendenzahlen am Ende aussieht und wie viel Geld sie braucht oder einspart. Dazu sage ich hier das Gleiche, was ich seit Tagen öffentlich sage:

An Diskussionen über Zahlen beteilige ich mich nicht. Erst reden wir mit den Rektoren und mit den Studierenden über die Strukturen und über die In-

halte. Dann schauen wir, mit wie viel Geld wir hinkommen. Ob am Ende der Diskussion Einsparungen in Höhe von 2 Millionen, 3 Millionen, 4 Millionen oder 5 Millionen € zusammenkommen, das kann ich heute schlichtweg nicht beurteilen. Deshalb werde ich mich an einer solchen Diskussion nicht beteiligen.

(Zustimmung bei der SPD)

Warum uns Wissenschaft und Bildung im Allgemeinen am Herzen liegen, kann man allerdings heute schon sagen. Beides ist für das Land sehr wichtig. Wir wissen, dass wir die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt brauchen und dass für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen gut ausgebildete Fachkräfte nötig sind, dass wir Innovationen in vielen Bereichen brauchen.

Wir wissen, dass Studenten nicht nur Geld kosten, sondern dass sie auch Geld in das Land bringen. Wir wissen, dass wir für eine hohe Studierendquote und für gute Absolventinnen und Absolventen ein gutes Schulsystem brauchen, ein Schulsystem, in dem jede Schülerin und jeder Schüler den bestmöglichen Abschluss erlangt. Wir wissen, dass wir eine gute frühkindliche Bildung brauchen, um jedem Kind die besten Voraussetzungen mit auf den Weg zu geben.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese geschlossene Bildungskette möchte ich einmal sowohl anhand von Beschlüssen des Parlamentes als auch von Einbringungen der Landesregierung aufzeigen.

Wir haben das neue KiFöG beschlossen, in dem die Ganztagsbetreuung für alle Kinder und Verbesserungen für Erzieherinnen geregelt sind. Wir haben die Gemeinschaftsschulen eingeführt und damit längeres gemeinsames Lernen ermöglicht.

(Lachen bei der LINKEN)

Wir haben mit Stark III ein Programm eingeführt, um Schulen und Kitas zu sanieren. Die ersten Bescheide sind unterwegs.

Jetzt sind wir mit dem Ende der Bildungskette befasst. Wir müssen nämlich die Hochschulen zukunftsfest machen. Das werden wir tun und damit schließt sich die Bildungskette.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das hört sich ganz einfach und logisch an, ist aber eine der schwierigsten Aufgaben, die vor uns liegen. Denn neben der Bildung gibt es noch ganz viele andere Dinge, die in einem künftigen Haushalt genauso Berücksichtigung finden müssen. Die Wirtschaft, Investitionen in die Infrastruktur, die Kultur, soziale Infrastruktur, Arbeitsmarktpolitik, Entwicklung ländlicher Räume, Hochwasserschutz, innere Sicherheit, Justiz - all das wird sich in den künftigen Haushalten ebenfalls wiederfinden müs-

sen. Deshalb ist es in der Tat eine sehr schwere Aufgabe.

Ich habe eben davon gesprochen, dass diese Debatte zu einem sehr ungewöhnlichen Zeitpunkt stattfindet. Damit meine ich ausdrücklich nicht die Entlassung von Birgitta Wolff, sondern den Zeitpunkt im Haushaltsaufstellungsverfahren.

Wir führen heute eigentlich eine vorgezogene Haushaltsdebatte. DIE LINKE hat es in der Begründung zu der Aktuellen Debatte ziemlich direkt und deutlich so genannt. Dabei sind wir als Parlament eigentlich noch gar nicht an der Reihe; denn das Haushaltsaufstellungsverfahren ist formal eine Angelegenheit der Regierung.

Wir können auch noch keine konkreten Aussagen jenseits der Rahmendaten machen; denn wir kennen zwar die Rahmendaten - die Rahmendaten kennen inzwischen alle; Sie in der Opposition haben die gleichen Unterlagen wie wir -, aber wir kennen nicht die Untersetzung in den Einzelplänen der Ressorts.

Nun haben wir unabhängig von den Formalien die öffentliche Debatte. Wir können nun sagen, wir seien Getriebene. Wir können aber auch sagen, wir haben die Chance, frühzeitig unsere Vorstellungen einzubringen. Beides ist richtig.

Wir als Fraktion werden versuchen, die Chance zu nutzen. Wir haben beschlossen, in den nächsten Wochen unsere grundsätzlichen politischen Prioritäten zu erarbeiten und festzulegen und die Landesregierung zu bitten, sie bei oder nach der Haushaltsklausur Ende Mai 2013 in den Haushaltsplanentwurf einzuarbeiten.

Das wird, egal wie es aussieht, eine schwere Kost sein, und es wird nicht alle zufriedenstellen; das wissen wir. Aber wir, die sozialdemokratische Fraktion und der sozialdemokratische Finanzminister, werden dies gemeinsam tun.

Dabei muss aber die Fraktion am Anfang der Diskussion nicht in allen Punkten der gleichen Auffassung wie die Landesregierung sein. Grundsolidarität heißt für mich nicht, bedingungslos zu folgen, sondern das Ob zu akzeptieren. Ich befürchte, das werden nicht alle als samtpfötig ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Die öffentliche Debatte ist aber mehr als eine Diskussion über Zahlen. Auch die öffentliche Stimmung ist mehr als eine Diskussion über Zahlen, und dieser können wir uns nicht verschließen.

Wer heute auf die Titelseite der „Volksstimme“ - ich meine, es war die „Volksstimme“ - schaut, der sieht, wie die Stimmung im Land ist. Das ist es, was mir wirklich Sorgen macht. Einen Haushalt müssen wir aufstellen, ob es uns gefällt oder nicht; den müssen wir zusammenbekommen.

Heute steht zur Stimmung im Land in einer kleinen Seitenspalte: Pessimistisches Sachsen-Anhalt - pessimistische Sachsen-Anhalter. Ostdeutsche sind weitaus optimistischer als vor 20 Jahren, besagt eine Studie - mit Ausnahme der Sachsen-Anhalter. Im Jahr 1993 haben noch 18 % gesagt, dass sie gute und sehr gute Entwicklungschancen für das Land sehen; heute sagen das nur noch 13 %.

In Thüringen waren es im Jahr 1993 16 %, heute sind es 40 %. In Sachsen waren es im Jahr 1993 25 %, heute sind es 53 %.

Das ist es, was uns Sorgen machen muss. Das ist es, was die sozialen Verwerfungen in unserem Land nachzeichnet. Diese sozialen Verwerfungen führen dann auch dazu, dass Eingliederungshilfe und Sozialhilfe so hoch sind, wie sie sind. Es ist ja kein Wunsch, dass wir so viel Geld dafür ausgeben.

(Zustimmung von Frau Grimm-Benne, SPD)

Deshalb ist die Debatte über den Haushalt und darüber, wie die Inhalte im Haushaltsplan abgebildet werden, nicht nur eine Debatte über Zahlen, sondern sie ist mehr, viel mehr als das.

Nun bin ich Ingenieurin, aber ich habe gute Freundinnen, die Philosophinnen sind. Eine dieser Freundinnen hat es auf den Punkt gebracht. Selbst bei den Philosophen gibt es zwei Sichtweisen auf die Zahl - damit möchte ich meine Rede schließen. Pythagoras sagt: Alles ist Zahl. Platon sagt: Zahlen sind immaterielle Vermittler zwischen den Ideen und der materiellen Wirklichkeit.

Ich glaube, wir müssen uns bezüglich des Haushaltes an der zweiten Sichtweise orientieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Herr Lange, DIE LINKE, meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Präsident Herr Gürth:

Frau Kollegin Budde, es gibt eine Anfrage des Kollegen Lange. Möchten Sie sie beantworten? - Bitte.

Herr Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Zur Stimmung im Land. Frau Budde, Sie haben gesagt, Sie wollen eine attraktive Hochschullandschaft entwickeln. Wie würden Sie denn die jetzige Hochschullandschaft beschreiben?

Frau Budde (SPD):

Sie ist attraktiv, aber vermutlich in den nächsten Jahren nicht mehr ganz ausfinanziert. Insofern müssen wir sehen, wie wir die Hochschullandschaft weiterentwickeln. Dazu gibt es Vorschläge von den Rektoren. Ich möchte nur ein unstritti-

ges oder vielleicht besser unkritisches Beispiel nennen.

Wenn wir zum Beispiel an der Fachhochschule Magdeburg eine bestimmte Anzahl an Elektroingenieuren und an der Universität in Magdeburg eine bestimmte Anzahl an Elektroingenieuren haben, aber beide Einrichtungen vor Studierenden nicht gerade überfließen, bietet es sich zum Beispiel an, diese entsprechend den Vorschlägen der Hochschulen zusammenzufassen und die verschiedenen Abschlüsse im Rahmen einer gemeinsamen Organisation des Studiums zu ermöglichen.

So gibt es, glaube ich, von den Rektoren eine ganze Reihe von vernünftigen Vorschlägen. Es wird dabei auch nicht so sein, dass wir künftig nur die Studienfächer, die nachgefragt werden, besonders berücksichtigen müssen. Wir müssen vielmehr auch berücksichtigen, was für das Land insgesamt wichtig ist. In diesem Rahmen sind die technischen Studienfächer - das werden Sie mir als Ingenieurin nachsehen - etwas, das zusätzlich Berücksichtigung finden muss.

Ich würde gern darüber diskutieren, wie wir das hinbekommen, wie wir es vor allem in einer Struktur hinbekommen, die sicherstellt, dass wir nicht alle zwei Jahre darüber diskutieren müssen, wie wir dem Wissenschaftsstandort Sicherheit geben. Das muss uns gelingen, damit wir auch hochkarätige Professuren hierher bekommen, damit die Professoren den Ruf auch annehmen und sagen: Ja, das ist attraktiv, hier werde ich nicht alle drei Jahre infrage gestellt. Denn das ist, mit Verlaub, das, was die öffentliche Diskussion ausgelöst hat. Das war möglicherweise nicht beabsichtigt, aber es ist so. Damit ist es für den Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt insgesamt schwierig.

Herr Lange, ich glaube, in der inhaltlichen Diskussion sind wir möglicherweise weniger weit auseinander, als Sie es mir gerade ein bisschen unterstellen wollten.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank. - Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächster spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Striegel.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als am 19. April 2011, also genau zwei Jahre vor der Entlassung von Ministerin Frau Birgitta Wolff, hier im Hohen Hause die Wahl des Ministerpräsidenten stattfand, war nur zu ahnen, mit welcher schwerer Hypothek Herr Haseloff in das Amt startete.

Wir erinnern uns: Dem heutigen Ministerpräsidenten fehlten an diesem Tag ganze zehn Stimmen aus den Koalitionsfraktionen. Nur 57 von damals 67 Koalitionsabgeordneten waren bereit, Sie, Herr Haseloff, zum Ministerpräsidenten zu wählen. Das war eine Klatsche, noch bevor Ihre Regierungszeit überhaupt begonnen hatte.

Diese Hypothek beschwert Sie bis heute. Seit dem Ende der vergangenen Woche wissen wir: Ihre fehlenden Visionen für das Land, Ihre mangelnde Führungsfähigkeit, Ihr Unvermögen, eine offene und transparente Diskussions- und Kommunikationskultur im Kabinett zu pflegen, belasten das Kabinett. Die Wählerinnen und Wähler, meine Damen und Herren, haben das Vertrauen in Sie, Herr Haseloff, verloren.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Die Massen an Leserbriefen, Kommentaren in Foren und Wortmeldungen in den sozialen Medien sind ein gesammeltes Misstrauensvotum gegen Sie. Die Bürgerinnen und Bürger sprechen Ihnen Führungsqualitäten, Durchsetzungsvermögen und Gestaltungskraft ab. Das ist eindeutig.

In den Medien erzählen Sie, Herr Haseloff, uns eine Geschichte vom Rauswurf. Angeblich sind Sie und Frau Wolff sich schon seit Langem nicht mehr grün; der Rauswurf sei nicht spontan erfolgt. Dummerweise passt diese Geschichte gar nicht zu den Ereignissen. Sie haben sich nämlich nach einem Gespräch mit Ihrem Finanzminister und Stellvertreter zu diesem Rauswurf getrieben gesehen.

Dazu mussten Sie der versammelten Öffentlichkeit weismachen, im Kabinett seien die Sparvorschläge bereits verbindlich beschlossen worden. - Dem ist nicht so; denn die Kabinettsvorlage weist nur Prüfungsaufträge an die Ministerinnen und die Minister auf. Darin steht - ich zitiere -: „angestrebt“.

Sie und Ihr Antreiber Jens Bullerjahn versuchen nun, der Öffentlichkeit die plötzliche Entlassung im Nachgang als Führungsstärke des Ministerpräsidenten zu verkaufen. Herr Haseloff, weder wir noch die Öffentlichkeit nehmen Ihnen diese Version der Ereignisse ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Führungsstärke, Herr Haseloff, manifestiert sich nicht in Machtworten im Kabinett oder in Entlassungen per Telefon. Das war menschlich schäbig. Das war Basta-Politik ohne inhaltlichen und personellen Kompass.

Ich möchte noch ganz kurz auf das Interview mit Ihnen in der „Volksstimme“ vom heutigen Tag eingehen, in dem es heißt: „Frau Wolff ist nicht mehr beeinflussbar“. - Ja, reden wir denn im Kabinett über Beeinflussbarkeit und Einflüsterungen? Ich

dachte, dort zählen Argumente. Das hätte ich gern von Ihnen gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Sachsen-Anhalt hätte - jeder unvoreingenommene Beobachter wird das bestätigen - bereits vor Jahren mit dem Sparen beginnen müssen. Der Spar-
druck wächst seit Langem. Dazu haben insbesondere CDU und SPD beigetragen.

Der Schuldenstand hat sich seit dem Jahr 2000 von 13,5 Milliarden € auf heute etwa 21 Milliarden € erhöht. Allein die jährliche Zinslast liegt bei etwa 700 Millionen €. Wir müssen also selbst in einer Niedrigzinsperiode, wie wir sie gerade erleben, in jedem Jahr mehr als 7 % unseres Landeshaushaltes nur dafür aufwenden, die fälligen Zinsen zu bedienen. Das schränkt unsere Handlungsfähigkeit und nicht nur die der Regierung ein.

Ausgaben und Einnahmen in unserem Bundesland müssen unter diesen Ausgangsbedingungen ins Lot gebracht werden. Dies ist notwendig, weil einerseits die Mittel aus dem Solidarpakt auslaufen und weil andererseits mit Blick auf den Länderfinanzausgleich klar ist, dass Sachsen-Anhalt als Nehmerland unter besonderer Beobachtung steht.

Trotzdem haben es die Landesregierungen unter den Ministerpräsidenten Böhmer und Haseloff in den vergangenen Jahren versäumt, konsequent zu sparen. Das wird unter anderem auch vom Landesrechnungshof sehr deutlich gesagt.

Sie haben noch nicht einmal versucht, die bisher vorgelegten Haushalte als Sparhaushalte zu verkaufen. Noch in dem Nachtrag zum Haushaltsplan für die Jahre 2012 und 2013, den die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, haben Sie die Ausgaben um 35 Millionen € erhöht. Neue Projekte - das hat der Ministerpräsident erklärt - fanden sich viele, Einsparungen nur wenige bis keine.

In Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen auf historischem Höchststand haben Sie, Herr Finanzminister Bullerjahn, es geschafft, eine Tilgung von 25 Millionen € als „historisch“ zu bezeichnen. So viel patriarchale Selbstüberschätzung braucht es offenbar, um anschließend mit einer Kabinettskollegin Wolff in der bekannten und beschriebenen Weise umzugehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für solide Haushaltspolitik ein.

(Lachen bei und Zurufe von der CDU)

- Wenn das große Gelächter in der CDU-Fraktion abgeklungen ist, sage ich Ihnen sogar, dass wir bereit sind, gemeinsam mit Ihnen für eine Schuldenbremse in der Landesverfassung zu streiten, weil wir dies für ein richtiges Prinzip halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings muss es eine qualitativ hochwertige Schuldenbremse sein, die dann auch mehr Mitbestimmung sichert. Das muss auch möglich sein.

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Wenn wir sparen, meine Damen und Herren, insbesondere von der CDU, dann muss dies gutes Sparen sein. Gut zu sparen heißt, Prioritäten zu setzen. Das Sparmodell der Herren Haseloff und Bullerjahn, nämlich Kürzen ohne erkennbare Prioritäten und ohne einen vorherigen ergebnisoffenen Diskussionsprozess im Kabinett, ist falsch und es ist schädlich für das Land. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass eine Wissenschaftsministerin, die das Ziel der Haushaltskonsolidierung gar nicht anzweifelte, sondern über den Weg dorthin diskutieren wollte, von einem Ministerpräsidenten vor die Tür gesetzt wird, sagt wenig über die Qualität der Arbeit von Frau Wolff als Ministerin aus, aber es spricht Bände über den desolaten Zustand und über das Miteinander in diesem Kabinett.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Die nun in Rede stehenden Einsparungen bei den Hochschulen sehen wir kritisch und wissen uns damit an der Seite der ehemaligen Wirtschafts- und Wissenschaftsministerin.

Im nächsten Jahr unter einseitiger Fortschreibung der Zielvereinbarungen Mittel in Höhe von 27 Millionen € im Wissenschaftsetat einzusparen, bringt die Hochschulen in massive Schwierigkeiten. Die Mittel fehlen dann nicht nur im Exzellenzbereich und bei der Graduiertenförderung; sie müssen den Hochschulen genommen werden, ohne dass die künftige Struktur bekannt ist. - Das ist kein gutes Sparen. Das ist Kaputtsparen.

Der Wegfall der Mittel vergrößert auch den Investitionsstau in den Uniklinika. Ich kann mir in lebhaften Farben ausmalen, wann dieser Investitionsstau als Begründung dafür herhalten wird, dass Sie, Herr Finanzminister, gemeinsam mit Ihrem neuen Kabinettskollegen Herrn Möllring den Standort Halle bei den Universitätsklinika infrage stellen. Das Pfeifen der Ouvertüre dieses Stückes konnten wir in den letzten Tagen bereits aus der Regierung vernehmen.

Eine solche Politik vermeintlicher, weil selbstgemachter Sachzwänge darf sich dieses Parlament, darf sich dieses Land von Ihnen, meine Herren, nicht aufzwingen lassen, gerade deshalb nicht, weil über die künftige Entwicklung der Uniklinika gesprochen werden muss. Mit der Überarbeitung des Hochschulmedizingesetzes soll begonnen werden. Klar ist: Der Status quo kann nicht einfach fortgeschrieben werden.

Auch die Hochschulen selbst werden in den kommenden Jahren Strukturveränderungen erfahren.

Das Land hat aus diesem Grund den Wissenschaftsrat mit einer umfassenden Begutachtung der Hochschulstruktur unter Bezugnahme auf die aktuellen Herausforderungen beauftragt. Ohne das Gutachten des Wissenschaftsrates abzuwarten, stehen die einzusparenden Summen bei den Hochschulen scheinbar bereits jetzt fest: 5 Millionen € aufwachsend jedes Jahr. Das ist widersinnig, Herr Ministerpräsident Haseloff. Das ist ein Beleg für Ihre orientierungslose Politik.

Die Hochschulen sind wichtige, wenn nicht die wichtigsten Innovationsmotoren unseres Landes. Hier findet gute Lehre statt. Hier wird gegen den Fachkräftemangel gearbeitet. Hier passieren die Ausgründungen. Hier wird exzellente Forschung betrieben.

Unsere Hochschulen müssen die Chance bekommen, eigene Schlussfolgerungen aus dem Gutachten des Wissenschaftsrates zu ziehen. Nur gemeinsam mit dem Land kann es anschließend die notwendige Anpassung an neue Prioritäten geben. Das heißt aber, dass die Hochschulen nicht bereits zuvor in ein Sparkorsett der Landesregierung gepresst werden dürfen. Das kann nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihrer ersten Regierungserklärung im Frühjahr 2011 haben Sie, Herr Haseloff, davon gesprochen, die Hochschulen im Land stärken zu wollen.

(Ministerpräsident Herr Dr. Haseloff: Das machen wir gerade!)

Gleichzeitig haben Sie grundsätzlichen Reformbedarf verneint. Ich zitiere einmal:

„Tiefgreifende Veränderungen und Umstrukturierungen der Hochschullandschaft sieht die Koalition in den nächsten Jahren nicht vor.“

Die Kurzsichtigkeit Ihrer Regierung rächt sich nun. Die von Ihnen geforderten Einsparanstrengungen bei den Hochschulen in Höhe von insgesamt 77 Millionen € werden zu einem tiefgreifenden Wandel führen, allerdings ohne dass vorher über Prioritäten im Landeshaushalt diskutiert wurde und ohne dass vorher über die realistische Erreichbarkeit dieses Sparziels und die dabei verbindlich zu sichernden Qualitätsmaßstäbe gesprochen wurde. Das ist Politik mit der Haseloff-Bullerjahn'schen Brechstange.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schon heute hält das Land nur knapp 35 000 ausfinanzierte Studienplätze vor. Gleichzeitig studieren rund 55 000 Studierende in Sachsen-Anhalt. Es ist ein Erfolg unserer Hochschulen, dass es ihnen gelingt, Menschen in unser Land zu locken. Viele davon bleiben hier. Andere gehen als gut ausgebildete Botschafter Sachsen-Anhalts wieder

in die Welt hinaus. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Hochschulen für die Ausbildung der Studierenden auskömmlich auszustatten.

Die Hochschulen sind übrigens hinsichtlich der Bereitstellung von Studienplätzen guter bundesdeutscher Durchschnitt. Auch das ist heute in der Debatte schon deutlich geworden. Die Ausgaben pro Studienplatz liegen mit unter 7 000 € im Mittelfeld. Probleme bestehen im Bereich der Drittmittelerwerbung. Hier besteht ein zu hebendes Potenzial.

Der gestrige Grundsatzbeschluss der SPD-Fraktion, sie wolle an der Größenordnung von 55 000 Studierenden festhalten, steht vielleicht in der Traditionslinie des SPD-Wahlprogramms, aber im Widerspruch zur Politik des SPD-Finanzministers;

(Zustimmung von Frau Lüddemann, GRÜNE)

denn schon jetzt sind 20 000 Studienplätze zwar besetzt, aber nicht solide ausfinanziert. Bei weiteren pauschalen Kürzungen wird sich diese Lücke zunächst weiter öffnen. Mittelfristig wird so Sachsen-Anhalts Attraktivität als Studienort und Wissensstandort massiv beschädigt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Land, meine Damen und Herren, kann sich glücklich schätzen, jemanden mit dem akademischen Profil von Frau Wolff einige Jahre lang als Professorin gehabt zu haben. Man wird ihr unter den eben skizzierten Umständen und dem offenbar wild entschlossenen Kurs von Ministerpräsident Haseloff und Finanzminister Bullerjahn aber nur bedingt dazu raten können, ihre nunmehr wieder akademische Karriere an einer Hochschule des Landes fortzusetzen.

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Genau!)

Es liegt in Ihrer Hand, Herr Minister Möllring, die Hochschulen gegen rein finanzpolitisch motivierte Angriffe Ihres Ministerpräsidenten und des Finanzministers zu verteidigen. Meine Fraktion bezweifelt, dass Sie ein guter Anwalt der Hochschulen sind. Wir hätten uns deshalb vom Ministerpräsidenten ein glücklicheres Händchen bei der Personalpolitik gewünscht.

(Unruhe bei der CDU)

Das mit Ihrer Berufung durch Herrn Haseloff ausgesandte Signal, es brauche einen abgewählten Finanzminister, um die unbotmäßigen Hochschulen an die Kandare zu nehmen, ist - nun sagen wir es einmal mit Ihren eigenen Worten - nicht hilfreich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe bei der CDU - Herr Kolze, CDU: Was heißt hier abgewählt?)

Unsere Hochschulen haben eine Kennerin oder einen Kenner der hiesigen Verhältnisse verdient.

Umso befremdlicher ist Ihre Aussage, Sie hätten der Wirtschaft wegen, nicht aber aufgrund der Hochschulen ja zu einem Ministeramt in Sachsen-Anhalt gesagt.

Angesichts einer solchen Ausgangslage hätte es dem Ministerpräsidenten besser angestanden, erneut auf Kandidatensuche zu gehen oder alternativ einen Neuzuschnitt der Ressorts und die Rückverlagerung der Hochschulen in den Bildungsbereich zu organisieren.

Die bündnisgrüne Fraktion, Herr Möllring, erwartet von Ihnen, dass Sie im Hochschulbereich die in Arbeit befindlichen Gutachten ernst nehmen, diese im Dialog mit den Hochschulen auswerten und daraus gemeinsam mit den Betroffenen Schlüsse zur zukunftsfähigen Entwicklung der sachsen-anhaltischen Hochschullandschaft ziehen.

Für eine Basta-Politik braucht unser Ministerpräsident ganz offenbar keine Verstärkung aus Niedersachsen. Da hat er bereits gute Unterstützung aus dem Mansfelder Land.

(Unruhe bei der CDU und auf der Regierungsbank)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, drei Finanzminister, einen in der Staatskanzlei, einen im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft und abschließend einen im Finanzministerium,

(Zustimmung von Frau Lüddemann, GRÜNE)

einen solchen Luxus kann sich Sachsen-Anhalt in Zeiten eines Sparhaushaltes nicht leisten. Dieses Land braucht einen starken Ministerpräsidenten, der in offenen Diskussionen mit dem Kabinett, mit seinen Kolleginnen und Kollegen, die Vision eines zukunftsfähigen Sachsen-Anhalts entwickelt. Nachhaltig kann diese nur sein, wenn sie auch die Konsolidierung des Landeshaushalts einschließt. Hier versagt Ihre Regierung, Herr Haseloff. Gutes Sparen - Fehlanzeige.

Verbunden mit der offensichtlichen Führungsschwäche des Ministerpräsidenten liegt hier der Grund für die andauernde Regierungskrise. Sie haben mit Ihren Ausführungen zur Beendigung der Krise heute nur wenig beitragen können.

Dass Sie unter den gegebenen Umständen zuwarten und die Menschen im Land erst Mitte Juni im Rahmen einer Regierungserklärung über Ihren weiteren Kurs in der Finanzpolitik informieren wollen, zeigt, dass Sie die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben. Heute und hier wäre der Ort gewesen, um den Menschen in Sachsen-Anhalt Ihren Kurs zu erklären.

Die Menschen in unserem Land haben mehr verdient als einen Ministerpräsidenten, der die Zukunftsfähigkeit Sachsen-Anhalts durch mangelnde

de Prioritäten beim Sparen verspielt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Striegel. Es gibt eine Frage. Möchten Sie die beantworten? - Frau Kollegin Koch-Kupfer, bitte.

Frau Koch-Kupfer (CDU):

Sehr geehrter Kollege Striegel, Sie haben den Führungsstil des Ministerpräsidenten mit Basta-Stil und undemokratisch beschrieben. Im Moment gibt es in Nordrhein-Westfalen massive Schülerproteste gegen die Abiturprüfung. Es geht um die Aufgaben des Mathe-Abiturs für die Grundstufe. Schüler haben sich darüber beschwert, dass sie zu schwer und lebensfremd sind.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Die Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen hat folgendermaßen reagiert. Ich denke, das muss ich Ihnen gar nicht erklären. Sie hat an alle Schulen eine E-Mail geschickt und angeordnet, dass die Abiturergebnisse bindend wären. Wie beschreiben Sie diesen Führungsstil?

Herr Striegel (GRÜNE):

Ich bin Landtagsabgeordneter des Landes Sachsen-Anhalt und dem Wohl unseres Landes verpflichtet. Ich werde nicht die Entscheidungen von Kolleginnen oder Kollegen oder von Parteifreundinnen oder Parteifreunden in anderen Bundesländern kommentieren.

(Lachen bei der CDU - Herr Bommersbach, CDU: Das ist aber schön, Herr Striegel! - Herr Wunschinski, CDU: Nur wenn es gepasst hätte! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Auch nicht, wenn es gepasst hätte, Herr Kollege Wunschinski, weil der Punkt einfach ist, ich kenne den Vorgang nicht und ich maße mir nicht an, von dieser Stelle aus die Prüfungen in Nordrhein-Westfalen zu bewerten. Das kann ich schlicht nicht. Ich bin dort nicht einmal geprüft worden. - Herzlichen Dank.

(Herr Bommersbach, CDU: Aber Diskussionen bei den Grünen ohne Ende!)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Kollege Striegel. - Weitere Nachfragen gibt es nicht. Wir fahren in der Debatte fort. Nun spricht für die Fraktion der CDU der Fraktionsvorsitzende Herr Abgeordneter Schröder.

Herr Schröder (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der letzte Redner in dieser sehr

kontroversen Debatte. Ich möchte mich bemühen, ein paar wesentliche Aspekte aus der Sicht meiner Fraktion dazu beizutragen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Sie dürfen etwas sagen!)

Der erste Hinweis, den ich mir erlaube, ist: Wenn man die in allen Einzelplänen unseres Landeshaushalts enthaltenen Leistungen für unsere Hochschulen, für die Hochschulmedizin, für die Bauten, die Geräte und für die Forschung, einmal addiert, dann kommen wir in diesem Jahr auf einen Mittelansatz von 870 Millionen €. Das entspricht 8,7 % des gesamten Haushalts.

Die laufenden Ausgaben pro Studierenden liegen in Sachsen-Anhalt über dem Bundesdurchschnitt. Sie liegen um etwa 1 000 € pro Kopf über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Bei den Ausgaben je Studierenden und bei den Ausgaben für Professoren in den Fachhochschulen haben wir in Sachsen-Anhalt deutschlandweit einen Spitzenplatz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es kann doch gar kein Zweifel daran bestehen, dass die Hochschulen und dass die Wissenschaft ein Schwerpunkt dieser Landesregierung sind.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das haben wir gemerkt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch das ist wahr: Seit Langem reden wir über die Leistungsfähigkeit unserer Hochschullandschaft. Problemanzeigen in Form von Gutachten und Statistiken gab es in den vergangenen Jahren immer wieder. Ich erinnere an die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat in den Jahren 2008 und 2009. Lange Studienzeiten, hohe Wechselquoten, Reserven bei der Profilierung der Standorte, viele Studiengänge mit wenig Studierenden, ausbaufähige Kooperation zwischen den Hochschulen, geringe Einwerbung von Drittmitteln sowie ein unterdurchschnittlicher Forschungoutput sind nur wenige Punkte, die festgestellt worden sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kabinettsumbildung mag überraschend gekommen sein, die Notwendigkeit struktureller Veränderungen dagegen nicht. Bereits in der Vergangenheit gab es sanfte Korrekturen. Ich erinnere daran, dass schon im Jahr 2011 mit der Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen eine Übergangsphase eingeläutet wurde. Wenn ich mich recht entsinne, gab es im Zusammenhang mit der letzten Hochschulvereinbarung sogar Übergangshilfen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle, weil das jetzt mehrfach angesprochen worden ist, auch etwas zu den Studierendenzahlen sagen. Ich werbe schon für einen realistischen Blick bei der Abschätzung

der künftigen Studentenzahl. Ich halte das auch für notwendig.

Die Referenzlinie bei der Vereinbarung zum Hochschulpakt geht zum Beispiel bis zum Jahr 2015 von einer gleichbleibenden Zahl von Studienanfängern aus. Nach einer KMK-Vorausberechnung bis zum Jahr 2025 sinkt hingegen die Zahl der Studienanfänger auf 8 700 pro Jahr ab. Im Vergleich dazu gab es im Jahr 2011 noch 10 495 Studienanfänger.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was der Fraktionsvorsitzende Herr Kollege Gallert in seiner Pressemitteilung am 6. April erklärt hat, stimmt. Er ging ebenfalls davon aus, dass die Studierendenzahl in den nächsten 15 Jahren sinken wird.

Sehr geehrter Herr Lange, mit Blick auf Ihre Rückfrage möchte ich gern auf das Plenarprotokoll vom 11. September 2008 verweisen, in dem die Aussprache über die Strategiedebatte „Zwischen neuen Spielräumen und alten Schulden“ festgehalten wurde. Da hat Ihr Fraktionsvorsitzender gesagt, ja, das ist eine interessante Perspektive zu sagen, liebe Hochschulen, wenn ihr eure Studierendenzahlen halten könnt, dann bleibt es auch bei dem Stellenbestand und bei den Budgets. Da hätte er auch Probleme mit den Fachpolitikern, die dann natürlich sagen würden, wenn die Studentenzahl nicht erreicht wird, dann bedeutet das Budgetkürzungen. Er sagt aber, das ist völlig vernünftig und völlig richtig. Insofern verdient das durchaus Unterstützung. - Das war ein Zitat von Herrn Gallert aus dem Jahr 2008.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will das ganz klar sagen: Die CDU-Landtagsfraktion möchte möglichst viele Studierende im Land Sachsen-Anhalt haben. Der Jungbrunneneffekt unserer Wissenschaftslandschaft ist auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gar nicht hoch genug zu schätzen. Wir möchten natürlich auch, dass unsere Absolventen verstärkt im Land bleiben können. Der sogenannte Braindrain muss ja nicht immer nur aus dem Land hinausfließen.

Aber statt politischer Festlegungen benötigen wir eben eine realistische Abschätzung des Zahlenmaterials. Schließlich fordert - so habe ich keinen hier im Saal verstanden - niemand Zwangsimmatrifikationen in Sachsen-Anhalt. Meine Kollegin Katrin Budde hat darauf hingewiesen, dass im Kabinettsbeschluss keine Zahl steht, auch die 33 000 nicht, zumindest nicht bei den Beschlüssen.

Insofern kommt es darauf an, dass wir uns auf realistische und seriöse Schätzungen beziehen und darauf unsere Politik aufbauen. Wir waren uns im Dezember 2001 in diesem Landtag auch alle einig darüber. Da hieß es im Beschlusstext des Landtages, dass die parlamentarische Bewertung einer demografiefesten Gestaltung unserer Hochschul-

landschaft erst dann möglich ist, wenn die aktuellen Begutachtungsergebnisse und Zahlen unter anderem des Wissenschaftsrates vorliegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion sieht das auch heute noch so.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Aber nicht das Kabinett!)

Dass Sparen Prioritäten setzen heißt und dass es um ein „gutes Sparen“ geht, sehr geehrter Herr Striegel, da sind wir gar nicht weit auseinander. Deswegen hadern wir möglicherweise gemeinsam auch mit dem heutigen Vortrag von Herrn Gallert, der zu einem gesellschaftlichen Widerstand gegen die Koalition aufruft, also einen Widerstand gegen das Sparen meint, letztlich aber nicht die entscheidende Frage beantwortet - wenn er gleichzeitig Perspektiven für dieses Land fordert, womit er recht hat -: Welche Perspektive hätte denn das Land, wenn wir in Sachsen-Anhalt keine Konsolidierungspolitik mehr betreiben würden?

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Minister Herr Stahlknecht: Ja!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahrheit ist, die Opposition ist hier im Landtag ein kritischer Begleiter der Landespolitik. Eines ist sie nicht: eine Alternative.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Weil wir so dicht beieinander sind, wenn wir sagen, Sparen ist kein Selbstzweck, sondern man muss auch wissen, wofür man spart und welche Ziele man sich setzt,

(Zuruf von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

bin ich ein wenig enttäuscht, dass Sie, Herr Striegel, hier vorn als Oberlehrer stehen und in diese platte Hau-drauf-Rhetorik verfallen. Schade, Herr Striegel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für die CDU-Landtagsfraktion möchte ich schon jetzt fünf wesentliche Punkte erklären.

Erstens. Wir gehen in unserer parlamentarischen Zusage weit und sagen: Im Übergangsjahr 2014 wird es keine Kürzung der Kernbudgets geben. Diese zusätzliche Zeit im Jahr 2014 muss dringend dazu genutzt werden, eine neue Zielvereinbarung zwischen dem Land und den Hochschulen zu schließen.

Zweitens. Die CDU-Landtagfraktion wird dem Degressionspfad der Budgetabsenkungen bei den Hochschulen zustimmen, aber nur dann, wenn er verantwortbar ist und auch ein belastbares Konzept vorliegt.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Das hat Frau Wolff auch gesagt!)

Der Landesregierung sage ich: Sparziele sind das eine, das Hochschulkonzept ist das andere.

(Zustimmung von Herrn Dr. Brachmann, SPD, und von Frau Niestädt, SPD)

Dieses Konzept ist fällig, ja. Die Handlungsfähigkeit der Landesregierung wird sich daran messen, ob sie dieser Bringschuld genügt.

Die Unterstützung der CDU-Landtagsfraktion hat der neu ins Amt gekommene Minister für Wissenschaft und Wirtschaft ausdrücklich. Ich denke, dass er die beiden Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft entsprechend gleich hoch einschätzt und beide Gestaltungsaufgaben in gleicher Weise ernst nimmt.

Drittens. Vor der Klarheit über Strukturreformen gibt es äußerste Zurückhaltung bei größeren Investitionsentscheidungen. Zu Recht! Aber das heißt, dass der Investitionsstau zum Beispiel hinsichtlich der Gebäudesubstanz oder auch bei der Neuanschaffung von Großgeräten rasch ein Ende finden muss. Auch deshalb drängt die Zeit für einen verlässlichen Hochschulstrukturplan, der wieder Investitionen ermöglicht.

(Herr Lange, DIE LINKE: Ich denke, bei Großinvestitionen wollen Sie in den nächsten Jahren sparen!)

Viertens. Erfreulicherweise - ich denke, das gehört auch zu der Debatte - erhöht der Bund seinen Anteil an der Finanzierung des Hochschulrahmenpaktes. Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen dazu beitragen, die Gegenfinanzierung der Hochschulpaktmittel entsprechend darzustellen.

Fünftens. Wir begrüßen die Beauftragung des Wissenschaftsrates vom 16. Juni 2011. Wir wollen eine Berücksichtigung der erwarteten Empfehlungen bei der Aktualisierung des geltenden Hochschulstrukturplans. Der, den wir jetzt haben, stammt übrigens aus dem Jahr 2004. Es wird Zeit für eine Aktualisierung.

Meine Kollegin Budde hat mit einem Zitat geendet. Ich will das ebenfalls tun. Es gibt einen netten Aphorismus, der mir bei der ganzen Debatte einfiel. Er lautet: „Wissenschaft ist der neueste Stand bewiesener Irrtümer.“ Und es heißt weiter: „Wissenschaft ist Brot und Ehre.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Politik und Wissenschaft haben einiges gemeinsam. Wir sollten uns heute daran erinnern und zu einer sachlichen und gemeinschaftlichen Handlungsweise zurückkehren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Präsident Herr Gürth:

Herr Kollege Schröder, es gibt zwei Nachfragen. Möchten Sie sie beantworten?

Herr Schröder (CDU):

Zwei, mehr nicht.

Präsident Herr Gürth:

Dann zunächst Herr Gallert und danach Herr Wehrich.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Schröder, wenn Sie schon aus meiner Pressemeldung zitieren, was an sich lobenswert ist,

(Heiterkeit)

dann wäre meine Bitte, dass Sie auch den Gesamtzusammenhang darstellen.

Meine These war, dass wir tatsächlich nicht 100-prozentig sicher wissen können - diesbezüglich gibt es unterschiedliche Positionierungen -, wie sich die Studierendenzahlen bundesweit und damit in Sachsen-Anhalt ab dem Jahr 2020 entwickeln werden. Bis 2020 sind wir uns relativ sicher.

Die Aussage meiner Presseerklärung war folgende: Wenn wir es möglicherweise ab 2020 mit sinkenden Studierendenzahlen zu tun haben, dann ist das ein verdammt schlechtes Argument, ab 2014 die Budgets zu kürzen. Diese Argumentation ist aus meiner Sicht nach wie vor schlüssig und hebt sich in keiner Weise auf. - Danke.

(Zustimmung von Herr Dr. Thiel, DIE LINKE, und von Frau Dr. Klein, DIE LINKE)

Herr Schröder (CDU):

Herzlichen Dank. - 2014 kürzen wir nicht. Sie haben hier im Hohen Haus im September 2008 gesagt, dass es die Verbindung zwischen den Studierendenzahlen und den Budgets sehr wohl gibt und dass Sie diese Verbindung auch für vernünftig erachten. Ich gebe Ihnen in dieser Aussage Recht. Sie haben in Ihrer Pressemitteilung am 6. April 2013 - ich zitiere sie noch einmal - gesagt, dass auch Sie davon ausgehen, dass in den nächsten 15 Jahren - so steht es wörtlich in der Pressemitteilung - die Studentenzahlen sinken.

Dass wir hier nicht um das Ob, sondern um das Wie ringen und dass auch Sie eine demografiefeste Hochschullandschaft mit Strukturreformen verbinden - das war mir wichtig an dieser Stelle zu erwähnen.

(Herr Lange, DIE LINKE: Na, wenn es nur das ist!)

Präsident Herr Gürth:

Dann Herr Abgeordneter Wehrich.

Herr Wehrich (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Kollege Schröder, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass

es im Jahr 2014 keine Absenkung der Hochschulbudgets, der Kernbudgets, wie Sie gesagt haben, geben wird und dass Sie alle weiteren Entscheidungen für die Folgejahre davon abhängig machen, dass ein Konzept für die Hochschulen vorliegt.

Mich interessiert, was das für den Bereich der Hochschulmedizin bedeutet. Sind damit auch die Schließungspläne für die Uniklinik in Halle vom Tisch?

Herr Schröder (CDU):

Der Bereich der Hochschulmedizin ist ein eigenständiger Bereich, der sich in die gesamten Reformschritte in den einzelnen Bereichen einzubetten hat, für die eine Lösung zu finden ist.

Sie haben es richtig verstanden, ich habe für meine Fraktion gesagt: Wir wollen im Jahr 2014 bei den Kernbudgets für die Hochschulen den Status quo,

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

wollen diese Zeit aber nutzen - denn das ist, nachdem wir mit der vorherigen Zielvereinbarung bereits eine Übergangsphase bis 2013 eingeläutet hatten, ein weiteres Jahr Zeit -, um diese Strukturentscheidungen entsprechend vorzubereiten, und zwar mit den Hochschulen gemeinsam. So lauten auch die entsprechenden Beauftragungen der Landesregierung, wie ich sie verstehe.

Für meine Fraktion will ich sagen: Wir müssen ab 2015 die Reformschritte - wir werden noch ausführlich Zeit haben, darüber zu diskutieren - umsetzen, und das wird dann auch den Bereich der Hochschulmedizin umfassen.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank - Minister Herr Stahlknecht: Genau!)

Präsident Herr Gürth:

Damit ist die Debatte abgeschlossen. Weitere Redner sind nicht vorgesehen. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Präsidentin Frau Dr. Paschke:

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Beratung

Erfolgreichen Stadtumbauprozess in Sachsen-Anhalt entschlossen fortsetzen - Wohnraumförderung generationengerecht gestalten

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/1896**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1995**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Felke. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nach dieser vorgezogenen Haushaltsdebatte den Fokus auf ein fachpolitisches Thema lenken, wobei richtig ist und bleibt: Alles hängt bekanntlich mit allem zusammen.

Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir uns in unserer heutigen Tagesordnung prioritär mit der Stadtentwicklung befassen; denn die Städte sind das Aushängeschild des Landes, was unlängst auch in den erfreulich gestiegenen Übernachtungszahlen von Gästen in unserem Land zum Ausdruck kam.

Die Städte sind aber auch die Heimat für die Mehrheit der Einwohner von Sachsen-Anhalt. Allein in den 42 Stadtumbaustädten lebten zum 30. Juni 2012 etwa 64 % der Einwohner unseres Landes. Die Städte sind damit Rückgrat und Impulsgeber für die Entwicklung im Land. Hier konzentrieren sich die meisten Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen und damit die meisten Arbeitsplätze. Für das Umland übernehmen sie wichtige Versorgungsfunktionen.

Attraktive Innenstädte schaffen Identität. Kulturelle sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen bieten Angebote weit über die Stadtgrenzen hinaus. Die Städte bieten ein breites Wohnungsangebot, das die unterschiedlichen Ansprüche der einzelnen Generationen, von Familien, von Mobilitätsbeeinträchtigten, aber auch von Personen mit geringem Einkommen berücksichtigen kann.

Allerdings ist vor dem Hintergrund demografischer und sozialer Entwicklungen eine kontinuierliche und differenzierte Stadtentwicklungspolitik erforderlich, damit die Städte auch künftig ihre Rolle ausfüllen können.

Eine zweite Leerstandswelle steht bevor. Die Zahl der Haushalte sinkt seit 2009 trotz Haushaltsverkleinerung, sodass der Einwohnerverlust direkt auf den Wohnungsmarkt durchschlägt. Bis 2025 wird Sachsen-Anhalt noch weitere rund 100 000 Haushalte verlieren. Dies bedeutet steigenden Leerstand auf bis zu insgesamt 300 000 Wohnungen und damit mehr, als dies beim Start des Programms „Stadtumbau Ost“ im Jahr 2002 der Fall gewesen ist.

Mit diesem Programm konnten Stadtstrukturen und Wohnungsmärkte stabilisiert werden. Altstädte wurden revitalisiert und Wohnsiedlungen weiterentwickelt. Ohne das Programm hätte es einen deutlichen Leerstandsanstieg gegeben. Ein Erfolgsfaktor war die Koppelung des Rückbaus an die Entlastung von den Altschulden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD, und von Herrn Scheurell, CDU)

Vor wenigen Tagen wurde der Startschuss für die Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung 2013 gegeben. Wie im zurückliegenden Jahr beträgt der Umfang 455 Millionen €. Davon stehen Mittel in Höhe von 84 Millionen € im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ zur Anpassung an den demografischen und strukturellen Wandel zur Verfügung.

Damit ist die Höhe der Bundesmittel seit dem Programmstart im Jahr 2002 allerdings auch fast halbiert worden. Weniger Starterhaushalte und weniger Familiengründer führen aber zu weiteren Nachfragerückgängen und Leerstandszuwächsen und damit erhöhten Rückbauerfordernissen. Dabei werden künftige Rückbauten technisch eher komplizierter und damit auch noch einmal teurer.

Schon jetzt ist klar, dass das geplante Rückbauvolumen, das für 2016 - das bisher geplante Ende des Stadtumbauprogramms - vorgesehen war, nicht erreicht werden kann. Um dieser Herausforderung begegnen zu können, ist dringend ein Aufstocken des Fördervolumens notwendig. Erinnert werden muss daran, dass das Volumen des Bundes für die Städtebauförderung noch vor wenigen Jahren bei deutlich mehr als 600 Millionen € lag. Nötig sind zudem flexible Regelungen, die orts- und bundesspezifischen Besonderheiten Rechnung tragen.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Die Kofinanzierung seitens des Landes muss trotz aller notwendigen Konsolidierungsanstrengungen Priorität genießen. Zudem muss die Umsetzung in den Kommunen ermöglicht werden, sollen derzeitige Extreme nicht weiter verschärft werden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Hier lohnt zum Beispiel ein Blick in die schöne Stadt Zeitz, wo wir aktuell schon wieder eine Leerstandsquote von deutlich mehr als 25 % zu verzeichnen haben.

Bei all dem stellt sich die Frage: Wer reißt überhaupt noch ohne Altschuldenentlastung ab? - Diese leider noch immer nicht gelöste Frage ist ein gravierendes Hemmnis für alle Wohnungsunternehmen, die sich am Rückbau beteiligen. Richtig ist, dass das Empirica-Gutachten zur Altschuldenhilfe aus dem Jahr 2010 keinen Bedarf für die Fortführung der Altschuldenentlastung in der bestehenden Form über das Jahr 2013 hinaus gesehen hat.

Meiner Meinung nach wird es aber ohne Anreize verbunden mit gewünschten Steuerungsinstrumenten zum Beispiel hinsichtlich gewünschter Investitionen in die Innenstädte nicht gehen, will man

nicht Gefahr laufen, dass sich eine Situation des Aussitzens der Probleme verfestigt.

Meine Damen und Herren! Derzeit gibt es verschiedene Aussagen des Bundes zur Ankurbelung des Neubaus mit Blick auf die angespannte Wohnungsmarktsituation in einigen Ballungsräumen. Über die degressive Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen, aber auch über die Wiedereinführung einer Eigenheimzulage wird geredet.

Erinnert werden muss dabei daran, dass diese Zulage im letzten Jahr dieses Programms - das war das Jahr 2006 - Kosten von mehr als 9 Milliarden € verursacht hat. Sie umfasste damit ein Vielfaches aller aktuellen Städtebau- und Wohnungsbauprogramme und stellte - bei aller gewünschten Unterstützung der Altersvorsorge und auch demografisch gewünschter Nachfrage nach Eigentumsbildung - einen gewaltigen Kraftakt dar.

Alle wie auch immer gearteten Neuregelungen müssen sich aber jetzt auch daran messen lassen, wie sie zu einer Lösung der strukturellen Probleme des Wohnungsleerstandes in weiten Teilen Deutschlands beitragen. Dabei sehe ich ausdrücklich nicht nur weite Teile Ostdeutschlands, sondern auch viele Teilmärkte im Westen unserer Republik davon betroffen.

Meine Damen und Herren! Mit dem Kompetenzzentrum Stadtumbau ist die Landesregierung vor gut einem Jahr an den Start gegangen. Anknüpfend an die guten Erfahrungen der IBA Stadtumbau sollen in den nächsten Jahren Strategien, Konzepte und Projekte entwickelt werden und die teilnehmenden Städte bei der Überarbeitung ihrer integrierten Stadtentwicklungskonzepte Unterstützung erfahren. Themenschwerpunkte sind regionale Identität, Mobilität, Infrastruktur, Wohnen und Klima.

Bisher beteiligen sich fünf Städte mit konkreten Projekten, in denen es erfreulicherweise gelungen ist, eine ressortübergreifende Hilfe durch die Landesregierung zu organisieren. Weitere fünf Städte interessieren sich jetzt für eine Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum. Sie sehen aber auch: Es gibt noch deutlich Luft nach oben, was die Beteiligung angeht. Dazu gilt es, die Chancen zu erkennen und zu ergreifen.

Was die Investitionen in Immobilien angeht - das ist klar -, sind zuerst die Eigentümer gefragt. Den Rahmen, das wirtschaftlich, nachhaltig und sozial ausgewogen machen zu können, setzt freilich die Politik.

(Zurufe: Ja! - So ist es!)

Eine nachhaltige Entwicklung des Wohnungsbestandes muss meiner Meinung nach an zwei Punkten in besonderer Weise ansetzen, und zwar bei der Beseitigung von Barrieren in den Wohnungen und im Umfeld sowie bei der energetischen

Modernisierung. Beide Themen sind Förderungsschwerpunkte im Fonds „Wohnraumförderung Sachsen-Anhalt“.

Zugleich wird damit auch Unterstützung für die Bezahlbarkeit des Wohnens nach den durchgeführten Maßnahmen gegeben. Was nach wie vor fehlt, sind aber sozusagen die Spielregeln zu dem Fonds. Denn noch ist nicht geklärt, welche bestehenden Programme in den Fonds überführt werden sollen. Auch wenn für die Kunden alles wie bisher weiterläuft, muss uns schon interessieren, wie die Arbeit unter dem Fondsdach zum Aufbau des revolvierenden Fonds aussieht.

Nachdem wir in der Februarsitzung des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr einen ersten Einblick erhalten haben, denke ich, dass uns die Details, auch was die Verteilung auf die einzelnen Finanzierungsinstrumente anbetrifft, in einer der nächsten Ausschusssitzungen noch einmal beschäftigen müssen.

Hilfreich wäre es zudem, wenn der Bund die KfW-Programme für die Wohnraumanpassung und die energetische Sanierung mit ausreichenden Mitteln ausstatten und nicht, wie teilweise geschehen, sogar streichen würde.

Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel ist in den letzten mehr als 20 Jahren viel für die Stadtsanierung und die Wohnraumförderung erreicht worden. Insofern ist das berühmte Glas auf jeden Fall halbvoll. Aber es darf eben nicht zu einer Entwertung dieser Erfolge kommen.

Stadtentwicklung als dauerhafte Aufgabe schließt auch viel Kontinuität in der Unterstützung durch die öffentliche Hand ein. Dafür lassen Sie uns gemeinsam mit Blick auf attraktive Städte in unserem Land streiten. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Felke, für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht Minister Webel. Bitte sehr.

Herr Webel, Minister für Landesentwicklung und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Bilanz von inzwischen etwas mehr als zehn Jahren Stadtumbau ist eine Erfolgsgeschichte. Der Stadtumbau Ost hat wesentlich zum positiven Wandel unserer Städte beigetragen. So konnten der demografisch bedingte Wohnungsleerstand deutlich gesenkt und die Innenstädte Sachsen-Anhalts gestärkt werden.

In dem Zeitraum von 2002 bis 2012 ist es gelungen, allein im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau Ost Investitionen in Höhe von

513,3 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Mit einem Anteil von 235,3 Millionen € konnte der Abriss bzw. Rückbau von dauerhaft leerstehenden Wohnungen gefördert werden, um die städtischen Strukturen zu stabilisieren. Gleichzeitig wurden 278 Millionen € gezielt für die städtebauliche Aufwertung von Stadtteilen bzw. Stadtquartieren eingesetzt. Hierbei stammen 72,5 Millionen € aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung. Hinzu kommen im Bereich Aufwertung 102,7 Millionen € seitens der kommunalen Haushalte, sodass sich das Investitionsvolumen auf ca. 616 Millionen € erhöht.

Bis Ende des vergangenen Jahres wurden ca. 70 000 Wohnungen abgerissen bzw. vom Markt genommen. Eine Vielzahl von Maßnahmen im Bereich der städtebaulichen Aufwertung konnte durchgeführt werden. Zu dieser erfolgreichen Bilanz haben neben dem Stadtumbauprogramm auch die übrigen Städtebauförderprogramme und die Wohnungsbauförderung beigetragen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die bisherige Entwicklung würde infrage gestellt, wenn der Stadtumbau, der als Prozess nie als abgeschlossen zu betrachten ist, keine Fortsetzung fände.

Herr Felke, Sie haben dankenswerterweise darauf hingewiesen und wir sind ja da auch sehr nahe beieinander.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU, und von Herrn Schröder, CDU)

Insoweit bedarf es in den kommenden Jahren auch und gerade angesichts des demografischen Wandels wegen zurückgehender Bevölkerungszahlen und deutlich weniger Haushalten und der hiermit verbundenen sinkenden Wohnungsnachfrage der Fortsetzung des Stadtumbaus. Rückbau und Aufwertung sind dabei aufgrund der Wechselwirkung immer als Einheit zu betrachten.

Ende des Jahres läuft die bisherige Altschuldenregelung aus, die es Wohnungsunternehmen unter bestimmten Voraussetzungen ermöglicht, nach erfolgtem Abriss von den sogenannten Altschulden entlastet zu werden.

Mit der in den Jahren 2012 und 2013 gewährten Abrissförderung ermöglicht es das Land einer Reihe von Unternehmen, nach dem Abriss die noch bestehenden Entlastungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Damit werden die Möglichkeiten, die der Bund Unternehmen in Sachsen-Anhalt gewährt, nahezu ausgeschöpft werden können. Darüber hinaus existieren nach wie vor derartige Altschulden. Den derzeitigen Erkenntnissen zufolge wird es vonseiten des Bundes keine Anschlussregelung im Hinblick auf weitere Entlastungsmöglichkeiten geben.

Es müssen jedoch auch in den folgenden Jahren Wohnungen vom Markt genommen werden. Da bedarf es anderer Anreizinstrumente, die es den Unternehmen der Wohnungswirtschaft auch weiterhin ermöglichen, Abrissmaßnahmen zu realisieren. Insoweit ist das vom Bund in Auftrag gegebene Gutachten abzuwarten, das noch in diesem Jahr abgeschlossen werden soll.

(Zurufe von der LINKEN: Schön! - Toll!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Des Weiteren ist die Landesregierung der Festlegung aus der Koalitionsvereinbarung gefolgt, ein Kompetenzzentrum Stadtumbau Sachsen-Anhalt einzurichten, um den mit der IBA Stadtumbau 2010 beschrittenen Weg einer partizipativen Stadtentwicklung fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Mit Wirkung vom 1. November 2011 hat das Kompetenzzentrum Stadtumbau Sachsen-Anhalt seine Arbeit aufgenommen. Anlässlich der ersten Städteternetzkonferenz im April 2012 hat sich der begleitende Beirat des Kompetenzzentrums konstituiert. Diesem Beirat gehören neben Experten und Vertretern von Kammern und Verbänden auch Vertreter aus den vier Fraktionen des Landtages an.

Inzwischen hat das Kompetenzzentrum mit verschiedenen Hochschulen Kooperationsverträge abgeschlossen und in Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden erste Projekte entwickelt, an deren Umsetzung gearbeitet wird. In den Mittelpunkt der Tätigkeit rückt jetzt die Unterstützung von Städten und Gemeinden im Hinblick auf die Überarbeitung und Fortschreibung der integrierten Stadtentwicklungskonzepte. Die Überarbeitung bzw. Fortschreibung wird dabei unter dem besonderen Gesichtspunkt der CO₂-Minimierung und des Klimaschutzes stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Auftrag aus der Koalitionsvereinbarung, mit den vom Bund zunächst bis zum Jahr 2013 bereitgestellten Kompensationsmitteln einen revolvingierenden Fonds einzurichten, ist umgesetzt. Hieraus sollen Projekte des generationengerechten Umbaus und der energetischen Modernisierung des Wohnungsbestandes in Form der Gewährung von Darlehen, Garantien und Bürgschaften sowie Zuschüssen unterstützt werden. Die Investitionsbank Sachsen-Anhalt verwaltet diesen Fonds im Auftrag des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr.

Ich kann dazu gegebenenfalls auch im Ausschuss berichten, denn hier steht schon seit 49 Sekunden „Ende der Redezeit“.

(Herr Schröder, CDU, lacht - Herr Scheurell, CDU: Schade!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Es ist eine Fünfminutendebatte vereinbart worden. Als erster Debattenredner spricht der Abgeordnete Herr Henke für die Fraktion DIE LINKE.

Herr Henke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Felke, in Ihrer Einbringungsrede war viel Richtiges.

(Herr Felke, SPD: Gut!)

Auch der Antrag enthält nichts Falsches,

(Zurufe von der SPD: Na bitte! - Sehr schön!)

hilft aber auch so richtig niemandem.

(Zuruf: Nö!)

Bestenfalls hält er das Thema Stadtumbau auf der politischen Tagesordnung.

(Herr Scheurell, CDU: Das ist doch wichtig!)

Er lässt aber bisherige Debatten, Miet- und Wohnungsmarktberichte, Regierungshandeln und Regierungsantworten unbeachtet. Beispiel: Diese SPD-Regierungsbeteiligung hat dem unsozialen Mietrechtsänderungsgesetz im Bundesrat nicht widersprochen. - So.

Was soll heute nun erreicht werden? Mit dem Inhalt des Antrages hätten wir auch eine beschlussfreie Aktuelle Debatte führen können

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

nach dem Motto: „Wir reden mal drüber“. Nur, liebe Kollegen Sozialdemokraten, damit Sie dem Verdacht entgehen, hier die regionale Variante eines nun plötzlich von der SPD entdeckten Wahlkampfthemas „bezahlbares Wohnen“ im Plenum zu platzieren, sollte der Antrag auch inhaltlich konkreter sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Er enthält keinerlei Verpflichtungen zu abrechenbaren Aufgabenerfüllungen.

(Zuruf von der LINKEN: Da fehlt was!)

Daher lautet unser solidarisches Hilfsangebot, auf das Sie, Herr Felke, in Ihrer Rede nicht eingegangen sind: Lassen Sie uns konkret werden; denn unser Änderungsantrag hilft, wenn wir gemeinsam den andauernden Stadtumbau konkret gestalten wollen.

(Herr Scheurell, CDU: Das ist vergiftet!)

Zu I. Die richtige Antwort auf den Wohnungsleerstand wäre eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, die Menschen nicht zur Abwanderung zwingt. Die demografische Entwicklung ist kein

Naturereignis. Sie ist die Folge von bewusstem politischen Handeln.

Auch wenn es wehtut: Stadtumbau kann nur an Symptomen arbeiten. Eine richtige Antwort wäre das Gegenteil von Agendapolitik, Niedriglohn, Steuersenkung und damit einhergehendem selbstauferlegten Sparzwang.

Unsere Änderungsformulierung folgt der Antragsystematik und betont daher den andauernden Prozesscharakter.

Zu II. Was da steht, ist ein Axiom. Niemand sagt etwas anderes. Der Antwort von Minister Webel auf meine Kleine Anfrage vom 21. Februar 2013 hat niemand widersprochen.

(Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

Zu III und gleich auch zu III a. Jeder fachlich Beteiligte weiß, dass unser landesseitiger Konsolidierungszwang die Kofinanzierung von Fördermitteln ebenso fraglich werden lässt wie der Konsolidierungszwang die Kofinanzierung auf kommunaler Ebene.

Der konkrete Vorschlag unserer Fraktion in der Drs. 6/1796 zur Stärkung der Kommunalfinanzen in dem hier beschriebenen Sinne wurde von der Koalition am 21. Februar 2013 niedergestimmt. Dann helfen uns weder Experimentierklauseln noch EU-Programme.

Zu IV. Gut, was die Regierung tat, das hörten wir soeben vom Minister. Aber wo sind die Initiativen?

Herr Minister Webel, von Ihnen möchte ich wissen, weshalb Sie in der Bauministerkonferenz am 22. März 2013 in Berlin als Einziger nicht der Aufforderung an die Bundesregierung zugestimmt haben, eine Anpassung des Wohngeldes an die Preisentwicklung inklusive Wiedereinführung einer Energie- und Heizkostenkomponente vorzunehmen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Ja, warum? - Zuruf von Minister Herrn Webel)

Das war eine vergebene Chance zum Handeln.

(Beifall bei der LINKEN - Minister Herr Webel: Quatsch! - Zuruf von Herrn Dr. Thiel, DIE LINKE - Minister Herr Webel: Nee!)

Noch zu IV. Herr Felke, schauen Sie doch mal in den letzten Miet- und Wohnungsmarktbericht, Seite 7. Es gibt keine nennenswerte Beteiligung Privater am Stadtumbau; mit dieser Feststellung leben wir schon lange. Und wie nun weiter? Wo sind Ihre Vorschläge?

Zu V, bevor ich mich aufrege. Altschulden auch nur zu erwähnen, ohne gleichzeitig deren Streichung zu fordern, und sei es in der empirischen Variante, grenzt für uns LINKE an Skandalöses.

Zu VI - Kompetenzzentrum Stadtumbau. Liebe Kollegen, wir sitzen dort gemeinsam im Beirat. Ich bin so höflich und rede nicht über dort nicht Gesagtes und über nicht Getanes. Als Parlament haben wir für die finanzielle Arbeitsfähigkeit dieses Zentrums gesorgt. Dort gehört es hin. Warum wollen wir als Abgeordnete die Regierung mit etwas beauftragen, was wir selbst anschieben können?

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der LINKEN: Richtig!)

Außerdem: Im Fachausschuss waren die Debattebeiträge vonseiten der Koalition zum Miet- und Wohnungsmarktbericht, hier nur konkret Seite 53 ff., gelinde gesagt, verhalten.

Zu VII. Der Antrag der Koalitionsfraktionen geht hier inhaltlich nicht über den bestehenden Beschluss des Landtages in der Drs. 6/976 hinaus. Ich verweise außerdem auf meine dazugehörigen Ausführungen vom 22. März 2012 zum Entflechtungsgesetz - ein Paradebeispiel, wie das Land auf Bundesebene praktisch und produktiv tätig werden könnte, wenn die Regierung denn wollte, wenn man sie denn ließe oder aber per Landtagsbeschluss beauftragt, so wie es unser Änderungsvorschlag zu Punkt VII regelt, der nicht zufällig an den von Ihnen vor einem Jahr abgelehnten Antrag in der Drs. 6/944 erinnert.

Sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, seien Sie mutig, stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu und drücken Sie sich nicht vor der Entscheidung mit einer Ausschussüberweisung. Denn wenn Sie uns folgen können und konkret werden, werde ich all meine bösen Beschimpfungen zurücknehmen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Henke, haben Sie jetzt eine Ausschussüberweisung beantragt?

Herr Henke (DIE LINKE):

Nein, das habe ich ausdrücklich nicht.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Gut.

(Herr Borgwardt, CDU: Eine Direktabstimmung, oder was?)

Herr Henke (DIE LINKE):

Direktabstimmung, ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Das war nämlich für mich nicht so ersichtlich.

Herr Henke (DIE LINKE):

Nein, ausdrücklich keine Überweisung.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Okay. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Scheurell.

Herr Scheurell (CDU):

Meine sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viel Richtiges haben wir heute schon gehört von hier vorn aus, gerade auch zu diesem Tagesordnungspunkt, den der sehr geehrte Kollege Felke eingebracht hat.

Herr Henke,

(Herr Henke, DIE LINKE: Ja?)

Sie haben eine nette Rede für Ihre Fraktion gehalten,

(Beifall bei der LINKEN)

aber ich muss Ihnen sagen: Die Angebote, die Sie da unserer Sozialdemokratie im Land machen, sind nicht ernst gemeint. Sie sind auch so fundamental, dass sie unserem Land nicht helfen, sondern dass es ein Holzweg ist.

Sie haben Richtiges gesagt in Bezug darauf, dass es sicherlich im Kompetenzzentrum Stadtumbau noch Schätze zu heben gilt. Die gibt es sicherlich. Dieser Hinweis ist bei uns allen angekommen.

Der sehr geehrte Herr Felke hat alles gesagt. Ich kann dem ausdrücklich zustimmen. Er hat es vermieden, auf den Wahlkampfschlager der SPD „bezahlbarer Wohnraum“ einzugehen. Deshalb will ich nicht die bundesweite Entwicklung der Mietpreise von plus 9 % mit der allgemeinen Preisentwicklung von plus 42 % ins Verhältnis zueinander setzen. Ich will auch nicht über den Anteil der Mietkosten für eine Drei-Zimmer-Wohnung mit 70 m² am Haushaltseinkommen in den zehn Topstädten referieren, der sich von 20,13 % im Jahr 1993 auf 16,18 % im Jahr 2012 reduziert hat.

Stattdessen möchte ich einige aus der Sicht unserer Fraktion wesentliche Punkte zum Stadtumbau in Sachsen-Anhalt ansprechen. Zunächst bleibt festzustellen, dass der Prozess von zehn Jahren Stadtumbau in Sachsen-Anhalt sehr erfolgreich ist und dass es sich um einen Schwerpunkt unserer Landespolitik handelt, der von unseren Koalitionsfraktionen getragen wird. Das wird sicherlich niemand bestreiten.

Zwischen dem Jahr 2002 und dem Jahr 2011 sind insgesamt 223 Millionen € investiert worden - der Minister reflektierte schon darauf -, um rund 71 000 Wohnungen in Sachsen-Anhalt abzureißen. Gleichzeitig sind 278 Millionen € investiert worden, um in den Stadtumbaustädten Aufwertungsmaßnahmen durchzuführen. All das ist für Sie redundant; sie

haben es im Bericht zur Stadtentwicklung und zum Stadtumbau Ost in Sachsen-Anhalt lesen können.

Allein in den Jahren 2010 und 2011 sind nach den Aussagen in dem aktuellen Bericht rund 23,8 Millionen € in die Förderung der Abrissmaßnahmen geflossen. 58,6 Millionen € sind aber in die Förderung der Aufwertungsmaßnahmen geflossen. Wir haben seit dem Jahr 2007 eine Trendwende vollzogen, weg vom Abriss hin zur Aufwertung.

Der Bund hat zugesagt, dass die Kompensationszahlungen nach § 3 Abs. 2 des Entflechtungsgesetzes für das Jahr 2014 auf 518 Millionen € verstetigt werden. Wir begrüßen das ausdrücklich, wenngleich aus der Sicht aller Bundesländer eine langfristige Verstetigung und eine Beibehaltung der Zweckbindung natürlich wünschenswert bleiben.

Die Koalitionsfraktionen wollen den Stadtumbauprozess in Sachsen-Anhalt weiter voranbringen. Wir haben das Kompetenzzentrum Stadtumbau gemeinsam ins Leben gerufen, weil wir uns aus diesem direkte Einwirkungsmöglichkeiten und Synergieeffekte versprechen.

In den ländlichen Räumen ist die Zahl der Einwohner weiter rückläufig. Sie hat sich in den Jahren von 2002 bis 2010 um 14 % verringert. In diesen Räumen wird der demografische Wandel seine Folgen sehr schnell zeigen.

In der Mischprioritätenachse für die EU-Fonds für die Jahre 2014 bis 2020 sollen insgesamt 13 % der EFRE-Mittel aufgewendet werden, und zwar unter der Maßgabe, mindestens 5 % für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu reservieren, um die schon genannten Maßnahmen durchführen zu können.

Wir werden auch weiter auf private Investitionen angewiesen sein. Die CDU-Fraktion begrüßt, dass die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung zum Thema wird.

Mit der Novellierung des Baugesetzbuches und der Baunutzungsverordnung will der Bund den Kommunen die Möglichkeit geben, im Wege der Planungshoheit Umnutzung und Nachverdichtung zu erleichtern.

Meine Damen und Herren! Bevor meine Zeit hier abläuft, möchte ich ausdrücklich noch aus der „Wohnungspolitischen Information 8/2013“ zitieren. Darin hat der sehr geehrte Herr Jost Riecke festgestellt, dass eine starre Regelung - es bezieht sich auf die Mietpreisbegrenzung -, die auch in Regionen gelten würde, die von steigenden Mietpreisen nicht betroffen seien oder in denen ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehe, umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen verhindern würde.

Würden darüber hinaus vor der Wiedervermietung umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen aus-

geführt, so sei zu beachten, dass in diesen Fällen die mögliche Umlage der Modernisierungskosten bei Überschreitung der Kappungsgrenze nicht greifen würde und damit zum Beispiel sinnvolle energetische Sanierungen unterbleiben würden.

Meine Damen und Herren! Dem ist nichts hinzuzufügen. Mietpreisbremsen sind für viele Städte schädlich. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Dank sehr. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Frau Frederking. Bitte sehr.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Stadtumbau Ost ist eine Erfolgsgeschichte.

(Zustimmung von Herrn Harms, CDU)

Durch die umfangreichen Abrissmaßnahmen konnte die Wohn- und Lebensqualität in den ostdeutschen Städten und Gemeinden gesteigert werden. In Sachsen und Sachsen-Anhalt, wo es besonders viele Großsiedlungen gibt, ist der Abriss von leerstehenden Plattenbauten nach wie vor erforderlich. Hinzu kommt die Verschärfung des Leerstandes durch den demografischen Wandel, der gerade eine zweite Leerstandswelle auslöst. Fazit: Das Stadtumbauprogramm muss auch nach dem Jahr 2016 vom Bund fortgeführt werden.

Die Städtebauprogramme sind sehr wichtig und haben gerade für die Entwicklung des Tourismus einen großen Beitrag geleistet. Sie funktionieren aber nur mit einer entsprechenden Kofinanzierung durch das Land und durch die Kommunen. Aus diesem Grund wäre das Land gut beraten, die jährlichen Mittel in Höhe von derzeit 35 Millionen € in den Haushalt einzustellen. Bei den Haushaltsverhandlungen muss uns dabei im Ringen um die richtigen Prioritäten ein guter Weg gelingen.

Deshalb ist es auch wichtig, dass die 5 % der EFRE-Mittel, die von der EU für die nachhaltige Stadtentwicklung vorgegeben worden sind, für Aufwertungsmaßnahmen im operationellen Programm für die Förderperiode von 2014 bis 2020 verankert werden. Das wären dann rund 50 Millionen € für sieben Jahre von der EU-Seite, die für Aufwertungsmaßnahmen verwendet werden könnten.

Als besonders positive Beispiele möchte ich die energetische Sanierung von Quartieren und die Nutzung von regenerativen Energien nennen, die in den strategischen Eckpunkten ausdrücklich schon genannt worden sind. Das begrüßen wir.

Die strategischen Eckpunkte sind die Vorstufe für die Programmierung.

Für den Klimaschutz und für die erforderliche CO₂-Reduzierung bringt es mehr, wenn ganze Quartiere statt einzelner Gebäude angefasst werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Fraktion empfiehlt, dass solche Quartiere für die energetische Sanierung ausgewählt werden, die einen hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte aufweisen. Das sollte in den Förderrichtlinien verankert werden. Wir haben auf diesen Aspekt schon in den Ausschüssen hingewiesen.

Es ist gut, beim Abriss von Wohnungen auf eine flexible Regelung der Förderhöhe zu drängen. Für die Wohnungswirtschaft, die ganze Wohnblöcke abreißt, reicht die Förderung von 60 € pro Quadratmeter aus. Für Einzelhäuser reicht dieser Förderbetrag aber nicht aus. Das Ende vom Lied ist, dass die Eigentümerin oder der Eigentümer das Haus einfach stehen lässt, obwohl es abrissbedürftig ist. Wir brauchen deshalb eine Flexibilisierung auf der Grundlage einer objektbezogenen Wirtschaftlichkeitsberechnung, damit sich der erforderliche Abriss für alle wirtschaftlich darstellen lässt.

Da in Sachsen-Anhalt weiterhin ein Abrissbedarf besteht, muss endlich eine Nachfolgeregelung für die Altschuldenfrage gefunden werden. Im Topf des Erblastentilgungsfonds wird Ende des Jahres der Bodensatz erreicht sein. Der Bund will den Topf nicht wieder füllen. Herr Webel, wir möchten Sie auffordern, beim Bund wirklich Druck zu machen, die Wohnungsunternehmen, die abreißen wollen, nicht im Regen stehen zu lassen.

Auch wenn der Bund die bestehende Regelung partout nicht fortführen sollte, brauchen wir in irgendeiner Form eine Altschuldenentlastung. Denkbar ist die Variante, dass der Abriss an das Investieren und Modernisieren im bestehenden Wohnungsbestand gekoppelt wird. Darüber wird schon diskutiert. Diese Variante ist aber nur sinnvoll, wenn auch höchste energetische Standards gesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist ganz wichtig, dass eine Unterstützung von der Bundeseite kommt. Ansonsten verliert der Stadtumbau an Dynamik, weil Unternehmen der Wohnungswirtschaft ihre unbewohnten Gebäude einfach stehen lassen würden. Das kann nicht gewollt sein.

Die Fraktionen der CDU und der SPD treffen in ihrem Antrag viele richtige Feststellungen. Sie formulieren aber keine knallharten Forderungen und Aufgaben, sondern pusten Herrn Webel lediglich etwas warme Luft in den Rücken. Wir stimmen dem Antrag aber trotzdem zu und wollen damit

gleichzeitig seine Phantomschmerzen wegen der nicht vorhandenen A 14 lindern. - Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN
- Herr Schröder, CDU: Oh!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Frau Abgeordnete. - Für die SPD-Fraktion hat Herr Felke das Wort.

Herr Felke (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen doch wieder zur Wohnungs- und Städtebaupolitik zurück. Herr Kollege Henke, ich habe befürchtet, dass Sie nicht der Versuchung widerstehen können, das Mietrecht hier noch einmal zum Thema zu machen.

Wenn man so lange im Landtag sitzt wie Sie, dann dürfte Ihnen klar sein, wie die Koalitionsarithmetik funktioniert. Das sage ich ganz offen. Es gibt eine entsprechende Klausel im Koalitionsvertrag und danach richtet sich bei divergierenden Meinungen auch das Abstimmungsverhalten im Bundesrat. Es kommt dann wie bei anderen großen Koalitionen eben zu einer Enthaltung.

Ich will aber noch zwei, drei Sätze zu dem Mietrechtsänderungsgesetz sagen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Änderungen, die jetzt beschlossen worden sind, keine gravierenden Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt haben. Ich denke, Sie werden diese Meinung teilen.

Wir haben eine Situation, die bei Weitem nicht mit der in einigen ausgewählten Ballungsräumen zu vergleichen ist, in denen es meiner Meinung nach durchaus Handlungsbedarf gibt und in denen auch Korrekturbedarf besteht. Bei uns sind mit den beschlossenen Änderungen aber keine gravierenden Auswirkungen zu befürchten.

Ich habe aber zu kritisieren, dass einzelne Positionen in diesem Mietrechtsänderungsgesetz meiner Meinung nach ziemlich überhöht dargestellt worden sind. Das betrifft zum Beispiel das Problem der Mietnomaden. Ich glaube, das Thema ist nicht so groß, wie es dargestellt worden ist, sodass es wirklich Handlungsbedarf nach sich ziehen müsste. Ich glaube, dazu kann man viele Vermieter fragen.

Kritisch sehe ich aber den Ausschluss der Mietminderung bei energetischen Sanierungen. Meiner Meinung nach ist das ein Stück weit ein Systembruch, wobei man schauen muss, wie das Juristen bewerten werden.

Was man unter Umständen und vielleicht auch ein Stück weit bei uns im Land mit im Blick haben muss, ist das Thema Neuvertragsmieten gerade vor dem Hintergrund einer starken Fluktuation. Ich könnte mir vorstellen, dass es in den Studenten-

städten bei uns eine gewisse Entwicklung geben könnte, die peu à peu auch das Thema Bestandsmieten mit Blick auf den Mietspiegel beeinflussen könnte. Ich denke, das sind aber auch schon die eventuellen Auswirkungen, die sich für Sachsen-Anhalt ergeben könnten.

Gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Ich gebe offen zu, das eine oder andere ist mir nicht unsympathisch.

(Herr Henke, DIE LINKE: Aber!)

Herr Kollege Scheurell ist aber schon darauf eingegangen, dass wir uns in der Koalition darauf verständigt haben, den Antrag abzulehnen. Ich denke, es gibt dafür gute Gründe.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Zum einen ist es so, dass sich Ihr Punkt 1 mit den Abschnitten I und II des Koalitionsantrages weitgehend erledigt hat.

Die Punkte 2 und 3 entsprechen weitgehend den Abschnitten III und IV des Koalitionsantrages. Ich bin auf die unseres Erachtens notwendige Erhöhung des Ansatzes der Städtebaufördermittel schon eingegangen, wobei für uns die Einbeziehung des Programms „Soziale Stadt“ auch ganz wichtig ist.

Punkt 4 zielt auf den Abschnitt V des Koalitionsantrages. Es wäre sicherlich wünschenswert, das Thema Altschuldenentlastung in der von Ihnen dargestellten Form zu regeln. Ich halte das aber für einigermaßen unrealistisch. Ich kann mir eigentlich nur eine Lösung vorstellen, wie ich sie vorhin beschrieben habe, nämlich dass man versucht, mit einem entsprechenden Anreiz und mit einer Kombination von Investitionen an dieser Stelle zu einer Entlastung zu kommen.

Zu Punkt 5. Richtig ist, dass bisher lediglich für das Jahr 2014 wirklich sicher ist, dass vonseiten des Bundes wieder ein Betrag von 518 Millionen € für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt werden soll. Hierbei stehen vor dem Hintergrund der Bundestagswahl im September 2013 alle, egal ob die derzeitige Koalition oder die Opposition in Berlin, in der Verantwortung, in der nächsten Wahlperiode Klarheit für die Zeit bis 2019 zu schaffen.

Ein Landesgesetz zum Einsatz der Entflechtungsmittel zu fordern, ist nicht wirklich neu. Bereits vor einem Jahr haben wir uns dazu verständigt. Wir haben auch hier im Raum darüber diskutiert. Wir haben dann einen Beschluss gefasst, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, die bisherige Zweckbindung und den Verteilungsmaßstab beizubehalten. Ich denke, so sollten wir auch verfahren. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Felke. - Damit ist die Aussprache beendet. Wir treten in das Abstimmungsverfahren ein. Eine Überweisung des Antrages ist nicht beantragt worden, also stimmen wir direkt ab.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/1995 ab. Wer stimmt diesem zu? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir stimmen nun über den Antrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 6/1896 ab. Wer stimmt diesem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag angenommen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung

Umweltschädliche Subventionen für die Braunkohle beenden

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/1981**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Erdmenger. Bitte sehr.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne den wirtschaftspolitischen Block unserer heutigen Debatte.

(Zustimmung von Herrn Thomas, CDU)

Ich finde es sehr gut, dass wir heute über mehrere wirtschaftspolitische Themen hintereinander beraten, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Perspektiven. Aber so ist das mit der Wirtschaft, sie hat viele unterschiedliche Seiten.

(Herr Borgwardt, CDU: Grüne gleich Wirtschaft!)

In einem Punkt ist man sich in der Wirtschaftspolitik oft einig: In der Wirtschaftspolitik gelten Subventionen als heikel. Einige finden sie sogar grundsätzlich anrühlich. Die Praxis sieht aber anders aus: Subventionen sind selbstverständlicher Bestandteil der Politik, wenn man einen bestimmten Wandel anregen oder abmildern möchte.

Dabei sind in den seltensten Fällen Direktzahlungen - wenn also jemand etwas direkt gezahlt be-

kommt - im Spiel. Meist reden wir über indirekte Subventionen, zum Beispiel in Form von Vorteilen bei Steuern und Abgaben. Für uns Grüne ist das ordnungspolitisch vollkommen okay, wenn man damit einen bestimmten Wandel anregen oder abmildern möchte und solange die Subventionen degressiv ausgestaltet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der wahre Sündenfall bei Subventionen ist aber, wenn man in unterschiedliche Richtungen subventioniert, zum Beispiel den Strukturwandel fördert und ihn gleichzeitig abmildert. Genau das passiert in der Energiepolitik in Deutschland. Deutschland fördert das Energiesparen und gleichzeitig werden die Energiepreise für die größten Energieverbraucher niedrig gehalten.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU - Herr Rosmeisl, CDU: Sinnigerweise! - Zuruf von Frau Take, CDU)

- An dieser Stelle sollte man nicht klatschen.
- Deutschland fördert die erneuerbaren Energien und gleichzeitig profitieren fossile Energieträger von Subventionen.

Meine Damen und Herren! In zwei Richtungen zu subventionieren ist Unsinn. Das muss aufhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Man kann es auch anders ausdrücken: In Zeiten des Klimawandels fossile Energieträger zu subventionieren, ist Unsinn. Dies ist die Position der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, also des exklusiven Klubs der Industrieländer.

Die OECD listet minuziös auf, welche Subventionen in ihren 24 Mitgliedstaaten gewährt werden. Darunter sind auch Subventionen in Sachsen-Anhalt; ich komme später dazu. Die OECD fordert darüber hinaus, dass die Kosten, die infolge der Umweltschäden entstehen, in die Preise einzubeziehen sind. Man bezeichnet dies als externe Kosten.

Bei der Braunkohle beziffert das Umweltbundesamt die externen Kosten auf 8,7 Cent/kWh. Das ist angesichts eines Börsenstrompreises von 5 Cent/kWh nicht wenig. Dabei handelt es sich, zusammengezählt, um die Kosten für den Klimawandel, für das Gesundheitswesen, für Materialschäden an Gebäuden etc. Nur ein kleiner Teil davon wird über die Stromsteuer tatsächlich wieder an die Allgemeinheit zurückgezahlt; den größten Teil zahlt die Allgemeinheit.

Eine aktuelle Greenpeace-Studie zu den Gesundheitsfolgen der Braunkohle rechnet sogar hoch, dass nicht wenige hierfür mit ihrer Gesundheit oder sogar mit ihrem Leben bezahlen.

Es gibt schon heute ein Instrument in der Politik, das diese externen Kosten in den Preis einfließen lassen soll, nämlich den Emissionshandel. Der sollte zumindest mit Blick auf die Klimakosten wirksam werden. Aber passiert das zurzeit?

Was passiert zurzeit im Emissionshandel? - Darüber muss man reden. Der Preis der Zertifikate sinkt ins Bodenlose. Die Bundesregierung hat ursprünglich damit gerechnet, einen Erlös von ca. 20 € pro Tonne CO₂ zu erlösen und wieder ausgeben zu können. Jetzt sind wir bei weniger als 5 € pro Tonne CO₂. Das geht so weit, dass eine Unternehmensinitiative Maßnahmen fordert, um den Emissionshandel zu stabilisieren. Zu dieser gehört übrigens auch der Otto-Versand. Einigen in diesem Bundesland dürfte er bekannt sein; er ist in Haldensleben tätig.

Aber alle Versuche, hierbei umzusteuern, etwa durch ambitioniertere Klimaziele, werden zunichte gemacht.

Damit sind wir bei der Bundesregierung - bei Ihrer Bundesregierung, liebe CDU. Wir stehen in Deutschland vor der Frage, wer die Energiewende hinbekommt und wie teuer sie wird.

(Herr Borgwardt, CDU: Nach dem Staatsverständnis ist es auch Ihre Bundesregierung!)

Wir haben hier im Parlament bereits über die skandalösen schwarz-gelben Regelungen zum Erneuerbare-Energien-Gesetz diskutiert. Ich brauche sie nicht zu wiederholen, ich möchte nur die Kurzform anführen: Ausnahmen für große Energieverbraucher führen zu Kostensteigerungen bei den Haushaltskunden und beim Kleingewerbe. Damit ist eine enorme Umverteilung verbunden.

Ich möchte das mit Bezug auf die EEG-Ausnahme, die Braunkohle, deutlich machen. Gemäß § 14 EEG - diese Regelung nennt sich Ausgleichsregelung - gibt es eine wesentliche Ausnahme für energieintensive Unternehmen. Gemeint sind energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Hiervon profitiert zum Beispiel die Vattenfall Europe Mining AG mit ihren Braunkohletagebauen in Brandenburg und Sachsen.

Aber steht denn der Braunkohletagebau im internationalen Wettbewerb? - Jeder, der sich technisch mit dem Produkt beschäftigt, weiß: Braunkohle besteht, wenn sie gefördert wird, zu großen Teilen aus Wasser. Außerdem gibt es eine ganze Menge weiterer nicht brennbarer Bestandteile. Deswegen lohnt sich der Transport über weitere Strecken nicht. Es gibt also im Bereich der Braunkohle keinen internationalen Wettbewerb.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Nach unseren Informationen profitiert die Mibrag von dieser Ausnahmeregelung nicht. Das dürfte daran liegen, dass sie ein anderes Privileg in An-

spruch nimmt, nämlich das Eigenstromprivileg nach § 37 EEG. Die Mibrag, der bei uns im Land tätige Braunkohlekonzern, produziert in drei Kraftwerken 1,8 TWh Strom selbst, nämlich in Deuben, Mumsdorf und Wühlitz. Dieser Eigenstrom ist ebenfalls von der EEG-Umlage freigestellt. Somit trägt auch an dieser Stelle die Braunkohleförderung nicht zur Finanzierung der Energiewende bei.

Daran wird deutlich: Die Bundesregierung verschont die Braunkohle bei der Finanzierung der Energiewende, wo es geht. Die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung wird unterstützt, anstatt die Kraft auf die Entwicklung von Alternativen zu richten. Dies nenne ich orientierungslose Verantwortungslosigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun ist es wohlfeil, im Landesparlament auf die Bundesregierung zu schimpfen. Ja, wir wollen in der Tat eine andere Bundesregierung, aber wir wollen auch, dass sich das Land anders verhält. Das Land muss sich an die eigene Nase fassen; denn auch in unserem Bundesland wird die Braunkohle subventioniert.

Im letzten Jahr wurde das Wasserentnahmeentgelt eingeführt - endlich. Für wen wurde es aber nicht eingeführt? Sie dürfen raten.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Für viele andere!)

Für die Braunkohle wurde es nicht eingeführt. Die Mibrag fördert mindestens 20 Millionen m³ Grundwasser im Jahr. Die Statistiken widersprechen sich an dieser Stelle etwas. Die offizielle Statistik spricht sogar von höheren Werten. Bei einer Förderung von insgesamt 150 Millionen m³ Grundwasser sind 20 Millionen m³ schon eine ganze Menge.

Wenn eine solche Menge an einem Ort gefördert wird, dann bildet sich unter Umständen ein Absenkungstrichter aus; dieser hat massive ökologische Auswirkungen. Es gibt dann keinen Grund zu sagen, dies sei nicht so wichtig, dies sei eine Förderung, die keine Rolle spiele, die könnten wir von dem Wasserentnahmeentgelt ausnehmen. Vielmehr müsste gerade an dieser Stelle ein Wasserentnahmeentgelt zur Anwendung kommen und somit Steuern einspülen. Hierbei handelt es sich um eine unberechtigte Subvention für die Braunkohle in unserem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben eine zweite Subvention, nämlich die Förderabgabe. Im Bundesberggesetz steht hierzu, dass die Länder eine Förderabgabe in Höhe von 10 % des Wertes des Rohstoffes erheben können. Bisher hatte Sachsen-Anhalt dieses Geld gar nicht nötig - im Unterschied zu Niedersachsen.

Niedersachsen - Herr Wirtschaftsminister, Sie werden vielleicht ein paar Worte dazu sagen - profitiert von der Förderabgabe in einem erheblichen Umfang. Es war Ihre Landesregierung, wenn ich das richtig nachgeschlagen habe, die den Satz für die Förderabgabe auf Erdgas noch im Dezember 2012 von 36 % auf 37 % erhöht hat. Diesbezüglich wird nicht über 10 %, sondern über eine Erhöhung von 36 % auf 37 % gesprochen.

Immerhin: Sachsen-Anhalt überarbeitet die Verordnung zurzeit. Geplant sind aber wieder mehrere Ausnahmen - wir dürfen raten, für wen: für die Braunkohleförderung.

Nun wird man hier im Hause erläutern können, dass die Braunkohleförderer alte Eigentumsrechte haben und man deswegen mit der Förderabgabe an wesentliche Teile der Förderung nicht so leicht herankomme und dass man die Förderabgabe deshalb nur auf einen Teil der Förderung erheben könne. Sie dann jedoch gleich gar nicht zu erheben, ist für mich ungefähr so logisch, als würde man mit Blick auf die Windenergie sagen: Wir gewinnen nur einen Teil des Windes, der dort vorbeigeht, und deswegen lassen wir es lieber ganz.

Energiepolitisch müssen wir den Blick in die Zukunft richten. In der Zukunft steht in unserem Bundesland die Entscheidung an, ob in unserem Bundesland - es gibt einige hier im Hause, die sich das wünschen - ein neuer Braunkohletagebau aufgeschlossen wird. An dieser Stelle stellt sich die Frage, ob dieser auch wieder subventioniert wird. Oder muss der auch einmal ohne Subventionen auskommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wenn Sie Ihre früheren Entscheidungen schon nicht korrigieren, dann gehen Sie doch mit einem klaren Kompass in die Zukunft. Das muss heißen, die Förderabgabe wird eingeführt, und zwar auch für die Braunkohle. Damit wird ein klares Signal gesetzt: Es wird keine neuen Subventionen für einen neuen Tagebau geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb möchte ich Sie, meine Damen und Herren, auffordern: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Tun Sie es für den Klimaschutz - das wird einige motivieren. Tun Sie es für eine saubere Ordnungspolitik ohne Doppelsubventionen - das wird hoffentlich auch einige motivieren. Und für diejenigen, bei denen diese Argumente nicht ziehen: Tun Sie es zumindest für die Landesfinanzen. Stimmen Sie für unseren Antrag. Wenn Sie ihn jedoch ablehnen, dann behaupten Sie bitte nie wieder, die Braunkohle sei ein subventionsfreier Energieträger. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr für die Einbringung, Kollege Erdmenger. - Für die Landesregierung spricht Minister Möllring.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag nennt drei Punkte: Energiewende, Klimaschutz und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Ein wichtiger Punkt, ohne den die Energiewende nicht gelingen kann, ist eine sichere Versorgung mit Energie. Dazu trägt in Sachsen-Anhalt die Braunkohle entscheidend bei.

Die Braunkohleenergie hat den großen Vorteil, dass sie jederzeit verfügbar ist, auch wenn es dunkel ist, also in der Nacht. Wenn es in der Nacht auch noch windstill ist, dann haben Sie schon bei zwei Energiearten Probleme.

Auch im Hinblick auf die Energiemenge ist die Braunkohle nicht von heute auf morgen zu ersetzen. Die Nettostromerzeugung aus Kraftwerken der allgemeinen Versorgung in Sachsen-Anhalt im letzten Jahr stammte zu 54 % aus der Braunkohle, zu 34 % aus Erdgas und zu 5 % aus erneuerbaren Energien.

Nimmt man die Privaterzeuger hinzu, wandelt sich das Verhältnis. Dann stammt nur noch ein Anteil von 27 % aus der Braunkohle - das ist immerhin noch gut ein Viertel -, ein Anteil von 21 % aus Erdgas und ein Anteil von 46 % aus erneuerbaren Energien. Diese 46 % sind aber, wie ich soeben gesagt habe, nachts und bei Windstille nicht in vollem Umfang zu erreichen.

Der Antrag spricht auch von Arbeitsplätzen. Leider wird in dem Antrag nicht gesagt, woher die 4 000 Arbeitsplätze, die im Moment von der Braunkohle abhängen, nämlich die 2 000, die direkt in der Braunkohleförderung angesiedelt sind, und die 2 000, die indirekt von der Braunkohle abhängen, von einem auf den anderen Tag wieder kommen sollten.

Außerdem sind das Arbeitsplätze, die ein fast doppelt so hohes Einkommen wie der durchschnittliche Arbeitsplatz in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen haben, sie liegen nämlich 90 % über dem Durchschnitt des allgemeinen Einkommens in Sachsen-Anhalt. Außerdem wird in diesem Bereich in erheblichem Umfang ausgebildet. Und gut ausgebildete Leute - das wurde in der Aktuelle Debatte gesagt - brauchen wir in Sachsen-Anhalt und wollen wir halten.

Das Ende der Befreiung von der Förderabgabe wäre wahrscheinlich auch das Ende der Braunkohleförderung. Diese ist nicht ohne Grund in den Einigungsvertrag hineingeschrieben worden.

Sie haben eben von der Konkurrenz untereinander gesprochen. Das ist ein Unterschied. Erdgas können Sie aus Russland durch Pipelines nach Deutschland, auch nach Sachsen-Anhalt bringen; das können wir dann verbrennen, um elektrische Energie herzustellen. Sie selbst haben aber gesagt, bei der Braunkohle ist es eben nicht so, weil sie sehr wasserhaltig ist, ein hohes Eigengewicht hat und wenig Brennmaterial enthält. Sie wird eben nicht über große Strecken transportiert. Deshalb ist dieser Konkurrenzgedanke nicht da.

Sie haben auf die Förderabgabe in Niedersachsen hingewiesen. Es ist ein Unterschied, ob Sie ein rohstoffreiches Land sind und mehr Erdgas fördern, als man aus Russland importiert. Dazu muss man sagen: Es kann nicht sein, dass einige mit niedersächsischem Erdgas einen Riesengewinn machen; denn das ist eigentlich Eigentum des gesamten Volkes. Darauf muss also eine Förderabgabe erhoben werden, weil wir hier eine Konkurrenzsituation haben.

Sie haben Recht, diese Abgabe ist erhöht worden, aber davon profitiert nicht das Land selbst, sondern eher der Länderfinanzausgleich. Denn nur 10 % bleiben netto in dem jeweiligen Land, 90 % gehen in den Länderfinanzausgleich. Dabei ist es eine Frage bundesstaatlicher Gerechtigkeit, die Förderabgabe an den internationalen Energiemarkt, also an den Energie- und Gaspreis anzupassen. Das gilt für die Braunkohle aber gerade nicht.

Die Industrie, die die Braunkohle energetisch und stofflich nutzt, nimmt am Emissionshandel teil. Für diesen Handel gilt generell - ich zitiere einmal aus dem aktuellen Internetauftritt des Umweltbundesamtes -:

„Bis 2020 werden die Treibhausgasemissionen im Emissionshandel schrittweise um 21 % gegenüber 2005 gesenkt. Die Menge der Emissionsberechtigungen nimmt jährlich um 1,74 % ab. Mit der jährlichen Verknappung der zulässigen CO₂-Höchstgrenze wird eine kontinuierliche Senkung klimaschädlicher Treibhausgase fortgesetzt. So steigt der Anreiz für die teilnehmenden Unternehmen, in klimaschonende Technologien und verbesserte Prozesse zu investieren, stetig.“

Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir inzwischen auch durch den Rückgang von Emissionen sinkende Preise bei den Emissionsrechten hatten. Lag der Preis der Emissionszertifikate früher bei 20 € pro Tonne CO₂, so sind es auf dem normalen Markt im Moment 8 € pro Tonne und vorgestern auf dem Spotmarkt in Leipzig konnte man sogar Emissionsrechte für 3 € pro Tonne bekommen. Das heißt, die Emissionen gehen zurück. Es werden mehr Emissionen verhindert, als noch Konzessionen auf dem Markt sind.

Das können Sie - marktwirtschaftlich betrachtet - ganz einfach daran sehen, dass Sie einen entsprechenden Preisverfall haben.

Es geht nach unserer Ansicht nicht darum, Energieträger gegeneinander auszuspielen, sondern es ist immer von Vorteil, einen vernünftigen Energiemix zu haben, um die jeweiligen Vorteile zu nutzen und die Schwächen des einen durch die Stärken des anderen auszugleichen.

In Sachsen-Anhalt wird die Braunkohle in Kraftwerken der allgemeinen Versorgung im Kraft-Wärme-Kopplungs-Modus verstromt. Das heißt, dass bei jeder Kilowattstunde Strom, die aus Braunkohle gewonnen wird, 0,25 kW Wärme hinzugezogen werden, was die Treibhausgasemissionen zusätzlich erheblich vermindert und der Industrie zudem preiswerte Prozesswärme liefert. Außerdem wird in Amsdorf aus der Braunkohle noch Montanwachs extrahiert. Diese stoffliche Nutzung will die Landesregierung bekanntlich noch weiter ausbauen.

Wirtschaftlich ist die Braunkohle ein Wohlfaktor. Einbezogen in den Emissionshandel ist sie nicht nur ein günstiger und verlässlicher, sondern auch ein verantwortbarer Energieträger.

Zur Wasserentnahmenentgeltverordnung. Die Wasserentnahmeentgeltverordnung befreit Entnahmen von Grundwasser sowie das Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern bei der Gewinnung von Bodenschätzen, sofern das entnommene Wasser ohne anderweitige Nutzung oder wirtschaftlichen Vorteil in ein Gewässer eingeleitet oder zur Herstellung eines Gewässers verwendet wird.

Die Wasserhaltung ist aber kein Nutzen im eigentlichen Sinne, sondern eher eine Belastung. Daher entsteht durch das gehobene Wasser auch kein Vorteil, sondern die Wasserhaltung ist grundsätzlich ein nachteiliger Kostenfaktor. Entgelt wird nur für den Teil des entnommenen Wassers erhoben, der auch tatsächlich genutzt wird. Etwas anderes wäre auch widersinnig; denn das Entnahmeentgelt soll schließlich den Nutzen entgelten und nicht das, was man gar nicht nutzen will.

Sie haben dann noch davon gesprochen, dass es indirekte Kosten gibt. Das gilt nicht nur bei der Braunkohle, das können Sie bei jeder Energiegewinnung aufzählen. Das muss man dann insgesamt sehen. Sie können nicht sagen, wir reden heute über Braunkohle, da ist das alles ganz schlimm - so heißt es, wenn Sie mit Umweltschützern reden.

Wenn man sich einmal ansieht, wie schnell sich ein Windrad dreht - die Riesenräder erreichen an der Spitze des Rotorblattes fast Schallgeschwindigkeit - und was dabei alles passieren kann oder

was an Schlagschatten, an Lärmbelastigung anfällt - -

Sie werden es in einer industriellen Welt - Sachsen-Anhalt ist nun einmal ein Industrieland - nicht schaffen, dass wir ohne irgendwelche Belastungen produzieren können. Im Grunde kann man immer irgendwelche indirekten Kosten ermitteln. Das können Sie bei allem sehen.

Aber wir wollen wachsen, wir wollen vorankommen. Das haben wir uns gegenseitig immer gesagt. Das möchte ich hier als Wirtschafts- und Wirtschaftsminister - in diesem Fall für die eine Herzkammer - einmal deutlich sagen. Eine gut funktionierende Wirtschaft hilft dann auch wieder der anderen Herzkammer. Die eine kommt ohne die andere nicht aus. Dabei werden wir die eine oder andere Belastung hinnehmen müssen. Das ist nun einmal so im Leben. Daran werden wir gemeinsam arbeiten müssen.

Die Energiewende müssen wir gemeinsam durchstehen. Der Energieträger Braunkohle, den wir hier noch in reichlichem Maße haben, sollten wir in den Energiemix einbeziehen und nicht versuchen, ihn über sogenannte Subventionskürzungen totzumachen. Ansonsten sollten Sie in Ihren Antrag schreiben: keine Braunkohleförderung mehr. Dann wissen die 4 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die dort beschäftigt sind, dass ihre Zukunft sozusagen heute beendet ist. Aber das wird mit uns nicht machbar sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Minister, es gibt eine Nachfrage vom Kollegen Erdmenger. - Bitte sehr.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Herr Minister, eines hat mir an Ihrer Rede sehr gut gefallen: Sie haben nicht mehr behauptet, die Braunkohle sei subventionsfrei. - Ich habe Nachfragen an zwei Punkten.

Zum einen haben Sie über den Emissionshandel geredet und über die Entwicklungen der Preise. Diese haben Sie richtig wiedergegeben. Nur bei den Ursachen bin ich mit Ihnen nicht einig. Ob es an dem Emissionsrückgang lag oder ob es daran lag, dass wir zu viele Emissionszertifikate ausgegeben haben, darüber gibt es auch im Bundeskabinett zwischen Herrn Altmaier und Herrn Rösler einen Streit.

Mich würde interessieren: Unterstützen Sie diejenigen, die den Emissionshandel stabilisieren wollen? Oder unterstützen Sie diejenigen, die ganz froh sind, wenn er in die Bedeutungslosigkeit abrutscht?

Einen zweiten Punkt fand ich sehr bemerkenswert. Sie haben gesagt, dass die Arbeitsplätze, die heu-

te bei der Braunkohle verankert sind, mit der Einführung der Förderabgabe in Gefahr wären. Hierzu möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass sich die Unterschiede hier im Haus nicht auf die laufenden Kraftwerke beziehen. Diese werden auch bis 2030 weiterlaufen. Es geht vielmehr um die geplanten, die hinzukommen.

Bei den Arbeitsplätzen und bei der Höhe der Abgabe möchte ich Sie um eine Einschätzung bitten. Nach unseren Berechnungen würden wir, wenn es in Gänze gelänge, mit einer Abgabe in einer Größenordnung von 10 Millionen € rechnen können. Das Unternehmen Mibrag hat im Jahr 2011 - das sind die aktuellen Zahlen - einen Gewinn von etwa 70 Millionen € gemacht. Im Jahr davor waren es auch etwa 70 Millionen €.

Würden Sie vor diesem Hintergrund wirklich die These vertreten wollen, dass die Einführung einer Förderabgabe zur Einstellung des Braunkohleabbaus führen würde?

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Zum Ersten. Ich kann mich nicht erinnern, gesagt zu haben, dass die Braunkohle subventioniert wird. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Befreiung von der Förderabgabe im Einigungsvertrag stand und dass ich es nicht als Subvention ansehe, dass man auf etwas keine Abgabe erhebt.

(Zustimmung von Herrn Thomas, CDU)

Gut, das ist ein Streit um des Kaisers Bart. Wenn Sie sagen, jemand zahlt auf irgendetwas keine Abgabe und das ist schon eine Großzügigkeit des Staates und damit eine Subvention, dann müssen wir uns über die Bedeutung des Wortes Subvention unterhalten. Es ist mit gutem Grund in den Einigungsvertrag hineingeschrieben worden, dass auf die Braunkohleförderung keine Förderabgabe erhoben wird. Ich halte es nicht für richtig, dass Sachsen-Anhalt der Vorreiter ist, um den Einigungsvertrag nun wieder aufzudröseln.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Zu den Berechnungen. Das ist nun müßig. Man kann natürlich immer, wie es einmal ein Bundeskanzler gesagt hat, sagen: Wir wollen jetzt einmal die Belastbarkeit der Wirtschaft testen. Das geht immer so weit, bis sie fertig ist - nicht fertig im Sinne von sie steht parat, sondern vollständig am Boden. Das ist müßig.

Ich meine, diesen Energiemix sollten wir so erhalten, wie er ist. Sie sehen, allein durch den Zuwachs an privaten Kraftwerken, insbesondere Windkraft und Solarenergie und wahrscheinlich auch Biomasse, wird der prozentuale Anteil der

Braunkohle am Gesamtenergieverbrauch schon deutlich zurückgeführt. Ich habe es vorgetragen: 47 % bei den öffentlichen Kraftwerken, 24 %, wenn man alles zusammennimmt. Ich glaube nicht, dass die Förderabgabe hierbei das richtige Mittel ist.

Ich habe Ihnen auch dargestellt, wie die Förderabgabe, diese Sätze von 36 und 37 % usw., berechnet werden. Dabei wird immer geschaut, was Erdgas auf dem internationalen Markt kostet, was Erdöl auf dem internationalen Markt kostet; denn danach berechnet sich der Erdgaspreis. Dieser wird nicht einfach zwischen dem Lieferland und dem Abnehmer festgesetzt, sondern der ist vertraglich an die Märkte des Erdöls gekoppelt.

(Zuruf von Herrn Wehrich, GRÜNE)

- Ja, aber im Wesentlichen.

(Herr Wehrich, GRÜNE: Nein!)

- Doch, im Wesentlichen. Denn diejenigen, die ihr Erdgas nach Deutschland pumpen, sagen nicht einfach: Für die nächsten 20 Jahre bekommst du das für den und den Betrag. Sondern sie sagen: Wir wollen einen schwankenden Preis haben und dabei sehen wir die andere Energiequelle. Und das ist das Öl. Beim Öl ist es so, dass durch den Transport, der häufig nicht durch Pipelines geschieht, jeden Tag ein neuer Preis festgelegt wird. Deshalb können wir das bei Gas machen.

Leider ist in Sachsen-Anhalt der Gasvorrat wohl nicht so groß. Aber bei Braunkohle, die keine internationale Konkurrenz hat, halte ich das nicht für erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Minister. Es gibt noch eine Nachfrage.
- Herr Dr. Köck, bitte.

Herr Dr. Köck (DIE LINKE):

Herr Minister, an dem herrlichen Sonnentag in der vergangenen Woche, ich glaube, es war am Dienstag, entsprach die Gesamtleistung der erneuerbaren Energien in Deutschland der von 26 Atomkraftwerken. Das war praktisch Vollversorgung. Sehen Sie die Zukunft eher in Richtung der Energiespeicherung als in der Braunkohleverstromung und der Überleitung über große Entfernungen?

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Vielen Dank für die Frage. Die gesamten erneuerbaren Energien, insbesondere Sonnenkraft und Wind, können wir überhaupt nur dann sinnvoll einsetzen, wenn wir diese Energie in irgendeiner Form speichern können. Denn was haben wir davon, dass die gesamte Energieversorgung für kur-

ze Zeit aus diesen beiden Bereichen sichergestellt werden kann, wenn dann der Wind zurückgeht oder es Nacht wird - die Sonne scheint zwar noch, aber auf der anderen Seite der Erdkugel - und wir plötzlich wieder Energie brauchen und deshalb auf konventionell gewonnene Energie zurückgreifen müssen?

Es muss gelingen, erneuerbare Energien in einem ernstzunehmenden Maße zu speichern. Dahin muss die Forschung gehen und das tut sie auch. Das ist ein Grund, warum die Elektromobilität so wichtig ist. Wenn die Energie in übergroßem Maße zur Verfügung steht, kann man die Akkus aufladen, um sie dann zu nutzen, wenn man mit dem Auto fahren möchte. Das wird noch einige Zeit dauern. Das sind die Aufgaben der Zukunft. Das ist völlig richtig.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Wir treten jetzt ein in die Debatte der Fraktionen. Als erster Debattenredner spricht der Abgeordnete Herr Erben für die SPD-Fraktion.

Herr Erben (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in diesem Jahr noch keinen Antrag zur Braunkohle. Es war folglich nur eine Frage der Zeit, bis es einen gab. Jetzt haben wir ihn.

Werte Kollegen der Grünen, heute präsentieren Sie in Ihrem heiligen Krieg gegen die heimische Braunkohle, so will ich es einmal bezeichnen, eine neue Stoßrichtung. Sie schießen sich auf angebliche Subventionen für den heimischen Rohstoff ein. Wie so häufig reklamieren Sie natürlich für sich die Hoheit, darüber zu entscheiden, was Subventionen sind und was gute und was schlechte Subventionen sind.

Sie stellen zur Untermauerung Ihrer Thesen schon ein paar verrückte Vergleiche an. So schlägt bei Ihnen negativ für Sachsen-Anhalt zu Buche, dass Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen einen niedrigeren CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung haben als Sachsen-Anhalt.

Ich habe einmal im Geografieunterricht der 5. Klasse in der Polytechnischen Oberschule gelernt, wo die Schwerpunkte der Braunkohleförderung und deren Verfeuerung sind. Diese liegen bekanntermaßen nicht im heutigen Mecklenburg-Vorpommern und auch nicht im heutigen Freistaat Thüringen.

Wenn wir das so weiter stricken, gibt es demnächst vielleicht einen Antrag, in dem uns vorgeworfen wird, dass wir in Sachsen-Anhalt einen höheren Pro-Kopf-Abbau an Kalisalzen haben als Hamburg oder Schleswig-Holstein.

Wir widersprechen dem, was Sie heute hier beantragen, weil es industriepolitisch falsch ist, weil es den Wettbewerb zwischen den Energieträgern zusätzlich verzerrt, weil es Elektroenergie und Fernwärme teurer macht und weil es Arbeitsplätze gefährdet.

Nun mag Ihnen das völlig egal sein. Mir ist es nicht egal,

(Herr Erdmenger, GRÜNE: Ach, Herr Erben!)

ob im Burgenlandkreis Arbeitsplätze gefährdet werden. Mir ist es auch nicht egal, ob für 9 000 Haushalte die Fernwärmeversorgung teurer wird.

Zu ihren Forderungen im Einzelnen. Ich will den Argumenten des Ministers zum Thema Feldes- und Förderabgabe nichts hinzufügen. Ich möchte jedoch noch einmal dem Eindruck entgegenreten, dass in Sachsen-Anhalt Braunkohle einfach mal so abgegraben wird, ohne dass es dafür eine finanzielle Gegenleistung gibt. Das ist heute noch nicht angesprochen worden. Aufgrund des Privatisierungsvertrages wird für jede Tonne abgebaute Braunkohle ein entsprechender Förderzins an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben gezahlt.

Zum Wasserentnahmeentgelt. Sie waren einmal ein großer Vertreter des Wasserentnahmeentgeltes. Wir haben uns aus industriepolitischer Sicht damit eher schwer getan. Ich habe Sie immer so verstanden, dass es Ihnen um die Lenkungswirkung des Wasserentnahmeentgeltes geht. Sie wollen aber an dieser Stelle offensichtlich nur abkassieren. Um einen Tagebaubetrieb zu sichern, muss Grundwasser abgesenkt werden und es muss Wasser nach oben befördert werden. Zu einem Anteil von 90 % wird dieses Wasser anschließend in die Weiße Elster befördert bzw. zur Flutung von Restlöchern verwandt.

Welche Lenkungswirkung gibt es also an dieser Stelle? - Die Mibrag wird doch nicht ernsthaft auf die Idee kommen, mehr Wasser zu fördern, als notwendig ist, um den Tagebau zu betreiben. Welche Lenkungswirkung soll dann eintreten? - Es geht Ihnen offensichtlich allein um die Beschaffung von Einnahmen.

Zur EEG-Umlage. Sie haben in Ihrem Redebeitrag deutlich stärker differenziert, als Sie das in Ihrem Antrag getan haben. Es geht tatsächlich um die eigenproduzierte und selbst verbrauchte Elektroenergie. Das wäre genauso, als wenn Sie einem von Ihnen sicherlich deutlich besser gelittenen Wasserkraftbetreiber sagen würden, dass er für den Eigenverbrauch gefälligst EEG-Umlage zahlen müsse. Das sagen Sie anderen Betreibern auch nicht. Ich kann auch nicht erkennen, aus welcher Notwendigkeit heraus eine solche Erhebung für den Eigenverbrauch tatsächlich sinnvoll wäre.

Schließlich und endlich zeigen auch die Argumente aus der Greenpeace-Studie Ihren ideologischen Tunnelblick bei diesem Thema. Zum Ende meiner Redezeit möchte ich vortragen, was der Verfasser dieser Studie gesagt hat. Professor Friedrich sagte - ich zitiere -:

„Man kann in der Theorie die Auswirkungen der Feinstaubbelastung auf den Verlust von Lebensjahren hochrechnen. Dafür gibt es mathematische Modelle. Das Problem müssen wir aber global sehen.“

Ein weiteres Zitat von Professor Friedrich lautet:

„Wesentlich kritischer als Kohlekraftwerke sind beim Feinstaub der Straßenverkehr sowie die Holzheizungen etwa in privaten Häusern.“

Zu Ihrem nicht von stichhaltigen Argumenten, sondern aus unserer Sicht von ideologischen Vorurteilen getragenen Antrag dürfte damit alles gesagt sein. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Erben. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Frau Hunger.

Frau Hunger (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Klimawandel ist in der Diskussion um die Energiewende ziemlich in den Hintergrund gedrängt worden. Die Diskussionen drehen sich fast nur noch um die EEG-Umlage, die Netzausbaukosten oder die Netzausbaukosten. Erst die Meldung zu Beginn dieses Jahres, dass der CO₂-Ausstoß in Deutschland wieder angestiegen ist, und das Desaster um den Emissionshandel haben zumindest kurzzeitig wieder Aufmerksamkeit gefunden.

Der Versuch der EU-Kommissarin Hedegaard, neben der planmäßigen Absenkung einen Teil der viel zu reichlich existierenden Zertifikate vom Markt zu nehmen, scheiterte in Brüssel auch an der zwiespältigen Haltung Deutschlands. Altmaier: Na ja. Rösler: Niemals.

Damit ist das direkte Instrument, den CO₂-Ausstoß zu begrenzen, völlig entwertet worden. Kohlekraftwerke werden mit niedrigen Zertifikatspreisen noch profitabler und kämpfen um jede Betriebsstunde, Investitionen in Energiesparvorhaben lohnen sich weniger. Der Energie- und Klimafonds der Bundesregierung bleibt fast leer.

In dieser Situation sucht die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit ihrem Antrag einen Weg, die Verstromung von Braunkohle unattraktiver zu machen, und wählt die Belastung mit verschiedenen Abgaben oder Veränderungen von Subventionen.

Damit zu den Punkten Ihres Antrages. Das Thema Feldes- und Förderabgabe hat uns im Landtag in verschiedenen Zusammenhängen bereits beschäftigt. Gerade für die Braunkohle ist das kein einfaches Thema. Ich möchte deshalb noch einmal auf die Entstehungsgeschichte der Feldes- und Förderabgabe eingehen, obwohl dazu schon einiges gesagt wurde.

Mit dem Erlass des Bundesberggesetzes im Jahr 1980 sollten zahlreiche einzelne Normen vereinheitlicht werden. In § 31 wurde die Pflicht der Förderabgabe aufgenommen. In § 151 wurden aber die Berechtigten ausgenommen, die ihre Berechtigung bereits vor dem Inkrafttreten des Berggesetzes erhalten hatten. Man sah sich nicht in der Lage, in diese eigentumsrechtlichen Positionen einzugreifen und hat schon damals sozusagen ein Zwei-Klassen-Recht geschaffen.

Im Jahr 1990 schuf dann der letzte Ministerrat der DDR mit einer Verordnung für die Treuhand die Möglichkeit, Bergwerkseigentum zu verleihen. Damit konnte das staatliche Eigentum an Bodenschätzen in privates Eigentum überführt werden. Dies wurde im Einigungsvertrag als Bergwerkseigentum alten Rechts anerkannt und damit in die privilegierte Klasse, so will ich es einmal nennen, überführt.

In der Bundesrepublik profitieren alle Unternehmen, die Braunkohle fördern, von ihrem Bergwerkseigentum alten Rechts und zahlen keine Abgabe. Nur in Sachsen und Sachsen-Anhalt gibt es für einige Fälle Bewilligungen. In diesen Fällen wären Abgaben möglich. Die Länder haben bisher aus Gründen der Gleichbehandlung darauf verzichtet.

Das halte ich im Grunde genommen auch für richtig. Eine wirkliche Lösung dieser Problematik kann nur die Novellierung des Berggesetzes herbeiführen, die unter anderem solche Privilegien abschafft.

Meine Partei und auch Ihre, Herr Erdmenger, haben solche Entwürfe zur Novellierung des Berggesetzes in den Bundestag eingebracht. Ihre Partei hat dazu im Vorfeld auch einen Gesetzentwurf zur Vereinheitlichung der bergrechtlichen Förderabgabe vorgelegt. Denn auch dabei ist erkannt worden, dass eine sachlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung vorliegt. Wenn wir das jetzt machen, dann würden wir wieder eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung begehen.

Solange also das Bergrecht nicht entsprechend verändert wird, halten wir eine Umsetzung des ersten Punktes Ihres Antrages zumindest für eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes und möchten dem ersten Punkt deshalb nicht zustimmen.

(Herr Borgwardt, CDU: Einzelabstimmung!)

Die Aspekte hinsichtlich des finanziellen Ertrages für das Land brauchen wir nicht noch einmal zu wiederholen. Es ist bereits gesagt worden, dass der finanzielle Ertrag relativ gering wäre - das ist aber heute hier nicht der Hauptpunkt -; denn er würde durch den Finanzausgleich aufgefressen werden.

Dem zweiten Punkt Ihres Antrages bezüglich der Ausnahmestellung bei der Wasserentnahmeentgeltverordnung würden wir zustimmen. Sie haben bereits auf die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen großflächiger Grundwasserabsenkungen hingewiesen. Diese Ausnahmestellung hat auch bei der Diskussion über das Wassergesetz eine Rolle gespielt. Wir sind immer dafür eingetreten. Wir haben uns immer für eine maßvolle Belastung eingesetzt.

Auch dem letzten Punkt Ihres Antrages kann man zustimmen. Aber auch an dieser Stelle möchte ich an den Gleichheitsgrundsatz erinnern. Jeder Hausbesitzer, der meint, sich mit Solaranlage und Speicher autark machen zu können, müsste dann auch eine EEG-Umlage zahlen.

(Zustimmung von Herrn Erben, SPD)

Im Übrigen wäre in diesem Zusammenhang als Subvention für die Braunkohle auch der Netzausbau anzuführen. In einem in Brandenburg veröffentlichten Gutachten wird die Thüringer Strombrücke ausdrücklich auch als Voraussetzung für die mindestens 6 490 Volllaststunden der Braunkohlekraftwerke in der Lausitz genannt, also nichts mit Begleitung und Brückentechnologie, sondern Volllaststunden für die Braunkohlekraftwerke.

Wir haben unsere Positionen zur Nutzung der Braunkohle schon vor mehreren Jahren formuliert. Sie wird noch einige Zeit Teil der Energiebasis sein, aber mit stetig abnehmender Bedeutung. Auch das würde gegen diese Volllaststunden sprechen.

Deswegen halte ich es für richtig, dass meine Bundestagsfraktion angesichts eines völlig entwerteten Emissionshandels ein Gesetz zum planmäßigen Ausstieg aus der Kohleverstromung vorgeschlagen hat, das einen Ausstiegszeitraum, die maximal jährlich zu erzeugende Strommenge und auch Reststrommengen für jedes Kraftwerk vorsieht.

Natürlich könnten in so einem Gesetz bestimmte Vorgaben für diese Eckwerte in Abhängigkeit von den sich entwickelnden Bedingungen gemacht werden, im Sinne eines atmenden Deckels. Aber leider konnte auch die grüne Fraktion im Bundestag diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Mit so einem Gesetz würden klare Rahmenbedingungen formuliert, in die sich die gesamte Braunkohleindustrie einordnen könnte; somit würde keine Lex Mibrag entstehen. Dieses Vorgehen würde

die Energiewende besser steuerbar machen und so zu ihrem Erfolg beitragen.

Für uns im Land bleibt allerdings die Verantwortung bestehen, an anderen Perspektiven für die Braunkohleregion des Landes mitzuarbeiten. Am 4. Mai 2013 wird dazu eine Wirtschaftskonferenz in Weißenfels stattfinden, die von meinem Kollegen Dr. Thiel intensiv vorbereitet wird.

Ich bitte um Einzelabstimmung über die Punkte des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Frau Kollegin Hunger. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Thomas.

Herr Thomas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geschätzter Kollege Erdmenger, den Begriff „orientierungslose Verantwortungslosigkeit“ habe ich heute gelernt. Das ist ein interessanter Begriff. Ich weiß nicht, ob Sie sich noch an den 24. Januar 2013 erinnern können. Am 24. Januar 2013 hatten wir die Situation, vor der ich mehrmals gewarnt habe. Wir hatten keine Energieerzeugung durch Fotovoltaik, weil es bedeckt war; es war ein grauer Tag. Wir hatten keine Windstromerzeugung, weil sich kein Windrad drehen konnte, weil es keine Windbewegungen gab. Und woher kam der Strom an diesem Tage? Er wurde durch jene Kraftwerke erzeugt, die Sie ablehnen, durch die Grundlastkraftwerke.

Wir wissen, dass Sie nicht nur die Braunkohlekraftwerke ablehnen, sondern neuerdings, wenn man Ihren Pressemitteilungen glaubt, auch Gaskraftwerke ablehnen. Ich finde, im Ablehnen sind Sie immer spitze. Aber es fehlen mir die Alternativen, mit denen aufgezeigt wird, woher die Energie an solchen Tagen kommen soll.

Wir wissen, meine Damen und Herren, dass die Braunkohle 50 % der Grundlast in der Bundesrepublik Deutschland bereitstellt, also genau 50 % der Energie, die immer verfügbar sein muss.

Das ist eine Form der Energieerzeugung, die in der Tat nicht in Ihr grünes Weltbild passt. Das akzeptiere ich auch. Ich akzeptiere auch, dass Sie sagen, dass Ihnen das nicht gefällt. Dafür sind wir ein freies Land, und freie Meinung gestatte ich.

Ich akzeptiere aber nicht, dass Sie Projekte, die nicht in Ihr grünes Weltbild passen, immer verteuern wollen. Wir kennen das von der A 14: Gefällt Ihnen nicht, muss teurer werden, deswegen wird verzögert, wird geklagt. Das kann man alles machen, finde ich aber nicht chic. Und nun greifen Sie hier bei der Energieerzeugung, dem Rückgrat der

deutschen Wirtschaft, an und sagen: Auch hier müssen wir jetzt verteuern.

Ich sage ganz bewusst: Sie verteuern hier nicht durch Subventionsabbau - Braunkohle wird nicht subventioniert -, sondern Sie wollen die Braunkohle durch eine Erhöhung der Abgabenlast verteuern. Da haben wir schon anhand der beiden Beispiele - Förderabgabe und Wasserentnahme-Cent - gehört, dass das rechtlich gar nicht so richtig passt. Warum muss ein Unternehmen für Wasser bezahlen, das es gar nicht nutzt? - Der Wassercent ist eine Nutzungsgebühr, und das Wasser, das die Mibrag da herauspumpt, muss sie pumpen, damit sie überhaupt an die Kohle herankommt. Sie hat davon keinen Nutzen - bis auf den Teil, den sie tatsächlich für die Kraftwerkstechnik nutzt. Das sind etwa 10 %, und dafür bezahlt die Mibrag auch ihr Geld.

Deswegen, meine Damen und Herren, ist es schade, dass diese Diskussion, die eine Kostensteigerung zum Ziel hat, die ganze Energiewende erschwert. Wenn man die Deutschen fragt, was sie von der Energiewende halten, antworten drei Viertel zuerst: Ja, aber es darf nicht so teuer werden.

Die Kostensteigerung gefährdet die Akzeptanz in der Bevölkerung, und das kann nicht unser politisches Ziel sein. Deswegen bin ich unserer Landesregierung außerordentlich dankbar dafür, dass wir uns hier unmissverständlich für ein neues Kohlekraftwerk im Süden und damit auch für den Fortbestand der Nutzung der Braunkohle ausgesprochen haben.

Meine Damen und Herren! Die Landesfinanzen sind schon angesprochen worden. Es wurde suggeriert: Wenn wir diese Einnahmen nicht akquirieren, gefährden wir unsere Landesfinanzen. Und in der Tat, Finanzen sind - das haben wir heute schon gelernt - ein heißes Thema und werden es in diesem Hohen Haus wahrscheinlich auch bleiben, was auch gut ist.

Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, dass allein die Mibrag, die den Braunkohleabbau betreibt, seit 1994 1,2 Milliarden € in innovative Maßnahmen und Technologien für den Umweltschutz investiert hat - Geld, das hier im Land geblieben ist. Ich möchte erwähnen, dass die Mibrag momentan etwa 2 500 Mitarbeiter beschäftigt

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo?)

- gute Arbeitsplätze, sichere Arbeitsplätze, tariflich entlohnte Arbeitsplätze - und dass sie dazu noch 130 Auszubildende in ihren Reihen hat.

Meine Damen und Herren! Man kann doch erst einmal feststellen, dass das eine wirtschaftspolitische Komponente ist; wir sind ja im wirtschaftspolitischen Block. Man darf doch auch einmal würdigen, dass dieses Unternehmen für sich gesehen einen bedeutenden Beitrag für die Landesfinanzen

in Form der Schaffung von Arbeitsplätzen oder auch in Form von Steuern leistet.

Meine Damen und Herren! Das halte ich auch für ganz wichtig: Wir wissen, dass die Energiewende nur mit einem breiten Energiemix gelingen wird. Dazu zählt auch die Grundversorgung. Vielleicht kann der nach mir sprechende Vertreter Ihrer Fraktion, Herr Kollege Erdmenger, uns noch einmal erklären, wie es denn zukünftig mit der Grundlast aussehen soll. Denn wir wissen, dass wir über die nächsten zehn, fünfzehn Jahre keine Speicher haben werden, die das aushalten, das also in ihrer Kapazität darstellen können.

Wir sagen: Wir haben bis 2050 sehr weit gesteckte Ziele. Da fehlt mir auch immer der alternative Ansatz, der Sicherheit verspricht, der aber auch bezahlbar ist, und nicht irgendetwas nach dem Motto „Wünsch dir was“.

Sie fahren derzeit durch die Landkreise und erzählen, man könne bestimmte Landkreise zu 100 % mit erneuerbaren Energien versorgen. Das kann man, aber eben nicht 24 Stunden am Tag und nicht an 365 Tagen im Jahr. Das geht nur bei bestimmten Wetterlagen; das gehört zur Ehrlichkeit dazu.

Eines Ihrer nächsten Argumente ist der Klimawandel, sind die umweltschädigenden CO₂-Emissionen. Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen einmal ein Beispiel nennen, damit man auch die Dimension erfassen kann, welche Auswirkungen bzw. welche Rolle Sachsen-Anhalt - global gesehen darf ich durchaus sagen: das kleine Sachsen-Anhalt - bei diesem Thema spielt.

Ich möchte dazu das Beispiel China bemühen. Dort lag die gesamte Stromproduktion im Jahr 2011 bei etwa 3 400 TWh. Das ist etwa das Fünfeinhalbfache der deutschen Energieproduktion. Aktuell gehen in China zwei Kohlekraftwerke in Betrieb. Verglichen mit Deutschland bedeutet das bei einer ungefähren deutschen Bauleistung von 12 000 MW in vier Jahren, dass die Chinesen 30-mal so schnell Kohlekraftwerke bauen wie wir - mit allem, was daran hängt, meine Damen und Herren.

(Oh! bei der LINKEN)

Vielleicht ist das ja ein netter Tipp von mir, wenn Sie schon gegen die Braunkohle ins Feld ziehen und Kraftwerke nicht chic finden, dass wir das nicht hier debattieren, im verhältnismäßig kleinen Sachsen-Anhalt, sondern Sie vielleicht auch einmal einen Brief in Richtung China schicken und sagen, wie schlimm Sie das alles finden. Denn dort sind die großen Emittenten und nicht in Sachsen-Anhalt.

Meine Damen und Herren! Ein zweiter Punkt - auch mit dieser Legende möchte ich etwas aufräumen und für Klarheit sorgen -: In Ihrem Antrag

steht, dass der CO₂-Ausstoß seit 1995 nicht gesunken ist. Da gebe ich Ihnen Recht. Aber man kann auch dazu sagen: Er ist nicht explizit angestiegen - und das, obwohl wir hier mehr Autos auf unseren Straßen haben, obwohl wir hier mittlerweile mehr Industrie haben - dankenswerter- und glücklicherweise - und obwohl wir wissen, dass die Unternehmen hier ständig wachsen.

Auch das kann man doch einmal würdigen: dass wir trotz Wirtschaftswachstum bei den Emissionen haushalten bzw. stagnieren. Auch das ist eine große Leistung, die wir unserer Wirtschaft abverlangen, abverlangt haben. Da bin ich ganz beim Wirtschaftsminister, der gesagt hat: Irgendwann ist dann auch das Ende der Fahnenstange erreicht und die Belastbarkeit nicht mehr gegeben.

Einen dritten Punkt möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben. Das ist die Befreiung der energieintensiven Industrie von Belastungen. Ich kann Ihnen empfehlen: Fahren Sie einmal nach InfraLeuna, fahren Sie einmal zu Dow oder fahren Sie einmal zu Herrn Gabriel in den Chemiepark Bitterfeld.

Wir als CDU-Fraktion haben in der letzten Woche eine Energiekonferenz zu diesem Thema durchgeführt, und dort stand für die Unternehmen ganz zu Beginn immer die Sorge: Energie wird zu teuer, Energie wird für uns unbezahlbar. Gerade die von mir aufgezählten Unternehmen überlegen permanent: Wo finden unsere nächsten Ansiedlungen statt? Wo finden die nächsten Investitionen statt?

Wenn sich der Energiepreis nicht stabilisiert bzw. perspektivisch immer weiter ansteigt, dann wird das ein Standortnachteil, den wir nicht mehr aufholen werden. Das, meine Damen und Herren, kann nicht unser Wille sein.

Deswegen halten wir als CDU-Fraktion diesen Antrag als Kampfansage an die Braunkohle für sachlich falsch. Er wird die Akzeptanz der Energiewende gefährden, wird Strom und auch die Fernwärme - das haben wir vom Kollegen Erben schon gehört - verteuern. Deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Thomas, es gibt eine Nachfrage vom Kollegen Erdmenger. Würden Sie sie beantworten?

Herr Thomas (CDU):

Sehr gerne.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte sehr.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Herr Thomas, niemand ist durch Ihre Ablehnung besonders überrascht. Aber ein Punkt hat mich doch überrascht, nämlich dass Sie die Darstellungen, die ich heute hier vorgetragen habe, als ideologisch angetrieben charakterisiert haben.

Deswegen möchte ich Sie fragen: Wenn die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Befreiungen von der Förderabgabe in Sachsen-Anhalt als Subvention bezeichnet, halten Sie das auch für ideologiegetrieben?

Herr Thomas (CDU):

Das ist die Grundsatzfrage, die wir vorhin schon in der Debatte hatten: Was ist eine Subvention? Ist eine Subvention die Nichtauferlegung von Abgaben oder der Erlass von Abgaben? Und wenn seit 23 Jahren im Einigungsvertrag steht, dass die Braunkohle förderabgabefrei zu fördern ist, dann staune ich schon ein wenig, dass Sie jetzt, im Jahr 23, kommen und sagen: Jetzt wäre es eigentlich so weit.

Dann hätte doch Ihre Partei, wenn das so ideologisch verfärbt wäre, in diesem Hohen Hause schon wesentlich eher damit kommen können. Das erstaunt mich. Jetzt kann man ja sagen: Lieber spät als gar nicht. Aber ich würde trotzdem sagen, auch wenn ich die OECD schätze, dass das mit der Braunkohle nach wie vor eine subventionsfreie Geschichte ist.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Kollege Thomas. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Frederking das Wort.

Frau Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Möllring, Sie haben eine Kette von Zahlen aufgeführt und dargestellt, wie hoch der Anteil der Braunkohle an der Energieerzeugung ist. Ich möchte noch ein Zahlenpaar anfügen: 29 % der Nettostromerzeugung kommen aus der Braunkohle und 44 % aus den erneuerbaren Energien. Das zeigt die Größenordnung und das zeigt, dass die erneuerbaren Energien ganz klar die maßgebliche Größe sind. Hier müssen wir auch weitermachen. Aus Klimaschutzgründen und Ressourcenschutzgründen bleibt uns gar nichts anderes übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Möllring und Herr Thomas, wenn Sie davon sprechen, dass wir Verlässlichkeit brauchen, dass die Energieversorgung zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden muss, dann sage ich: Genau das muss sie. Genau deshalb müssen wir uns auch

den Herausforderungen stellen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen.

(Herr Thomas, CDU: Durch eine Förderabgabe, oder wie?)

Diese Herausforderungen sind -- Das war Ihre Frage, welche Alternativen wir haben. Sie müssen unsere Konzepte zu Ende lesen und nicht nur den ersten Satz.

Wir müssen jetzt alle Flexibilisierungsoptionen nutzen, um bei den erneuerbaren Energien Angebot und Nachfrage gut zur Deckung zu bringen. Wir wissen, die erneuerbaren Energien schwanken, aber es gibt auch vielfältige Möglichkeiten. Eine Möglichkeit wurde schon von der LINKEN genannt, das sind die Speicher. Wir brauchen Speicher, damit die Energie zu jedem Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Herr Thomas, wenn Sie jetzt schon abgeschätzt haben, das sei in zehn bis fünfzehn Jahren der Fall, dann passt das doch ganz hervorragend. Wir sagen: 2030 sollen wir aus der Braunkohle ausgestiegen sein. Bis dahin haben wir dann die Optionen, sodass auch die Schwankungen ausgeglichen werden können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Sicher?)

Herr Möllring, ich möchte Ihnen das als erste Aufgabe in Ihr Stammbuch schreiben: Machen Sie da weiter, wo Ihre Vorgängerin begonnen hat: bei der Speicherfrage, nicht nur bei dem Thema Forschung an den Speichern. Nein, Frau Professor Wolff hat sich ganz konkret darum bemüht, Speicherprojekte hier im Land anzuschieben. Machen Sie da weiter, damit wir wirklich zur Anwendung von Speichern kommen, damit das schnell passiert und damit wir dann, wenn wir aus der Braunkohle ausgestiegen sein wollen, für eine hundertprozentige erneuerbare Energieversorgung bereit sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Thomas, auf die anderen Flexibilisierungsoptionen möchte ich im Detail nicht eingehen. Ich will nur sagen: Auch auf der Nachfrageseite müssen wir natürlich gucken, dass beim Lastmanagement, wenn nicht viel erneuerbare Energie im Netz ist, einzelne Anwendungen zurückgefahren werden. Auch da gibt es Möglichkeiten. Die müssen wir ausnutzen und da gibt es noch Spielräume. Das ist auch möglich. Das haben wir auch durchgerechnet.

Herr Möllring, Sie sprechen von 4 000 Arbeitsplätzen im energetischen Bereich der Braunkohle. Sie sind neu, ich sehe es Ihnen nach.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Diese Zahl ist falsch. Und auch wenn die CDU immer falsche Zahlen benutzt,

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

bringt uns das nicht weiter.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe eine Kleine Anfrage gestellt, und diese Zahl, die wir berechnet haben - wir haben das nämlich nachgezählt -, lautet:

(Herr Thomas, CDU: Die Sie nachgerechnet haben!)

1 400 Arbeitsplätze im energetischen Bereich der Braunkohle.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Gerade weil wir auch eine Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die in diesem Industriezweig arbeiten, und weil wir wissen, dass uns aus Klimaschutzgründen nichts anderes übrigbleibt, als sukzessive und sozialverträglich aus der Braunkohleverstromung auszusteigen, ist es sinnvoll, dieses Auslaufmodell nicht weiter am Leben zu erhalten, mit den Subventionen Schluss zu machen und den Leuten keinen weiteren Sand in die Augen zu streuen, sondern zu sagen: Diese Arbeitsplätze werden perspektivisch auslaufen - „perspektivisch“ heißt bis zum Jahr 2030.

Nun noch zu dem Thema Subventionen. Allein in den neuen Bundesländern sind seit der Wende 9,1 Milliarden € für die Sanierung der Tagebaue ausgegeben worden.

Herr Erben, Sie haben gefragt, was wir mit dem Wasserentnahmeentgelt wollen. Es wird in großem Umfang Grundwasser abgepumpt und in Oberflächengewässer eingeleitet. Grundwasserkörper und Oberflächenwasserkörper verändern sich in der Struktur. Da muss man gegebenenfalls nachsteuern - das wissen wir doch alle -, hoher Grundwasserstand, Vernässungen, Hochwasser bei den Oberflächengewässern. Dafür brauchen wir das Geld, um hier anständig lenken und das Geld einsetzen zu können.

Sie fragen: Warum Eigenstromregelung? Ich möchte auf Ihre Frage zur Eigenstromregelung antworten. Warum soll jemand ausgenommen werden? Die Antwort ist ganz einfach: Die Leute müssen sich an der Energiewende beteiligen. Das muss fair erfolgen.

(Zuruf von der CDU: Ah!)

Deshalb müssen alle was dazutun. Wir haben das durchgerechnet. Wenn die Unternehmen, statt keine EEG-Umlage zu zahlen, in Zukunft wenigstens mit 0,5 Cent beteiligt werden, dann ist das ein Baustein, der dazu beiträgt, dass der Strompreis für Haushalte und für das Handwerk um 2 Cent gesenkt werden kann. Diese Vorschläge, die wir unterbreitet haben, sollten sich Altmaier und Rösler endlich zu eigen machen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Herr Borgwardt, CDU: Das sind eure eigenen Rechnungen!)

- Die Rechnungen, Herr Borgwardt, habe ich hier im Einzelnen schon mehrfach vorgestellt. Wir haben eine Broschüre gemacht, die wir Ihnen zu Weihnachten geschenkt haben. Bitte lesen Sie das doch einmal nach. Da ist alles aufgeführt. Das ist alles minuziös durchgerechnet.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Möllring, Braunkohle ist Eigentum des gesamten Volkes, sagen Sie. Ja, Eigentum des gesamten Volkes. Und wenn ein Unternehmen daran partizipiert und damit Gewinne macht, dann ist es doch mehr als recht und billig, dass dieses Unternehmen auch Geld davon an die Bevölkerung, an die Allgemeinheit zurückgibt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU)

Es sind hier einige Dinge genannt worden; 23 Jahre Einigungsvertrag. Ich möchte hier in diesem Haus eine Feinheit darstellen, die noch nicht diskutiert wurde. Der Einigungsvertrag sieht vor, dass Bergwerkseigentum von der Förderabgabe ausgenommen wird. Aber die Grenzen des Bergwerkseigentums der Mibrag stimmen nicht mit den Abbaugrenzen für den Tagebau Profen überein. Also hätte die Mibrag eigentlich eine Förderabgabe zahlen müssen.

(Herr Erben, SPD: Sie reden jetzt seit acht Minuten!)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Frau Frederking, kommen Sie bitte zum Ende.

Frau Frederking (GRÜNE):

Was passierte? - Auch hier hat das Land wieder ein Auge zugedrückt und unter dem Vorwand der Wettbewerbsgleichheit gesagt, ihr müsst die Förderabgabe nicht zahlen. Wir haben es dargestellt. Es sind mehrere Subventionstatbestände. Wir wollen das nicht weiter aufrechterhalten. Stimmen Sie unserem Antrag zu, der fordert, dass diese Subventionen abgebaut werden und dass auch die Energiekosten für alle fair verteilt werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Damit ist die Debatte beendet. Wir treten in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 6/1981 ein. Es wurde keine Überweisung beantragt, jedoch eine Einzelabstimmung der Punkte.

Ich rufe also den Punkt 1 des Antrags auf. Wer stimmt dem zu? - Das ist die Antragstellerin, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer

enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist Punkt 1 abgelehnt worden.

Ich rufe den Punkt 2 auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Punkt abgelehnt worden.

Ich rufe den Punkt 3 auf. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch dieser Punkt abgelehnt worden. Wir haben den Tagesordnungspunkt beendet.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, möchte ich noch eine Bemerkung machen. Bei dem letzten Tagesordnungspunkt haben alle Redner ihre Redezeit erheblich überzogen. Wir haben uns für die zwei Tage ein straffes Programm vorgenommen. Deswegen werde ich jetzt zeitiger eingreifen, damit die Chancengleichheit gewährleistet ist.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung

Rücknahme der vorfristigen Fälligkeit zu den Sozialversicherungsbeiträgen

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2005**

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/2018**

Einbringer ist der Kollege Thomas. Bitte sehr.

Herr Thomas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Fokus nun auf ein Thema lenken, das seit vielen Jahren für erheblichen Unmut bei den Unternehmen in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt sorgt. Die Rede ist von der sogenannten Vorveranlagung der Sozialversicherungsbeiträge. In den zurückliegenden Jahren ist viel darüber verhandelt worden. Insbesondere immer dann, wenn die Politik über Entbürokratisierung sprach, stand dieses Thema ganz oben auf der Agenda.

Erst kürzlich las ich in einem Beitrag, dass eine Handwerkskammer in Niedersachsen eine Umfrage gestartet hat, bei der sie von den Unternehmen die Rangfolge der größten Bürokratiemonster Deutschlands wissen wollte. Platz 3 fiel auf die Gema. Platz 2 belegte wenig überraschend die GEZ. Auf Platz 1 wurde durch die Mitgliedsunternehmen die Vorfristigkeit der Sozialversicherungsbeiträge gewählt. Das ist für mich der Punkt, den ich völlig unverständlich finde und der uns veranlasst hat, diesen Antrag heute einzubringen.

Vor mehr als hundert Jahren hat kein anderer als Otto von Bismarck den Grundstein für unseren

heutigen Sozialstaat gelegt. Deutschland wurde so zum weltweiten Vorreiter in der Sozialpolitik. Aus dem Nichts wurden ohne moderne Datenverarbeitung lokale Versicherungen geschaffen.

Meine Damen und Herren! In Windeseile wurde ein System etabliert, das auch deswegen so erfolgreich war, weil es nachvollziehbar und einfach ausgelegt wurde. Viele Länder der Welt haben in der Folgezeit dieses System übernommen oder sich zumindest daran orientiert. Mir ist kein Land bekannt, in dem die Abführung von Sozialabgaben mit einem derartig hohen bürokratischen Aufwand verbunden ist wie bei uns.

Wir erinnern uns: Es waren die Jahre 2004 und 2005. In der deutschen Wirtschaft lief es nicht rund. Im Jahr 2004 verzeichnete Deutschland erstmals nach drei vorangegangenen Jahren der Stagnation ein Wirtschaftswachstum von knapp 1,7 %. Das war seinerzeit im europäischen Maßstab nicht besonders viel. Der Arbeitsmarkt lag am Boden.

Im Jahr 2004 gab es deutschlandweit knapp 4,4 Millionen Arbeitslose. Die Zahl der Arbeitslosen sollte im Jahr 2005 auf knapp 4,7 Millionen ansteigen. Drei Jahre Rezession und fast fünf Millionen Arbeitslose ließen die deutschen Sozialsysteme regelrecht kollabieren.

Meine Damen und Herren! Erst Anfang 2003 war der durchschnittliche Beitragssatz aller Krankenkassen auf den Rekordwert von 14,4 % gestiegen. Anfang 2002 hatte der Beitragssatz noch bei 14 % und Anfang 2001 bei knapp 13,6 % gelegen. Die damalige Regierung hatte auch den Rentenbeitrag zum 1. Januar 2003 von 19,1 % auf 19,5 % anheben müssen.

Das sind viele Zahlen, die ich noch einmal zusammenfassen möchte. Die gesamten Sozialbeiträge summierten sich damit nun auf den Wert von 42,1 %. Doch das alles half nichts. Trotz der Beitragssteigerungen drohte ein milliarden schweres Loch bei den Sozialkassen.

Allein die Rentenversicherer gingen seinerzeit von einer Deckungslücke in Höhe von 750 Millionen € aus. Die damalige Bundessozialministerin Ulla Schmidt sprach gar von einer Unterdeckung in Höhe von 5,5 Milliarden €. Der Druck war so groß, dass man zwischenzeitlich sogar eine erneute Steigerung des Rentenbeitrags von 19,5 % auf 19,9 % ins Auge fasste. Diese wurde dann aber aufgrund der Bundestagswahl und auch um den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung zu beschleunigen, nicht umgesetzt.

Meine Damen und Herren! Stattdessen kam man auf die Idee, die Wirtschaft durch ein Vorziehen der Sozialbeiträge um einen Monat ins Obligo zu nehmen. Dieser Vorschlag wurde schließlich am 3. August 2005 mit Wirkung zum Januar 2006 be-

schlossen. Seitdem sind die fälligen Sozialbeiträge nicht mehr zum 15. des Monats abzuführen, sondern am drittletzten Bankarbeitstag für den Folgemonat. Zeitgleich wurde ein 13. Beitrag fällig, den die Unternehmen abzuführen hatten. - So viel zur Entstehungsgeschichte des Verfahrens.

Aus heutiger Sicht kann man sagen, die Vorfristigkeit der Beitragszahlungen hat den damals gewünschten Effekt der Liquiditätssicherung der Sozialversicherungskassen durchaus erreicht. Aber ich frage uns alle ernsthaft: Um welchen Preis?

Die Belastungen durch die Regelung bestehen deutschlandweit bis heute. Deswegen fordern wir als CDU-Fraktion unmissverständlich eine schnellstmögliche Rückkehr zum alten System,

(Zustimmung bei der CDU)

zu einem System, wie es vor dem Januar 2006 gültig war. Wir wollen hierbei keine Experimente, sondern die Rückkehr zu einem bekannten und langjährig bewährten System. Mittelstand und Handwerk in Sachsen-Anhalt dürfen nicht weiter durch dieses bürokratische und höchst ungerechte Gesetz belastet werden.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Zusätzliche Bürokratie kostet Liquidität. Sie bindet wichtige Ressourcen in den Unternehmen. Das verhindert in der Folge wichtige Innovationen und damit unternehmerischen Erfolg.

Aufgrund der vorfristigen Fälligkeit muss der Arbeitgeber im Vorfeld die Beitragsschuld bis zum sechstletzten Tag eines Kalendermonats schätzen und die Beiträge und infolgedessen die tatsächliche Lohnhöhe nachträglich ermitteln. Jeder Unternehmer muss daher in der Praxis 24 statt zwölf Lohnabrechnungen erstellen. Das, meine Damen und Herren, ist ja wohl ein bürokratisches Absurdum.

Hinzu kommt, dass viele personalintensive Unternehmen Probleme mit der Abrechnung der Stundenleistung haben. Vor dem Monatsende sind die Arbeitsstunden der Mitarbeiter in der Regel noch nicht vollständig ausgerechnet. In jedem Monat müssen also sowohl die Abschlagszahlungen für den laufenden Monat errechnet und überwiesen werden als auch zusätzlich die Berechnung des tatsächlichen Beitrages des Vormonats und ein Ausgleich der bereits vorgenommenen Abschlagszahlung erfolgen.

Meine Damen und Herren! Dass dies extrem teuer ist, insbesondere für personalintensive Unternehmen, die ihre Lohnbuchhaltung in externe Steuerberatungsunternehmen ausgegliedert haben, möchte ich hier nur am Rande erwähnen. Hinzu kommen noch unterschiedliche regionale Bankarbeitstage und über das ganze Bundesgebiet verstreute Krankenkassen.

Wir müssen daher wieder zurück zu einem System, nach dem die Sozialversicherungsträger dann den Beitrag bekommen, wenn auch der Arbeitnehmer seinen Lohn erhalten hat. Dies ist im Übrigen auch eine der zentralen Forderungen der Präsidenten der ostdeutschen Handwerkskammern vom 15. April 2013, die wir seitens der CDU-Fraktion gern aufnehmen und mit dieser parlamentarischen Initiative unterstützen.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Ein weiterer Grund, warum wir gegen dieses Verfahren sind, ist der Liquiditätsentzug durch das Einbehalten des 13. Beitrages im Jahr 2006. Nach Angaben des ZDH beträgt die daraus resultierende Liquiditätslücke der gesamten deutschen Wirtschaft rund 20 Milliarden €, Geld, das die Unternehmen vorgestreckt haben.

Die Unternehmen sind aber nicht die Spardosen der Sozialversicherungsträger; denn deren Kassen sind - das wissen wir alle - außerordentlich üppig gefüllt. Allein im Jahr 2012 erzielte die Rentenversicherung einen Überschuss von 4,8 Milliarden €, die Krankenversicherung einen Überschuss von 8,5 Milliarden € und die Bundesagentur für Arbeit einen Überschuss von 2,6 Milliarden €. Auch die Pflegeversicherung weist ein Plus von 100 Millionen € auf. Zusammengefasst sind dies Mehreinnahmen von 15,8 Milliarden € in nur einem Jahr.

Meine Damen und Herren! Dies rechtfertigt ein Festhalten an dem aktuellen Verfahren in keiner Weise. Die seinerzeit im Zuge des sogenannten Mittelstandsentlastungsgesetzes eingeführte Vereinfachungsklausel ist für weite Teile des Handwerks und insbesondere für Unternehmen im Dienstleistungssektor völlig untauglich, da die Beschäftigung saisonbedingt schwankend ausfallen kann. Lassen Sie sich nichts anderes einreden; denn die Entgeltsumme des Vormonats zur Berechnung des laufenden Monats heranzuziehen, eignet sich für diese Betriebe schlicht und ergreifend überhaupt nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen handeln. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir die Grundlage für eine geplante Bundesratsinitiative schaffen. Mittelstand und Handwerk müssen entlastet werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Die CDU steht für eine Entbürokratisierung, erst recht vor dem Hintergrund, dass die Rückkehr zu dem alten System weitgehend aufkommensneutral umgesetzt werden kann. Die Unternehmen sind durch die Hintertür enteignet worden. Jetzt ist es höchste Zeit, das vorgestreckte Geld zurückzugeben.

Lassen wir uns nicht durch Bedenkenträger verrückt machen, die schon wieder den drohenden Kollaps der Sozialversicherung herbeiorakeln.

Wenn es nach denen geht, dann können Mittelstand und Handwerk auch in Zukunft in die sprichwörtliche Röhre schauen.

Der Zeitpunkt ist gekommen, dass wir aus dem Landtag heraus ein starkes Zeichen für die Unternehmen im Land setzen, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen. Die Vorfristigkeit der Sozialversicherungspflicht ist ein Relikt aus Krisenzeiten. Es waren aber genau diese Unternehmen, die dafür gesorgt haben, dass Deutschland das stabilste Wachstum der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in der Eurozone hat. Dafür müssen sie endlich und ohne Wenn und Aber belohnt werden.

Ich möchte zum Schluss der Landesregierung dafür danken, dass sie bereit ist, eine mögliche Bundesratsinitiative zu unterstützen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen impliziert zunächst eine Anhörung zu der Thematik. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir als Ergebnis der Anhörung gemeinsam mit der Wirtschaft des Landes eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen können.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Thomas, für die Einbringung. - Für die Landesregierung spricht Minister Herr Bischoff.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manche haben sich gewundert, warum jetzt der Sozialminister spricht, weil die Initiative von den Wirtschaftsexperten aus den regierungstragenden Fraktionen kommt; aber die Ursache dieser Veränderung hat ja nicht die Wirtschaft verursacht, sondern die finanzielle Situation der Sozialkassen. Auf die Probleme und auf die Situation in den Jahren 2004 und 2005 hat Herr Thomas schon hingewiesen.

Ich will jetzt nicht darauf hinweisen, welche Schwierigkeiten es damals gab. Es gab ja tagtäglich auch Diskussionen auf der Bundesebene - diese haben zwar den Landtag nicht erreicht -, wie es gelingen könne, die Liquidität der Sozialkassen zu sichern. Das kann man ohne Weiteres sagen.

Es gab die Schwierigkeit für die Betriebe, die Sie auch genannt haben, dass immer geschätzt werden musste, wie der laufende Monat war, damit man dann am drittletzten Banktag die Einzahlung machen konnte. Dann wurde die Vereinfachung gemacht, wozu Sie gesagt haben, einige profitieren nicht davon, dass man das Ergebnis des Vormonats nehmen konnte, um das sozusagen zu

sichern und ein Stück weit Entbürokratisierung zu haben.

An das Sozialministerium und an die Staatskanzlei ist das Thema schon vor gut einem Dreivierteljahr mit der Bitte um Rücknahme der Vorfristigkeitsregelung bezüglich der Sozialversicherungsbeiträge herangetragen worden. Wir haben es seinerzeit geprüft und haben auch der Staatskanzlei Mitteilung gegeben, aber den Landtag nicht eingebunden, weil es nur eine Anfrage an die Landesverwaltung war.

Wir werden den Antrag zum Anlass nehmen, noch einmal zu prüfen und uns zu vergewissern, welche Meinung die Fachebene vertritt, was die Sozialkassen angeht - man kann schon ahnen, was dann kommt -, aber auch was die Arbeitgeberverbände und Kammern dazu sagen.

Von daher will ich das Thema in beiden Ausschüssen noch einmal ansprechen, damit der Landtag frei ist zu entscheiden, wie er damit umgeht. Das ist sinnvoll.

Ich will an dieser Stelle nur einen Punkt ansprechen. Der ist mir schon einmal aufgefallen - daran können Sie sich sicherlich erinnern -, als es darum ging, die Praxisgebühr abzuschaffen. Ich war am Anfang dagegen, die Praxisgebühr abzuschaffen, und zwar aus folgendem Grund. Wir können nicht sagen, wir schaffen die Praxisgebühr jetzt ab, weil die Sozialkassen gerade viel Geld haben, und wenn sie einmal weniger Geld haben, dann führen wir die Praxisgebühr wieder ein. Wir dürfen also nicht nach dem Motto verfahren: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln. Die Praxisgebühr muss vielmehr, wenn man eine Veränderung will, gänzlich abgeschafft werden, und das auf Dauer. Das habe ich auch dem Bundesminister gesagt.

In dem in Rede stehenden Fall verhält es sich ähnlich. Man wird der Wirtschaft keinen Gefallen tun zu sagen: Jetzt geht es den Sozialkassen gut, deshalb können wir das rückgängig machen, und wenn es in fünf, sechs Jahren anders ist, dann führen wir es wieder ein. Damit schaffen wir wirklich Chaos.

Von daher sagen wir: Wir prüfen es in Ruhe und berichten darüber in den zwei Ausschüssen. Wenn Sie da noch eine Anhörung machen, ist das sinnvoll.

Ich habe bisher den Druck aus den anderen Ländern noch nicht gespürt. Von daher bin ich gespannt, wie es weitergeht. Eine Bundesratsinitiative ist aus meiner Sicht nur dann sinnvoll, wenn man ein paar Verbündete in den Ländern hat. Die Wirtschaftsministerkonferenz hat sich, glaube ich, schon einmal dafür ausgesprochen, die Regelung abzuschaffen.

Von daher sage ich: Der Antrag, erst einmal zu prüfen und die Ausschüsse mit dem zu beschäfti-

gen, was wir ihnen vortragen, ist richtig; der Antrag der LINKEN geht zu weit. Wir werden uns mit der Landesregierung und auch mit dem Wirtschaftsminister abstimmen. Dann sehen wir weiter.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Die Koalition handelt“, hat Kollege Thomas gerade gesagt. Das ist doch schon einmal ein erfreulicher Ansatz an diesem Tag.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN
- Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Allerdings ist es immer sehr schwer nachzuvollziehen, warum ein scheinbar kleines Problem so weit-schweifig begründet werden muss.

(Zurufe von der CDU)

- Das hat er gemacht, ein an sich kleines Problem - -

(Zuruf von der CDU: Ein großes Problem!)

- Warum ein an sich kleines Problem - das habe ich ja gesagt - so weitschweifig begründet werden muss. Das haben Sie ja getan.

Wir konnten uns noch einmal vergegenwärtigen, wie schwierig die Situation seit dem Jahr 2005 für die Unternehmen hier gewesen ist. Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, dass das wirklich so ist.

Sie sprachen an, dass die Bundesrepublik Deutschland den kleinen und mittleren Unternehmen ungefähr noch 20 Milliarden € schuldet. Wir müssten vielleicht noch einmal über das Thema Rückgabe vor Entschädigung nachdenken.

Warum dieses Thema allerdings ein wichtiger Bestandteil der künftigen Wirtschaftspolitik sein soll, hat sich mir erst auf den zweiten Blick erschlossen. Denn vor allem der Bundesvorstand der mittelständischen Wirtschaft und die Handwerkskammern machen sehr massiv mobil und sagen: Es wird Zeit, bei der gut gefüllten Rentenkasse diese Ungerechtigkeit aus dem Jahr 2005 zu beseitigen. Das kann ich sehr gut nachvollziehen.

Nicht nur am 15. April 2013, lieber Kollege Thomas, sondern bereits am 14. Dezember 2012 forderte der Handwerkstag Sachsen-Anhalt die Rücknahme der im Jahr 2006 eingeführten Vorfälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen und er forderte den Landtag des Landes Sachsen-Anhalt auf, noch auf seiner heutigen Sitzung eine entsprechende Bundesratsinitiative zu beschließen. Ich

habe mich gewundert, warum Sie nicht schon damals aktiv geworden sind.

Sie haben völlig Recht: Bereits in der vorigen Woche haben vor allem die ostdeutschen Handwerkskammervverbände noch einmal sehr massiv die Forderung erhoben, dieses Problem endlich zu lösen, vor allem auch deshalb - das ist interessant -, weil es ein Wahlversprechen der CDU aus dem Jahr 2009 war, für klare Verhältnisse zu sorgen.

Nun kennt man das ja: Wenn die CDU etwas verspricht, wird sie es irgendwann einmal auch einlösen.

(Zustimmung von Herrn Harms, CDU)

Die FDP müsste diesen Anträgen ohnehin zustimmen. Mir zumindest ist bekannt, dass die Koalitionsfraktionen im Bundestag diesbezüglich entsprechende Bereitschaft signalisiert haben. Aber dass nichts passiert, zeugt eigentlich von der Unfähigkeit der jetzigen Bundesregierung, selbst in weltpolitisch nicht ganz so bedeutsamen Vorhaben Problemlösungen herbeizuführen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Denn man hätte eigentlich mit einem Antrag im Deutschen Bundestag längst Klarheit haben können; in den Ländern ist das Thema eigentlich unstrittig. Deswegen wundere ich mich, dass wir diese Diskussion hier führen wollen.

Der Weg über den Bundesrat ist ziemlich umständlich, es sei denn, Sie wollen das Thema wirklich auf die lange Bank schieben. Warum Sie erst einen Prüfauftrag erteilen wollen, ob eine solche Bundesratsinitiative überhaupt sinnvoll ist, und wen Sie der Regierung als Konsultationspartner vorschlagen, das bleibt uns allerdings unklar.

Diese Landesregierung verlangt ja einen zupackenden Arbeitsstil. Warum also erst einen Prüfungsauftrag? Machen Sie also Nägel mit Köpfen! Folgen Sie unserem Änderungsantrag, der die Regierung auffordert, zeitnah eine Bundesratsinitiative zu starten und im Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft und wegen mir auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales darüber zu beraten. Mit wem sich die Regierung dann konsultieren will, das bleibt ihr selbst überlassen. Sonst wird möglicherweise der Beschluss des Landtages in den Waschmaschinen des aktuellen Wahlkampfes weichgespült.

Allerdings, meine Damen und Herren, sollte in diesem Verfahren nach unseren Vorstellungen gleich eine weitere Ungerechtigkeit mit beseitigt werden. Das betrifft die Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei der Berechnung der Abführung an die Krankenkassen.

Derzeit müssen Arbeitnehmer 8,2 % und Arbeitgeber 7,3 %, insgesamt also 15,5 %, der Brutto-lohnsumme an die Krankenkassen zahlen. Die

Beiträge für die Pflege- und die Rentenversicherung werden paritätisch geleistet. Aus unserer Sicht ist diese Parität ein wesentlicher Bestandteil einer solidarisch finanzierten Sozialversicherung.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn, meine Damen und Herren, alle Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und der Krankheitsbehandlung kommen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen zugute. Deshalb werbe ich um Unterstützung für unseren Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Kollege Thiel. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Mormann.

Herr Mormann (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen beschäftigt sich im Kern mit der Prüfung, wann die Sozialversicherungsbeiträge einzuziehen sind.

Im Rahmen des Rentenentlastungsgesetzes vom 3. August 2005 wurde beschlossen, ab Januar 2006 die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge für Unternehmen vorzuverlegen. Anstatt bis zum 15. des Folgemonats mussten die Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge für den Folgemonat bereits am drittletzten Bankarbeitstag zahlen. Damit sollte insbesondere die Liquidität der gesetzlichen Rentenversicherung verbessert werden.

Die Diskussion über den Zeitpunkt der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge kann natürlich aus unterschiedlichen Sichtweisen betrachtet werden. Einerseits sieht man im Bereich der Wirtschaft den gesteigerten bürokratischen Aufwand, der durch die Vorverlegung der Fälligkeit entstanden ist. Genauso wird der Entzug von Liquidität aus den Unternehmen kritisiert. Angesichts der Überschüsse der Sozialversicherungen in Milliardenhöhe scheint ein Zurücksteuern auf den späteren Termin möglich zu sein.

Auf der anderen Seite dürfte nicht nur den Sozialversicherungen, sondern auch der Wirtschaft und den Arbeitnehmern an einer soliden Finanzausstattung gelegen sein, damit nicht wieder die latente Gefahr von Beitragserhöhungen im Raum steht und somit als wirtschaftspolitische Konsequenz auch die Lohnnebenkosten steigen müssten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, dass man auch den so oft zitierten Milliardenüberschuss der Sozialversicherungen realistisch betrachten muss. Erstens ist er an eine gesetzliche Unter- und Obergrenze geknüpft. Das heißt, dass der Gesetzgeber bei Unter- bzw. Überschreiten dieser Gren-

zen handeln muss, was im Übrigen mit dem Herabsetzen des Rentenbeitragssatzes auf 18,9 % zum 1. Januar 2013 bereits geschehen ist.

Zweitens ist uns, denke ich, allen bewusst, wie konjunkturabhängig die Einnahmenseite der Sozialversicherungen ist. Insofern sollte uns allen an einer wirklich soliden und gesunden finanziellen Ausstattung gelegen sein.

Im Interesse unserer heimischen Wirtschaft, die durch eine Vielzahl von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt ist und immens von zusätzlicher Bürokratie betroffen ist, sollten wir jedoch im Moment nicht die Möglichkeit verstreichen lassen, uns dieses Diskussionsprozesses anzunehmen und uns nach einem ausführlichen Abwägen des Für und Wider zusammen mit der Landesregierung eine Meinung zu bilden. Für mich ist dieser Abwägungsprozess ergebnisoffen.

Deshalb, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, möchten wir die Landesregierung bitten, sich mit dem im Land ansässigen Sachverstand zu diesem Thema zusammenzusetzen. Ich denke, dass wir mit den Kammern, den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen und den Sozialversicherungsträgern im Land über diesen Sachverstand mehr als verfügen. Über die Ergebnisse möchten wir dann im federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft und im mitberatenden Ausschuss für Soziales diskutieren.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, vielleicht noch ein Wort zu Ihrem Änderungsantrag.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ja!)

Ich war etwas überrascht, als ich den Absatz, in dem Sie die Bundesratsinitiative zur Rücknahme der vorfristigen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge geradezu vehement fordern, gelesen habe. Damit sind Sie den Kollegen der CDU ja fast näher als wir.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das ist in der letzten Zeit öfter so gewesen! - Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Wir würden gern an dieser Stelle noch ein wenig mehr Klarheit haben, um dann abzuwägen, ob dieses Verfahren wirklich das beste im Interesse aller ist. Dem schließe ich mich gern an. - Frank, bis zum 22. September 2013 kann es der Bundestag mit seiner schwarz-gelben Mehrheit noch allein erledigen, wenn es denn wirklich gewollt sein sollte.

Den zweiten Teil halte ich übrigens nicht für wirklich zielführend. Dieses Thema mit einer Forderung nach paritätischer Beitragszahlung in der Sozialversicherung zu verbinden, das geht an unserem Antrag vorbei.

Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen. - Danke.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Mormann, es gibt eine Nachfrage von Herrn Gallert. Möchten Sie diese beantworten?

Herr Mormann (SPD):

Gern.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Mormann, da Sie jetzt so geschockt sind, dass wir die CDU-Forderung unterstützen: Wir haben eigentlich gedacht, wir tun Ihnen etwas Gutes. Wir haben uns gedacht, damit es nicht ganz so schwierig wird, nehmen wir eine SPD-Forderung auf, nämlich die der paritätischen Sozialversicherungsfinanzierung. Deshalb frage ich mich jetzt, warum Sie sich darüber so ärgern. Denn das müsste doch eigentlich eine Geschichte sein, die Sie vollen Herzens mit in die Debatte einbringen können. Es wundert mich, warum Sie das nicht machen.

Herr Mormann (SPD):

Weil es für mich ein völlig anderes Thema ist.

(Zustimmung von Herrn Harms, CDU)

Wir haben hier über den Zeitpunkt zu debattieren, nicht über die inhaltliche Frage. Das ist etwas völlig anderes.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Mormann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Abgeordneter Erdmenger.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zeit ist Geld. Das wird besonders deutlich, wenn man über die Unternehmensfinanzierung spricht. Geld für andere auslegen zu müssen gehört in Unternehmen zum Alltag. Da müssen Lieferanten bezahlt werden, bevor ein Auftrag ausgeführt ist. Da winken Rabatte, wenn man größere Stückzahlen beschafft und nicht nur das, was man für den nächsten Auftrag braucht. Da verzögert sich die Begleichung von Rechnungen durch andere. All dies führt immer wieder dazu, dass Unternehmen vor der Frage stehen: Habe ich das Geld noch oder muss ich es mir teuer von der Bank leihen?

Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass sich der vorliegende Antrag um die Liquidität der Unternehmen kümmert. Die Idee ist auf den ersten Blick auf jeden Fall bestechend; denn die Sozialversicherungen könnten sich zurzeit wieder später

kommende Beträge leisten. In diesem Sinne ist das eine gute Initiative.

Wenn man mit den Praktikern redet, dann stellt man fest, dass es unter ihnen dummerweise zwei Meinungen gibt. Diejenigen, die auch an uns geschrieben haben, sagen: Wir wollen zurück in das alte System; wir wollen den Liquiditätsvorteil. Es gibt aber auch andere, die sagen: Jetzt haben wir die EDV-Systeme gerade umgestellt; wissen Sie, was eine erneute Umstellung für einen Aufwand bedeutet? So ein EDV-System für die Lohnabrechnung aktualisiert sich nicht mal eben so.

Diese beiden Meinungen müssen wir gegenüberstellen. Denn eines können wir nicht gebrauchen: dass wir ein Hin und Her erzeugen, indem wir sagen: Jetzt machen wir es einmal in die eine Richtung und ein paar Jahre später drehen wir es womöglich in die andere Richtung - und jedes Mal haben wir Umstellungskosten.

Deswegen ist der Antrag gut. Das geht offenbar aus geteilten Motivationen hervor. Die Koalitionsfraktionen haben gesagt, die Landesregierung möge prüfen und man solle eine Anhörung durchführen. Man hätte sich auch vorstellen können, dass eine Anhörung durch den Landtagsausschuss selbst initiiert würde. Aber gut, überlassen wir der Landesregierung die Anhörung. Es geht darum, dass wir die Argumente gegenüberstellen können.

Genau aus diesem Grund können wir dem Änderungsantrag der LINKEN nicht zustimmen. Uns geht es einen Schritt zu schnell, auch wenn wir gern Ihre Forderung unterstützt hätten, die Parität in der Sozialversicherung einzuführen. Herr Mormann, ich kann es nachvollziehen, wenn Sie fragen: Muss man diese beiden Aktivitäten in eine Bundesratsinitiative tun? Ich glaube, das hätte man sich auf dem Weg noch taktisch überlegen können.

Das Anliegen ist auf jeden Fall richtig. Das hätten wir gern unterstützt. Aber hinsichtlich des eigentlichen Anliegens des Antrags würden wir lieber noch einmal genauer anhören, als durch ein unnötiges Hin und Her Verwirrung zu stiften. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Nachfrage, Herr Erdmenger. - Bitte sehr, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Erdmenger, es geht mir jetzt nicht um die Parität. Ich habe den Eindruck, dass man sich das Thema lieber für den Wahlkampf aufheben möchte. Sei's drum.

Die Diskussion, die Sie jetzt aufgemacht haben, geht in die Richtung: Man muss jetzt erst einmal

schauen; denn aus der Perspektive der Unternehmen kann diese Umstellung möglicherweise wieder mehr Ärger bringen als alles andere. Deswegen muss man sich das erst einmal anschauen.

Dazu sage ich: Dann sind wir mit unserer Position doch schon so weit. Denn die Unternehmerverbände selbst und gerade die Handwerksbetriebe, die davon betroffen sind, haben das ja gefordert. Ich glaube schon, dass die IHK und die Handwerkskammern in der Lage sind, mit ihren Mitgliedsunternehmen dazu in Kontakt zu treten und sie zu fragen: Wollt ihr das, ja oder nein? Offensichtlich wollen sie es.

Wenn sie einschätzen, dass ihnen das wirklich etwas bringt, dann - das ist unsere Position - sollte man es machen. Ich würde jetzt nicht an der IHK und der Handwerkskammer herumkritteln im Sinne von: Ihr wisst ja gar nicht, was für eure Leute gut ist. Insofern habe ich Ihre Argumentation nicht verstanden. Die Position kommt nicht so sehr aus der CDU-Fraktion - dann hätten wir sie auch gar nicht so gut gefunden -, sondern sie kommt aus der Handwerkskammer und aus den Industrie- und Handelskammern. Das ist sozusagen eine Selbsteinschätzung.

(Zuruf von Frau Take, CDU)

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Danke für den Hinweis, Herr Gallert. So wäre es mir auch gegangen. Im nächsten Schritt fragt man dann aber auch bei seinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern nach: Seht ihr das eigentlich auch so? Kommen bei euch die gleichen Signale an? Genau dann bekommen Sie unterschiedliche Signale.

(Frau Take, CDU: Das stimmt nicht! Das betrifft hauptsächlich die Handwerker!)

Deswegen ist es richtig, an dieser Stelle noch einmal nachzufragen und den Weg zu gehen, den die Koalitionsfraktionen vorgeschlagen haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Erdmenger. - Für die CDU-Fraktion könnte Herr Thomas noch einmal reden.

(Herr Thomas, CDU: Wir müssen auf die Zeit schauen!)

- Okay. - Damit ist die Debatte beendet. Wir stimmen jetzt über den Antrag und über den Änderungsantrag ab. Eine Überweisung ist der Natur der Sache nach nicht beantragt worden. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab. Wer stimmt diesem zu? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist da-

gegen? - Das sind die drei anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt worden.

Wir stimmen über den Antrag in der Drs. 6/2005 ab. Dazu gab es den Hinweis, dass auch der Ausschuss für Arbeit und Soziales eingebunden werden soll. Allerdings gibt es hierbei keine Federführung; denn der Antrag wird nicht überwiesen. Der Absatz vor der Begründung würde dann heißen: Über die Ergebnisse dieser Anhörung und über die Bewertung der Landesregierung ist zeitnah im Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft sowie im Ausschuss für Arbeit und Soziales zu berichten.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist das so beschlossen worden. Wir verlassen den Tagesordnungspunkt 3.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung

Neuausrichtung der Standortpolitik notwendig

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1996**

Alternativantrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/2026**

Einbringer ist der Kollege Herr Dr. Thiel. Bitte sehr.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich heute früh den Erklärungen unseres Ministerpräsidenten richtig zugehört habe, dann muss ich feststellen, dass dabei ein bemerkenswerter Satz fiel: Was machen wir in der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der wir uns gegenwärtig befinden?

Dieser Satz ist deshalb bemerkenswert, weil die Koalition noch in der letzten Landtagssitzung versucht hatte, uns weiszumachen, dass das Jahr 2012 eine Erfolgsgeschichte in der Wirtschaftsförderung für das Land Sachsen-Anhalt gewesen sei. Schon damals hatten wir erklärt, dass die Fakten eigentlich eine andere Sprache sprechen.

Wie zur Bestätigung kam in den darauffolgenden Wochen eine Meldung nach der anderen, die uns veranlassten, den Ministerpräsidenten aufzufordern, eine Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Entwicklung abzugeben. Er sollte sich angesichts der Fakten selbst dazu in der Pflicht sehen, dem Landtag und der Öffentlichkeit Auskunft über seine Analyse der Situation, vor allem aber auch zu künftigen wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen der Landesregierung zu geben. Doch aus der Staatskanzlei kam über längere Zeit

nur ein beredtes Schweigen und dann der politische Paukenschlag: die Entlassung der zuständigen Ressortchefin.

Es gibt eine Menge Trennendes zwischen den politischen Auffassungen unserer Fraktion und den Positionen von Frau Professor Wolff. Trotzdem haben wir zu ihr ein Verhältnis, das durch Achtung und Respekt geprägt ist. Sie hat im Bereich der Wirtschaftspolitik versucht, einen konsequenten Innovationskurs einzuschlagen. Dieser war und ist notwendig; er hat ihr allerdings wenige Freunde, dafür aber viele Kritiker eingebracht.

Meine Damen und Herren der Koalition, lassen Sie mich raten, welcher Satz unseres Antrags bei Ihnen wohl den größten Widerspruch hervorgerufen hat. Ich vermute, es war folgender Satz:

„Der Landtag stellt fest, dass die bisherige Ausrichtung der Standort- und Ansiedlungspolitik der Landesregierung kaum entscheidende Impulse zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gegeben hat.“

Es stellt sich tatsächlich die Frage: Wo hat die Landespolitik tatsächlich einen realen Einfluss auf wirtschaftliche Entwicklungen? Dieser Frage sollte man sich durchaus ernsthaft widmen, um eben auch die Erwartungshaltungen an die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten nicht zu hoch zu hängen.

Selbstverständlich bestimmen Gesetze und Verordnungen die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung, mehr aber eigentlich nicht. Direkte Fördermittel - darüber haben wir in der letzten Landtagssitzung ausführlich diskutiert - machen eben nur einen geringen Anteil der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aus. Und das ist auch gut so.

Der verehrte wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, der Kollege Thomas, hat die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in seiner jüngsten Presseerklärung als - ich zitiere - „positiv und hoffnungsvoll“ bezeichnet. Und: In den zurückliegenden Jahren habe man im Lande die Arbeitslosigkeit fast halbiert. Allerdings habe Sachsen-Anhalt die Krise der Solarbranche besonders stark zu spüren bekommen. Das dürfe aber nicht dazu führen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt insgesamt schlechtzureden, wie dies derzeit insbesondere meine Fraktion tun würde.

Lieber Kollege Thomas, ein sogenanntes Schlechtreden des Landes haben wir gar nicht nötig, weil die Fakten eigentlich eine sehr deutliche Sprache sprechen.

(Herr Thomas, CDU: Oh! - Herr Rotter, CDU: Oh!)

Wenn wir kritische Punkte anmerken, dann tun wir das vor allem deshalb, weil wir die Schwachpunkte

wirklich erkennen und versuchen, diese durch entsprechende Vorschläge zu beseitigen.

In der Pressemitteilung hieß es unter anderem: Sachsen-Anhalt hat sich zu einem attraktiven innovativen Zukunftsstandort entwickelt. Bei dem Thema Arbeitslosigkeit haben Sie noch einmal die Halbierung hervorgehoben.

An dieser Stelle können wir einen alten Streit aufmachen: Bedeutet eine gesunkene Arbeitslosenquote zugleich mehr Arbeit? Das können wir leider nicht bestätigen; denn trotz der gesunkenen Arbeitslosenquote ist die Erwerbstätigkeit in Sachsen-Anhalt nicht etwa gestiegen, sondern um rund 15 000 Erwerbstätige zurückgegangen. Damit ist Sachsen-Anhalt Spitze bei den ostdeutschen Flächenländern, allerdings im negativen Sinne. Neben uns hat nur Mecklenburg-Vorpommern eine solche negative Entwicklung von rund 3 700 Erwerbstätigen weniger aufzuweisen.

Wissen Sie, was eigentlich sehr verblüffend ist? - Wenn man die Entwicklung der Erwerbstätigkeit parallel zur Lohnentwicklung in den ostdeutschen Flächenländern betrachtet, dann stellt man fest, dass sich in den Ländern, in denen die Löhne durchweg am höchsten waren, wie in Brandenburg und in Sachsen, auch die Erwerbstätigkeit am besten entwickelt hat. Das ist eine interessante Tatsache.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn uns die Kollegen der CDU-Fraktion erklären wollen, dass Sachsen-Anhalt mit der wirtschaftlichen Entwicklung an der Spitze der ostdeutschen Flächenländer stünde, dann ist das schlichtweg falsch. Denn Sachsen-Anhalt ist das einzige ostdeutsche Flächenland, das noch nicht wieder das wirtschaftliche Niveau des Jahres 2008 erreicht hat. Es liegt noch immer mit 1,2 % unter dem Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2008.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich allerdings auf das relative Wachstum im Jahr 2012 beziehen, in dem Sachsen-Anhalt ohne Herausrechnung der Inflation ein Wachstum von 2,6 % zu verzeichnen hatte, dann muss man auch dazu sagen, dass Mecklenburg-Vorpommern, welches hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung mit unserem Bundesland in etwa vergleichbar ist, ein Wachstum von 4 % zu verzeichnen hatte.

Vor allem muss man aber sagen, dass diese Zahlen nur eine kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung zeigen, und das noch nicht einmal verlässlich; denn das sind nur Hochrechnungen. Was wir von solchen Hochrechnungen und Zahlen zu halten haben, das konnten wir in den jüngsten Debatten feststellen. Aus einem Wachstum von 2,4 % im Jahr 2011 wurde auch schnell einmal eine Stagnation.

Schaut man sich den deutschlandweiten Trend weiter an, dann ist festzustellen, dass Sachsen-Anhalt gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ländern ein geringeres Wachstum hatte als die westlichen Bundesländer. Das heißt, die Schere beim Wirtschaftswachstum schließt sich nicht. Das ist ein alarmierendes Signal.

Natürlich könnten Sie versuchen zu frohlocken und sagen: Da haben wir dem vermeintlichen Verursacher des Problems beizeiten den Stuhl vor die Tür gesetzt. Aber Sie wissen auch, dass im Bereich der Wirtschaftspolitik langfristige Weichenstellungen erfolgen. Das heißt, die Fehlentwicklungen, die wir heutzutage zu verzeichnen haben, wurden schon früher eingeleitet. Damals hatten wir bekanntermaßen einen anderen Wirtschaftsminister.

Darüber hinaus sendet die Landesregierung mit den radikalen Kürzungsvorschlägen für den Ausbildungs-, Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort ein fatales Signal aus. Wie sich das auf das Image des Landes auswirkt, zeigen die zahlreichen Wortmeldungen in den letzten Tagen. Ich möchte aus Höflichkeit darauf verzichten, hier Facebook-Meldungen zu zitieren, die Sie auch in den Tageszeitungen in unserem Land nachlesen können.

(Herr Barthel, CDU: Das ist eine valide Quelle!)

Auch die Aussichten auf den künftigen Landeshaushalt mit den Eckwerten der Landesregierung vermitteln kein optimistisches Bild. Allerdings machen Fördermittel im Investitionsgeschehen unserer Wirtschaft tatsächlich nur einen geringen Teil aus. Die überwiegende Zahl unserer Unternehmen muss bereits heute ohne Fördermittel auskommen.

Für DIE LINKE bleibt es deshalb weiterhin richtig, dass mit Investitionen der öffentlichen Hand Rahmenbedingungen gesteckt werden, die einer möglichst großen Zahl von Unternehmen zugute kommen sollen, und dass damit weniger die Wettbewerbsvorteile für einzelne bestimmt werden.

Die Förderpolitik sollte tatsächlich weniger den Wettbewerbsvorteil für einzelne Unternehmen im Blick haben, sondern mehr zur Sicherung der Attraktivität des Standortes Sachsen-Anhalts insgesamt beitragen. Dafür ist auch ein Wechsel in der Förderpolitik notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Für gut ausgebildete Fachkräfte, die man im Land halten möchte, ist auch ein ausreichender Verdienst entscheidend. Ich erinnere nur an die heutige Schlagzeile in der „Volksstimme“, nach der 400 Fachkräfte im Bereich Logistik fehlen. Was sind die Gründe dafür? - Eine niedrige Bezahlung und schwierige Arbeitsbedingungen. Diese Dinge sind benannt worden.

Die Fakten für das Land Sachsen-Anhalt besagen, dass wir hinsichtlich der Bruttolöhne und -gehälter seit dem Jahr 2008 kontinuierlich auf dem vorletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern sind. Im Jahr 2012 hat der Abstand zu Mecklenburg-Vorpommern sogar abgenommen.

Angesichts der aktuellen Lohnentwicklung unterstreicht unsere Fraktion ein weiteres Mal ihre Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch wenn ein solcher allein die Probleme nicht zu lösen vermag, wäre er ein wichtiger Schritt, um dem Lohndumping und dem daraus resultierenden Niedriglohnsektor wirksam entgegenzutreten. Gerade in diesem Bereich sind die Auswirkungen auf die Löhne in Sachsen-Anhalt besonders negativ.

Sachsen-Anhalt hat die Chance, voranzugehen und einen lang gepflegten Imageschaden zu beseitigen, indem es mit einem Landesmindestlohngesetz Zeichen setzt. Das wäre ein klares Signal an die Beschäftigten in Sachsen-Anhalt.

Insbesondere mit dem in diesen Tagen verabschiedeten Tarifvertrag für das Friseurhandwerk wurde eine wichtige Weichenstellung in einer Branche vollzogen, die als Paradebeispiel für Niedriglöhne steht. Aber es bleibt festzustellen, dass der Niedriglohn nur für tarifgebundene Unternehmen gilt und dass die Gefahr des Dumpingwettbewerbes weiterhin besteht. Dabei helfen offenbar nur die Einführung einer Allgemeinverbindlichkeit oder ein gesetzlicher Mindestlohn weiter.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wir reden oftmals über einen Fachkräftemangel. Dazu habe ich bereits in der letzten Landtagssitzung ausführlich ausgeführt. Wenn es im Land Sachsen-Anhalt derzeit tatsächlich einen Fachkräftemangel gibt, dann betrifft dieser offensichtlich billige Arbeitskräfte. Diesbezüglich ist tatsächlich ein Mangel vorhanden.

Dieses Gefühl ist nicht nur ökonomisch begründet; vielmehr wird ein Fachkräftebedarf dann sichtbar, wenn die Arbeitskosten steigen. Dann bestimmen Angebot und Nachfrage den Preis.

Einem Essay des IWH zum Thema Arbeitskräfte für ostdeutsche Betriebe aus dem Jahr 2012 ist zu entnehmen, dass nicht nur die Abwanderung und die Folgen des demografischen Wandels zunehmend sichtbar werden, sondern dass der Arbeitsmarkt sich zu drehen beginnt. Er wandelt sich von einem vormals nachfrageorientierten zu einem verstärkt angebotsorientierten Markt.

Deswegen ist es für uns verwunderlich, wenn wir so manchem Unternehmer noch immer erklären müssen, woher ein angeblicher oder realer Fachkräftemangel eigentlich kommt.

Staatliche Bildungspolitik - das möchte ich hervorheben - schafft lediglich Voraussetzungen für gut ausgebildete Fachkräfte; sie kann jedoch nicht die Verantwortung für andere Bereiche übernehmen. Den Hochschulen den schwarzen Peter zuzuschreiben und sie mit der Forderung nach Absolventenlenkung und der Aufgabe allein zu lassen, den Klebeffekt, also den Effekt des Verbleibens der Studenten auch nach dem Studium in Sachsen-Anhalt, zu erhöhen, ist nicht nur feige, sondern auch falsch.

Der Magdeburger Rektor Jens Strackeljahn hat es im „Deutschlandradio“ nach unserer Auffassung richtig gesagt - ich zitiere -:

„Da würde ich mir Rahmenbedingungen und einen Schwung durch die Landesregierung, so einen Wind, der hier durchs Land weht, wünschen. Eine Ansiedlungspolitik, sodass man sagt: Jawohl, hier komme ich hin. Das ist ein Land in Deutschland, in Europa, wo die Post abgeht. Das wäre mein Wunsch.“

(Beifall bei der LINKEN - Frau Dr. Klein, DIE LINKE, lacht)

Ich stelle mir natürlich die Frage, warum der Rektor der Magdeburger Universität noch nicht begriffen hat, dass hier die Post abgeht. Was ist eigentlich sein Problem?

(Herr Gallert, DIE LINKE: Er hat die Regierungserklärung nicht richtig verstanden! - Herr Schröder, CDU: Sie wurde falsch erklärt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine Ausrichtung der Wirtschaftspolitik allein auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist nach unserer Auffassung nicht zielführend. Die jahrelange Imagekampagne der Landesregierung, bei potenziellen Investoren mit geringen Lohnstückkosten aufgrund niedriger Löhne, geringer Tarifbindung, geringen Mitspracherechten der Beschäftigten oder billigen Gewerbeflächen zu werben, hat sich negativ auf die Attraktivität des Landes und vor allem auf die Bindungswirkung und die Anziehungskraft für junge Menschen ausgewirkt.

Es ist daher die Auffassung unserer Fraktion, dass es dringend einer Neuausrichtung der Standort- und Ansiedlungspolitik bedarf. Es müssen heute die Weichen für die Zukunft des Landes gestellt werden, um ein weiteres Auseinandergehen der Schere zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen Bundesländern zu verhindern.

Deshalb haben wir unter Punkt 2 unseres Antrags entsprechende Vorschläge für die Diskussion unterbreitet. Dazu ist vor allem in Köpfe zu investieren. Vor diesem Hintergrund ist das Signal, das von einer Ausgabenkürzung im Bildungsbereich ausgeht, eines der falschesten für eine effektive Wirtschafts- und Innovationsförderung. Denn - hier

mit wiederhole ich das, was ich bereits im Rahmen der letzten Landtagssitzung gesagt habe, gern - gut ausgebildete Fachleute sind das beste Potenzial, das Unternehmen in Sachsen-Anhalt - und nicht nur hier - bekommen können. Ich werbe um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Dr. Thiel. - Für die Landesregierung spricht Minister Möllring

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, Herr Dr. Thiel, wenn man für eine Sache werben möchte, dann muss man die positiven Dinge herausstellen und sollte nicht auf möglichst viele Fehler hinweisen. Das sollten wir gemeinsam tun, quer durch alle vier Fraktionen, quer durch die Regierung. Wir sollten wie Herr Strackeljahn sagen: Sachsen-Anhalt ist ein Land auf dem Sprung, in das es sich zu kommen lohnt. Dann kommen auch welche.

Wenn Sie aber sagen, hier ist alles öde, dann wird man sich fragen: Warum soll ich denn dorthin kommen?

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist völlig klar: Die Opposition muss grundsätzlich die Regierung kritisieren. Dabei muss sie jedoch nicht falsche Zahlen nennen und das Land schlecht machen.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der LINKEN)

Im Jahr 2008 betrug das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt 50,3 Milliarden €.

(Unruhe bei der LINKEN)

Im Jahr 2012 wurde ein Wert von 52,8 Milliarden € erreicht. Damit liegt das Bruttoinlandsprodukt von Sachsen-Anhalt 5 % über dem Niveau des Jahres 2008. Unzutreffend ist daher die Behauptung in Ihrem Antrag, dass das Bruttoinlandsprodukt Sachsen-Anhalts 1,2 % unter dem Wert von 2008 liegt. Das sind im Übrigen keine Regierungszahlen; vielmehr sind sie amtlich erhoben worden. Diese sollten wir gemeinsam zur Grundlage machen.

Die Landesregierung wirbt auch nicht offensiv mit geringen Lohnstückkosten, geringer Tarifbindung, geringen Mitspracherechten oder mit billigem Bauland. Es ist schlicht nicht von der Landesregierung zu beeinflussen, dass einige dieser Kriterien zum Recherchegegenstand und zu Entscheidungsparametern in einem Standortwettbewerb von Investoren gehören und dementsprechend natürlich gar nicht verheimlicht werden können.

Wobei festzustellen ist, dass billiges Bauland nichts Abschreckendes hat. Um Investoren dazu zu bewegen, hierher zu kommen, ist man auch bereit - das weiß jeder Bürgermeister, das weiß jeder Landrat, das weiß jeder Wirtschaftsförderer -, den Preis für das Bauland zu senken.

(Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Zutreffend ist allerdings Ihr Hinweis, dass Sachsen-Anhalt im Bundesländer-Niveau-Ranking - damit ist das sogenannte Bestandsranking gemeint - im letzten Jahr den vorletzten Platz erreichte. Aber wir müssen auch sehen, dass dabei übersehen wurde, dass das Land Sachsen-Anhalt im sogenannten Dynamikranking - das ist die Betrachtung der Entwicklung von 2006 bis 2011 - den siebenten Platz erreicht hat und damit in der ersten Hälfte liegt.

Es ist logisch: Wenn man weiter hinten läuft und man will nach vorn, dann muss man etwas schneller laufen als die anderen. Das tut das Land Sachsen-Anhalt im Moment.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir sollten gemeinsam in der restlichen Bundesrepublik den Stolz darauf verbreiten, dass die Landeshauptstadt Magdeburg im vergangenen Jahr zur wirtschaftlich dynamischsten Stadt Deutschlands erklärt wurde.

(Zustimmung bei der CDU)

Das sind Argumente, mit denen man Werbung machen kann. Man sollte nicht versuchen, irgendwo Fehler zu finden.

(Herr Gallert, DIE LINKE, lacht)

Sachsen-Anhalts Wirtschaft hat seit der Wende einen langen, steinigen Weg zurückgelegt und ist selbstverständlich, wie andere Bundesländer auch, noch nicht in allen Punkten an der Spitze. Dennoch sind die aktuellen Herausforderungen andere als noch vor 23 Jahren.

Die Arbeitslosenzahl ist gesunken, ich gebe zu: auf einen noch immer zu hohen Wert von 11 %. Manche Unternehmen beklagen inzwischen schon einen Fachkräftemangel.

(Zuruf von Herrn Grünert, DIE LINKE)

Darunter versteht man eben nicht Menschen mit prekärem Einkommen; vielmehr werden Fachkräfte ordentlich entlohnt. Wenn das hier fehlt, müssen wir gemeinsam daran arbeiten.

(Frau Thiel-Rogée, DIE LINKE: Dann haben wir gemeinsam viel Arbeit!)

- Natürlich müssen wir gemeinsam viel arbeiten. Wissen Sie, wer meint, dass alles gut ist, der hat aufgehört, besser zu werden.

(Zuruf von Frau Bull, DIE LINKE)

Deshalb muss man ständig versuchen, besser zu werden,

(Zustimmung bei der CDU)

und sollte die Regierung dabei unterstützen. Ich darf mich daher ganz herzlich für den Zwischenruf bedanken.

Diesem Umstand trug und trägt die Landesregierung Rechnung. Die GRW-Richtlinie wurde im vergangenen Jahr entsprechend geändert. Seither spielen qualitative Kriterien bei der Bewilligung von Fördermitteln eine größere Rolle. Dies geschieht nach einem Punktesystem. Bei bestimmten Kriterien gibt es Zusatzpunkte.

Es ist wichtig festzuhalten, dass zwar weniger Projekte gefördert wurden und dass auch die Zuschüsse geringer waren, dass dabei aber ein weit höheres Investitionsvolumen generiert werden konnte und zusätzlich mehr Dauerarbeitsplätze entstanden sind.

Ich werde Ihnen die Zahlen nennen: Im letzten Jahr waren es 175 Projekte; im Jahr davor waren es 265. Die Zuschüsse beliefen sich im letzten Jahr auf 156 Millionen € und im Jahr davor auf 194 Millionen €. Allerdings ist das Volumen der Investitionen, die dadurch ausgelöst wurden, von 881 Millionen € auf 978 Millionen €, also auf fast 1 Milliarde € gestiegen.

Auch die Zahl der neu geschaffenen Dauerarbeitsplätze ist deutlich gestiegen, nämlich von 1 975 im Jahr 2011 auf immerhin 2 512 im letzten Jahr. Das bedeutet, dass wir im Jahr 2012 pro neu geschaffenen Dauerarbeitsplatz nur noch Zuschüsse in Höhe von 53 000 € geben mussten statt wie im Jahr 2011 in Höhe von 79 000 €.

Das zeigt, dass die Wirtschaftsförderung infolge der Änderung der Richtlinie effektiver geworden ist. Man hat mit weniger Mitteln mehr erreicht. Das könnte man seitens der Opposition auch einmal anerkennen. Denn es muss unser gemeinsames Ziel sein, dass wir eben nicht mit viel Geld wenig erreichen, sondern dass wir mit wenig Geld viel bewegen.

Deshalb halte ich es für richtig, dass die Neuausrichtung der Standortpolitik stattgefunden hat. Sie muss nicht schon wieder geändert werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Es gibt eine Nachfrage von Herrn Gallert. Herr Minister, möchten Sie sie beantworten? - Bitte sehr, Herr Gallert.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Minister, erstens ist es falsch, dass wir falsche Zahlen verwenden würden; denn die Fest-

stellung, dass Sachsen-Anhalt ein geringeres Bruttoinlandsprodukt als im Jahr 2008 hat, ergibt sich aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Ich meine, ich kann natürlich alle möglichen Zauberaktionen machen, zum Beispiel Vergleiche ohne Inflationsausgleich; dann komme ich möglicherweise zu solchen Zahlen. Aber das ist die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Darauf sollte man sich schon beziehen.

Zweitens. Es ist so, dass das Land nach wie vor mit sehr geringen Lohnstückkosten und mit wettbewerbsfähigen - heute sagt man nicht mehr: niedrigen - Löhnen wirbt. Der Aspekt der Lohnstückkosten, die sich bei uns schlechter als in allen anderen ostdeutschen Bundesländern entwickelt haben - diese Beobachtung teilen wir übrigens -, wird zum Beispiel zurzeit von der IMG, von der Marketinggesellschaft des Landes Sachsen-Anhalt, in einer Broschüre für den Maschinenbau als offensives Werbeargument verwendet.

Das Argument der geringen Gewerkschaftsbindung wird nicht mehr verwendet, okay, aber doch der Aspekt, dass es bei uns eine sehr viel schlechtere Entwicklung der Lohnstückkosten, nämlich minus 1,2 % seit 2009, glaube ich, gibt. In allen anderen Bundesländern sind entweder steigende oder gleichbleibende Lohnstückkosten zu verzeichnen. Das ist das Argument der landeseigenen Marketinggesellschaft für Neuansiedlungen im Bereich Maschinenbau.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Zum Ersten, zum Bruttoinlandsprodukt. Dazu muss man nun die offiziellen Zahlen sehen und kann nicht nach eigenem Gusto auf den Inflationsausgleich abstellen.

(Unruhe bei der LINKEN)

Nein, wir müssen die offiziellen Zahlen nehmen. Dann können wir hinterher immer noch darüber diskutieren, ob die Statistik richtig ist. Aber wir müssen uns darauf einigen, dass es eine zentrale Behörde gibt, die diese Zahlen ermittelt. Darauf müssen wir uns dann auch beziehen.

Lohnstückkosten sinken nicht nur deshalb, weil der Lohn entsprechend gering ist, sondern auch, weil effektiver gearbeitet wird, weil man in der gleichen Zeit viel mehr schafft.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Sachsen-Anhalt ist ein großer Zulieferer für VW. Viele Menschen aus Sachsen-Anhalt pendeln nach Wolfsburg und zu den anderen Werken von VW. Mit dem Golf VII ist es der Ingenieurkunst von VW gelungen, ein besseres Modell auf die Beine bzw. auf die Räder - so muss ich richtigerweise sagen - zu stellen als mit dem Golf VI. Aber der

Golf VII ist etwa zwei Stunden schneller als das Vorgängermodell zusammenzubauen. Das bewirkt letztlich geringere Lohnstückkosten. Das heißt jedoch nicht, dass die Beschäftigten weniger verdienen.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Minister. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Mormann.

Herr Mormann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab, liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN: Auch wir wollen den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt stärken.

(Zustimmung und Oh! bei der LINKEN)

- Schön, dass wir darin übereinstimmen.

Aber ganz so schwarz wie Sie sehen wir die bisherige Entwicklung nicht. So sehe ich ähnlich wie Minister Möllring einige Unstimmigkeiten bei den in Ihrer Begründung genannten Zahlen.

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag auf Vorhaben verständigt, die denen in dem Antrag der LINKEN erstaunlich ähneln.

(Frau Zoschke, DIE LINKE: Schön! - Herr Grünert, DIE LINKE: Das lässt hoffen!)

Daher bin ich schon etwas verwundert, dass Sie gar nicht so weit von unserem Koalitionsvertrag entfernt sind.

Wir haben mit der Neustrukturierung der GRW-Richtlinie beispielsweise der tariflichen Bindung der Unternehmen einen enormen Stellenwert zugewiesen. Auch in der GRW-Richtlinie haben wir großes Augenmerk auf die verstärkte Förderung von hochqualifizierten Arbeitsplätzen gelegt und wir haben Unternehmen mit einer hohen Quote von Leiharbeitern deutlich gesagt: So nicht!

Wir haben ein Vergabegesetz verabschiedet, das die Vergabe öffentlicher Aufträge an eine tarifkonforme Bezahlung knüpft, sowohl für die Stammbeschaft als auch für Leiharbeitnehmer und für Arbeitnehmer in Nachunternehmen.

Wir sind dabei, unsere Wirtschaftsförderung weiterhin an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen, sprich: in erster Linie an die geringer werdenden Fördermittel, dies auch im Zusammenhang mit der Neuprogrammierung der EU-Strukturfonds. An dieser Stelle sollte man sich zum Beispiel die regionale Innovationsstrategie vor Augen führen, die als zentrales Instrument des Programmierungsprozesses die Ideen der Leitmärkte und der Kon-

zentration der Wirtschaftsförderung auf Schlüsselbranchen formuliert.

(Zuruf von der Regierungsbank: Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren! Dass wir auch nach mehr als 20 Jahren wirtschaftlichen Aufbaus noch nicht am Ziel angekommen sind, ist natürlich auch für uns nicht befriedigend. Daher ist es uns weiter ein wichtiges Anliegen, konsequent an der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu arbeiten.

Dabei muss - an dieser Stelle bin ich bei Ihnen - gerade die Qualität der Arbeit im Vordergrund stehen. Um in Zukunft im Wettbewerb um die klügsten Köpfe mithalten zu können und somit dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen, braucht Sachsen-Anhalt gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Ja! Sehr gut!
- Zustimmung von Frau Thiel-Rogée, DIE LINKE)

Sehr geehrte Damen und Herren! Zentrale Elemente unserer Wirtschaftsförderung sind heute schon die Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft, die Festigung und der Ausbau der Wertschöpfungsketten und die Synergieeffekte unserer Cluster.

Diese bereits beschrittenen Wege werden wir auch in Zukunft weiter gehen. Dabei sind die Rahmenbedingungen Fördermittelnrückgang und Fachkräftemangel zu beachten. Das heißt für uns: Wir müssen also noch effektivere und zielgenauere Wirtschaftsförderung betreiben.

Auf die entgegenstehende Gesetzgebungskompetenz bei Mindestlöhnen und Tarifvertragsgesetz hat ja bereits der Minister hingewiesen, genauso auch auf unsere im Bundesvergleich erstklassigen Bedingungen des Kinderförderungsgesetzes. Dem ist eigentlich nicht mehr viel hinzuzufügen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir in dem Punkt, den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt weiter voranzubringen, übereinstimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, dann lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, den Prozess konstruktiv zu begleiten.

(Zuruf von der LINKEN: Machen wir doch!)

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Alternativantrag.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Mormann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Herr Erdmenger.

Herr Erdmenger (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Eine neue Standortpolitik ist notwendig. Insoweit ist dem Antrag Recht zu geben. Denn wir können nicht den Nachbau West weiter so fortsetzen, wie wir das bisher gemacht haben. Die Förderung geht erheblich zurück. Wir brauchen eine neue Innovationsstrategie, und in der Tat, es nützt uns auch nichts, wenn wir hier Zahlen vortragen, die ohne Inflationsbereinigung berechnet sind.

Wie aber muss denn eine neue wirtschaftspolitische Strategie aussehen? Ich habe versucht, das in dem Antrag nachzulesen. Der zentrale Satz in dem Antrag - korrigieren Sie mich, wenn ich ihn nicht gefunden habe - lautet aus meiner Sicht: Die neue Strategie ist die Stärkung des Standortes Sachsen-Anhalt als Wettbewerbsfaktor und nicht die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens. - Ja, was heißt denn das?

Also für mich klingt das mehr wie der Unterschied zwischen Raider und Twix.

(Herr Barthel, CDU, lacht - Herr Gallert, DIE LINKE: Toll! - Frau Bull, DIE LINKE: Nee!)

Ich habe daraus keine neue Strategie ablesen können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Frau Bull, DIE LINKE: Das erschließt sich sogar mir! - Herr Gallert, DIE LINKE: Au weia! Was soll denn das?)

Ändern müssen sich doch zwei grundlegende Ausrichtungen in der Wirtschaftsstrategie.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Was? - Frau Bull, DIE LINKE: Haben Sie den Begriff schon einmal gehört? Was ist denn das?)

Erstens verändert sich doch ganz wesentlich das Verhältnis zwischen Kapital, Arbeit, Boden und Wissen. Bisher wurde den Unternehmen, dem Kapital, der rote Teppich ausgelegt, indem erstens Boden in Form von Gewerbegebieten und ihrer Infrastruktur subventioniert wurde und zweitens die Investition auch noch gefördert wurde. Das war eine verdammt teure Strategie. Aber sie hatte auch Erfolge.

Nur, von dem Zustand, bei dem wir mit dieser Strategie angefangen haben, nämlich dass wir ganz viele qualifizierte Arbeitskräfte hatten, die auf die Unternehmen gewartet haben, die hier loslegen, sind wir doch weit entfernt. Heute haben wir eine Situation, dass leere Gewerbegebiete auf die Unternehmen warten und die Unternehmen warten auf die Fachkräfte.

Von daher muss eine neue Strategie doch wesentlich stärker auf Arbeit und Wissen setzen, das heißt übersetzt, auf Fachkräftequalifizierung und

auf Zuwanderung; das ist doch ein Baustein für die neue Strategie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Wir müssen mehr in Zukunftsbranchen investieren und nicht in irgendwas. Der Landesregierung war es ja bisher egal, ob in einer Firma Solartechnik hergestellt wurde - das wurde auch gefördert - oder Kittelschürzen gefertigt wurden. Dabei kamen auch gute Entscheidungen heraus, aber eben auch Pleiten, wie zum Beispiel der Aufbau riesiger Biodieselfertigungskapazitäten oder die Spaßbäderentwicklung in den 90er-Jahren.

An diesen Stellen hätte man sich mehr Augenmaß gewünscht, mehr Betrachtung dessen, was denn wirklich zukunftsfähig ist und was wirklich da hineinkommen kann. In der Tat hat die Landesregierung sogar einen Diskussionsprozess rund um die Innovationsstrategie angefangen. Sie muss das, weil die EU das fordert. Darin sind auch Leitmärkte definiert; das begrüßen wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im zweiten Teil des Antrages der LINKEN steht viel Richtiges, etwa: die Kooperation mit den Hochschulen sei gut, dass wir Mindestlöhne haben wollen etc. Aber das, meine sehr verehrten Damen und Herren, - das sind Rahmenbedingungen, die wir in unserer Wirtschaftsförderung brauchen - ist aus meiner Sicht keine Strategie. Daher können wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir lehnen ihn ab.

Der Antrag der Regierung klingt besser, aber auch nur deswegen, weil er eigentlich nichts aussagt. Deswegen lehnen wir auch diesen ab. Wir freuen uns darauf, im Rahmen der Innovationsstrategie tatsächlich über die Strategie des Landes diskutieren zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Erdmenger. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Thomas.

Herr Thomas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geschätzter Kollege Thiel, Sie haben Ihre Einbringungsrede heute damit begonnen, einen Satz unseres Ministerpräsidenten von heute Morgen zu zitieren.

(Zuruf von der LINKEN: So ein Quatsch! - Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Er sprach von einer schwierigen wirtschaftlichen Situation unseres Landes.

(Zuruf von der LINKEN: Was ist denn das für ein Quatsch?)

Wissen Sie, wenn Sie mich fragen, ist das ein Satz, der von viel Realismus geprägt ist. Ich könnte die Frage auch umdrehen und könnte Sie fragen - Sie sind ja schon länger im Parlament als ich und damit länger mit den Dingen beschäftigt -: Nennen Sie mir doch mal ein Jahr seit 1990, wo unser Land nicht in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation war.

(Zuruf von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Meinen Sie die 90er-Jahre, als wir hier die Transformation hatten, als wir viele Betriebe, die viel zu groß waren, an das neue System, an die soziale Marktwirtschaft anpassen mussten? Meinen Sie das letzte Jahrzehnt, in dem wir die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hatten? Oder meinen Sie die aktuellen Probleme wie die Energiepreise und den Fachkräftemangel?

(Zurufe von Herrn Grünert, DIE LINKE, und von Herrn Gallert, DIE LINKE)

Ich denke, dass wir einmal sagen können, Herr Gallert, wir haben keine schwierige wirtschaftliche Situation, werden wir in diesem Hohen Hause nie erleben; denn Wirtschaft ist immer schwierig und jeder, der ein Unternehmen betreibt und sich jeden Tag stellen muss, der weiß, es ist jeden Tag schwierig. Deswegen ist das, denke ich, ein Satz, der von viel Realismus geprägt ist. Ich bin dem Ministerpräsidenten außerordentlich dankbar dafür, dass er diesen Realismus hier auch zur Schau stellt.

Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute die Neuausrichtung der Standortpolitik. Grundsätzlich wird damit immer in Verbindung gebracht: Wie bekommen wir Sachsen-Anhalt für wirtschaftliche Investitionen fit, wie machen wir unser Land attraktiv? Wir haben schon gehört, das wird immer in dem Sinne übersetzt, wir müssen Geld in die Hand nehmen und müssen etwas mit Geld unternehmen.

Ich denke, die beste Wirtschaftspolitik ist immer noch die, die kein Geld kostet. Ich glaube, mit Blick auf kommende Haushalte werden wir uns auf dieses Verfahren verständigen müssen. Denn überall dort, wo wir Geld in die Hand nehmen, machen wir nicht nur positive, sondern auch negative Erfahrungen. Deswegen kann man diesem Antrag der LINKEN vom Grundansatz durchaus etwas abgewinnen und sagen: Wir müssen uns einfach einmal damit beschäftigen, wie sich der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt entwickelt. Wobei, Kollege Thiel, Ihre Einbringungsrede da schon etwas enttäuscht hat;

(Herr Dr. Thiel, DIE LINKE: Was?)

denn ich glaube, diese Darstellung nur von ungünstigen Fakten und schlechten Dingen steht unserem Land nicht gut zu Gesicht.

(Herr Grünert, DIE LINKE: Ach nö!)

Ich glaube, das hat die Wirtschaft in unserem Land so nicht verdient.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das sehen Sie so!)

Was mich am meisten stört - das zieht sich ein bisschen wie ein roter Faden durch Ihre Anträge hindurch -,

(Herr Lange, DIE LINKE: Das ist zu viel! Quatsch!)

ist: Sie fordern eine Menge. Sie reden von Ausbau, von Weiterentwickeln und von Fördern,

(Zuruf von der LINKEN: Ja, stimmt doch!)

Sie bleiben uns aber immer die Erklärung schuldig, wie wir das denn finanzieren wollen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie immer dann, wenn Sie in Zukunft so etwas fordern, auch gleich dazuschreiben, das Geld für diese Maßnahmen nehmen wir da und dort weg.

(Unruhe bei der LINKEN - Frau Thiel-Rogée, DIE LINKE: Wie sollen denn die Mittel anders eingesetzt werden?)

Aber diese einfache Argumentation in dem Sinne, dann machen wir halt wieder Schulden - auch das hört man ja von Ihnen -,

(Unruhe bei der LINKEN - Zurufe von der LINKEN: Was? - Was soll denn das?)

ist zu einfach. Das ist mit uns auch nicht zu machen; denn das ist keine seriöse Finanzpolitik, auch im wirtschaftlichen Bereich.

Meine Damen und Herren! Es war ja auch abzu-sehen, dass Sie auch aufgrund der aktuellen die Diskussion vieles heute auch auf die Hochschulen projizieren werden.

Meine Damen und Herren! Ich würde das gerne mit der Feststellung etwas versachlichen: Wir diskutieren die zukünftigen Eckwerte unseres Haushaltes in einem Bereich so früh, wie ich das selten erlebt habe. Wir haben noch nichts beschlossen und diskutieren die Eckwerte. Sie verkaufen eine Diskussion schon als Ergebnis, was so ja nicht richtig ist.

Wir haben heute Abend noch die Möglichkeit, im Rahmen der Großen Anfrage durchaus auch noch über die Hochschullandschaft zu diskutieren. Aber eines muss doch klar sein - das muss man sich doch auch offen ins Gesicht sagen dürfen -: Es darf doch bei den finanziellen Zwängen, in denen wir uns bewegen, keine Tabus geben. Es muss doch auch erlaubt sein, über alles nachzudenken und über alles einmal zu reden. Letztendlich entscheiden wir in diesem Hohen Hause dann, was gemacht wird und was nicht gemacht wird. Da muss es doch auch erlaubt sein, über Struktur, Effizienz und Qualitäten unserer Hochschulen und Universitäten zu reden.

Wenn Sie nur in dem Sinne diskutieren, wir müssen Geld in die Hand nehmen, damit alles so bleibt, wie es ist, machen wir es uns zu einfach und werden unser Land nicht zukunftsfähig bekommen, auch nicht in der Hochschullandschaft.

Ein zweiter Punkt, den ich noch sagen möchte. Ich finde es sehr angenehm und es war ein gutes Beispiel, dass sich eine Wirtschaftsbranche, ein Dienstleistungssektor, nämlich das Friseurhandwerk, jetzt mit einer Lohnfindung beschäftigt. Das ist etwas, was ich als sehr angenehm empfinde. Das ist nämlich genau das, was wir als CDU immer gefordert haben, nämlich dass die Lohnfindung nicht hier im Parlament passiert.

Die Lohnfindung erfolgt vielmehr zwischen den Tarifparteien. Die Tarifparteien sind erfahren und kompetent genug, einen Lohn zu verabreden, der dann auch dafür sorgt, dass die Arbeitsplätze nicht verlorengehen. Das, meine Damen und Herren, ist der fundamentale Unterschied zu Ihrer Argumentation.

(Beifall bei der CDU)

Das mit einem Gesetz festzulegen, das vernichtet Arbeitsplätze. Da kann ich mich nur wiederholen - das mache ich an dieser Stelle außerordentlich gerne -: Das wird mit uns nicht zu machen sein.

Ich bitte deswegen und weil mir auch die Zeit davonläuft - ich muss ein bisschen auf die Uhr schauen, obwohl ich vorhin auf meinen Redebeitrag verzichtet habe; aber wahrscheinlich kann ich die Zeit nicht übertragen -, um Zustimmung zu unserem Alternativantrag und freue mich auf die weitere Diskussion auch in den kommenden Wochen und Monaten zum Standort Sachsen-Anhalt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Thomas. - Die Fraktion DIE LINKE kann erwidern. Herr Dr. Thiel, bitte sehr.

Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will mit einem seltsamen Satz beginnen. Er lautet: Ich bin stolz, im Land Sachsen-Anhalt zu leben.

(Beifall bei allen Fraktionen - Unruhe - Herr Borgwardt, CDU: Ach? - Herr Barth, CDU: Wieso ist der seltsam? - Weitere Zurufe: So ist es! - Wem erzählen Sie das?)

Und jeder von Ihnen, der mit mir auf Auslandsreisen unterwegs war, kann bestätigen, dass wir in der Außendarstellung unser Land immer würdig vertreten haben. Gerade deshalb nehme ich mir das Recht heraus, wenn ich bestimmte Dinge nicht in Ordnung finde, das hier in diesem Parlament zu

benennen. Das hat nichts damit zu tun, dass ich nicht stolz auf dieses Land bin.

(Beifall bei der LINKEN - Herr Dr. Brachmann, SPD: Stolz sind wir alle! - Zurufe von der CDU)

Kollege Thomas sagte, diese Kritik hat die Wirtschaft nicht verdient. Ich kann mich gut an das Jahr 2002 entsinnen, als es hier eine Rote-Laternen-Kampagne gab, um zu sagen, diese Wirtschaft ist hier dermaßen am Ende.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das war konstruktiv! - Frau Bull, DIE LINKE: Immerhin, wenigstens was!)

Zwei Jahre später hat sich herausgestellt, dass das Jahr 2002 eines der erfolgreichsten Jahre in der Entwicklung Sachsen-Anhalts mit dem höchsten Zuwachs war. Das kann natürlich damit zusammenhängen, dass es im April eine entsprechende Landtagswahl gegeben hat,

(Herr Schröder, CDU: Das muss es gewesen sein! - Herr Lange, DIE LINKE: Ach was!)

nach der CDU und FDP die Weichen gestellt haben, um das Bruttoinlandsprodukt in den darauffolgenden neun Monaten zu puschen.

(Herr Borgwardt, CDU: Von der Laterne zum Leuchtturm!)

Aber jeder, der von Wirtschaft Ahnung hat, weiß, dass die Weichenstellungen vorher gelaufen sind.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Zu den einzelnen Dingen, die Sie noch gesagt haben: Lieber Kollege Thomas, ich weiß nicht, wie oft man es noch erklären soll. Sie haben unser Ansinnen bei dem Thema Mindestlohn nicht wirklich verinnerlicht. Das ist auch wirklich schwierig, weil - -

(Herr Gallert, DIE LINKE: Nee! - Zuruf von Herrn Thomas, CDU)

- Nein, Sie unterstellen uns Dinge, die wir nie behauptet haben.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt ja nicht!)

Ich sage es noch einmal: Die Lohnfindung zwischen den Tarifparteien hat im Friseurhandwerk stattgefunden.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja, super! - Herr Schröder, CDU: Genau!)

Das ist eine gute Geschichte. Dafür stehen wir auch. Das heißt aber nicht, dass die Löhne der Friseurinnen und Friseure im gesamten Land entsprechend der Tarifvereinbarung angepasst werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wird darum gehen, die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifvereinbarung zu beantragen, und dann wird man sehen, was dann passiert.

(Herr Schröder, CDU: Herr Thiel, Sie beschließen doch den Mindestlohn auf dem Landesparteitag!)

Für den Fall, dass das nicht stattfindet, soll nach unserer Auffassung der gesetzliche Mindestlohn eingezogen werden. Das soll die unterste Grenze sein. Alles, was darüber hinausgeht, kann frei verhandelt werden. Aber gut, ich merke schon, es ist nicht so einfach, Eulen nach Magdeburg zu tragen.

(Oh! bei der CDU)

Noch einmal zu dem, was die GRÜNEN gesagt haben. Lieber Kollege Erdmenger, Sie haben es richtig erkannt: Wir wollen uns in unserer Standortpolitik weniger betriebswirtschaftlich auf einzelne Unternehmen orientieren, als vielmehr mit dem Geld, das das Land Sachsen-Anhalt investieren kann, Rahmenbedingungen schaffen, die möglichst vielen Unternehmen zugute kommen.

Deswegen sind die Themen Bildungspolitik und Ausbildung von Fachkräften so wichtig. Das sind ureigene staatliche Aufgaben, die wir im Land zu erledigen haben.

Lieber Herr Minister Möllring, wie man mit Fördermitteln von 152 Millionen € Ausgaben von 1 Milliarde € anzustoßen kann -- Ich bin bei Ihnen, wenn Sie sagen, es sei der richtige Weg, wenn es gelingt, mit wenig Geld etwas anzuschieben. Da diese Mittel in den nächsten Jahren aber immer weniger werden, müssen wir uns darauf konzentrieren zu sagen, wie wir die wirtschaftliche Entwicklung ohne diese Mittel in den nächsten Jahren voranbringen wollen. Deswegen wollen wir uns auf die Rahmenbedingungen konzentrieren, die wir ändern wollen.

Noch einmal zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Minister. Ich habe es bei meinem Eingangsstatement schon gesagt. Ihrer Vita kann man entnehmen, dass Sie sagen, Sie seien ein Verfechter einer Politik, die mit klarem Blick auf die Realität schaut. Das versuchen wir schon seit Jahren zu machen. An dieser Stelle gibt es eigentlich keinen Unterschied.

Die Frage ist aber, wie man die Realität beschreibt, und vor allem, wie man im parlamentarischen Raum und darüber hinaus über diese Dinge diskutiert. Das ist der Sinn des Antrages, solche Sachen vorzuschlagen und im Parlament darüber zu diskutieren.

Nun werden wir also einen Alternativantrag der Koalitionsfraktionen beschließen, in dem gesagt wird: Weiter so auf dem bewährten Kurs von Partei- und Staatsführung!

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Aber wir hätten gern eine Diskussion darüber, wie die Standortpolitik tatsächlich neu ausgerichtet werden soll. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke sehr, Herr Kollege Thiel.

Wir treten jetzt in das Abstimmungsverfahren ein. Wir stimmen zunächst über den Ursprungsantrag ab, den Antrag der Fraktion DIE LINKE in Drs. 6/1996. Wer stimmt dem Antrag zu? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? - Das sind die drei anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir stimmen über den Alternativantrag in Drs. 6/2026 ab. Wer stimmt dem zu? - Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Damit ist der Alternativantrag angenommen worden.

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 4. Ich schlage vor, dass wir uns um 15.45 Uhr sozusagen planmäßig hier wieder treffen. Ich möchte noch ansagen, dass sich der Ausschuss für Bildung und Kultur während der Unterbrechung im Raum B1 05 trifft. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Pause.

Unterbrechung: 14.50 Uhr.

Wiederbeginn: 15.45 Uhr.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir fahren fort. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5 a** auf:

Regierungserklärung des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt Herrn Dr. Hermann Onko Aeikens zum Thema: „Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt - Stand und Perspektiven“

Ich hoffe, alle hören zu. Ich erteile nunmehr dem Minister das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir in Sachsen-Anhalt und in Deutschland brauchen unsere Land- und Forstwirtschaft. Wenn wir ehrlich sind, dann können wir auf vieles verzichten: auf Autos, PC und Handys. Essen und Trinken brauchen wir, um zu leben.

Land- und Forstwirte liefern für eine steigende Weltbevölkerung Nahrungsmittel und wertvolle Rohstoffe für energetische und stoffliche Nutzungen. Sie gestalten unser Lebensumfeld. Land- und Forstwirte schaffen Arbeitsplätze und Einkommen

unmittelbar, aber auch im vor- und nachgelagerten Bereich.

Die Weltbevölkerung hat im vergangenen Oktober die Marke von sieben Milliarden Menschen überschritten. Annähernd eine Milliarde Menschen leiden weltweit an Hunger. Bis 2050 wird ein Anstieg der Weltbevölkerung auf über neun Milliarden Menschen erwartet. Um eine Unterversorgung der Menschheit zu verhindern, so die UN-Ernährungsorganisation FAO, müsste die landwirtschaftliche Produktion weltweit verdoppelt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Zahlen bin ich froh, dass unsere Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt stark, leistungsfähig und nachhaltig ist.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Der Agrarsektor bei uns in Sachsen-Anhalt hat sich seit der Wende hervorragend entwickelt. An dieser Stelle danke ich den Bäuerinnen und Bauern für ihre harte, engagierte und erfolgreiche Arbeit.

Ein Landwirt in Deutschland ernährt heute ca. 130 Menschen. Im Jahr 1950 waren es nur zehn. Das zeigt, welch enormen Produktivitätssprung der Sektor vollzogen hat.

Die deutsche Land- und Forstwirtschaft und die Fischerei schufen im Jahr 2011 einen Produktionswert von 53 Milliarden €. Damit übertrafen sie unter anderem die pharmazeutische Industrie.

2,6 % der Bruttowertschöpfung Sachsen-Anhalts - wir werden an dieser Stelle noch von Mecklenburg-Vorpommern übertroffen - entfielen im Jahr 2012 auf die Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei. In einigen Kreisen wie Salzwedel, Bördekreis und Stendal sind es sogar über 10 %.

Wir haben Dörfer und Regionen, in denen neben der Land- und Forstwirtschaft kein anderes Unternehmen wirtschaftet. Land- und Forstwirtschaft entfalten in Sachsen-Anhalt ein bedeutendes Arbeitsplatzpotenzial. Mehr als 25 000 Arbeitsplätze zählt die Landwirtschaft in unserem Bundesland.

Hinzu kommen Beschäftigte aus den vor- und nachgelagerten Bereichen. Allein in der Nahrungsmittelindustrie sind es mehr als 20 000 Arbeitsplätze. Mit einem landwirtschaftlichen Arbeitsplatz sind sieben weitere in den vor- und nachgelagerten Bereichen verbunden.

Die Clusterstudie „Forst und Holz Sachsen-Anhalt“ ermittelte 18 000 Beschäftigte im Cluster Forst. Auch deswegen lohnt es sich, wenn wir uns gemeinsam für eine weitere Stärkung unserer Land- und Forstwirtschaft einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall im ganzen Hause)

86 % der Landesfläche werden durch Land- und Forstwirte bewirtschaftet. Damit übernehmen sie

eine besondere Verantwortung für unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Land- und Forstwirtschaft sind prägend für unser Land.

Ich begrüße es, wenn im Zusammenhang mit der Nahrungsmittelproduktion Aspekte der Gesundheit, des Umweltschutzes und des verantwortungsvollen Umgangs mit der Schöpfung verstärkt beachtet werden.

Heutzutage kann der Verbraucher auf eine ungeheuerere Produktvielfalt zurückgreifen. Er kann Ökoproducte kaufen. Er kann Milchprodukte, Fleisch- und Wurstwaren kaufen, die von Tieren stammen, die besonders artgerecht gehalten wurden. Er kann Produkte aus der Region kaufen.

Doch leider ist für die Mehrheit der Konsumenten immer noch der Preis das ausschlaggebende Kaufkriterium. Nur 11,5 % der Verbraucherausgaben fließen in Nahrungsmittel. Auch aus diesem Grund wünsche ich mir für diese Diskussion neben den sicher verständlichen Emotionen die erforderliche Ehrlichkeit.

Auch die Forstwirtschaft steht in einem Spannungsfeld. Sie muss in langfristigen Zeitspannen agieren und trotzdem kurzfristig reagieren. Wald war und ist kein statischer Zustand. Leider wird das Wirtschaften im Wald von Einzelnen gelegentlich auch als störend empfunden. Auch an dieser Stelle ist das Wissen um fachliche Zusammenhänge eine wichtige Grundlage der öffentlichen Diskussion.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei uns in Sachsen-Anhalt wird der Wald nachhaltig bewirtschaftet. Das heißt, wir schlagen deutlich weniger Holz ein als nachwächst. Die Waldfläche in Sachsen-Anhalt hat sich seit der Wende um mehr als 20 000 ha erhöht. Im Mai wird der fünfhunderttausendste Hektar gepflanzt. Auch den Forstwirten danke ich ausdrücklich für ihre nicht immer einfache Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir haben verantwortungsbewusste Land- und Forstwirte, die den Spagat zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Bedürfnissen bewältigen.

Leider gibt es auch Probleme, zum Beispiel in der Nahrungsmittelproduktion. Verschiedene Vorkommnisse im Bereich der Lebens- und Futtermittel der vergangenen Monate sind uns allen noch in deutlicher Erinnerung. Wir müssen an dieser Stelle die kriminelle Spreu vom Weizen der Anständigen trennen. Schwarze Schafe dürfen nicht dazu führen, dass eine gesamte Branche in Verruf gerät.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU)

Der strafrechtliche Rahmen muss mit aller Konsequenz genutzt werden. Insbesondere Über-

wachungs- und Kontrollstrukturen gegen grenzüberschreitende Kriminalität sind noch effektiver auszugestalten.

Die Agrarministerkonferenz hat sich am 12. April 2013 auf ihrer Frühjahrstagung in Bayern mit den Konsequenzen aus den Lebensmittel- und Futtermittelvorfällen befasst. Gemeinsam mit dem Kollegen Bischoff will ich auch in Sachsen-Anhalt die Empfehlung aus dieser Konferenz umsetzen, insbesondere die Kontrolle überregional tätiger Lebens- und Futtermittelunternehmen weiter zu verbessern.

Sorge bereitet mir, wie über die Ausrichtung unserer Land- und Forstwirtschaft stark vereinfachend und polarisierend diskutiert wird. Klein ist gut und groß ist schlecht. Gerade bei der Tierhaltung wird der Begriff Masse in die negative Ecke gedrängt.

Aber die Frage „Was ist Masse?“ wird wahrscheinlich jeder anders beantworten. In der kleinen Schweiz ist Zürich mit 376 000 Einwohnern eine Metropole. Im großen China wäre es nicht einmal eine Provinzhauptstadt.

Auch in der Tierhaltung ist es schwierig, eine sachgerechte Definition für Größe zu finden, die allseits Akzeptanz findet. Diesbezüglich wünsche ich mir die notwendige ausgewogene Ernsthaftigkeit. Ist Größe unser Diskussionsgegenstand oder geht es nicht vielmehr um das Tierwohl, die Qualität der Produkte, die Umweltauswirkungen von Anlagen?

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

In einem staubigen, dunklen Anbindestall, in dem zehn Kühe an ihren Ketten rasseln, ganzjährig angebunden sind, kann sich das Tier nicht wohler fühlen als in einem modernen, hellen Laufstall mit 250 Kühen und viel Bewegungsfreiheit.

Das heißt, die Reduzierung der Diskussion ausschließlich auf die Größe ist der falsche Ansatz. Es wäre jedoch auch zu einfach, die gesellschaftlichen Forderungen nur mit mangelnder Sachkenntnis abzutun. Wir brauchen einen ehrlichen Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Neben Bayern und Niedersachsen war Sachsen-Anhalt eines der ersten Bundesländer, das diesen gesellschaftlichen Dialog gesucht hat. Unser Forum Nutztierhaltung war dabei ein erster Schritt, um Schwachstellen zu finden und Lösungswege zu ermitteln. Unser Ziel sind gesellschaftlich akzeptierte Lösungen auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse.

Mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg haben wir einen kompetenten Partner an unserer Seite. Unter anderem finanzieren wir dort ein Projekt, das helfen soll, Tierwohl messbar zu machen.

Unser Zentrum für Tierhaltung und Technik in Iden kann uns wesentliche Hilfestellungen geben. Dort bietet sich die Möglichkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis umzusetzen, neue Verfahren zu erproben und die Ergebnisse anschließend zu kommunizieren. Dort zeigen wir landwirtschaftlichen Auszubildenden, gestandenen Landwirten und der breiten Öffentlichkeit moderne Lösungsansätze. Dort bauen wir das Thema Tierwohl sinnvoll in die berufliche Erstausbildung sowie in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Landwirte und landwirtschaftliche Unternehmensberater ein. Dort sind wir mitten in der Praxis.

Iden hat sich in der Fachwelt national und inzwischen auch international einen ausgezeichneten Ruf erarbeitet. Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, dass ich den dort tätigen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich für ihre hervorragende Arbeit herzlich danke.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Für unser Ziel, mit beispielhaften Baulösungen in den überbetrieblichen Ausbildungsstätten Demonstrationsobjekte zu schaffen, die dem Stand der Technik entsprechen, werden wir allerdings auch Geld in die Hand nehmen müssen.

Wir wollen unseren tierhaltenden Betrieben auf dem Weg zu mehr Tierwohl helfen. Sachsen-Anhalt stärkt neben der Grundförderung investive Maßnahmen für besonders tiergerechte Haltung. In der nächsten Förderperiode wollen wir besonders tiergerechte Haltungsformen zusätzlich im Rahmen der markt- und standortangepassten Landwirtschaft unterstützen.

Es reicht aber nicht, nur etwas für das Tierwohl zu tun. Wir müssen dies auch aktiv kommunizieren und wir müssen die Verbraucher dabei mitnehmen.

Ein Schlüsselbegriff ist für mich dabei Transparenz - nicht nur beim Produkt, sondern auch beim Prozess. Verbraucher müssen sich bei ihrer Kaufentscheidung darauf verlassen können, dass in einem Lebensmittel das drin ist, was drauf steht.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren! An einer ehrlichen und umfassenden Transparenz müssen wir alle arbeiten - Politik, Verwaltung, Medien, Erzeuger und Handel. Fakt ist auch: Fortschritte bei der Tierhaltung erreichen wir vor allem, wenn wir die Menschen im ländlichen Raum an unserer Seite haben. An dieser Stelle ist auch der Berufsstand als Motor und Impulsgeber gefragt.

Von daher begrüße ich es, dass der Deutsche Bauernverband ein Leitbild Nutztierhaltung erarbeitet hat und dieses Leitbild im Sommer auf seinem Bauerntag beschließen will.

Wir müssen uns alle selbstkritisch fragen, ob zum Beispiel bei Geflügel nicht zu lange auf die Anpassung der Tiere an die Haltungsbedingungen gesetzt wurde oder warum der Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung in Deutschland so hoch ist. Das wirft ein schlechtes Bild auf den Agrarsektor. Ein „Weiter so!“ findet keine gesellschaftliche Akzeptanz. Deshalb wurde und wird weiter wissenschaftlich und in der Folge gesetzgeberisch gehandelt werden müssen.

Moderne Haltungssysteme sichern Tieren artgerechtes Leben und Verbrauchern hochwertige Produkte. Sie entsprechen hohen Umweltstandards und sichern damit den Anwohnern ein intaktes Wohnumfeld. Daran muss sich zeitgemäße Agrarpolitik in Zukunft orientieren.

Wir haben in Sachsen-Anhalt im Jahr 2011 eine strengere und konsequentere Anwendung der geltenden Immissionsschutzvorschriften vorgegeben. In Abhängigkeit von der Anlagengröße und den konkreten Standortbedingungen sind den Betreibern von den Genehmigungsbehörden zusätzliche Emissionsminderungsmaßnahmen vorzuschreiben.

Praktisch hat sich dies in den vergangenen Jahren so ausgewirkt, dass vermehrt Anlagen mit Abluftreinigung ausgerüstet wurden. Die Auswirkungen der Tierhaltung auf unsere Umwelt und Anwohner wollen wir weiter konsequent reduzieren.

Lassen Sie mich zu einem grundlegenden Produktionsfaktor in der Landwirtschaft kommen, nämlich dem Boden. In Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrisen sucht Kapital einen sicheren Hafen. Angesichts der Aussicht auf stabile Renditen und Wertsteigerung wurde gerade der Bodenmarkt zum Zufluchtsort für Finanzinvestoren.

Allerdings hat der Boden eine ganz besondere Bedeutung. Er ist nicht vermehrbar und nur mit ihm können wir unser tägliches Brot produzieren. Im Osten Deutschlands haben wir dabei großräumige Strukturen und ein im Vergleich zum Westen geringeres Preisniveau. Dies sorgt dafür, dass wir verglichen mit den alten Bundesländern besonders attraktive Anlagebedingungen am Bodenmarkt haben.

In den letzten sechs Jahren haben sich die Preise für landwirtschaftliche Flächen bei uns mehr als verdoppelt. Sicher ist dies regional unterschiedlich, aber der Trend ist eindeutig. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind angesichts dieser Entwicklung immer weniger in der Lage, die von ihnen gepachteten Flächen im Fall des Verkaufs zu erwerben.

In diesem Zusammenhang geriet die Preisentwicklung bei den BVVG-Flächen besonders in den Fokus - ein Thema, an dem wir aktiv arbeiten. Leider steht bei der BVVG nicht nur nach meinem Eindruck die finanziell beste Verwertung der

Flächen im Vordergrund und die nicht vom Gesetzgeber gleichermaßen betonte strukturelle Komponente.

Leider war mit der Bundesregierung bisher kein Konsens zum Kauf der BVVG-Flächen durch das Land zu erreichen. Zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern haben wir dem Bund nun eine treuhändlerische Abwicklung des Verkaufs der BVVG-Flächen durch unser Land vorgeschlagen. Wir sehen darin eine Möglichkeit, unsere agrarstrukturellen Vorstellungen besser umzusetzen, zum Beispiel durch eine Verkleinerung der Verkaufslose und ein zeitliches sowie räumliches Auseinanderziehen von Ausschreibungen.

Wir haben mit dem Verkauf von Landesflächen durch unsere Landgesellschaft mit Losen bis zu 10 ha gute Erfahrungen gemacht. Kleinere Losgrößen erleichtern die Finanzierbarkeit und senken die Attraktivität für außerlandwirtschaftliche Investoren.

Die Eigentümerstruktur ist nach meinem Dafürhalten eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft des ländlichen Raumes. Wertschöpfung aus dem Boden muss im ländlichen Raum bleiben, denn dort wird sie dringend benötigt. Das gilt auch für das daraus resultierende Steueraufkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Wir wollen Land- und Forstwirte, die im ländlichen Raum verwurzelt sind, die sich mit ihm identifizieren, wir wollen Betriebe, die in und mit dem Dorf wirtschaften. Reine Kapitalanleger, deren erstes Ziel es ist, das Letzte aus dem Boden herauszuholen, gefährden gewachsene Strukturen im ländlichen Raum. Ferngesteuerte land- und forstwirtschaftliche Unternehmen haben kein Ohr für die Probleme vor Ort.

Meine Damen und Herren! Ich nenne Ihnen einen weiteren Grund für mein Engagement in dieser Frage. Wir alle wissen, wir haben Akzeptanzprobleme in der Tierhaltung. Ich möchte nicht, dass wir ein zusätzliches Akzeptanzproblem durch Eigentümer- und Bewirtschaftungsstrukturen bekommen. Landbewirtschaftung durch Aktiengesellschaften halte ich weder für zielführend noch für vermittelbar.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Herrn Felke, SPD)

Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Kapitalbeteiligung außerlandwirtschaftlicher und überregional ausgerichteter Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland untersuchen lassen. Die Studie gelangt zu dem Ergebnis, dass die Landwirtschaft von Nichtlandwirten zunehmend als attraktives Investitionsziel gesehen wird und dass

Flächenkauf im großen Stil und Übernahme ganzer Agrarunternehmen im Blickpunkt stehen.

Betrachtet man die Wirkungen dieser Investoren durch nicht landwirtschaftliche und überregional tätige Kapitalanleger, so führen sie in der Regel zu Spezialisierungstendenzen. Damit ist in der Regel ein Rückgang von Beschäftigung und Wertschöpfung in den betreffenden Regionen zu verzeichnen. Es gibt also genügend Gründe, zu handeln.

Die Einflussnahme auf den Bodenmarkt muss aber vor allem aus eigentumsrechtlichen Gründen mit Bedacht erfolgen. Deshalb habe ich eine Arbeitsgruppe „Bodenmarkt“ mit Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden gebildet, um einen umfassenden Überblick zu erhalten. Gemeinsam wollen wir die Frage klären, an welchen Stellen eine Neuausrichtung fachlich und rechtlich möglich ist. In anderen Bundesländern kümmert sich übrigens primär die Opposition um dieses Thema, von der CDU in Brandenburg bis zu den LINKEN in Sachsen.

Sie wissen, wir haben einen bodenpolitischen Ordnungsrahmen. Er gibt die Möglichkeit, den Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke im Interesse der Agrarstruktur zu lenken. Trotzdem: Grundstückverkehrsgesetz, Landpachtverkehrsgesetz und Reichssiedlungsgesetz sind in die Jahre gekommen.

Wir wollen geeignete Maßnahmen entwickeln, die den Bodenmarkt noch Markt sein lassen, aber trotzdem lenkende Wirkungen entfalten. Das ist unsere Herausforderung. Mögliche Initiativen müssen mit europäischem Recht und dem Grundgesetz im Einklang stehen. Deshalb prüfen wir sorgfältig.

Ich gehe davon aus, dass wir im Sommer Ergebnisse vorlegen können, die ich hier gern diskutieren möchte. Ich kann mir zur Bewältigung der Fragen des Bodenmarktes auch eine aktivere Rolle unserer Landgesellschaft vorstellen. Diesen Gedanken will ich als Aufsichtsratsvorsitzender dieser Gesellschaft gemeinsam mit der Geschäftsführung weiterentwickeln.

Die Verwendung landwirtschaftlicher Flächen für außerlandwirtschaftliche Zwecke hat ebenfalls einen maßgeblichen Einfluss auf die Preisbildung am Bodenmarkt. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für das Jahr 2020, den Flächenverlust auf 30 ha pro Tag zu reduzieren, ist hoch gesteckt. Noch sind es deutlich mehr, nämlich fast dreimal so viel. Ich trete dafür ein, dass agrarische Belange in diesen Gesetzen stärker als bisher berücksichtigt werden.

Aber auch vor Ort gibt es beim Schutz landwirtschaftlicher Flächen noch Reserven, die erschlossen werden müssen. Eine gezielte Innenentwicklung, der Rückbau und Abriss von Gebäuden so-

wie die Entsiegelung von Flächen sind wesentliche Ansatzpunkte, die konsequenter verfolgt werden müssen. Somit wollen wir den Flächenverbrauch aktiv reduzieren. Die Verringerung der Flächeninanspruchnahme ist aber nicht nur für die Landwirtschaft von Bedeutung, das ist auch aktiver Umwelt-, Natur- und Klimaschutz.

Eine große Aufgabe der Gesellschaft ist es, die Schonung der natürlichen und endlichen fossilen Ressourcen voranzutreiben. Wir müssen außerdem den Klimawandel wo möglich eindämmen und geeignete Anpassungsstrategien entwickeln. Klimawandel, Erhalt der Biodiversität, Schutz von Umwelt und Natur sind Aufgaben, denen sich der Land- und Forstsektor stellt.

Die schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen ist dabei unter den Bedingungen einer zunehmenden Globalisierung und Liberalisierung der Märkte und damit unter den Bedingungen eines verschärften Wettbewerbs zu leisten. Das sind enorme Herausforderungen, die jedoch auch neue Wertschöpfungspotenziale für die Wirtschaftsbereiche und den ländlichen Raum bieten können.

Ein Beispiel hierfür ist auch die Energiewende. Die Transformation zu einer neuen Energieversorgung muss die Politik aktiv begleiten. Eingriffe des Staates in den Markt müssen aber austariert erfolgen. Negativen Entwicklungen ist rechtzeitig entgegenzuwirken.

Wir diskutieren inzwischen unter anderem über Flächenkonkurrenzen, Vermaischung der Landschaft, Probleme beim Netzausbau. Diese Diskussionen sind wichtig.

Das Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien, kurz EEG, wird nach meiner Auffassung einer grundlegenden Reform unterzogen werden müssen. Das muss über die bisherigen Korrekturen und Anpassungen hinausgehen. Mit Blick auf den Beitrag der Landwirtschaft ist mein Ansatz, die künftige Förderung stärker auf eine Effizienzsteigerung von Biomassenutzungsanlagen zu konzentrieren und bei der Nutzung von biogenen Reststoffen und Abfällen die Entwicklung weiter voranzutreiben.

(Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Auch beim Kriterium der Nachhaltigkeit bei der Bereitstellung von Bioenergie müssen wir konsequenter sein. Die Energiewende bietet ohne Frage Chancen für unsere Land- und Forstwirte. Landwirte können als Energiewirte ihre Unternehmen auf weitere Standbeine abstützen. Das macht die Unternehmen stabiler.

Aber auch die Kommunen haben Chancen und sind gefordert. Von Bürgern getragene Unternehmen, die Energiegenossenschaften, erschließen neue Potenziale.

Für Wertschöpfung und Akzeptanz der Energiewende ist es wichtig, die Menschen im ländlichen Raum an den Erträgen erneuerbarer Energien teilhaben zu lassen. Anlagen, deren Investoren nicht regional verbunden sind und für die der Landwirt nur Substratlieferant ist, sind nicht unser Wunschmodell. Das müssen wir nicht fördern. Wertschöpfung aus regenerativen Energien sollte im ländlichen Raum verbleiben, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber nicht nur beim Energiewandel sind Land- und Forstwirte gefragt. Kulturlandschaften mit ihrer speziellen Flora und Fauna existieren nur, wenn Land- und Forstwirtschaft sie erhalten.

Wir stellen uns auch in der neuen EU-Förderperiode mit einem ausgewogenen Angebot an Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen den Herausforderungen von Natura 2000, Wasserrahmenrichtlinie, Klimaschutz und Klimaanpassung.

Gemeinsam mit unseren Land- und Forstwirten wollen wir unsere Naturlandschaft erhalten. Unsere Wälder sind die grünen Lungen unserer Erde. Allein im lebenden Holz der Wälder Sachsen-Anhalts sind etwa 26 Millionen t CO₂ gebunden. Hinzu kommen enorme Speicher in den Waldböden.

Wir müssen für die Zukunft Wälder aufbauen, die nicht nur ertragreich sind, sondern auch veränderte Wuchsbedingungen aushalten. Risikoreduzierung durch Mischbestände heißt, eine breite Palette von Baumarten standortbezogen zu nutzen. Bei entsprechender Eignung wollen wir dabei auf nicht heimische Baumarten zurückgreifen. Hierbei darf es kein ideologisches Dogma geben.

Auch in der Landwirtschaft sind weitere Anpassungsmaßnahmen erforderlich. Immissionsschutz ist zum Beispiel ein Thema, das wir aktiv begleiten. Wir haben im Kabinett deshalb eine langfristig vorbeugende Erosionsschutzstrategie beschlossen.

Ein intelligentes Wassermanagement wird künftig immer wichtiger. Es umfasst aber nicht nur die Beseitigung des Wassers aus der Fläche, es müssen auch Vorkehrungen getroffen werden, Wasser in trockenen Jahren auf die Fläche zu bringen. Das ist nur durch die Umsetzung eines ganzen Maßnahmenbündels möglich.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal anmerken, dass wir das erste Bundesland sind, das sich in Deutschland dem Phänomen des Grundwasseranstiegs und der Flächenvernässung in dieser Gesamtheit stellt. Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sehr herzlich dem zeitweiligen Ausschuss für seine konstruktive Arbeit in dieser Frage danken.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie wissen - wofür ich in den Zeiten der Haushaltskonsolidierung sehr dankbar bin -, dass wir einen Fonds von 30 Millionen € aufgelegt haben, um Maßnahmen durchzuführen, um mit den Problemen fertig zu werden.

Klar muss aber auch allen Beteiligten sein, dass es nicht allein das Land sein kann, das finanziell in die Bresche springt. Betroffenen und späteren Nutznießern ist es auch zuzumuten, sich hierbei entsprechend zu engagieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den wesentlichen Rahmen für die Landwirtschaft, die Forstwirtschaft und den ländlichen Raum in Europa bildet die gemeinsame Agrarpolitik. Derzeit werden die Eckpfeiler für die neue Förderperiode 2014 bis 2020 gesetzt. Endgültige Entscheidungen kennen wir noch nicht. Auf EU-Ebene erfolgt die abschließende Meinungsbildung voraussichtlich bis Juli. Danach sind nationale und regionale Entscheidungen erforderlich.

Der Beitrag der Landwirtschaft zum Umwelt-, Natur- und Klimaschutz soll weiter steigen. Dazu werden ca. 30 % der Direktzahlungen, die die Landwirte je Hektar erhalten, an die Erbringung von Umweltleistungen gebunden. Ich möchte betonen, dass ich durchaus der Auffassung bin, dass Landwirtschaft auch verstärkt an Umweltleistungen gemessen werden muss.

Ein wesentlicher Verhandlungserfolg der Bundesregierung ist aber, dass ökologische Vorrangflächen weiterhin wirtschaftlich genutzt werden können. Sie werden nun nicht, wie ursprünglich angedacht, der Wirtschaft durch Stilllegung entzogen. Das wäre angesichts des Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs auf dieser Welt auch das absolut falsche Signal.

Trotzdem wird dieses Greening der Direktzahlungen nicht ohne Auswirkungen auf die Einkommenssituation der Landwirte bleiben. Denn es bedeutet, bei gleichzeitig sinkenden Transferzahlungen je Hektar gestiegene gesellschaftliche Anforderungen zu erfüllen.

In den vergangenen drei Wirtschaftsjahren stellten die Betriebsprämien bei den Hauptidealbetrieben fast vollständig den Gewinn. Das heißt, jeder Einschnitt wird die Betriebsergebnisse spürbar belasten. Und es wird zu erheblichen Einschnitten kommen.

Erstens stehen weniger Mittel zur Verfügung.

Zweitens. Es erfolgt eine Angleichung der Direktzahlungen je Hektar in der EU, unter anderem zu Lasten Deutschlands.

Drittens. Es erfolgt eine Angleichung der Direktzahlungen je Hektar in Deutschland, unter anderem zu Lasten Sachsen-Anhalts.

Viertens. Es steht noch nicht fest, was darüber hinaus aus dem Direktzahlungstopf sonst noch finanziert werden muss, zum Beispiel die Junglandwirteregelung oder die Ausgleichszulagen.

Fünftens. Es wird nach jetziger Diskussionslage national zu entscheiden sein, ob größeren Betrieben durch Kappungen und Degressionen Mittel entzogen werden.

Sechstens. Es wird ebenfalls national zu entscheiden sein, ob Mittel von bis zu 15 % von der ersten in die zweite Säule umgeschichtet werden, das heißt, weg von den landwirtschaftlichen Betrieben, hin zum ländlichen Raum.

Mich erfüllt schon mit Sorge, wie locker einige Länderkolleginnen und -kollegen meinen von diesen Optionen Gebrauch machen zu sollen. Jeder Euro, der nicht in den landwirtschaftlichen Betrieben ankommt, schwächt deren Betriebsergebnis, bringt weniger Geld in den ländlichen Raum und gefährdet damit Arbeitsplätze, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Deshalb müssen wir für die Interessen unserer Betriebe und damit die des ländlichen Raumes kämpfen. Jeder Euro, der den Betrieben zur Verfügung steht, ist besser als der Euro, der durch die Verwaltungsbürokratie verteilt wird. Lassen Sie mich das auch deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wie stark die Auswirkungen dafür für Sachsen-Anhalt ausfallen, werden die Diskussionen über die nationale Ausgestaltung der Regelungen und der Mittelverteilung zeigen. Die Agrarminister der Bundesländer haben beschlossen, verschiedene Verteilungsmodelle erst einmal einer Bewertung zu unterziehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich betonen: Eine faire Agrarpolitik entlohnt nicht nach Unternehmensgröße, eine faire Agrarpolitik zahlt für gleiche gesellschaftliche Leistungen je Hektar den gleichen Betrag.

Sie können sich vorstellen, dass es aufgrund der unterschiedlichen Agrarstrukturen der Bundesländer durchaus unterschiedliche Vorstellungen in Deutschland gibt. Die Agrarministerkonferenz im April hat sich zwar gegen Kappung und Degression ausgesprochen, allerdings sollen die ersten Hektar Fläche eines Unternehmens einen bundeseinheitlichen Zuschlag erhalten. So will man kleine Unternehmen stärker unterstützen.

Aufgrund der Ausgestaltung der Reformen wird die Umsetzung leider mit einem stark steigenden Bürokratieraufwand einhergehen. Die EU-Kommission selbst rechnet mit einem Aufwuchs der Verwaltungslasten allein bei den Direktzahlungen von

15 %. Erfahrungsgemäß ist die Steigerungsrate tatsächlich dann deutlich höher.

Wir bemühen uns, eine geordnete Verwaltung sicherzustellen. Wir werden versuchen, dem durch ein reduziertes Programmangebot zu begegnen. Dafür bitte ich schon jetzt um Verständnis.

Ein anderer Punkt bereitet mir besondere Sorgen. Wir sind mit den bürokratischen Lasten ohnehin an einem Punkt angelangt, an dem die Umsetzung des gesamten Systems eigentlich schon gefährdet ist. Ich werde in diesem Punkt weitere Vereinfachungen einfordern. Dies sage ich nicht zuletzt im Interesse unserer Bäuerinnen und Bauern, die ihren Beruf sicherlich nicht aufgrund der Liebe zu Paragraphen und Abgeordneten,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU
- Heiterkeit bei der SPD - Frau Budde, SPD:
Na, na, na!)

nein, Aktenordnern gewählt haben. Ich habe jetzt Aktenordner gesagt; ich habe mich korrigiert.

(Zuruf von der CDU: Sie meinten: Verwaltung!)

Ich bitte alle Abgeordneten um Nachsicht für diesen Versprecher.

(Zuruf von der CDU: Sie haben gerade noch die Kurve gekriegt!)

Für mich ist es nicht nachvollziehbar, meine Damen und Herren, dass Landwirte einen Großteil ihrer Zeit und ihrer Arbeitskraft der Bürokratie widmen müssen.

(Zustimmung bei der CDU und von Frau Budde, SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist auch volkswirtschaftlich nicht sinnvoll. Unsere Bäuerinnen und Bauern gehören in erster Linie auf den Acker oder in den Stall.

(Zustimmung bei der CDU und von Frau Budde, SPD)

Gestatten Sie mir einige Worte zur Forstwirtschaft. Sachsen-Anhalt zählt zu den waldärmeren Flächenländern Deutschlands. Trotzdem leistet unser Cluster Forst und Holz einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtleistung und Beschäftigung, vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen.

Wir haben in Sachsen-Anhalt eine hochmoderne und leistungsfähige Holzindustrie aufgebaut. In keiner anderen europäischen Region wurde in den letzten Jahren mehr in die Holzverarbeitung investiert als in Sachsen-Anhalt. Die Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe und die Ertragsfähigkeit der Wälder zu erhalten und zu verbessern, ist daher unser erklärtes Ziel. Dabei achten wir auf die Ein-

haltung der Umweltschutz-, Naturschutz- und Klimaschutzziele.

Unter diesem Aspekt haben wir auch den Landesforstbetrieb, der mehr als ein Viertel unserer Waldfläche bewirtschaftet, auf feste Füße gestellt. Mit der Trennung der Landeswaldbewirtschaftung von den Aufgaben der Forstverwaltung haben wir eine entscheidende, wichtige und richtige Weichenstellung vorgenommen. Seit der Gründung können dem Landeshaushalt deutliche Überschüsse zugeführt werden.

Der kleinere Privatwald, der 30 % der gesamten Waldfläche ausmacht, bedeutet für fast 50 000 Waldbesitzer eine Bindung an den ländlichen Raum. Wir müssen bei der Sicherstellung der Waldfunktionen die Nachteile des kleinstrukturierten Eigentums ausgleichen.

Dies haben in Sachsen-Anhalt die etwa 140 Forstbetriebsgemeinschaften bisher erfolgreich getan. Aber gestiegene Beitragsbelastungen durch die Berufsgenossenschaft, Ausgaben für die Gewässerunterhaltung, Kosten für die forstliche Betreuung, steigende bürokratische Lasten sowie wachsende Ansprüche der Gesellschaft lasten schwer auf den Waldbesitzern.

Wir können es nicht zulassen, dass sich größere Teile des Kleinprivatwaldes aus der Waldbewirtschaftung verabschieden. Wir brauchen die Ressource. Die Stärkung der Forstbetriebsgemeinschaften ist daher ein forstpolitischer Arbeitsschwerpunkt.

(Zustimmung bei der CDU)

Auch eine Unterstützung der Waldbesitzer im Falle von Schadereignissen, wie wir sie im Zuge des Klimawandels vermehrt befürchten müssen, ist dringend erforderlich. Jüngste Beispiele aus der Altmark zeigen uns deutlich, wie schnell innerhalb kürzester Zeit das Waldvermögen vieler Waldbesitzer völlig zerstört werden kann. Die Folgen sind teure Wiederherstellungsmaßnahmen und jahrzehntelanger Ertragsausfall.

Ich habe mich intensiv für eine Hilfe aus dem Waldklimafonds der Bundesregierung, der aus den CO₂-Zertifikate-Erlösen gespeist wird, eingesetzt - bisher leider erfolglos. Die Agrarminister der Länder haben die Bundesregierung einstimmig aufgefordert, eine ausreichende Finanzausstattung des Waldklimafonds sicherzustellen. Sollten wir damit nicht erfolgreich sein, werden wir uns bemühen, mithilfe unserer Fördermöglichkeiten Hilfestellung zu leisten.

In der Forstwirtschaft entwickelte Oberbergmann von Carlowitz vor 300 Jahren den Grundsatz der Nachhaltigkeit. Diesen Grundsatz pflegen wir auch in den Wäldern Sachsen-Anhalts. Wir werden in unseren Wäldern noch über längere Zeiträume

Holzvorräte aufbauen, also insgesamt weniger Holz nutzen als zuwächst. Das bedeutet auch, dass wir den Wald so bewirtschaften, dass die verschiedenen Waldfunktionen auf großer Fläche neben- und miteinander gewährleistet werden.

Angesichts veränderter Rahmenbedingungen überarbeiten wir derzeit die Leitlinie Wald, um den geänderten Anforderungen gerecht zu werden. Auch unser Waldgesetz bedarf nach nunmehr 18 Jahren Gültigkeit einer grundlegenden Überarbeitung. Es muss an die geänderten Regelungen des Bundeswaldgesetzes angepasst werden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit ergänzende Regelungen notwendig sind. Wir werden zudem ein bestehendes Kompatibilitätsproblem zwischen dem Waldgesetz einerseits und dem Feld- und Forstordnungsgesetz andererseits in die Prüfung einbeziehen. Ziel ist es, die beiden Gesetze sinnvoll zu einem Gesetz zusammenzufassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Land- und Forstwirte produzieren auf einem hohen Niveau. Sie halten hohe Umwelt-, Naturschutz-, Tierschutz- und Verbraucherschutzstandards ein. Wir unterstützen sie in ihrem Bestreben, das bestehende Spannungsfeld zwischen Marktausrichtung und gesellschaftlichen Anforderungen auszugleichen.

Nur ökonomisch gesunde Forst- und Landwirtschaftsunternehmen können langfristig soziale und ökologische Leistungen erbringen. Wir wollen eine Land- und Forstwirtschaft, die mit dem Dorf lebt und arbeitet. Nur so halten wir auch die Wertschöpfung dort, wo sie hingehört, nämlich in unserem ländlichen Raum.

Wir brauchen eine Land- und Forstwirtschaft, die sich ihrer ethischen Verantwortung bewusst ist, die sie für die Schöpfung, für die Natur, für die Umwelt, für die Tiere, aber auch für den Verbraucher übernommen hat.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die die Land- und Forstwirtschaft besser versteht und ihre umfassenden Leistungen anerkennt. Ziel muss es sein, den Menschen ein zeitgemäßes und realistisches Bild der Land- und Forstwirtschaft zu vermitteln.

Wir unterstützen die Landwirte, die mit Verständnis für Natur und Tier sowie mit wirtschaftlichem Sachverstand dafür sorgen, dass die Menschen gute und gesunde Nahrungsmittel jeden Tag frisch auf den Tisch bekommen. Wir helfen den Land- und Forstwirten, die in geeigneter und verantwortungsvoller Weise ihren Beitrag zur Energiewende leisten wollen. Unser Land ist hierbei gut aufgestellt. Das macht mich optimistisch für die Zukunft unserer ländlichen Räume.

Sachsen-Anhalt ist mit seiner vielfältigen, ökonomisch durchweg gesunden Land- und Forstwirtschaft

wirtschaft eine lebens- und liebenswerte Heimat mit Zukunft. Das soll so bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen wachsam sein, damit dies nicht durch falsche Weichenstellungen in Brüssel und Berlin gefährdet wird. Land- und Forstwirte brauchen Gewinne und gesellschaftliche Akzeptanz. Darauf müssen wir achten, und zwar zum Wohle unsere Land- und Forstwirtschaft und sowie zum Wohle unseres ländlichen Raumes. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. Herr Kollege Gallert würde Ihnen gern eine Frage stellen. Aus Ihrer Rückkehr zum Rednerpult schließe ich, dass Sie sie auch beantworten wollen. - Bitte schön, Herr Gallert, Ihre Frage.

Herr Gallert (DIE LINKE):

Herr Minister, ich bin weit davon entfernt zu behaupten, ich wäre ein Fachmann auf diesem Gebiet. Ich hatte gestern aufgrund einer Initiative meines Fraktionskollegen Czeke die Gelegenheit, mir eine 500er-Milchviehanlage von innen anzuschauen und an einem Gespräch mit dem Vorsitzenden einer Agrargenossenschaft teilzunehmen.

Bezüglich der Problematik der Direktzahlungen, die Sie analysiert haben, sagte er mir: Die große Schwierigkeit besteht darin, dass wir mit den 800 ha, die wir bewirtschaften, am besten fahren würden, wenn wir überhaupt keine Tierproduktion betreiben würden, sondern mit zwei VBE die 800 ha bewirtschaften. Durch diese Direktzahlungen pro Hektar würden wir deutlich besser fahren, als wenn wir die Tierproduktion betreiben. Diese betreiben wir jedoch, um eine Wertschöpfungskette zu organisieren und 16 oder 18 Menschen dort zu beschäftigen.

Die Anregung des Vorsitzenden der Agrargenossenschaft, die sicherlich nicht nur seine ist - er ist auch der Vorsitzende des Kreisbauernverbandes Stendal -, war es, eine Möglichkeit zu schaffen, um diese Direktzahlungen nicht nur als Flächenprämie zu realisieren, sondern mit den Flächen und einer entsprechenden Quote für Großvieheinheiten pro Hektar zu kombinieren. Damit könnte eine Lenkungswirkung erzielt werden, die dazu führt, dass einerseits keine überdimensionierten Industrieanlagen für die Tierproduktion entstehen, unabhängig von der Fläche, und dass andererseits die Wertschöpfungskette zwischen Feldfrucht und Tierproduktion in Sachsen-Anhalt vertieft wird.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Gallert, ich finde es erst einmal prima, dass Sie in den Kuhstall gehen. Das freut mich.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der SPD)

Herr Gallert (DIE LINKE):

Dort fühle ich mich wohler als manchmal woanders.

Herr Dr. Aeikens, Minister für Landwirtschaft und Umwelt:

Zum Inhalt Ihrer Frage. Das, was Sie mit Ihrer Anmerkung verfolgen, sind gekoppelte Zahlungen an spezifische Produktionsrichtungen, dass man pro Kuh, pro Großvieheinheit, pro Schaf etwas zahlt. Das wäre eine Rolle rückwärts innerhalb der EU-Agrarpolitik. In der EU will man gerade davon weg, produktionsgebundene Zahlungen zu leisten, um nicht eine Wettbewerbsverzerrung zusätzlicher Art hervorzurufen. Denn wir sind immer stärker dem Markt, auch dem Weltmarkt, ausgesetzt. Ich halte diese Grundlinie für richtig.

Ich bin eigentlich auch der Auffassung, dass ein gut geführter Betrieb mit der Milchkuhzahl, die Sie nannten, 500 Kühe, und einem modernen Halungsverfahren und angesichts der aktuellen Milchpreise eigentlich auch schwarze Zahlen schreiben müsste.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Noch einmal vielen Dank für Ihre Regierungserklärung, Herr Minister.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 5 b:**

Aussprache zur Regierungserklärung

Der Ältestenrat hat uns die Redezeitstruktur F vorgeschlagen; das sind 120 Minuten. Diese teilen sich wie folgt auf: DIE LINKE 24 Minuten, SPD 21 Minuten, GRÜNE sieben Minuten, CDU 34 Minuten.

Für die Fraktion DIE LINKE erhält nun der Kollege Krause das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Krause (Salzwedel) (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Angesichts des Umstandes, dass der Saal zu Beginn der Debatte so leer war, hätte ich nicht gedacht, dass er so voll ist, wenn DIE LINKE an das Rednerpult geht. Dies als kleiner Spaß vorweg.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! In der Gesellschaft von Gartenbau und Landschaftspflege, von Fischerei- und Wasserwirtschaft und der Ernährungsindustrie bzw. des Ernährungsgewerbes kommt der Land- und Forstwirtschaft gerade in Sachsen-Anhalt eine herausragende Bedeutung zu. Sie war und ist auch heute noch - sehen wir einmal von den stadtnahen Gebieten ab - die wichtigste ökonomische und damit mehr oder weniger auch soziale Stütze unserer Dörfer.

In einigen Regionen Sachsens-Anhalts hat die Land- und Forstwirtschaft bezüglich der Bereitstellung von Arbeitsplätzen nahezu ein Alleinstellungsmerkmal. Daran sollten wir immer denken. Denn seit Generationen wohnen in solchen ländlichsten Regionen Menschen, gegenüber denen die Politik Verantwortung trägt. Schließlich sind wir uns doch darin einig, dass wir gerade unter den immer komplizierter werdenden Bedingungen des Klimawandels nicht umhinkommen, eine flächendeckende Landwirtschaft zu sichern. Aber dazu bedarf es auch Menschen auf der Fläche und nicht nur in den Ballungsgebieten.

Wir als LINKE gehen jedenfalls davon aus, dass wir eine flächendeckende, nachhaltig ausgerichtete und multifunktionale Landwirtschaft brauchen und darauf angewiesen sind, eine solche auch bewusst zu fördern. Schließlich wollen wir doch alle nicht, dass die Globalisierung bzw. die Liberalisierung der Agrarmärkte so weit vorangetrieben wird, dass die ärmsten Regionen der Welt den saten Norden vollends mit agrarischen Rohstoffen versorgen, weil sich eine flächendeckende Landwirtschaft hier einfach nicht mehr rechnet.

(Zustimmung von Frau Frederking, GRÜNE)

Es wäre fatal, wenn die Liberalisierung und die marktwirtschaftlichen Zwänge die agrarstrukturelle Entwicklung so kanalisieren, dass es sich nur noch lohnt, bei uns den besten Boden zu bewirtschaften oder - so muss man es in manchen Fällen schon nennen - auszubeuten und Tierhaltung künftig nur in Anlagen zu betreiben, die manchen Gigantismus von heute noch in den Schatten stellen. Eine solche Entwicklung hat nichts mit Leistungsstärke zu tun, sondern spricht eher für Verantwortungslosigkeit.

Zum Schutz der natürlichen Umwelt und im Interesse des weltweiten Klima- und Ressourcenschutzes sowie im Kampf gegen den weltweiten Hunger ist es eben unumgänglich, jedem Land, vor allem auch außerhalb Europas, das Recht und die Möglichkeit einzuräumen, Nahrungsmittel entsprechend den vorhandenen klimatischen und sonstigen natürlichen Bedingungen selbst und für die eigene Versorgung produzieren zu können.

(Zustimmung von Frau Frederking, GRÜNE)

Das schließt letztlich auch die moralische Pflicht der reichen Länder ein, dies ebenfalls zu tun

und dazu die eigenen Ressourcen effizient zu nutzen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Diese sich gegen die weitere Liberalisierung der Agrarmärkte richtende Forderung ist bereits im Jahr 1996 auf dem Welternährungsgipfel in Rom verkündet worden und hat nicht im Geringsten an Aktualität verloren.

Vor dem Hintergrund der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik bzw. der neuen EU-Förderperiode ab 2014 und angesichts der stetig wiederkehrenden Diskussion um die sogenannten Agrarsubventionen sowie angesichts des Vorwurfs, dass die Landwirtschaft allein 50 % des EU-Agrarhaushaltes verschlingen würde, möchte ich diese Überlegung einfach einmal vorausgeschickt haben.

Ich denke, das Geld ist gut angelegt, wenn wir die Landwirtschaft so finanzieren - ich sage ganz bewusst: finanzieren -, dass sie agrarische Erzeugnisse und konkret Nahrungsmittel in ausreichender Menge und hoher Qualität sowie bei hoher Verbrauchersicherheit für die Ernährung der eigenen Bevölkerung produziert und die Versorgung der Tierbestände über wirtschaftseigenes Futter dadurch realisieren kann, sodass sich ein Verzicht auf import- oder exportorientiertes Wirtschaften schließlich auch betriebswirtschaftlich rechnet.

Der einen Milliarde Menschen, die weltweit hungern, Herr Minister, helfen wir auf lange Sicht nicht, indem wir sie mit den Agrarerzeugnissen unserer starken und leistungsfähigen Landwirtschaft zuschütten

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

und damit die Entwicklung ihrer eigenen Potenzen, ihrer eigenen Landwirtschaft im Keim ersticken.

(Zuruf von der CDU: Das macht doch niemand!)

Dagegen wäre eine alternative Agrarpolitik nicht nur ein Beitrag gegen den Hunger, sondern gleichermaßen auch unser internationaler Beitrag zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels.

Ich möchte die Aussprache zur Regierungserklärung auch zum Anlass nehmen und vorausschauend feststellen, dass wir davon überzeugt sind, dass zumindest die landwirtschaftlichen Primärproduzenten, also die Landwirte in den einzelbäuerlichen Betrieben wie auch in den Gemeinschaftsunternehmen und insbesondere in den Agrargenossenschaften, ihre Aufgabe mit hoher Verantwortung wahrnehmen.

Dabei werden allein in der Landwirtschaft ca. 25 000 Arbeitsplätze vorgehalten. Es gibt nach der mir vorliegenden Statistik mit Stand vom Februar 2013 in der Land- und Forstwirtschaft sowie im

Fischereiwesen 16 366 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte am Wohnort Sachsen-Anhalt. Damit hat sich ihre Zahl seit 1998 halbiert. Das sollte uns zu denken geben und dürfte mit Sicherheit nicht nur positiv zu sehen sein.

Wir sind gut beraten, wenn wir der Förderung von Arbeitsplätzen bei guter Entlohnung in den Dörfern wieder mehr Augenmerk schenken. Die Stärkung regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe, der Direktvermarkter und die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten sind das, was wir brauchen, um den ländlichen Raum zu stärken. Die Erfahrungen, die wir mit unseren ca. 400 Direktvermarktern im Land gemacht haben, sollten wir künftig viel offensiver auswerten und zur Anwendung bringen.

Tatsache ist auch, dass die Beschäftigten dieses Bereichs - Landwirte und Forstleute - in Ausübung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die Kulturlandschaft offenhalten, pflegen und gestalten und damit für die Gesellschaft quasi eine Gratisleistung erbringen, die andernfalls wesentlich teurer geworden wäre.

Ihre Nähe zur Natur, die Arbeit mit lebenden Organismen, insbesondere mit Tieren, rückt die Landwirtschaft wie keinen anderen Wirtschaftszweig in den Fokus der Öffentlichkeit. Tagtäglich sieht sich die Landwirtschaft mit Fragen des Naturschutzes, der Artenvielfalt und der Biodiversität sowie den Problemen des Tierschutzes konfrontiert. Man kann davon ausgehen, dass die Landwirtschaft an dieser Stelle im Großen und Ganzen das leistet, was unter den von der Politik und der Verwaltung vorgegebenen Rahmenbedingungen geleistet werden kann.

Andererseits wissen wir, dass es immer wieder Anlässe gibt, die zur Kritik oder gar zu Protesten herausfordern, zum Beispiel dann, wenn es um bestimmte Investitionen in die Tierhaltung oder in Biogasanlagen oder um die Auslegung des Baurechts geht.

Jawohl, Herr Minister, wir streiten uns nicht nur in Sachsen-Anhalt permanent darüber, was Massentierhaltung, was eine große und was eine kleine Anlage ist und wie Tierwohl definiert werden sollte. Ich frage Sie: Warum machen wir nicht einfach die Anlagen zum Maßstab, die bei uns in Sachsen-Anhalt bisher am wenigsten mit den Interessen der Anwohner und des Natur- und Umweltschutzes kollidieren?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Natürlich müssen in einer 100 000er-Schweinemastanlage nicht zwangsläufig schlechtere Bedingungen für das Einzeltier herrschen als in einer 10 000er-Anlage. Doch wie sieht es mit den Lebewieh-, Gülle-, Futter- und sonstigen Transpor-

ten bei solchen nicht flächengebundenen Anlagen aus?

Wie steht es um die Transparenz, um die Rückverfolgbarkeit der Lieferungen? Sind Transparenz, Rückverfolgbarkeit und Kontrolle in einer überschaubaren Größenordnung - ganz zu schweigen von Direktvermarktern, wo Konsumenten und Produzenten fast zusammenfallen - nicht schon beinahe von selbst gegeben?

In diesem Sinne ist Größe eben doch mit vielen Nachteilen verbunden und darum eher schlecht. Auch ist die Konzentration von Tierbeständen an wenigen Orten nicht der Königsweg zur Erhöhung der Viehbestandsdichte und für eine flächendeckende Landwirtschaft in unserem Land.

Unzufrieden sind wir auch darüber, dass wir mehr und mehr zur Kenntnis nehmen müssen, dass zugelassen wird, dass immer mehr Biogasanlagen ohne regionalen und wirklich landwirtschaftlichen Bezug als privilegierte Anlagen errichtet werden. Ein Maisanbau in größerem Umfang und die Vernachlässigung der Fruchtfolge sind das Ergebnis. Bei uns im Altmarkkreis Salzwedel umfasst der Maisanbau bereits 22 % der Ackerfläche, im Landkreis Stendal 20 %.

Wenn Fremdinvestoren ihr Geld in Biogasanlagen anlegen, bietet das der Landwirtschaft und dem Dorf keine wirkliche Chance, sondern lässt Kapital aus der Region abfließen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Auch wenn Sie, Herr Minister, sagen, dass Sie das nicht unterstützen möchten, hätte mich schon interessiert, wie Sie mit dieser Erkenntnis künftig konsequenter umgehen möchten. Ich denke dabei etwa an aktuelle Beispiele wie in Dessau oder auch in der Stadt Südliches Anhalt/Ortsteil Glauzig. Hierbei wäre ein offensives Handeln der Landesregierung mit Sicherheit geboten.

Wir können uns auch nicht der Frage entziehen, wie wir in der Landwirtschaft endlich wieder zu einer ausgewogenen Fruchtfolge kommen, wie wir den Bedarf an Ackerfutter erhöhen und damit den Anbau von Ackerfutter und Eiweißpflanzen forcieren können. Das sind Überlegungen, die bis in die Agrarwissenschaft und -forschung reichen. Welche Auswirkungen haben zum Beispiel die beabsichtigten Streichungen im Wissenschaftsbereich für den agrarwissenschaftlichen Sektor? Diese Frage stellt sich.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Gerade dazu und auch zur Ausbildung des Nachwuchses in der Landwirtschaft hätten Sie in der Regierungserklärung ruhig ein Wort sagen können oder sogar sagen müssen.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Na, was soll er denn da sagen?)

Die Aufgabe der gärtnerischen Ausbildung in Quedlinburg ist zum Beispiel keine positive Botschaft in diesem Zusammenhang.

Was uns als LINKE des Weiteren Sorge bereitet, sind die Bewegungen am Bodenmarkt. Das zunehmende Interesse außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger und die Privatisierungspraxis der BVVG lassen die Preise in die Höhe schnellen und entziehen den Landwirten unter Umständen ihr wichtigstes Produktionsmittel. Das ist wirklich besorgniserregend. Schlimm ist dabei, dass sich die Landesregierung aus unserer Sicht in Ihren Erklärungen, Herr Minister, diesbezüglich wieder eher passiv und abwartend verhält, als sich offensiv der Problematik zuzuwenden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Herr Minister, ich muss mit Blick auf die zurückliegenden Debatten im Ausschuss und auch im Landtag sagen: Hören Sie endlich auf damit, nur Feststellungen zu treffen und Krokodilstränen zu vergießen, wie auch in Ihrer konkreten Regierungserklärung heute.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Nutzen Sie Ihre landesrechtlichen Möglichkeiten, über das Grundstückverkehrsgesetz zugunsten der aktiven und praktizierenden Landwirte regulierend einzugreifen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Aber wir werden - ich möchte es darum nicht weiter ausführen - in der morgigen Beratung auf dieses Thema noch gesondert zu sprechen kommen.

Was in Ihrer Erklärung, Herr Minister, völlig gefehlt hat, ist eine kritische Betrachtung der Personalausstattung in Ihrem Verantwortungsbereich.

(Zustimmung bei der LINKEN - Zuruf von der CDU)

Die Streichungen können aus meiner Sicht nur in totaler Unkenntnis der besonderen Lage im Agrarsektor angewiesen worden sein.

(Herr Scheurell, CDU: Das ist doch Quatsch!)

Man müsste doch schließlich erkennen, dass hier die Qualifikationen, die für die Bearbeitung der einzelnen Aufgabenbereiche - unterschiedlichste Aufgabenbereiche - erforderlich sind, dermaßen unterschiedlich sind, wie es in keinem anderen Ressort der Fall ist.

Die Möglichkeit der Ersetzbarkeit und des Austauschs von Personal ist daher kaum gegeben. Diese Situation ist im Ausschuss besprochen worden, und es gab eigentlich kein Ausschussmitglied, das die Situation anders eingeschätzt hat.

Auch Ihnen, Herr Minister, stand der Zweifel auf die Stirn geschrieben, als wir darüber diskutierten, inwiefern die Regierung überhaupt noch in der La-

ge ist, eine angemessene Kontrolle über die Umsetzung und Einhaltung von Verordnungen bzw. Gesetzen, zum Beispiel im Rahmen der Sicherung eines hohen Verbraucherschutzes, zu realisieren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie wir alle wissen, sind wir bisher auch keinen Schritt vorangekommen bei der Vermeidung von Eingriffen in den Naturhaushalt und in diesem Zusammenhang vor allem bei der Verwendung von landwirtschaftlichen Flächen als Ausgleichsmaßnahmen.

Obwohl das ein Dauerthema unter den Landwirten ist und sich auf der Bauernverbandsklausurtagung die Agrarpolitiker aller Fraktion dazu einheitlich positioniert haben, konnte bisher noch keine Lösung für dieses Problem gefunden werden. Vielleicht wäre ein Wort dazu angebracht gewesen, als Sie heute den Vorrang der Entsiegelung von Boden hervorhoben, während Sie den Antrag der LINKEN in der gestrigen Beratung buchstäblich vom Tisch wischten und als weltfremd betitelten.

Abschließend ein Wort zur Situation in der Forstwirtschaft und insbesondere zur Forstverwaltung. Wir wissen, dass Sachsen-Anhalt mit einer bewaldeten Fläche von 24 % nicht zu den waldreichsten Flächenländern in Deutschland gehört. Aber gerade darum ist die Fürsorgepflicht für unseren Wald wichtig und unbedingt nötig. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die gemeinnützige Funktion des Waldes unbedingt in Ausgewogenheit zum Wirtschaftsfaktor Wald stehen muss.

Sie, Herr Minister, sagten richtig: Wälder sind die grüne Lunge unserer Erde. Aus dem jetzt vorliegenden Entwurf der Leitlinie Wald wie auch aus Ihren Erklärungen, Herr Minister, sind allerdings auch Töne zu vernehmen, die darauf hindeuten, dass diese Ausgewogenheit etwas einseitig zum Vorteil des Wirtschaftsfaktors gefährdet wird. Übrigens sind wir dafür, dass eine künftige Leitlinie Wald eine höhere Verbindlichkeit auch für den Privatwald haben sollte.

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Zur Forstverwaltung müssen wir sagen, dass die Forststrukturreform uns ein Ergebnis gebracht hat, das zu einer totalen Verzettlung der Forstverwaltung geführt hat. Aus unserer Sicht herrscht in diesem Bereich pure Konzeptionslosigkeit. Ich glaube, mein Fraktionskollege Harry Czeke als forstpolitischer Sprecher hätte für diese Situation noch ganz andere Worte gefunden.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Hinter vorgehaltener Hand wird ohnehin von verantwortlichen Forstleuten von einem Desaster gesprochen. Ich muss die Frage stellen: Kann man so, wie die Forstverwaltung jetzt aufgestellt ist - das schließt den Mangel an qualifiziertem Per-

sonal ausdrücklich ein -, der Fürsorgepflicht gegenüber dem Wald überhaupt noch gerecht werden?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Es gibt Verantwortlichkeiten in den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, beim Landkreis; es gibt das Landeszentrum Wald, den Landesforstbetrieb, das Landesverwaltungsamt und was nicht noch alles.

Hinzu kommt, dass durch die Größe der Reviere Revierförster Strecken von bis zu 70 km - manch einer arbeitet als Revierförster allein in seinem Revier - zurücklegen müssen. Kann man dabei noch den Überblick behalten?

Wenn wir dann noch die Forderung aufmachen, dass sich forstwirtschaftlich auch im Privatwald mehr bewegen muss, dann ist eine so aufgestellte Forstverwaltung wirklich überfordert.

Regelmäßig wird auch die Ausbildungsstätte Magdeburgerforth - auch das muss ich betonen - infrage gestellt.

Kurzum: Wir sind mit dem, was uns hier bisher geboten worden ist, nicht zufrieden. Das ist nicht das, was der Wald braucht, wenn wir ernsthaft unseren Beitrag dafür leisten wollen, unsere Erde vor einer bösen Pneumonie zu bewahren. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Krause von der Fraktion DIE LINKE. - Jetzt spricht für die Fraktion der SPD der Kollege Barth. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Barth (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung ist gut zwei Jahre im Amt, und wir sind Herrn Minister Aeikens dankbar für die Gelegenheit, Bilanz zu ziehen.

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist ohne Zweifel auf einem guten Weg. Wir haben wettbewerbsfähige Betriebe und das soll auch so bleiben.

Lassen Sie mich mit der EU-Agrarpolitik anfangen. Ich sage an dieser Stelle: Es ist besonders wichtig, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass die Kappung oder Degression der Direktzahlungen vermieden wird. Herr Minister hat auf die Gemenelage hingewiesen. Das wird in die nationale Hand gegeben. Wir müssen schauen, wie es dann ausgeht. Aber hierbei stehen wir als SPD-Fraktion mit unserer ganzen Kraft hinter der Landesregierung.

Ausdrücklich begrüßen wir es, dass die zweite Säule der Agrarpolitik erhalten bleibt und die EU-

Kofinanzierungsanteile für die Förderprogramme aller Voraussicht nach nicht abgesenkt werden. Angesichts der notwendigen Konsolidierung des Landeshaushalts - davon haben wir heute schon genügend gesprochen - kommt uns das natürlich entgegen.

Das Greening der Direktzahlungen geht nach unserer Auffassung in die richtige Richtung. Wir stehen dazu, dass Direktzahlungen an angemessene gesellschaftliche Leistungen für den Erhalt unserer Kulturlandschaft geknüpft werden sollen. Wie bekannt, steckt der Teufel jedoch im Detail. So können wir Minister Aeikens in seinen Bestrebungen nur unterstützen, sich bei der Umsetzung für einen möglichst geringen Verwaltungsaufwand einzusetzen.

Hinsichtlich des derzeitigen Verhandlungsstandes zur Agrarpolitik nach dem Jahr 2013 sehen wir die Gefahr, dass durch zu viele fakultative Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten insbesondere im Hinblick auf die eigentlich notwendige Entkoppelung der Zahlungen von bestimmten Produkten der Gedanke einer gemeinsamen Agrarpolitik innerhalb der EU verlorengeht. Das ist eine große Gefahr. Ich denke, wir sollten dafür kämpfen, dass das so nicht eintritt.

Ich denke, Europa ist in den zurückliegenden Jahrzehnten mit seiner gemeinsamen Agrarpolitik gut gefahren und sollte auch zukünftig daran festhalten, insbesondere weil eine wachsende Weltbevölkerung die Sicherstellung der Ernährung zukünftig vor neue Herausforderungen stellt, die wir nur gemeinsam am besten lösen können.

Gerade vor dem Hintergrund der wachsenden Weltbevölkerung halten wir es für sinnvoll, dass entsprechend den Vorschlägen des Agrarrates die landwirtschaftliche Nutzung auf ökologischen Vorrangflächen nicht ausgeschlossen wird. Darin sehen wir die Chance, den Anbau von Eiweißpflanzen in Sachsen-Anhalt zu erhöhen.

(Zustimmung von Frau Frederking, GRÜNE)

Hinsichtlich der Neuprogrammierung des ELER möchte ich Ihnen sagen, dass das Verfahren durch die Landesregierung transparent geführt wird. Natürlich ist die Liste der Vorstellungen zu einzelnen Fördermaßnahmen lang und es bedarf einer intensiven Diskussion mit allen Beteiligten, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Zum bisherigen Planungsstand möchte ich festhalten, dass bewährte Fördermaßnahmen wie die Dorfentwicklung, die Flurneuordnung, Leader oder die einzelbetriebliche Investitionsförderung auf einem hohen Niveau erhalten bleiben. Die Agrarumweltmaßnahmen werden weiterentwickelt, so zum Beispiel das Blühstreifenprogramm, wobei zukünftig auch Landschaftselemente wie Hecken besonders gefördert werden können. Ich denke,

wir sind bei der Neuprogrammierung auf einem guten Weg und werden sowohl den Landwirten als auch den Umweltverbänden als auch den regionalen Akteuren gerecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines der größten Probleme unserer Landwirtschaft ist der Verlust an landwirtschaftlicher Fläche. Wir werden auch weiterhin durch Infrastrukturmaßnahmen wie den Bau der A 14 landwirtschaftliche Flächen verlieren.

Wichtig ist, dass die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach dem Naturschutzgesetz reduziert wird. Das Ökopunktemodell bietet hierfür gute Voraussetzungen. Außerdem muss es mit der neuen Bundeskompensationsverordnung gelingen, Entsiegelung deutlich besser zu bewerten.

Was die Bundeskompensationsverordnung an sich betrifft, so möchte ich vor Schnellschüssen warnen. Der derzeitige Verordnungsentwurf würde zu erheblichen Verunsicherungen führen. Eine Praxiserprobung mit entsprechenden Nachbesserungen scheint hier zwingend erforderlich zu sein.

Investitionen in die Tierproduktion sind wichtig, um die Wertschöpfung in unseren ländlichen Räumen zu erhöhen. Der Minister hat auf die Probleme hingewiesen. Ich möchte es an dieser Stelle trotzdem noch einmal erwähnen: Mit ca. 0,35 Großvieheinheiten je Hektar sind wir das Flächenbundesland mit der geringsten Viehdichte. Wir haben hier ein enormes Aufholpotenzial.

Dabei wollen wir insbesondere die art- und umweltgerechte Tierhaltung unterstützen. In diesem Sinne wollen wir Investitionen im ländlichen Raum bei gleichzeitiger Vermeidung unbilliger Belastungen für die Einwohner und die Umwelt. Mit der im Rahmen der Neuprogrammierung vorgesehenen Förderung besonders art- und umweltgerechter Tierhaltung werden wir diesen Aufholprozess unterstützen.

Außerdem sind Berufsstand und Politik nach wie vor gefordert, Aufklärung über die moderne Landwirtschaft zu leisten. Die Probleme, die sich diesbezüglich stellen, wurden von meinen Vorrednern schon erwähnt. Ich möchte aber an dieser Stelle darauf hinweisen, dass sich zurzeit im Bundestag ein Kompromiss zu § 35 des Baugesetzbuches abzeichnet, der die Privilegierung der Tierhaltungsanlagen im Außenbereich betrifft.

Danach werden gewerbliche Tierhaltungsanlagen im Außenbereich von der Privilegierung zukünftig ausgeschlossen, wenn sie der Pflicht zur Durchführung einer standortbezogenen oder allgemeinen Vorprüfung und einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVP-Gesetz unterliegen.

Damit können künftig gewerbliche Tierhaltungsanlagen im Außenbereich mit mehr als 30 000

Masthühnern oder mit mehr als 1 500 Schweinen nicht mehr ohne Bebauungsplan genehmigt werden. Wenn diese Regelung so kommt, meine Damen und Herren, dann haben die Kommunen eine sehr hohe Verantwortung. Es darf jedoch nicht dazu führen, dass Anlagen mit dieser Änderung generell verhindert werden. Wie gesagt, die Kommunen haben eine sehr hohe Verantwortung.

(Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Dies ist aber ein wichtiges Signal für den ländlichen Raum. Denn es schafft endlich Klarheit für die Landwirte und stärkt die Kommunen. Die Novelle wird voraussichtlich heute in zweiter und dritter Lesung im Bundestag behandelt und verabschiedet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Konzentration an landwirtschaftlichen Wissensstandorten in Sachsen-Anhalt sucht ihresgleichen. Die Ansiedlung des Ackerbauzentrums der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Bernburg hat Sachsen-Anhalt als modernen Agrarstandort gestärkt.

Wir wollen die exzellenten Voraussetzungen in unserem Land nutzen und unsere agrarwissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsstandorte zu einem führenden agrarwissenschaftlichen Netzwerk entwickeln. Von Sachsen-Anhalt sind in der Vergangenheit entscheidende Impulse für die Entwicklung der Landwirtschaft ausgegangen. Das soll auch in Zukunft so sein.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Bioerzeugung hat sich in Sachsen-Anhalt wie in anderen Bundesländern auch rasant entwickelt. Dabei treten hinsichtlich der regionalen Konzentration an Biogasanlagen Probleme auf, denen wir entgegensteuern müssen. Das ist auch vom Minister schon dargestellt worden. Darauf möchte ich eigentlich nicht näher eingehen.

Eines möchte ich noch sagen: Die Kaskadennutzung tierischer Exkremente hat den entscheidenden Vorteil, dass die mit der Energie verbundene Wertschöpfung in unseren ländlichen Räumen bleibt. Wir müssen es wirklich hinkriegen, dass, wie es schon gesagt wurde, Fremdinvestoren nicht das große Geld verdienen und die ländlichen Regionen daran nicht partizipieren können.

Ich möchte auch noch einmal klarstellen, dass wir eine zügellose Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, eine Vermaischung der Landschaft und eine Abwanderung der Wertschöpfung aus Sachsen-Anhalt nicht wollen.

Der Agrar- und der Umwelthaushalt sind Haushalte, die weitestgehend durch die Kofinanzierung der EU und des Bundes bestimmt sind. Jeder Euro an Landesmitteln, den wir aus der Finanzierung herausziehen, bedeutet den Verlust von ca. 4 € an EU- und Bundesmitteln.

Auch dürfen wir nicht verkennen, dass wir zur Aufrechterhaltung eines infrastrukturellen Grundniveaus in unseren ländlichen Räumen finanzielle Mittel für die zweite Säule der EU-Agrarpolitik brauchen. Wichtig ist, dass wir die Menschen im ländlichen Raum mitnehmen.

Wir müssen auch in Zukunft Sorge dafür tragen, dass sich bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement lohnen. Dazu brauchen wir einen auskömmlichen und verlässlichen Finanzierungsrahmen.

Jetzt, Herr Krause, komme ich zu dem Teil der grünen Berufe. Der Minister ist darauf nicht eingegangen. - Herr Krause! - Er hört wieder nicht zu.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Wenn er so guckt, hört er zu! - Heiterkeit bei der LINKEN)

Ich komme jetzt zu den grünen Berufen. Also das Bild des Landwirts hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten enorm gewandelt.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

- Auch andere, sicherlich. - Die Bedienung moderner Agrartechnik verlangt einen hohen Grad an Qualifikation und stellt somit auch hohe Anforderungen an die Auszubildenden. Es ist wichtig, dass wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe bei der Findung von geeignetem Berufsnachwuchs unterstützen.

Auch ist es sinnvoll, wenn die Ausbildung im Verbund mehrerer Unternehmen erfolgt, da der Spezialisierungsgrad der Betriebe hoch ist. Es sollten also die Rahmenbedingungen, zum Beispiel die Verbundrichtlinie, den Erfordernissen einer modernen und umfassenden Ausbildung angepasst werden.

(Zustimmung von Frau Niestädt, SPD)

Von den Verbänden wird zu Recht eine Zusatzausbildung für Berufsschullehrer angeregt, damit diese den theoretischen Teil der Ausbildung optimal mit der Praxis verbinden können. Die Bereitschaft der Hochschule Anhalt sollte hier eine breite Unterstützung der Landesregierung finden.

Ein Ziel, welches wir in diesem Hause gemeinsam verfolgen, ist das Vorgehen gegen Bodenspekulanten. Wir werden uns ja im Rahmen des Antrags der Fraktion DIE LINKE damit noch ausführlicher befassen.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Hört, hört!)

Deshalb verzichte ich an dieser Stelle, näher darauf einzugehen. Denn das werden wir sicherlich morgen machen.

Ein wichtiger Punkt ist die Umsetzung des agrarstrukturellen Auftrags, die Unterstützung von Investitionsvorhaben. Wenn Investitionen mit einem zusätzlichen Flächenbedarf verbunden sind, sollte

das Instrument des Direktverkaufs deutlich gestärkt werden.

Besonders liegt es mir am Herzen, die Landgesellschaft lobend zu erwähnen. Denn ich denke, sie hat gerade in der Vergangenheit bewiesen, dass sie die strukturellen Probleme der Flächenausstattung unserer landwirtschaftlichen Betriebe in hervorragender Weise mit begleitet hat.

Auch der Übergang des Landesweinguts auf die Landgesellschaft ist vollzogen. Ich denke, dass diese Entscheidung eine gute Entscheidung war und dass das Landesweingut in guten Händen ist. Wir sind auch zuversichtlich, dass die Landgesellschaft ihre Verantwortung als neuer Eigentümer vorbildlich wahrnehmen wird und dass sich das Landesweingut positiv entwickelt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Aspekt, der heute noch nicht zur Sprache kam, sind die rechtlichen Bestimmungen zur Jagd. Wir sehen nach der Novelle zum Landesjagdgesetz zum Ende der letzten Wahlperiode sowie nach der Novelle zum Bundesjagdgesetz derzeit keinen Regelungsbedarf, trotz des Wolfes nicht; das sage ich an dieser Stelle.

Hinsichtlich der Wildbestandsregulierung erweist sich aber die Zunahme des Energiepflanzenanbaus als problematisch. Es ist heute schon mehrfach darauf hingewiesen worden: Raps und Mais als hochwachsende Kulturen ermöglichen dem Wild optimale Vermehrungsbedingungen. Dies macht die Anlage von Jagdschneisen erforderlich, um die notwendige Bestandsregulierung durchführen zu können.

So sollte die Kombination des Anbaus hoch und niedrig wachsender Kulturen auf einem Schlag durch die Agrarverwaltung mit der Einführung eines Codes für zwei Kulturen erleichtert werden. In Bayern und in Schleswig-Holstein wird das bereits erfolgreich praktiziert. Wir sollten diesem Beispiel folgen.

Herr Minister Aeikens hat vor einigen Wochen eine Kormoranverordnung angekündigt. Ich denke, nach der Ankündigung wird es nun Zeit, die Kormoranverordnung vorzustellen.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Der Minister hört auch nicht zu!)

- Ich denke mal, er wird es im Protokoll nachlesen können.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der LINKEN
- Minister Herr Dr. Aeikens: Ich höre alles!
Ich kriege alles mit!)

Was den Wolf betrifft - ich muss noch einmal auf ihn zurückkommen -, möchte ich darauf verweisen,

(Herr Gallert, DIE LINKE: Ein ganz schweres Thema heute!)

dass wir uns verstärkt der Unterstützung präventiver Maßnahmen widmen müssen, um möglichen Schäden vorzubeugen und die Akzeptanz für die Wiederansiedlung langfristig zu sichern.

Noch ein Nebensatz zur Jagdpraxis in unseren Landeswäldern. Ich habe in der Vergangenheit beobachtet - und sicherlich nicht nur ich -, dass es immer häufiger zu einer Kommerzialisierung dieser Jagden kommt. Ich denke, Herr Minister, wir sollten in Zukunft verstärkt ein Auge darauf haben, dass solche Dinge, wie sie im vergangenen Jahr zum Beispiel im Raum Klötze passiert sind, so nicht wieder passieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Forstbereich möchte ich erst einmal festhalten, dass es eine enorme Leistung der vergangenen zwei Jahrzehnte ist, dass wir demnächst einen Waldbestand von 500 000 ha in unserem Land erreichen werden.

Gleichzeitig müssen wir allerdings feststellen, dass die Gefährdung unserer Wälder durch den Klimawandel in den zurückliegenden Jahrzehnten ebenfalls deutlich zugenommen hat und aller Voraussicht nach weiter zunehmen wird. Dies stellt uns heute vor neue Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Waldschutz und den erforderlichen Waldbau. Der Minister ging darauf ein.

Dass der vorbeugende Waldbrandschutz wieder dem Landeszentrum Wald übertragen worden ist, halten wir in diesem Zusammenhang für eine richtige und notwendige Entscheidung. Hinsichtlich der im Entwurf vorliegenden neuen Leitlinie Wald begrüßen wir es, dass die Anpassung an den Klimawandel eingearbeitet wurde. Auch die Aussagen zur ökogerechten Waldbewirtschaftung halten wir für hilfreich. So wird zum Beispiel ausgeführt, dass der Kiefer wieder ein größeres Augenmerk zu schenken ist, da sie von den Hauptbaumarten am ehesten mit klimatischen Veränderungen zurechtkommt.

Ein breites Baumartenspektrum auch unter Beteiligung nichtheimischer Baumarten Douglasie oder Küstentanne kann ebenfalls helfen, den Wald an den Klimawandel anzupassen. Diese und weitere Aussagen sind wichtige Hinweise für die zukünftige Entwicklung unserer Wälder.

Aus der Sicht der SPD-Fraktion gibt es hinsichtlich des Entwurfes der Leitlinie Wald aber durchaus auch Nachbesserungsbedarf. Ich möchte hier darauf hinweisen, dass wir das Landeszentrum Wald zu einem Kompetenzzentrum für den Wald entwickeln wollen. Dies sollte seinen Niederschlag in der Leitlinie Wald finden.

Auch die Aussagen zur Beratung und Betreuung des Privat- und Körperschaftswaldes sowie die Bedeutung der Standorterkundung unten den sich

verändernden klimatischen Bedingungen kommen für uns zu kurz.

(Herr Czeke, DIE LINKE: Ihr entdeckt doch seit fünf Jahren schon!)

Die ökogerechte Waldbewirtschaftung und das Vorhaben Natura 2000 haben zudem Synergieeffekte, die in der Leitlinie Wald aufgegriffen werden sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Holz erfreut sich als nachwachsender Rohstoff zunehmender Nachfrage. In unserem Bundesland hat sich die Holzverarbeitende Industrie in den vergangenen Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. Sicherlich schlummern insbesondere hinsichtlich der Rohholzmobilisierung im Privatwaldbereich noch enorme Ressourcen.

Der Erhöhung der Nutzungsintensität in unseren Wäldern dürften allerdings angesichts der klimatischen Prognosen unter den Gesichtspunkten der ökogerechten Waldbewirtschaftung Grenzen gesetzt sein. Umso wichtiger ist es, dass wir darauf hinwirken, dass der stofflichen Verwertung des Holzes der Vorrang vor der energetischen Nutzung eingeräumt wird. Deshalb ist es wichtig, der Kaskadennutzung - das wurde schon gesagt - mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

(Beifall bei der SPD)

Den Ansatz, forstliche Zusammenschlüsse zu stärken, begrüßen wir. Die Förderung der Beratung von Fortbetriebsgemeinschaften darf allerdings nicht dazu führen, dass der Kontrahierungszwang der Forstverwaltung für die Beratung und Betreuung des Privatwaldes aufgehoben wird.

Hinsichtlich der Struktur der Forstverwaltung, Herr Minister Dr. Aeikens, hat die SPD eine etwas andere Auffassung. Das ist Ihnen seit Jahren bekannt. Es ist keinesfalls neu, wenn ich Ihnen sage, dass wir mit der Struktur der Forstverwaltung in unserem Land nicht zufrieden sind.

Wir halten die Aufsplitterung nach wie vor für eine Fehlentscheidung. Gerade angesichts der Personalknappheit würde die Zusammenführung des Landeszentrums Wald und des Landesforstbetriebes unter dem Dach einer Anstalt des öffentlichen Rechts Synergien freisetzen, die genutzt werden könnten.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal: Die Mitarbeiter des Landeszentrums Wald fühlen sich nach wie vor als Mitarbeiter zweiter Klasse, auch wenn wir die Hausleitung wieder ins Haus geholt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend möchte ich in aller Deutlichkeit noch einmal sagen, dass entsprechend der Festlegung im Koalitionsvertrag mit Ausnahme von Splitterflächen ein Verkauf von Landeswald mit uns nicht

zu machen ist. - Punkt. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir danken Ihnen für Ihren Debattenbeitrag. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Frederking. Bitte schön, Frau Frederking.

Frau Frederking (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Minister Dr. Aeikens, während des landwirtschaftlichen Unternehmertages im Februar hatte ich die Gelegenheit, kurz erläutern zu dürfen, inwieweit wir GRÜNEN Ihnen in einer grün-schwarzen Koalition das Landwirtschaftsressort überlassen würden. An dieser Stelle möchte ich das weiter ausführen.

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Wir haben in Sachsen-Anhalt 1,2 Millionen ha landwirtschaftliche - -

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Nicht zu viel versprechen!)

- Bitte?

(Frau Lüddemann, GRÜNE: Nicht zu viel versprechen! - Frau Niestädt, SPD: Das sind noch drei Jahre! - Herr Hövelmann, SPD: Das geht noch lange gut! - Zuruf: Kaum ist Frau Dalbert nicht da, geht es hier schon wieder los! - Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Wir haben 1,2 Millionen ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Wenn man das rechnerisch auf die Menschen in Sachsen-Anhalt aufteilt, dann entfällt auf jeden Einwohner ein halber Hektar. Die durchschnittliche Ernährung pro Bundesbürgerin mit 60 kg Fleisch im Jahr erfordert für die Lebensmittel- und Futtermittelproduktion eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 2 500 m². So hätten wir also grob mit weiteren freien 2 500 m² pro Kopf noch genug Fläche für Naturschutz und den nachhaltigen Anbau von Energie- und Ölpflanzen.

Es ist genug Fläche da, um den Menschen in Hamburg, Leipzig und Berlin auch noch etwas von den Erträgen abzugeben und damit eine Einnahmequelle im ländlichen Raum zu haben.

(Herr Leimbach, CDU: Sehr gut!)

Es ist auch genug Fläche vorhanden, um auf die schädlichen Sojaimporte mit langen Transporten, Regenwaldrodungen und Gentechnik zu verzichten.

(Zustimmung von Frau Lüddemann, GRÜNE)

Allein Deutschland importiert Soja aus Südamerika, das auf einer Fläche gewachsen ist, die zweimal so groß ist wie die landwirtschaftliche Nutzfläche in Sachsen-Anhalt. Wenn wir uns morgen in der Debatte einig sind, den Boden als landwirtschaftlichen Produktionsfaktor schützen zu müssen, dann müssen wir uns heute einig werden, den Menschen in den Entwicklungs- und den Schwellenländern ihr Recht auf Boden zuzugestehen. Alles andere wäre verlogen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Dr. Aeikens, bekennen sich zu einer globalen Verantwortung. Das muss in der Konsequenz heißen, Futtermittelimporte stoppen. Der heimische Futtermittelanbau ist der Schlüssel zum Erfolg. Es geht um einen heimischen Futtermittelanbau mit Leguminosen, Zwischenfruchtanbau und Fruchtartendiversifizierung in einer dreigliedrigen Fruchtfolge. Das ist auch gleichzeitig gut für das Klima und für den Boden.

Das würde auch die Konzentration bei der Futtermittelproduktion aufbrechen. Das ist eine ganz wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Futtermittelskandale in dem großen Umfang, wie wir sie hatten, nicht wiederholen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schlagen vor, diese Umstellung in der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014 bis 2020 zu verankern und entsprechend zu fördern. Die Idee der EU-Agrarreform, öffentliche Gelder für öffentliche Güter zu binden, darf auch nicht verwässert werden. Die Gesellschaft hat ein Interesse daran zu erfahren, wie Lebensmittel produziert werden, und sie will umwelt- und gesundheitsfreundliche Produktionsweisen honorieren und dafür auch bezahlen.

Wenn wir uns gesünder ernähren und weniger Fleisch essen - die Deutsche Gesellschaft für Ernährung empfiehlt 300 bis 600 g Fleisch pro Woche -, dann entspannt sich die Tank-Teller-Abwägung und auch der Kopf des Ministers, der sich selbigen nicht mehr zerbrechen muss in seinem Dilemma, den Acker doppelt belegen zu wollen, aber nicht zu können. Ich sage Ihnen: Sie müssen es auch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen neben der Energiewende auch eine Agrarwende. Beides schafft Arbeitsplätze und führt zu mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum. Für uns ist regional erste Wahl. Wir müssen nicht für den Rest der Welt produzieren, sondern sollten ihm seine Lebensgrundlagen lassen;

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

denn wenn wir ehrlich sind, produzieren wir nicht für die Ernährungssicherheit aller Menschen, sondern in erster Linie für die Seite des Wohlstandes.

In einer Orientierung auf den Weltmarkt, zum Beispiel Schweinefleischexporte nach China und Russland, sehen wir keine Zukunft, weil dies mit zahlreichen negativen Folgen verbunden ist. Die bestehenden Probleme durch die industrielle Tierhaltung würden sich weiter verstärken. Herr Minister Aeikens, niemand reduziert die Diskussion hinsichtlich der Tierhaltung auf die Größe der Anlagen. Es geht um die Qualität der Tierhaltung.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE, und Frau Lüddemann, GRÜNE - Herr Leimbach, CDU: Das sagen Sie!)

Die Nutztierhaltung in den Ställen hat in den letzten Wochen bei uns mehrere Tiefpunkte erreicht. Das führt auch dazu, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt. Die Anzeichen dafür sind ganz deutlich.

Ich habe durch mehrere kleine Anfragen herausgefunden, dass die Straathof Holding systematisch die gesetzlichen Bestimmungen überschritten und Anordnungen des Landesverwaltungsamtes missachtet hat. Die Firma Straathof konnte das tun, weil zu wenig und unzureichend überprüft wurde. Es ist erforderlich, einen Paradigmenwechsel in der Nutztierhaltung zu vollziehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

Wir alle finden die Machenschaften der Firma Straathof unerträglich. Wir GRÜNEN lehnen diese Form der Tierhaltung ab. Wir wollen eine Tierhaltung, die vom Tier aus denkt.

Die meisten unserer landwirtschaftlichen Haustiere können ihre wesentlichen Verhaltensbedürfnisse nicht mehr ausleben. Aus den Tieren sind reine Produktionsmaschinen geworden.

Wir wollen diese Tierhaltung in Sachsen-Anhalt grundlegend verändern. Ganz wichtig ist dabei Folgendes: Die Betriebe, egal ob sie groß oder klein sind, sollen nur noch dann öffentliche Mittel für die Tierhaltung bekommen, wenn sie bestimmte Haltungsbedingungen erfüllen, die wir dann auch parallel ordnungsrechtlich verankert sehen wollen.

Ich will nur einige Punkte nennen. Es geht um ein Einstreuangebot für Liegeplätze von Rindern und Schweinen, den Ausstieg aus Vollspaltenböden, ein Auslaufangebot für Rinder und Schweine, ein Verbot der dauernden Anbindung, den Ausstieg aus dem Kupieren von Ringelschwänzen und Schnäbeln und um ein Auslaufangebot für Geflügel.

Durch solche Bedingungen würde sich das Problem der Masse in der Tierhaltung weitgehend lösen. Tierquälerei schmeckt nicht. Deshalb wollen wir die Verbraucherinnen und Verbraucher vor den tierquälerischen Haltungsbedingungen schützen.

Zu einer tiergerechten Haltung gehört auch die Eindämmung des Antibiotikaeinsatzes. Das AMG liegt auf dem Tisch. Herr Ministerpräsident, Sie sind im Vermittlungsausschuss. Wir möchten Sie bitten, dafür zu sorgen, dass daraus ein Instrument wird, mit dem man den massenhaften Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung senken kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft hat zur Folge, dass es im ländlichen Raum immer weniger Arbeitsplätze gibt. Die heimische Ökoproduktion liegt mit einem Anteil von 4,6 % an der landwirtschaftlichen Fläche allerdings noch unter dem Bundesdurchschnitt. Ökobetriebe bieten vielen Menschen Arbeitsplätze und sind regional vernetzt mit Betrieben der Verarbeitung und Vermarktung, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen. Wir brauchen neue Perspektiven für das Leben im ländlichen Raum.

Für uns ist es ganz wichtig, dass in diesem Zusammenhang der Leader-Ansatz gestärkt wird; denn das bringt die Leute zusammen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Liebe Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

(Herr Scheurell, CDU: Schade!)

Frau Frederking (GRÜNE):

Jemand sagte schade.

Vizepräsident Herr Meisterfeld:

Das betraf aber nicht die Redezeit.

(Zuruf von der CDU: Herr Scheurell war das!)

Sie haben Ihre Redezeit schon überschritten. Bitte kommen Sie zum Ende.

(Unruhe)

- Nun wollen wir sie aber auch zu Ende kommen lassen.

Frau Frederking (GRÜNE):

Ich denke, Sie haben die Frage, wer das bezahlen soll, weil diese Frage an dieser Stelle oft kommt. - Herr Scheurell nickt. Ich kann sagen, dass es ganz einfach ist. Das können alle Menschen, die heute mehr als 8,50 € verdienen. Durch eine andere Produktions- und Lebensweise entsteht auch ein Mehr an Arbeitsplätzen,

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

sodass mehr Menschen gut verdienen können. Es kommt so auch mehr Geld in den ländlichen Raum und wir müssen uns nicht allein auf die EU-Zahlungen verlassen. Auf die Frage, Herr Aeikens, die Sie oft stellen, wer will das bezahlen, sage ich: Ich

gehe davon aus, die 93 % der Bevölkerung, die eine artgerechte Tierhaltung wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Frederking. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Daldrup. Bitte schön, Herr Daldrup.

Herr Daldrup (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte jetzt sagen, aus der Heidi- und Bambi-Welt zurück in die Realität.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU - Frau von Angern, DIE LINKE: Das sind doch keine Argumente! - Zuruf von Herrn Czeke, DIE LINKE)

Zunächst einmal muss ich sagen, dass ich es begrüße, dass wir dieses Thema heute hier aufrufen. In den vorherigen Beiträgen ist sehr deutlich geworden, wie wichtig die Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist. Sie ist auch ausreichend gewürdigt worden.

Land- und Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt sind für uns in erster Linie Nahrungsmittelproduzenten und Rohstofflieferanten. Das sage ich nicht nur aus wirtschaftlichem Interesse, sondern das sage ich auch, weil ich glaube, dass wir es uns nicht leisten können, so arrogant zu sein und uns auf der einen Seite selbst zu genügen, wenn wir an Nahrungsmittel denken, und auf der anderen Seite von der Welt zu erwarten, dass sie unsere Industrieprodukte kauft, damit unser Wohlstand gesichert ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich glaube, die Ernährung der Welt ist global, nicht mehr lokal. Ich glaube auch, dass wir eine Verantwortung haben. Diese Verantwortung rührt auch daher, dass Mitteleuropa eine der Regionen in der Welt ist, die unvergleichlich begünstigte Standortfaktoren für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Produkten hat. Eine Selbstbeschränkung ist an dieser Stelle eine Sünde gegenüber anderen in der Welt, die diese Voraussetzung nicht haben.

(Beifall bei der CDU)

Damit ist das Verteilungsproblem noch nicht gelöst, das will ich auch sehr deutlich sagen. Aber wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir an dieser Stelle nicht allein sind, dass wir nicht nur Europa, sondern dass wir Welt sind.

Die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt ist auch ein Wirtschaftsfaktor. Wirtschaftsfaktor heißt für mich Wertschöpfung, und zwar Wertschöpfung in Bezug

auf Arbeitsplätze, Wertschöpfung in Bezug auf Ausbildung und Wertschöpfung in Bezug auf Produktion.

Wenn wir über Arbeitsplätze reden, dann wissen wir, dass der Arbeitsplatz in der Landwirtschaft heute nicht mehr der Arbeitsplatz mit der Forke ist, sondern dass er eine hohe intellektuelle Fähigkeit des Landwirts voraussetzt, der unglaublich flexibel sein muss, was die Arbeitszeiten und den Anspruch angeht, zu wissen, was er tut. Es gibt wohl wenige Bereiche und wenige Wirtschaftszweige, in denen die Arbeitsplätze so vielfältig sind wie in der Landwirtschaft.

Zudem ist die Landwirtschaft auch bei uns ein multifunktionaler Wirtschaftszweig mit gelebter Nachhaltigkeit. Multifunktionaler Wirtschaftszweig heißt, dass er sehr viele unterschiedliche Funktionen erfüllt, die die Gesellschaft hat.

Ich will einige nennen. Dazu gehören - ich sage es gerade - die Nahrungsmittelproduktion, die Energieerzeugung, der Naturschutz und die Erholungsfunktion. Letztlich sind der Bereich der Landwirtschaft und der ländliche Raum mit Blick auf die Werte in unserer Gesellschaft ein Rückzugsgebiet. Auch das dürfen wir nicht vergessen.

(Zustimmung von Herrn Scheurell, CDU)

Neben den von mir gerade genannten Funktionen ist die Landwirtschaft auch ein Wirtschaftszweig, der in der Vergangenheit stets als Inflationsbremse gewirkt hat. Nirgendwo auf der Welt waren Nahrungsmittel so günstig wie in Europa und in Deutschland. Das hat viele Gründe. Aber es hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass der Wirtschaftszweig insgesamt dazu beigetragen hat, dass die Verbraucher ihre Grundbedürfnisse zu angemessenen Preisen und in angemessener Qualität befriedigen konnten.

Seit einiger Zeit erleben wir, dass die Land- und Forstwirtschaft vollkommen neuen Herausforderungen gegenübersteht. Sie ist nämlich auch zum Energielieferanten geworden, nachdem wir festgestellt haben, dass die Energieproduktion, der Energieverbrauch und die nachhaltige Energieverwendung nicht mehr so funktionieren können, wie sie in der Vergangenheit funktioniert haben, weil die fossilen Brennstoffe auf Dauer zur Neige gehen und wir uns entschieden haben, von der Atomkraft Abschied zu nehmen.

Ich sage aber auch: Unsere Energieprobleme kann man über die Produktion auf der Fläche nicht lösen.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist aber richtig: Die Energiewende findet im ländlichen Raum statt. Der ländliche Raum stellt diese Fläche gern zur Verfügung und schafft gern diese Produktionsvoraussetzung. Deswegen ist es

so wichtig, dass wir den ländlichen Raum an der Stelle nicht vernachlässigen.

Der ländliche Raum wird bei uns im Wesentlichen über die Europäische Gemeinschaft gefördert, über ELER, über Leader und über die Programme, die damit verbunden sind.

Wir haben in der Vergangenheit Großes für den ländlichen Raum geleistet. Wenn wir uns unsere Dörfer ansehen, dann muss man feststellen: Die ländliche Förderung, die ländliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt ist eine wirkliche Erfolgsgeschichte.

(Zustimmung bei der CDU und von der Regierungsbank)

Diese Erfolgsgeschichte ist von CDU-Ministern gestaltet worden - das darf man an dieser Stelle sagen -, angefangen von Petra Wernicke, die sich sehr stark für die Dorferneuerung und für die Dorfentwicklung eingesetzt hat und die viele Dinge auf den Weg gebracht hat, die fortgesetzt worden sind von unserem jetzigen Minister Hermann Onko Aeikens.

Ich glaube, dass wir gut daran tun, das Förderprogramm ELER und die Leader-Methode weiter fortzuführen und weiterzuentwickeln. Vielleicht müssen wir das etwas regionalspezifischer und angepasster an die jeweiligen Bedingungen machen. Aber das Ziel muss es jetzt sein, mit diesen Fördermitteln neue Wertschöpfungsketten, neue Wirtschaft und im ländlichen Raum Haltefunktionen zu organisieren sowie Rückkehroptionen für unser Land zu eröffnen.

Denn wir haben im ländlichen Raum eine Ressource, die nur wenige andere Länder haben. Wir haben eine gute Verkehrsinfrastruktur, wir haben relativ günstigen Wohnraum und wir haben Menschen, die bereit sind, andere Menschen aufzunehmen und in ihre Gesellschaft, in ihren Lebensraum zu integrieren.

Warum sollten wir das verschenken? Warum sollten wir diese einmalige Chance nicht nutzen, Menschen zu uns zu holen, die vielleicht schon einmal weggegangen sind und die hierherkommen möchten?

Damit komme ich zu den folgenden Fragen: Was bewegt Menschen, in den ländlichen Raum zu ziehen? Was hat es zu bedeuten, wenn ich sage, der ländliche Raum ist in Bezug auf Werte und Wertekontexte ein Rückzugsgebiet?

Ich sage: Die Landwirtschaft ist an dieser Stelle beispielhaft. Sie hat über Generationen bewiesen, dass Risiko und Verantwortung zusammengehören, dass Eigentum und Verantwortung zusammengehören, dass man in Generationen denkt und nicht nur für sich, sondern für seine Kinder und für seine Kindeskinde. Das sind Grundüberzeugun-

gen, die im ländlichen Raum jeden Tag gelebt werden in der Landwirtschaft, im Handwerk, in der Kirche, im Kindergarten und in den Schulen.

Zudem wird an dieser Stelle die persönliche Verantwortung sichtbar. Wir sehen, was der Landwirt tut, wenn er auf dem Acker ist. Er ist in seiner Tätigkeit greifbar. Das ist bei vielen anderen Tätigkeiten nicht mehr der Fall. In vielen anderen Wirtschaftszweigen ist man davon sehr viel weiter entfernt als im Fall des Landwirts, für den ich das gerade beschrieben habe.

Weiterhin darf man nicht vergessen, dass wir im landwirtschaftlichen Bereich von fast allen Wirtschaftszweigen die geringste Anzahl an Insolvenzen zu verzeichnen haben. Landwirte geben in der Regel nicht auf, weil sie insolvent sind; vielmehr geben sie auf, weil sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Sie geben ihre Produktion auf, behalten aber in der Regel ihr Eigentum.

Wenn das so ist, müssen wir uns fragen: Wie kommt es dann, dass Flächenerwerber aus anderen Regionen oder aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich solche Erfolge haben? - Das hat etwas mit unserer geschichtlichen Entwicklung zu tun. Zu Beginn des letzten Jahrhunderts hatten wir schon einmal die Situation, dass Industrielle landwirtschaftliche Produktionsflächen und Güter gekauft, übernommen und Landwirtschaft betrieben haben. Damals hatten wir schon einmal eine Phase, in der Industrielle aus fast den gleichen Gründen und fast den gleichen Argumenten wie heute Landwirtschaft betrieben haben.

Aber es gab einen wesentlichen Unterschied: Sie sind in gewachsene Strukturen eingestiegen und die Wertschöpfung dieser Erwerbung, auch wenn sie nicht am Ort des Unternehmens oder des Käufers stattfand, ist in den Dörfern geblieben.

Das ist heute anders. Heute kauft jemand per Aktiengesellschaft oder wie auch immer Fläche, der in der Regel, wenn er aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich ist, nicht in dem betreffenden Dorf wohnt. Wenn er nicht im Dorf wohnt, dann heißt das, dass er für sein eingesetztes Kapital eine Grundrendite haben will, die sich in der Regel an der Grundrente orientiert. Das heißt, dass die Wertschöpfung aus der Fläche verlorengeht.

In Dörfern, in denen die einzige tatsächliche Wertschöpfung aus der Landwirtschaft und dem Boden erzielt wird, können wir uns das, glaube ich, auf Dauer nicht leisten.

Ich bin bei Minister Aeikens, wenn er sagt, wir müssen, was den Bodenmarkt und die Veränderung der Gesetzgebung angeht, sehr behutsam vorgehen und uns sehr genau überlegen, was wir tun können; denn es gibt unglaublich viele Fallstricke an dieser Stelle.

Es gibt kaum ein Gebiet, das so ausgeklagt ist wie das Bodenrecht. Trotzdem müssen wir uns etwas Neues überlegen. Das Bodenrecht ist nicht mehr zeitgemäß. Diese Gesetze sind unter völlig anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entstanden. Deshalb erwarte ich mit großer Zuversicht, aber auch mit Neugier, was die Arbeitsgruppe des Ministeriums für diese Fragen uns in absehbarer Zeit vortragen wird.

Wenn wir betrachten, welche Aufgaben und welche Funktionen die Flächenbewirtschaftung in Sachsen-Anhalt hat, dann stellen wir fest, dass auch diese multifunktional sind. Dazu gehören Nahrung, Energie, Ressourcenschutz, Umweltleistungen, Artenvielfalt, Biodiversität, Kreislaufwirtschaft und Erholungsfunktionen.

Daran kann man erkennen, in welchem riesigen Bereich wir uns bewegen. Es gibt keinen Bereich, der so stark von europäischen Vorschriften und Vorgaben abhängig ist wie die Landwirtschaft. Deswegen sind auch die Direktzahlungen für uns so wichtig. Ich bin der Meinung, dass es falsch war, das Zwei-Säulen-Modell zu verlassen, die Direktzahlung als erste Säule und die Förderung des ländlichen Raumes als zweite Säule.

Das ist ein Systembruch, der uns noch beschäftigen wird; denn im Moment hat man bei solchen guten landwirtschaftlichen Produktpreisen, die wir in den letzten zwei Jahren nicht gehabt haben, natürlich gut reden. Aber das muss ja nicht so bleiben. Was passiert, wenn die Direktzahlungen, die einen hohen Anteil am Einkommen haben, und die Produktpreise zurückgehen, während die Energiepreise, die Düngerpreise, die Pflanzenschutzmittelpreise bestehen bleiben und die Pachtpreise, also die Bodenkosten, steigen?

Dann werden wir einen Strukturwandel erleben, den wir uns alle nicht wünschen können. Deswegen ist es eigentlich falsch für uns, dass wir an der Stelle in Europa so entschieden haben.

Jetzt könnte man sagen: Das ist alles kein Problem, die Energiewende löst das Problem, weil Landwirte Energiewirte sind. Das stimmt; es stimmt aber auch nicht.

Es ist richtig, dass vom EEG auch Landwirte profitieren. Aber wenn man für Biogasanlagen Mais zu Preisen von 40 €, 50 € pro Tonne und mehr erwerben kann, dann heißt das, dass sie einen erheblichen Wettbewerbsvorteil vor der Nahrungsmittelproduktion und vor der Getreideproduktion haben. Weil das so ist, bedeutet dies auch, dass das Auswirkungen auf die Pachtpreise hat. Dann profitieren die Landwirte nicht mehr.

Deswegen bin ich dafür, dass wir die Frage in Bezug auf Biogas tatsächlich auf die Reststoffe in der Landwirtschaft beschränken. Das heißt, ich bin dafür, dass wir die Gülle und Abfallstoffe optimal

nutzen, aber dass wir aufhören sollten, zusätzlich Fläche für den Anbau von Energiepflanzen zur Verfügung zu stellen, um sie dann zu vergasen und zu Strom zu machen.

(Frau Budde, SPD: Vergasen!)

- Das ist so, durch den Reaktor. Das machen dann die kleinen Bakterien. - Deswegen denke ich, dass wir an der Stelle schon sehr genau hinschauen müssen, wie die Energiewende weiter betrieben wird.

Ich glaube auch, dass noch etwas anderes dazu beiträgt, dass die Fläche knapp ist, dass nämlich die Europäische Gemeinschaft jetzt wieder beginnt, zu glauben, dass wir für Extensivierung oder Herausnahme für ökologische Leistungen Fläche bereitstellen können.

Nein, wir müssen nicht schmutzige und saubere Flächen haben; vielmehr müssen wir die Ökologisierung, die Biodiversität und die Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion auf der ganzen Fläche so gestalten, dass sie uns ökonomisch etwas nutzt und dass sie ökologisch Sinn macht. Ich glaube, es ist ein großes Problem, dass wir an dieser Stelle auf vielen Seiten zu ideologisch sind.

Wir können noch etwas tun, um mehr Wertschöpfung in der Fläche zu erzielen. Das machen wir - Gott sei Dank - auch. Aufgrund der guten Lage und der Böden, die wir haben, haben wir zunehmend auch Sonderkulturen. Sonderkulturen zu fördern, ist auch ein richtiger Weg in der Flächenproduktion. Dazu brauchen wir ein vernünftiges, ein gutes Wassermanagement. Das ist eine Voraussetzung im Klimawandel und in der veränderten Welt, wie wir sie in Zukunft haben werden.

Sonderkulturen haben in Sachsen-Anhalt auch eine lange Tradition. Ich glaube, hier ist das Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Deswegen ist es richtig, dass wir bei der Vergabe auch von landeseigenen Flächen Sonderkulturen besonders fördern.

In der Tierproduktion - das ist hier auch schon beschrieben worden - haben wir eine relativ geringe Dichte an Tieren je Hektar; das ist wahr und auch da ist noch Potenzial.

Es darf uns nicht passieren, dass wir diejenigen sind, die für andere Bundesländer die Abfälle aus der Tierproduktion aus den Veredlungszentren Norddeutschlands aufnehmen; das darf uns nicht passieren. Wenn wir es denn wollen - wir brauchen organischen Dünger -, sollten wir schon den Anspruch haben, dass die Tiere auch hier gehalten werden, weil wir das erstens können und weil zweitens die kurzen Wege immer der richtige Weg sind.

In der Tierhaltung werden die Ansprüche immer höher. Ich kann das verstehen. Trotzdem muss ich

sagen: Wir müssen Realisten bleiben an diesem Punkt, Realisten insbesondere in der Frage der Immissionen; denn völlig ohne Immissionen wird es nicht gehen. Eine Gesellschaft, die sich vom landwirtschaftlichen Produktionsablauf abgewandt hat und immer weiter abwendet, wird immer mehr dazu übergehen, jede Immission als eine Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität zu betrachten.

In dieser Hinsicht müssen wir etwas tun. Wir haben in der Vergangenheit schon eine ganze Menge getan. Wir haben in der Ausbringtontechnik für Gülle sehr viel getan. Wir haben in der Lüftungsfrage bei Tieranlagen sehr viel getan. Auch für das Tierwohl haben wir sehr viel getan.

Ich glaube, in Sachsen-Anhalt muss sich kein Milchviehhalter, der einen modernen Boxenlaufstall hat, dafür schämen, wie seine Tiere gehalten werden. Ich glaube, in dieser Hinsicht sind wir vorbildlich. Wer heute durch Tieranlagen, durch Milchviehanlagen geht - Herr Gallert ist gerade nicht da; er war offensichtlich kürzlich in einer solchen Anlage -,

(Zuruf von Herrn Leimbach, CDU)

der wird feststellen, mit welcher Ruhe und Gelassenheit sich die Tiere dort bewegen und wie gut sie leben. Man kann förmlich erleben, dass sich Kühe in Sachsen-Anhalt wohlfühlen.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Leimbach, CDU: Ein Traum! Glückliche Kühe! - Zuruf von der SPD: Dann geht's dem Tier wie mir! - Zurufe von Herrn Lange, DIE LINKE, und von Herrn Erben, SPD)

Deswegen sehen wir an dieser Stelle keinen Nachholbedarf.

(Zuruf)

- Natürlich, einzelbetrieblich, in Einzelfällen schon. Aber wir wissen, wie es geht. Wir wissen, dass wir an dieser Stelle auf dem richtigen Weg sind.

Das Gleiche gilt für Schweine. Bei Schweinen ist Stroh nicht das allheilbringende Mittel. Stroh hat einen großen Nachteil. Das ist in der Regel das Hygieneproblem. Wenn Sie Tiere auf Stroh halten, müssen Sie davon ausgehen, dass ein höherer Infektionsdruck besteht als bei anderen Tierproduktionsverfahren. Deswegen kann man nicht sagen: „Stroh ist gut“ oder „Spalten sind gut“. Man muss sehr genau hinschauen, unter welchen Voraussetzungen welche Haltungsbedingungen die besten sind.

Deswegen ist es gut, dass wir unsere landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen so aufgestellt haben, wie wir sie in der letzten Zeit aufgestellt haben. Wir hatten ja mal eine Phase, in der auch Halle infrage stand. Ich bin froh, dass wir dort die Kurve gekriegt haben. Wir können stolz sein

auf die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in diesem Land.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Ich bin der Landesregierung auch sehr dankbar dafür, dass es gelungen ist, die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft nach Bernburg zu holen,

(Zustimmung bei der CDU)

die in Zukunft dafür sorgen wird, dass das Cluster Wissenschaft-Wirtschaft-Landwirtschaft, das Netzwerk, gestärkt wird.

Wir in Sachsen-Anhalt haben an dieser Stelle eine lange Tradition von Innovation.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja! Und das ist gut so!)

Wir haben viele großartige Männer und Frauen, die wir in diese Reihe stellen können. Das sind Leute wie Rabbethge, Wentzel und andere, die, aus der Landwirtschaft kommend, für die Landwirtschaft produzierend, in der Vergangenheit im Maschinenbau tatkräftig mit dazu beigetragen haben, Innovationen in die Welt zu tragen.

Wir haben die Chance, das in unserem Cluster Bernburg-Halle-Köthen-Gatersleben mit den vielen mittelständischen Zuchtunternehmen wieder neu zu beleben oder fortzuführen. Daran sollten wir arbeiten. Das ist übrigens auch etwas, das sich sehr schnell in Wertschöpfung und Arbeitsplätzen niederschlägt. Deswegen bin ich der Auffassung, dass die Landesregierung an dieser Stelle alles richtig gemacht hat.

(Zustimmung bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Wir haben aber noch einen weiteren Bereich der Wirtschaft, der interessant ist und der sich offensichtlich auch in Sachsen-Anhalt etablieren will. Das ist der Bereich Forstwirtschaft und stoffliche Verwertung von Produkten aus dem Wald.

Der Wald ist eben nicht nur eine Zone, in der man Natur und natürliche Abläufe und Dinge - wie soll ich es sagen? -

(Herr Lange, DIE LINKE: Ja? - Zuruf: Machen Sie das!)

etablieren kann; er ist auch Wirtschaftsraum. Das zusammenzubringen hat in der Wiege der Nachhaltigkeit, in Sachsen-Anhalt, eigentlich immer funktioniert.

Jetzt sind wir dabei, den Wald so umzugestalten, dass er den neuen Bedingungen des Klimawandels angepasst wird. Da darf es aus meiner Sicht keine Denkverbote bezüglich fremdländischer Baumarten geben. Dort muss das passieren, was notwendig ist, unter ganz nüchternen wissenschaftlichen Aspekten, nicht ideologisiert.

Wir werden ferner dafür sorgen müssen, dass die Wertschöpfung aus dem Wald über stoffliche Kaskadennutzung deutlich besser wird.

(Herr Lange, DIE LINKE: Okay! Fein! Dann machen Sie doch mal was!)

Deswegen bin ich froh, dass sich eine wissenschaftliche Institution im Harz niedergelassen hat, die genau auf diese Richtung aus ist. Das Fraunhofer-Institut ist an dieser Stelle zu nennen, das sehr gute Arbeit in der Holzlogistik und im Holzbereich macht. Das Holzcluster in Sachsen-Anhalt - Minister Herr Dr. Aeikens sagte es - ist bedeutend, für Europa schon beispielgebend.

(Zuruf von der CDU: Ja! So ist es!)

Auch deswegen müssen wir dafür sorgen, dass wir zeigen, wie man Naturschutz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit miteinander verbinden kann.

Man muss aber auch sagen: Für die Förster ist die einzige Einnahmequelle des Waldes das Holz. Sie haben nicht wie die Landwirtschaft Prämien,

(Zuruf von der CDU: Doch!)

außer Aufforstungsprämien oder Aufforstungsförderung.

Viele forstwirtschaftliche Kleinstunternehmer kämpfen zurzeit außerdem damit, ihren Wald zu erhalten, weil die hohen öffentlichen Belastungen durch die Berufsgenossenschaften, die Unterhaltungsverbände und die landwirtschaftliche Sozialversicherung den Ertrag fast auffressen.

Deswegen glaube ich, dass wir noch einmal eine Initiative starten müssen, was die Sozialversicherung angeht. Es ist nicht zu akzeptieren, dass Beiträge für Berufsgenossenschaften und Sozialversicherung den Ertrag deutlich übersteigen. Auf Dauer kann das nicht richtig sein. Dort ist auch etwas im Argen in der Selbstverwaltung der Träger. Hier haben sich offensichtlich bestimmte Gruppen durchgesetzt, die nicht das Gesamte im Kopf hatten, sondern ihre eigenen Interessen. Deswegen wollen wir die Forstwirte an dieser Stelle unterstützen.

(Herr Borgwardt, CDU: Ja! - Herr Kurze, CDU: Gut!)

Ich will noch zwei Worte zum Thema Jagd sagen. Jäger sind aktive Naturschützer. Sie regulieren eine von Menschenhand gemachte Umwelt und Naturlandschaft. Das muss man ganz nüchtern so betrachten. Wenn sie das nicht tun würden, würde sich nicht automatisch ein natürliches Verhältnis einstellen, wie manche glauben machen wollen.

(Herr Borgwardt, CDU: Das stimmt!)

Es würden erhebliche Schäden sowohl im Forst, also im Wald, als auch in der Landwirtschaft entstehen. Das können wir, ehrlich gesagt, in unserer Kulturlandschaft nicht akzeptieren.

Wir wollen das Jagdgesetz nicht verändern, auch - Jürgen Barth sagte es - wenn es den Wolf und andere zurückkehrende Tierarten wieder gibt.

Wir müssen uns ganz nüchtern darauf einstellen, dass sich diese Tierarten weiter vermehren, dass die Populationen weiter steigen werden, was gut ist. Wir sollten die Jägerschaft beim Monitoring und bei der Beobachtung dieser Abläufe deutlich mehr mit ins Boot nehmen, als wir das bis jetzt getan haben.

Wenn man die Referenzstelle Wolf in Sachsen-Anhalt betrachtet, kommt man zu dem Schluss, dass der Kontakt zwischen dem Landesjagdverband und der Referenzstelle noch verbesserungswürdig ist, um das mal so zu formulieren.

(Zuruf von Herrn Güssau, CDU)

Es sind die Jäger, die flächendeckend im Wald sitzen und gucken, was der Wolf macht, wenn er denn da ist, die ihn am häufigsten sehen. Warum sollten wir dieses Potenzial nicht nutzen? - Ich denke, dass wir deswegen den Jägern danken sollten und müssen.

Sie tun übrigens noch etwas anderes. Sie sorgen dafür, dass die Wildschäden und die Wildunfälle im Land nicht Überhand nehmen. Die Zahl dieser Unfälle ist hoch genug. An der einen oder anderen Stelle ist auch der Appell gerechtfertigt, die Wildbestände weiter zu reduzieren. Würden sie es nicht tun, würden wir es wahrscheinlich mit viel mehr Verkehrsunfällen mit Wild zu tun haben. Auch dafür sei den Jägern recht herzlich gedankt.

Meine Damen und Herren! Wie wir erkennen können, ist die Land- und Forstwirtschaft unglaublich vielseitig und für die Gesellschaft ein nützlicher Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensraum.

Ich war Anfang der 90er-Jahre des Öfteren in Lettland. Da hat mir ein Professor einen Satz gesagt, den ich bis heute nicht vergessen habe. Der Satz lautet: Bauer sein ist keine Tätigkeit, sondern eine Lebensweise.

(Herr Schröder, CDU: Ja!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Daldrup. - Damit sind die Regierungserklärung und die daraus resultierende Aussprache abgeschlossen. Beschlüsse in der Sache werden nicht gefasst.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Beratung

Personalstruktur und wissenschaftlicher Mittelbau an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE - Drs. 6/1323**Antwort der Landesregierung - Drs. 6/1730**

Für die Aussprache zu dieser Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE wurde die Debattenstruktur D, also eine 45-Minuten-Debatte, vereinbart, und zwar in der folgenden Reihenfolge der Fraktionen und mit den folgenden Redezeiten: SPD acht Minuten, GRÜNE vier Minuten, CDU zwölf Minuten, DIE LINKE neun Minuten.

(Herr Striegel, GRÜNE, meldet sich zu Wort)

Bevor ich gleich Herrn Lange das Wort erteile, hat Herr Striegel eine Anfrage oder einen Antrag zur Geschäftsordnung. Bitte schön.

Herr Striegel (GRÜNE):

Ich habe eine kurze Frage, weil ich jetzt unsicher bin, wie das Verfahren an dieser Stelle ist. Wir haben die Situation, dass wir heute Morgen sehr intensiv über die Hochschulen diskutiert und dazu eine Debatte begonnen haben. Die Debatte läuft schon im Land. Ich hätte deshalb jetzt eigentlich erwartet, dass der MP anwesend ist, um dieser Debatte um den wissenschaftlichen Mittelbau an den Hochschulen hier zu folgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zurufe von der CDU)

Meine Frage ist:

(Zuruf von den GRÜNEN: Kommt er?)

Kommt er? Ist er hier oder muss ich den Verlautbarungen der Staatskanzlei an dieser Stelle Glauben schenken, die ihn heute Abend in Wittenberg sehen, allerdings, soweit ich weiß, im Ältestenrat nicht vorbesprochen und nicht entschuldigt?

(Minister Herr Stahlknecht: Er ist verhindert!)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Wir machen jetzt Folgendes: Erstens bemerke ich, dass der Fachminister da ist. Zweitens deute ich Ihren Antrag als einen Antrag, den Ministerpräsidenten hierher zu zitieren. Ist das richtig?

(Herr Striegel, GRÜNE, nickt mit dem Kopf)

Gibt es dazu eine Gegenrede? - Herr Parlamentarischer Geschäftsführer.

Herr Borgwardt (CDU):

Der Fachminister ist anwesend. Sie haben das schon betont, Herr Präsident. Ich würde gern die Gegenposition vertreten. Wir können das aber auch, wie Sie es angekündigt haben, durch Abstimmung deutlich machen.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer stimmt dem Antrag des Kollegen Striegel zu, den Ministerpräsidenten hierher zu zitieren? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Regierungsfaktionen. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Wir treten in die Debatte ein. Gemäß § 43 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung wird zunächst dem Fragesteller das Wort erteilt. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Lange. Bitte schön, Herr Lange.

Herr Lange (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Abwechslung ein Hochschultema. Frau Pähle hat das Jahr der hochschulpolitischen Themen im Landtag schon eingeläutet. Hinter diesen Anspruch wollen wir nicht zurückfallen.

Die Hochschulen sind einer der wesentlichen Innovationsmotoren in unserem Land. Gemeinsam mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen treiben sie die wissenschaftliche und kulturelle Entwicklung in Sachsen-Anhalt voran. Als Ort der akademischen Ausbildung bereichern sie das Land mit gut ausgebildeten und gut gebildeten jungen Menschen. Sie sind Anziehungspunkt für junge Menschen, deutschlandweit und international.

Wenn ich von den Hochschulen spreche, dann ist das natürlich eine Zuschreibung, ein Bild. Dieses Bild - die Hochschule - steht stellvertretend für die vielen Beschäftigten, die diese Leistungen für das Land erbringen. Mit hoher intrinsischer Motivation und mit viel Disziplin wird geforscht und gelehrt. Es sind die Beschäftigten unserer Hochschulen, die unser Land in Wissenschaft und Forschung voranbringen und seine Strahlkraft über die Landesgrenzen hinaus entwickeln.

Meine Damen und Herren! Diese Leistungen der Beschäftigten an unseren Hochschulen verdienen höchste Anerkennung.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Das ist Grund genug, sich mit den Beschäftigungsbedingungen und deren Entwicklung an diesen staatlichen Einrichtungen auseinanderzusetzen. Das Ziel unserer Großen Anfrage war es, darüber einen Überblick zu bekommen, Trends zu erkennen und Potenziale zum Umsteuern aufzudecken.

Folgt auch Sachsen-Anhalt dem Trend hin zu immer mehr Zeitverträgen mit immer kürzeren Laufzeiten? Sind unsichere Berufsperspektiven und unberechenbare Karrierewege auch an unseren Hochschulen ein Problem? Wie sieht es mit der Gleichstellung von Frauen und Männern aus?

Nicht alle Fragen konnten zur vollsten Zufriedenheit beantwortet werden. Gleichwohl wurden Trends und Probleme aufgedeckt, welche die Landespolitik zum Umsteuern auffordern.

Tatsächlich folgt auch Sachsen-Anhalt dem Negativtrend hin zu immer mehr prekärer Beschäftigung an den Hochschulen, insbesondere bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern. Immer mehr Personen befinden sich in Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen. Der Hintergrund ist, dass die Stellen aus fiskalischen Gründen geteilt werden, und ja, es gibt auch die Beschäftigten, die weniger als eine halbe Stelle bekommen. Die halben Stellen sind jedoch in der Mehrzahl.

Trotz der Teilzeitbeschäftigung verringert sich der Arbeitsaufwand nicht. Im Gegenteil: Gerade von Doktorandinnen und Doktoranden wird oft erwartet, dass sie den Arbeitsumfang einer vollen Stelle erfüllen und darüber hinaus noch ihre Promotion erarbeiten.

Ich habe schon von der intrinsischen Motivation der Mitarbeiter gesprochen. Natürlich ist viel Selbstaussbeutung mit dabei. Gerade Promovierende berichten darüber, dass sie die Lehre aufrechterhalten, weil Dauerstellen nicht besetzt seien, dass die Forschung im Wesentlichen durch sie betrieben werde, weil der Professor den nächsten Drittmittelantrag schreiben müsse, und dass das alles weit über das hinausgehe, was in den Arbeitsverträgen stehe.

Ein wesentliches Druckmittel dabei ist die permanente Befristung. Die Mehrzahl der Stellen an den Hochschulen oder, besser gesagt, an den Universitäten - an den Fachhochschulen sieht das anders aus - ist befristet. Dieser Druck wirkt, wie immer wieder berichtet wird. Die Personen, die das betrifft, befinden sich in einer permanenten Abhängigkeit vom Professor. Diese Bedingungen sorgen auch dafür, dass sich junge Leute oft schon gegen eine wissenschaftliche Karriere entscheiden, was unserem Wissenschaftsstandort langfristig schadet.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem hat die Große Anfrage ergeben, dass von diesen Bedingungen überwiegend Frauen betroffen sind. Lag der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern im Jahr 2006 noch bei 21 %, so ist er bis zum Jahr 2011 auf 25 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen von 25 % auf 37 %. Gleichbleibend hoch ist der Anteil der Befristungen: 56 % der Männer und 76 % der Frauen hatten im Jahr 2011 ein befristetes Arbeitsverhältnis.

Meine Damen und Herren! Auch an staatlichen Einrichtungen wie den Hochschulen nimmt prekäre Beschäftigung zu. Sie trifft insbesondere Frauen.

Es ist ein Skandal, dass sich der Staat an diesem gesamtgesellschaftlichen Trend beteiligt.

(Beifall bei der LINKEN)

Prekäre Beschäftigung ist längst kein Phänomen der schlecht Ausgebildeten mehr. Sie kommt zunehmend bei den gut Ausgebildeten an. Der Staat ist hierfür Wegbereiter. Das muss sich ändern.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Warum auch der Anteil der befristet Beschäftigten an den Fachhochschulen zunimmt, wird von der Landesregierung nicht weiter erläutert. Es könnte sein, dass mit den Mitteln aus dem Hochschulpakt zunehmend befristete Stellen finanziert wurden, um die Überlast in der Lehre zu kompensieren. Das ist zu diesem Zeitpunkt aber Spekulation, die zu hinterfragen wäre.

Im Hochschulbereich gibt es mit Ausnahme der Professoren eine große und steigende Zahl problematischer Arbeitsverhältnisse. Das ist auch Ausweis dafür, dass ein starker wissenschaftlicher Mittelbau fehlt und dass wissenschaftliche Arbeit fast ausschließlich im Zusammenhang mit der akademischen Gratifikation geleistet oder als temporäre Projektarbeit verstanden wird, nicht aber als längerfristige Profession. Auch die Aufgaben in der Lehre werden so bewältigt.

In dieser Frage nimmt Deutschland eine spezifische Stellung ein, die sehr unterschiedlich bewertet wird. Das hat auch im Landtag schon öfter eine Rolle gespielt. Es muss eine Debatte über die personelle Struktur des Hochschulsystems und über die Entwicklung neuer akademischer Karrierewege geführt werden.

Meine Damen und Herren! Eine Folge des derzeitigen Umbaus ist, dass sich die Betreuungsrelationen bezogen auf Dauerstellen verschlechtert haben. Noch gravierender ist aber die Tatsache, dass die Hochschulen ihr finanzielles Defizit dadurch kompensieren, dass sie hauptberufliches wissenschaftliches Personal durch Lehrbeauftragte ersetzen.

(Zustimmung von Herrn Wagner, DIE LINKE)

Nun haben Lehraufträge durchaus ihre Berechtigung. Es können Spitzen abgefangen und kurzzeitige Vertretungen für vakante Stellen in der Lehre abgesichert werden, bei den Fachhochschulen kann eine praxisnahe Ausbildung mit in Nebentätigkeit Lehrenden aus der Wirtschaft angestrebt werden.

Die Landesregierung antwortet aber, dass 13,5 Millionen € nötig wären, um die Pflichtangebote nicht durch Lehraufträge, sondern mit hauptberuflichem wissenschaftlichen Personal abzusichern. Nach § 50 des Landeshochschulgesetzes sollen Lehr-

aufträge das Pflichtangebot aber lediglich ergänzen. Eine Hochschule in unserem Land outet sich, indem sie ausdrücklich auf den nicht ausfinanzierten Stellenplan hinweist und damit die hohe Zahl der Lehraufträge begründet.

Meine Damen und Herren! Lehrbeauftragte sind oft Menschen, die einen Lehrauftrag nach dem anderen annehmen und dafür äußerst schlecht bezahlt werden. Manchmal treibt das Blüten bis dahin, dass Privatdozenten kostenlos lehren, um ihre anerkannte Lehrbefähigung nicht zu verlieren; denn dann gäbe es keine Chance mehr auf eine Professur.

Meine Damen und Herren! Das ist Ausbeutung auf höchstem Niveau. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zahl der Promotionen hat zugenommen. Das ist ein gutes Zeichen. Es gibt auch einige kooperative Promotionsverfahren mit den Fachhochschulen. Wir sollten aber gerade bei dieser Kooperation mehr erwarten. Insbesondere die Universitäten sind gefordert, ihre Promotionsordnungen entsprechend anzupassen.

Weitere Aussagen zur Beschäftigung der Doktorandinnen fallen schwer. Auf den Zahlensalat der Landesregierung komme ich aber noch zu sprechen.

Tenure-Track-Optionen gibt es kaum. Auch darüber haben wir hier schon debattiert. Die sklavische Abhängigkeit vom Professor bis zur Habilitation ist ein System, das sich international längst überholt hat. Es wird Zeit, diese Reform auch in Deutschland durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Fakt ist auch, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die sich qualifizieren, auf Drittmittelstellen sitzt. Zwar ist es erfreulich, dass diese Wissenschaftlerinnen wenigstens eine Stelle haben, aber oftmals bekommen sie nur kurzzeitige Arbeitsverträge.

Aus der Sicht der Landesregierung steht dem wichtigen Ziel, Arbeitsverträge über die Gesamtlaufzeit eines Projektes abzuschließen, oftmals der Haushaltvorbehalt entgegen. Hierbei kann aber gehandelt werden. Darauf zielt unser Antrag ab, über den wir nachher noch sprechen werden.

Lassen Sie mich jedoch bei aller Freude über eingeworbene Drittmittel auch etwas Kritisches zu dieser Umsteuerung im Hochschulsystem sagen. Die zunehmende Abhängigkeit von der Projektförderung schafft eine Kurzatmigkeit im System. Darunter leidet oftmals die Grundlagenforschung, die nun einmal die Basis für die anwendungsorientierte Forschung ist. Es gibt ernstzunehmende Stimmen, die davor warnen, dass dadurch die Innova-

tionsfähigkeit des Landes mittelfristig massiv geschädigt werde. Es braucht eine aufgabengerechte Grundfinanzierung der Hochschulen, damit die Drittmittel entsprechend eingeworben werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Die Altersstruktur an den Hochschulen zeigt, dass in den nächsten Jahren sehr viele Professuren neu besetzt werden müssen. Das eröffnet große Chancen. Zum einen kann die Hochschulstruktur im Sinne einer intelligenten Profilierung angepasst werden, zum anderen kann endlich der Anteil der Frauen bei den Professuren erhöht werden.

Die Situation birgt aber auch große Gefahren. Bei dem angekündigten Maß an Kürzungen wird den Hochschulen nur übrigbleiben, freie Stellen nicht wiederzubesetzen. Dann findet keine Profilierung, sondern eine Kürzung mit dem Rasenmäher statt. Das muss unbedingt verhindert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

In Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern bleibt die Analyse, dass Frauen in Führungspositionen fehlen und dass die gläserne Decke, die homosoziale Kooptation, weiterhin ein Problem ist und auch als Problem begriffen werden muss. Darüber haben wir im Landtag schon ausführlich diskutiert.

Meine Damen und Herren! Die Einschätzungen der Landesregierung zum Wissenschaftszeitvertragsgesetz teilen wir ausdrücklich nicht. Die alltägliche Anwendung dieses Gesetzes schafft einen ungeheuren bürokratischen Aufwand. Das Gesetz setzt Wissenschaftlerinnen unnötig unter Druck. Solange Dauerstellen Mangelware sind, ist dieses Gesetz völlig kontraproduktiv. Zudem verstößt die Tarifsperre gegen die Tariffreiheit.

Meine Damen und Herren, gerade von der CDU, Sie wollen doch immer die Tarifparteien und deren Autonomie stärken. Fangen Sie damit doch beim Wissenschaftszeitvertragsgesetz an und streichen Sie die darin verankerte Tarifsperre.

(Beifall bei der LINKEN)

Noch ein paar abschließende Anmerkungen zur Beantwortung der Großen Anfrage. Nun ist nicht nur der Ministerpräsident nicht anwesend, sondern auch Herr Robra nicht, der die Antwort auf diese Große Anfrage unterschrieben hat. Ich frage mich allerdings, was er eigentlich unterschrieben hat. So viele Ungereimtheiten, so viele Fehler, so viel Unlogik habe ich nicht erwartet.

(Zustimmung bei der LINKEN)

„Zahlensalat“ - das hat eine Gewerkschafterin völlig zu Recht gesagt.

Ich nenne ein paar gravierende Beispiele.

(Oh! bei der CDU)

- Das ist nicht schlimm, das wird sogar lustig. - Die Landesregierung behauptet, dass die beiden Universitäten und die Kunsthochschule im Jahr 2011 insgesamt 15 202 Personen beschäftigten. Das ist ein Anstieg von mehr als 1 300 Beschäftigten seit dem Jahr 2006. Meine Damen und Herren, wo sind die denn alle? Was sind denn das für Zahlen?

(Herr Leimbach, CDU: Fragen Sie uns doch nicht!)

Die Landesregierung behauptet, es gäbe 6 820 Personen als wissenschaftliches und künstlerisches Personal. Das mag vielleicht sein. Dann behauptet die Landesregierung, es wären 8 382 Personen beim verwaltungstechnischen und sonstigen Personal - 55 %. Hochschulen machen weniger Wissenschaft als Verwaltung, wäre die Botschaft. Damit ließe sich bei Kürzungen gut argumentieren.

Aber keine Angst, so ist es nicht. Ich vermute, dass die Landesregierung einfach die Beschäftigten der Unikliniken hinzugerechnet hat. Dann kommt man auf diese Zahlen. Aber das ist natürlich falsch; denn die Unikliniken sind seit dem Jahr 2006 eigenständige Einheiten.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Das wäre ein Hammer!)

Einen Satz zur Erläuterung dessen findet man in der Antwort der Landesregierung aber natürlich nicht.

(Herr Leimbach, CDU: Und wieso wissen Sie es dann?)

Herr Möllring, glauben Sie nicht die Zahlen, die in der Antwort stehen. Sie können das noch nicht wissen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

So viel zu den falschen Zahlen, die Herr Thiel heute Morgen verwendet haben soll. In diesem Papier können Sie wirklich falsche Zahlen lesen und diese kommen aus Ihrem Ministerium.

Dem entgegen steht die durch die Landesregierung festgestellte Anzahl der in einem Beschäftigungsverhältnis stehenden wissenschaftlichen Mitarbeiter. An der Martin-Luther-Universität sind 17 Frauen und 19 Männer gezählt worden. Meine Damen und Herren! Mit dieser Anzahl von Mitarbeitern lässt sich Wissenschaft richtig gut machen. Es ist absurd. Die Berechnung der Betreuungsrelation ist zum Teil überhaupt nicht nachvollziehbar.

Sehr schön ist auch eine Tabelle, die uns helfen sollte, das Berufungsgeschehen an den Hochschulen hinsichtlich der Gleichstellung zu bewerten. An dieser Stelle gibt die Landesregierung den Frauen-

anteil in Prozent an. In einigen Einrichtungen geht die Berechnung auf, allerdings beträgt der Anteil der Bewerbungen auf eine Professur an der Otto-von-Guericke-Universität nach Angabe der Landesregierung 116 %.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Das ist höhere Mathematik, würde ich sagen. Auch an der Hochschule Anhalt geht Seltsames vor. Bewerbungen durch Frauen: 0 %. Vergabe von Listenplätzen an Frauen: 0 %. Stellenbesetzung durch Frauen: 100 %.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der LINKEN)

Das ist nicht unmöglich,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

allerdings ist mir kein Fall bekannt, in dem das Ministerium eine Berufung an der Liste vorbei vorgenommen hätte. Zudem hätte sich Herr Professor Orzessek - wer ihn kennt, weiß das - so etwas nicht gefallen lassen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Das Land sagt, es fördere die Mobilität, indem es die Abrechnungen gemäß Bundesreisekostengesetz erstellen lasse.

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Lieber Kollege Lange, ich muss jetzt leider auch eine Zahl einwerfen. Sie liegen 30 Sekunden über der vorgesehenen Redezeit. Bitte enden Sie.

Herr Lange (DIE LINKE):

Ich ende. Ich habe dann noch einmal die Gelegenheit zu sprechen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Kommen Sie wieder.

Herr Lange (DIE LINKE):

Ich komme wieder. - Dann komme ich zum Ende.

Meine Damen und Herren! Die Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft müssen sicherer werden.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Defizite dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten kompensiert werden. Die Große Anfrage meiner Fraktion hat offene Wunden sichtbar gemacht.

Meine Damen und Herren! Ich wünschte mir bei der Beantwortung von Fragen aus dem Landtag an die Landesregierung von der Landesregierung ein-

mal dieselbe intrinsische Motivation, wie sie täglich von den Wissenschaftlern verlangt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Möllring. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zur Beantwortung des Fragenkatalogs zu „Personalstruktur und wissenschaftlichem Mittelbau an den Hochschulen in Sachsen-Anhalt“ wurden die dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft vorliegenden Daten der amtlichen Statistik verwendet. Allerdings mussten zur Beantwortung einiger Fragen zusätzliche Erhebungen bei den Universitäten vorgenommen werden, weil die Fragen ganz elegant an den amtlichen Statistiken vorbei gestellt wurden, sodass wir neue Zahlen haben erheben lassen müssen.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

- Das war keine Kritik. Entschuldigen Sie bitte. Ich habe nur erklärt, dass wir eine amtliche Statistik haben, auf deren Basis wir gemeinsam arbeiten könnten. Wenn der Landtag knapp daran vorbei fragt, dann werden wir neue Zahlen erheben. Das ist doch selbstverständlich. Dazu sind wir mit Blick auf die Verfassung verpflichtet.

(Zustimmung bei der CDU - Herr Lange, DIE LINKE: In Sachsen-Anhalt haben Sie es mit einer neugierigen Opposition zu tun!)

- Das ist sehr gut, dann können wir nämlich auch darstellen, was an den Universitäten geleistet wird und geleistet wurde.

(Zustimmung von Herrn Borgwardt, CDU)

Zu zwei Fragen, nämlich zur Lehrverpflichtung von Promovierenden, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zu Hochschulen stehen, und zur Übernahme von Lehrverpflichtungen durch Stipendiaten liegen in den Hochschulen Sachsen-Anhalts allerdings keine Informationen oder Daten vor, da diese Sachverhalte statistisch nicht erfasst werden, sodass wir diese beiden Fragen nicht beantworten konnten.

Lassen Sie mich versuchen, die vielen Zahlen komprimiert in wenige Worte zu fassen. Vielleicht können Sie mir die beiden Beispiele nachher geben, dann gehen wir dem nach. Ich hoffe, dass uns bei den Hunderten und Tausenden von Zahlen keine Zahlendreher oder Schreibfehler unterlaufen sind. Das kann immer einmal vorkommen.

In den Jahren 2006 bis 2011 ist das Hochschulpersonal an den beiden Universitäten und an den

fünf Hochschulen in Sachsen-Anhalt gewachsen. Das erscheint zunächst verwunderlich, da mit den Hochschulstrukturreformen aus dem Jahr 2003 auch beachtliche finanzielle Einsparungen erzielt werden sollten, nämlich in Höhe von 28,8 Millionen €.

Den Statistiken ist aber auch zu entnehmen, dass der Personalaufwuchs durch eingeworbene Drittmittel finanziert werden konnte, während zugleich der Stellenbestand für das Grundpersonal in der beabsichtigten Größe reduziert wurde. Dieser Personalaufwuchs spiegelt also die gewachsene Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen des Landes wider. Wir sollten das ausdrücklich anerkennen; denn Drittmittel sind etwas, das mit Blick auf die Bewertung der Universitäten wichtig ist.

Abgesehen von dem noch vorhandenen Überhangpersonal in der Titelgruppe 96 der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, das im Rahmen der erwähnten Strukturreform noch abgebaut werden muss, haben die Hochschulen Sachsen-Anhalts damit insgesamt eine Personalstruktur erreicht, die der in den westlichen Bundesländern nahekommmt.

Früher wurden die Hochschulen wegen des zu hohen Anteils unbefristet beschäftigter Mitarbeiter, die nicht flexibel entsprechend sich ändernden fachlichen und strukturellen Prioritäten eingesetzt werden konnten, kritisiert. Die heute erreichte Flexibilität und Mobilität des wissenschaftlichen Mittelbaus in Sachsen-Anhalt trägt maßgeblich zur Qualitätssteigerung und -sicherung sowie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulsystems des Landes im nationalen Vergleich bei.

Ein Fragenkomplex - Sie hatten das breit ausgeführt - galt dem Anteil von Lehrbeauftragten im Verhältnis zu dem Anteil des dauerhaft beschäftigten wissenschaftlichen Personals. Für die Jahre 2006 bis 2011 liegt der Anteil der Lehrbeauftragten an der Martin-Luther-Universität im Durchschnitt bei 14,5 % gegenüber 9,5 % an der Otto-von-Guericke-Universität in Magdeburg.

Diese Differenz ist teilweise durch das bereits erwähnte Überhangpersonal an der Universität Halle bedingt, durch das zurzeit in einem gewissen Umfang noch die Besetzung strukturgerechter Stellen blockiert wird. Man kann nicht einfach jemanden, der in einem Fachbereich einen unbefristeten Arbeitsplatz hat - das ist Ihnen natürlich bekannt - in einem anderen Fachbereich unterrichten lassen. Das ist nun einmal nicht möglich.

Vorrangig ist der unterschiedliche Umfang der Lehraufträge allerdings der fachlichen Ausrichtung der beiden Universitäten geschuldet. Ich möchte ein Beispiel nennen, welches dies besonders gut illustriert, nämlich die Fachrichtung Musik an der Fachhochschule Halle.

Sie wissen, dass es dort das Pflichtfach Klavier gibt, das von einem Professor unterrichtet wird. Als Zweitfach können die Studierenden entsprechend ihrer Vorbildung ein anderes Instrument aussuchen. Sie brauchen sich nur einmal ein Orchester anzusehen; aber es geht nicht nur um Orchesterinstrumente. Es gibt Hunderte verschiedene Instrumente. Wenn wir an dieser Stelle für jede mögliche Nachfrage einen Professor bzw. eine Professorin vorhalten sollten, dann wäre das ausgesprochen unwirtschaftlich. Deshalb muss man Lehrbeauftragte einsetzen.

An der eher technisch ausgerichteten Universität Magdeburg ist daher ein eher geringerer Einsatz von Lehrbeauftragten erforderlich.

Der Vergleich der Personalausstattung der Flächenländer zum 30. Juni 2011 nach Schwerpunktbereichen des Personalentwicklungskonzeptes 2011 weist für die Hochschulen in Sachsen-Anhalt 2,4 Vollzeitäquivalente je 1 000 Einwohner aus. Damit liegt Sachsen-Anhalt auf Platz sieben der 13 Flächenländer, also genau in der Mitte. Sechs Flächenländer sind besser und sechs Flächenländer sind schlechter. Die Quelle für diese Zahlen ist das Statistische Bundesamt. Das Zitat stammt aus der Fachserie 14 Reihe 6 - 2011. Wir haben dies also nicht selbst errechnet, wie uns eben in einem Halbsatz unterstellt wurde.

Bei der Betreuungsrelation lag Sachsen-Anhalt im Jahr 2010 im guten Mittelfeld. Mit 16,2 Studierenden je Lehrkraft an den Universitäten lag das Land auf dem sechsten Platz und damit etwas über dem Bundesdurchschnitt.

Bei den Fachhochschulen war das Verhältnis mit 27,1 Studierenden je Lehrkraft etwas ungünstiger. Der Bundesdurchschnitt lag bei 23,7 Studierenden je Lehrkraft. Auch an dieser Stelle sind die Kennzahlen des Statistischen Bundesamtes verwendet worden. Wir liegen damit auf dem zehnten Platz, also in der unteren Hälfte.

Die Erstausbildungsquote gibt das Verhältnis der Erstabsolventen zum Lehrpersonal an. Sie ist eine Kenngröße für die Leistungsfähigkeit von Hochschulen. Auch dabei konnten die Universitäten ihre Personalsituation effektiver umsetzen als die Fachhochschulen des Landes.

Die Universitäten belegen an dieser Stelle mit 2,0 Absolventen je Lehrkraft Rang 4. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 2,2 Absolventen je Lehrkraft. Die Fachhochschulen belegen mit 3,7 Absolventen je Lehrkraft den neunten Platz und liegen damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 3,7 Absolventen je Lehrkraft. Auch diese Zahlen stammen vom Statistischen Bundesamt.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden in den Hochschulen Sachsen-Anhalts nicht eingegangen. Die arbeitsrechtlichen Vorgaben, etwa des Wis-

senschaftszeitvertragsgesetzes, werden eingehalten. Übrigens war diese Regelung vorher in den Hochschulgesetzen zu finden. Beschäftigungsverhältnisse mit sehr niedrigem Einkommen oder gar geringer sozialer Absicherung werden nicht geschlossen.

Im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden aber in einem gewissen Umfang auch Beschäftigungsverhältnisse mit einer kurzen Laufzeit, zum Teil unter einem Jahr, aber gelegentlich auch unter sechs Monaten geschlossen. Diese Zahlen haben wir angegeben.

Dieses Instrument der Vertragsgestaltung mag auf den ersten Blick etwas kurzatmig wirken; es ist aber im Einzelfall sinnvoll und es hat sich beispielsweise bei Schwangerschaftsvertretungen oder bei außerplanmäßigen Projektverlängerungen in der Forschung, die in der Regel eine Grundlaufzeit von drei Jahren haben, bewährt.

Sie müssen sich Folgendes vorstellen: Wenn diese drei Jahre abgelaufen sind, das Projekt aber nicht abgeschlossen werden konnte und derjenige, der das Projekt finanziert, dann gestattet, es um drei Monate zu verlängern, dann wird ein Dreimonatsvertrag geschlossen, der in die Statistik als Vertrag mit einer Laufzeit von weniger als sechs Monaten einfließt. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen Vertrag, der für drei Jahre und drei Monate geschlossen wurde. Das ist sicherlich etwas Positives.

Ich gebe Ihnen darin Recht, dass mit den studentischen Hilfskräften durchaus Verträge geschlossen werden, die einen Zeitraum von zwei, drei, vier Monaten umfassen. In diesem Zeitraum sollen dann beispielsweise statistische Umfragen oder Ähnliches erhoben werden. Wenn dies von wissenschaftlichem Personal gemacht wird, dann erscheint das dem Ministerium, also der Landesregierung, nicht sinnvoll.

(Herr Lange, DIE LINKE: Das hat auch niemand verlangt!)

Das scheint nicht sinnvoll zu sein; denn in zwei oder drei Monaten kann man keine wissenschaftliche Erhebung durchführen und keine wissenschaftlichen Erkenntnisse weitergeben. Dass dies in wenigen Fällen trotzdem gemacht wird, ist bedauerlich, aber wir werden auch darauf in Zukunft ein Auge haben.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge berücksichtigen die Hochschulen des Landes als öffentlicher Auftraggeber selbstverständlich die entsprechenden Vorschriften des Vergaberechts, also VOB, VOL und VOF, sowie die geltenden landesspezifischen Regelungen. Dadurch ist auch gesichert, dass die Auftragnehmer gegenüber den Hochschulen in ihren Angeboten Aussagen über die Zahlung tariflicher Löhne treffen müssen.

Sachsen-Anhalt - dies ist das Fazit - nimmt in fast allen wesentlichen statistischen Kennzahlen eine gute Mittelposition ein. Das Wachsen des wissenschaftlichen Mittelbaus resultiert vorrangig aus Projektdrittmitteln und ist durch zeitlich befristete Arbeitsverträge gekennzeichnet. Zugleich gewährleistet es die erforderliche Flexibilität für eine höhere Qualität in Lehre und Forschung, die wir alle gemeinsam anstreben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Frau Dr. Pähle. Bitte schön, Frau Kollegin.

Frau Dr. Pähle (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem bereits der Einstieg in die heutige Landtagssitzung eng mit dem Thema Hochschule verbunden war, dabei aber eher die übergreifende Position der im Landtag vertretenen Parteien zur Hochschulpolitik in diesem Land zu vernehmen war, richtet sich dieser Tagesordnungspunkt auf ein spezielles fachpolitisches Thema, das von uns bei den anstehenden Diskussionen aber immer mitgedacht werden muss.

Ich hoffe für uns alle und auch für den Herrn Minister in seinem neuen Amt, dass wir bei den anstehenden Diskussionen - das möchte ich an dieser Stelle einfügen - die Grundsätze berücksichtigen, die Max Weber in seinem Vortrag „Politik als Beruf“ benannt hat, nämlich dass ein Politiker die Qualitäten Leidenschaft, Verantwortungsbewusstsein und Augenmaß beherzigen soll.

Herr Minister, ich denke, an Leidenschaft wird es Ihnen sicherlich nicht mangeln. Ich wünsche uns allen aber auch, dass wir Augenmaß und Verantwortungsbewusstsein haben werden.

(Zustimmung bei der SPD)

In den zukünftigen Diskussionen wird es auch um Personal gehen; denn wenn eines klar ist, dann das, dass jede Struktur von Personen getragen werden muss und dass jede neu formulierte Aufgabe von denen umgesetzt werden muss, die in dieser Struktur arbeiten.

Genau aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion in ihrem Beschluss dieser Woche formuliert, dass eine Diskussion über eine Veränderung der Hochschulstruktur in unserem Land nur zusammen mit den Rektoren, den Studierenden und selbstverständlich auch mit den Mitarbeitervertretungen geschehen kann.

Meine Damen und Herren! Mit der Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion DIE LINKE liegt

dem Hohen Hause nun eine sehr umfangreiche Datensammlung vor. Diejenigen, die sich die Daten angesehen haben - und Herr Lange hat auf einige Ergebnisse und einige Unwägbarkeiten hingewiesen -, finden dann sehr interessante Ergebnisse.

Einige vermutete Entwicklungen, beispielsweise die stärkere Beschäftigung von Lehrbeauftragten an den Hochschulen des Landes oder eine grundsätzliche Absenkung des Personals an den Hochschulen, bestätigten die Daten zum Glück nicht so deutlich. Aber - und das ist für mich einer der wichtigsten Punkte - die Daten machen die Problemlage der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte deutlich.

Dieses Thema ist wiederholt hier im Hohen Hause diskutiert worden. Ausgehend von einem offenen Brief zur Situation von Wissenschaft und Forschung in Deutschland vom Institut für Pflanzen-genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben, der den Landtag im Januar 2012 erreichte, wurde bereits eine Debatte zur Situation des wissenschaftlichen Mittelbaues an den Hochschulen unseres Bundeslandes im Juli des vergangenen Jahres geführt.

Darin habe ich bereits darauf hingewiesen, dass wesentliche Ursachen für die prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen, bei denen eine Befristung auf die andere folgt, zum einen im immer weiter steigenden Anteil von Drittmittelprojekten zu sehen sind; denn mit der steigenden Drittmittelfinanzierung sinkt die Bereitschaft der Hochschulen, sich langfristig festzulegen und Dauerstellen einzurichten.

Die Hochschulen bemühen sich zwar um eine längerfristige Personalentwicklungsplanung, aber diese kann nur im Rahmen der vorhandenen Budgetmittel erfolgen. Zum anderen führen aber auch die Regelungen im Wissenschaftszeitvertrags-gesetz des Bundes zu der beschriebenen Situation.

Die Evaluation dieses Gesetzes durch die Bundesregierung im Jahr 2011 hat viele kritische Punkte in diesem Zusammenhang aufgezeigt. Leider hat das BMBF daraus meiner Meinung nach die falschen Schlussfolgerungen gezogen.

Dabei will ich gar nicht grundsätzlich und generell gegen befristete Arbeitsverhältnisse sprechen und auch nicht gegen Teilzeitbeschäftigungen. Im Rahmen von Qualifikationsstellen sind diese Arbeitsverhältnisse ebenso wie zur Bearbeitung spezifischer Aufgabenstellungen im Rahmen von Forschungsprojekten durchaus sinnvoll.

Dies ist nur ein Grund, weshalb dem nachfolgenden Antrag der Fraktion DIE LINKE von den Koalitionsfraktionen nicht zugestimmt werden kann. Dazu werde ich am Ende meiner Rede noch etwas sagen.

Teilzeitbeschäftigung und Befristung dürfen aber nicht zum Normalfall werden, sondern sollen eher eine sinnvolle Ausnahme darstellen. Denn der momentan zu beobachtende Trend, dass gerade befristete Verträge vielmehr Norm als Ausnahme sind, lässt junge, kluge Menschen abwägen, ob sie das hohe Unsicherheitsrisiko einer wissenschaftlichen Stelle überhaupt eingehen oder sich doch besser für einen anderen Berufsweg entscheiden sollen. Gerade in der Postdoc-Phase verlieren wir so viele exzellente Wissenschaftler, die den Weg in eine hoch risikobehaftete Zukunft in der Hochschule scheuen oder diese Zukunft außerhalb der Bundesrepublik suchen.

Entscheidend ist also, wie wir die Arbeitsplätze für den wissenschaftlichen Nachwuchs gestalten und geeignete Berufs- und Karrierewege finden. Dazu ist es notwendig, die Hochschulen in unserem Land verlässlich zu finanzieren.

Auch unter diesem Aspekt ist es in der jetzigen Diskussion wichtig, an erster Stelle über die zukünftige Struktur der Hochschulen in unserem Land zu sprechen und dann über Finanzierung. Denn zum jetzigen Zeitpunkt ist der Personalhaushalt unserer Hochschulen deutlich überzeichnet. Das Personal, das zur Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre notwendig ist, kann allein aus den Budgets der Hochschulen nicht finanziert werden. Die Mittel des Bundes, die wir zur Erfüllung des Hochschulpaktes erhalten, decken den Bedarf jedoch weitestgehend ab.

Auch wenn sich der Anteil der Lehrbeauftragten an den Hochschulen unseres Landes im Zeitverlauf nur unwesentlich verändert hat und es neben der Abdeckung von Pflichtveranstaltungen zur Aufrechterhaltung der Lehre auch andere zahlreiche Gründe gibt, Lehrbeauftragte zu binden, ist gerade in der Praxis vielfach zu beobachten, dass in Studienfächern mit enormer Überlast Lehrbeauftragte eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Fortschreibung des Hochschulpaktes gerade für unser Bundesland von enormer Bedeutung. Von Bedeutung für die Zukunftssicherung der Hochschullandschaft insgesamt wäre auch die Aufhebung des Kooperationsverbotes, so wie es die SPD vielfach gefordert hat.

(Beifall bei der SPD)

Denn eines ist deutlich: Mit dem Problem der Finanzierung der Hochschulen steht Sachsen-Anhalt bei Weitem nicht allein.

Meine Damen und Herren! Auch in wesentlichen Grundfragen der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung steht Sachsen-Anhalt nicht allein. Aufgrund der Selbstverpflichtung der Bundesregierung, einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zum wissenschaftlichen Nachwuchs vorzulegen, kann man dort bundesweit bestimmte Trends

nachlesen. So wird auch in diesem Bericht vom Problem der Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft gesprochen. Diese ist immer noch nicht umgesetzt. Frauen sind bei der Besetzung von Professorenstellen strukturell benachteiligt.

Ferner weist der Bericht darauf hin, dass die Länder an vielen Stellen eigenständige Regelungen in den jeweiligen Hochschulgesetzen verankern können, dazu die Möglichkeit und - ich ergänze - an vielen Stellen auch die Pflicht haben. So wird festgestellt, dass Tenure-Track-Modelle bisher kaum in den Landesgesetzen verankert sind. Gerade dieses Modell bietet aber die Möglichkeit, Karrierewege planbar zu machen und damit als Hochschule attraktiv zu werden.

Lassen Sie mich am Ende meiner Redezeit noch zwei Sätze zum Antrag der LINKEN sagen. Sehr viele Ansätze im Antrag der LINKEN sind sicherlich sinnvoll, aber doch schießt er an vielen Stellen weit ins Kraut und über das Notwendige hinaus. So sind wir gerade bei der Forderung, besondere Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Hochschulen zu bieten, weit von dem entfernt, was in Sachsen-Anhalt tatsächlich nötig ist.

Unser KiFÖG, sowohl das alte als auch das neue, bietet zahlreiche Modelle zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Aushandlung von Öffnungszeiten. Gerade am Standort Halle gibt es in Zusammenarbeit mit dem Studentenwerk jetzt ein neues Modell zur Randzeitbetreuung für die Kinder von Studierenden und ferner die Kita „Medikids“, die gerade für angestellte Mitarbeiter des Klinikums besondere Betreuungsangebote macht, um Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren, so dass eine Lex Hochschule beim KiFÖG sicherlich nicht notwendig ist.

Deshalb bitte ich an dieser Stelle um die Überweisung des Antrages an den Ausschuss, damit wir dort Notwendiges und Nichtnotwendiges voneinander trennen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Frau Dr. Pähle. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Herr Striegel. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Striegel (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir am Anfang einen Satz noch zur Abwesenheit des Ministerpräsidenten. Mein Eindruck ist, man kann seine Missachtung gegenüber den Hochschulen und dem Parlament auch subtiler zum Ausdruck bringen.

(Zuruf von der CDU: Meine Herrn!)

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren, stehen vor großen Herausforderungen. Ich denke, das ist klar geworden.

(Unruhe bei der CDU)

Einerseits müssen sie im nationalen und internationalen Wettbewerb in Forschung und Lehre bestehen. Unseren Hochschulen gelingt das. Sie sind attraktiv. Immer mehr Studierende kommen nach Sachsen-Anhalt. Aber diese Studierendenzahl - das ist heute Morgen auch schon deutlich geworden - geht weit über die Kapazität an unseren Hochschulen hinaus.

Die Personalstruktur an unseren Hochschulen war, auch ohne die heute bereits umfänglich besprochenen Vorkommnisse um die Entlassung von Frau Ministerin Wolff und die Berufung ihres Nachfolgers Hartmut Möllring, schon mehrfach Diskussionsgegenstand im Landtag. Bereits in der letzten Debatte im Juli 2012 hat meine Fraktionsvorsitzende betont, dass die Personalstruktur an den Hochschulen ein verkrustetes System darstellt und dass wir Wege finden müssen, wie wir diese Verkrustungen überwinden.

Die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE bestätigen uns und zeigen die Fehlentwicklung der letzten Jahre im Hochschulbereich auf. Auf die Datenlage und ihre Qualität ist schon verwiesen worden. Ich will trotzdem auf einige Punkte noch einmal eingehen.

Wir sehen bei steigenden Studierendenzahlen einen Rückgang des wissenschaftlichen Personals an den Hochschulen. Dies betrifft insbesondere den wissenschaftlichen Mittelbau. Bei den Dozentinnen und Dozenten und den Assistentinnen und Assistenten ist im Zeitraum von 2006 bis 2011 ein erheblicher Rückgang von 193 auf 54 Stellen, ein Rückgang um 139 Stellen, zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist auch nicht durch einen Anstieg der Professuren um 46 Stellen zu kompensieren. Vielmehr sehen wir einen massiven Anstieg der Zahl der Lehrbeauftragten.

Selbst zur Abdeckung des Pflichtlehrangebotes reicht das hauptberufliche wissenschaftliche Personal offensichtlich nicht mehr aus. Vielmehr müssen die Hochschulen inzwischen vermehrt auf Lehrbeauftragte zurückgreifen, da das hauptberufliche wissenschaftliche Personal hier fehlt.

Würden die Hochschulen Hauptberufler einstellen an dieser Stelle, würden Mehrkosten von 13,5 Millionen € auf die Universitäten zukommen. Dieses System zeigt, wie das Land auf Kosten der Hochschulbeschäftigten schon jetzt Millionen im Jahr spart. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Zustimmung von Herrn Lange, DIE LINKE)

In Anbetracht der beschriebenen Situation besteht ein dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen für

den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Universitäten gesicherte Karrierepfade, wir brauchen Stellen, auf denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Karriere entwickeln können, nämlich Tenure-Track-Positionen, also Stellen, auf denen junge Menschen nach der Promotion, möglicherweise auch nach einer Postdoc-Zeit, auf eine Stelle kommen und sich dann auf dieser weiter qualifizieren können.

Nur so kann es uns gelingen, Sachsen-Anhalt so aufzustellen, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hier eine gute Perspektive haben und unsere Hochschulen auch international konkurrenzfähig sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Dann sind wir im Wettbewerb um die besten Köpfe gut aufgestellt. Im Übrigen sind Tenure-Track-Positionen auch familienfreundlich, weil Karrieren auf einer Stelle, an einem Ort und in Sachsen-Anhalt, aber international evaluiert gemacht werden können.

Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE legt eine erste Grundlage hierfür. Mit den anstehenden Verhandlungen zu den neuen Zielvereinbarungen knüpft er zudem an das wichtige Instrument an, das wir haben, um den Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte entgegenzuwirken und die Personalstrukturen an unseren Hochschulen wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen.

Wir stimmen dem Antrag deshalb zu, würden aber auch einer Verweisung in den Ausschuss nicht entgegenstehen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Vielen Dank, Herr Kollege Striegel, insbesondere dafür, dass Sie Ihre kurze Redezeit punktgenau eingehalten haben. - Eine etwas längere Redezeit hat jetzt der Kollege Thomas für die Fraktion der CDU, zwölf Minuten. Bitte schön, Herr Kollege.

Herr Thomas (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als akademischer Mittelbau wird das examinierte und häufig bereits graduierte wissenschaftliche Personal an Hochschulen bezeichnet, das eben keinen Lehrstuhl vertritt. Das können wissenschaftliche Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter, Assistenten, Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie aber auch Privatdozenten sein.

Meine Damen und Herren! Der Großteil der Arbeit an den Hochschulen liegt auf den Schultern nicht-professoraler Wissenschaftler, die eben nur einen Zeitvertrag haben, aber zwei Drittel der Lehre und

vier Fünftel der Forschungsaktivitäten an unseren deutschen Universitäten bestreiten.

Die LINKE hat heute ihre Große Anfrage zum Thema Personalstruktur und wissenschaftlicher Mittelbau an den Hochschulen zur Diskussion gestellt, und - der Minister hat es schon gesagt - die Antwort ist sehr umfangreich.

Seit vielen Jahren wird diese Personalstruktur aus den unterschiedlichsten Sichtweisen mal gelobt, aber auch getadelt. Die einen finden Zeitverträge für wissenschaftliche Mitarbeiter gut, da sie eine Fluktuation innerhalb der Hochschulen und Universitäten überhaupt erst ermöglichen. Man kann sich für bestimmte Projekte die besten Personen herauszusuchen. Nicht zuletzt ermöglicht das Wissenschaftszeitgesetz mehrjährige befristete Arbeitsverträge.

(Zuruf von Herrn Lange, DIE LINKE)

Auf der anderen Seite aber, Herr Lange, muss man anerkennen, dass eine derartige Flexibilität durchaus auch Unsicherheiten für die Betroffenen mit sich bringt. Nun kann man sich damit trösten, dass kurze Beschäftigungszeiten, Projektarbeit oder auch flexible Arbeitszeiten in der wissenschaftlichen Landschaft durchaus normal sind. Aber es ist schon interessant, in welchem Umfang sich derartige Arbeitsverhältnisse in den zurückliegenden Jahren hierzulande entwickelt haben bzw. ob und wie sich diese auf die Qualität von Forschung und Lehre auswirken.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich näher mit der Thematik beschäftigt, wird man feststellen, dass die Situation in Sachsen-Anhalt nicht signifikant verschärft ist. Ich konnte der Antwort der Landesregierung nicht entnehmen, dass wir hierzulande einen regelrechten Trend zu strukturellen Zeitverträgen an unseren Universitäten ausmachen können.

Positiv ist für mich in diesem Zusammenhang aber, dass ein wachsender Teil des wissenschaftlichen Mittelbaues zunehmend aus sogenannten Drittmitteln bezahlt wird. Das ist ein durchaus interessanter Aspekt, da den Universitäten und Hochschulen oft nachgesagt wird, dass sie zu wenig Drittmittel einwerben.

Ich bin mir bewusst, dass wir uns im Bereich der Drittmittelfinanzierung hierzulande auf einem schwierigen Terrain bewegen. Wir haben in Sachsen-Anhalt angesichts eines extrem hohen Anteils von KMU und auch mangels eigener Firmenzentralen ein strukturelles Problem, das es unserer Hochschullandschaft durchaus erschwert, den Bereich der Drittmittelfinanzierung auszubauen.

Dennoch, denke ich, sollten unsere Hochschulen in ihren Bemühungen bei der Drittmittelakquise nicht nachlassen. Mit der Hochschullandschaft in den süddeutschen Bundesländern, insbesondere

in Bayern und Baden-Württemberg können wir uns aufgrund der eben geschilderten Sachverhalte und angesichts unserer wirtschaftlichen Struktur nicht vergleichen.

Dennoch scheint es angesichts von 149 sogenannten Drittmittelbeschäftigten allein an der MLU zahlreiche Projekte zu geben. Das zeigt mir wiederum, dass die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft zwar in kleinen, aber in stetigen Schritten vorangeht. Ich glaube, dabei wir sind auf einem guten Weg.

Der Minister hat schon umfangreich auf die einzelnen Themenblöcke reflektiert. Das möchte ich nicht alles wiederholen. Zwei Aspekte möchte ich dennoch herausgreifen.

Im Hinblick auf die Versorgungs- und Qualitätssicherung halte ich es für wichtig festzustellen, dass die Betreuungsrelation in Sachsen-Anhalt durchaus auf einem guten Niveau ist. Dass diese Relationen gut sind, haben wir in der Vergangenheit bereits vermutet, nun haben wir es auch schwarz auf weiß. Bundesweit ein sechster Platz ist respektabel, zumal wir damit auch über dem Bundesdurchschnitt liegen.

Auch wenn es nicht das Thema der Debatte ist, so ahne ich, dass wir darüber im Zuge der Haushaltsdiskussionen - der heutige Tag hat das schon bewiesen - weiter beraten werden, spätestens dann, wenn wir über Strukturen und deren Finanzierung reden. An dieser Stelle bin ich ganz dicht bei Kollegin Pähle, die dies zu Recht anmahnt und sagt, wir müssen über Strukturen und deren Finanzierung reden. Es besteht, denke ich, in diesem Haus Konsens darüber, dass es ein bloßes „Weiter so!“ in diesem Bereich nicht geben kann und dieses auch nicht gewollt ist, auch nicht seitens der Hochschulen.

Wir müssen uns natürlich auch einmal über die Qualität und die Effektivität unserer Hochschullandschaft unterhalten. Herr Kollege Lange, ich hoffe, wenn Sie noch einmal dran sind, sagen Sie noch etwas zu den effektiven Strukturen. Ich habe Ihrem Redebeitrag bisher nur entnommen, dass Sie alles mit Geld heilen wollen. Ich würde es viel spannender finden, wenn auch Sie einmal Vorschläge unterbreiten würden, wie wir die Strukturen, die - das haben die Kollegen von den Grünen bereits beschrieben - als verkrustet bewertet werden, anpassen, aufbrechen und für die heutige Zeit präparieren.

(Zustimmung von Herrn Wunschinski, CDU)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns dann aber auch die Frage stellen, ob andere Bundesländer, die diesen komfortablen Durchschnitt nicht erreichen, wirklich so viel schlechtere Studienbedingungen bieten. Wir müssen auch fragen, wie sich ein hohes Niveau der Rahmenbedingungen

auf die tatsächlichen Lernleistungen der Studierenden auswirkt.

Einen weiteren interessanten Aspekt sehe ich in der Bewertung der Erstausbildungsquote. Auch hierbei liegt Sachsen-Anhalt weiterhin vorn. Dies ist insofern bemerkenswert, da die Erstausbildungsquote eine wichtige Kenngröße für die Leistungsfähigkeit zur Bewertung der Hochschulen darstellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Anfrage waren gleichstellungspolitische Aspekte. Wir wissen bereits aus Debatten, die wir im Hohen Hause geführt haben, dass sich die Hochschullandschaft im Land, wie ich finde, sehr bemüht. Ich meine mit „sehr bemüht“ nicht den berühmten Eintrag im Zeugnis, sondern möchte dies wirklich positiv würdigen.

Meine Damen und Herren! Bei der Vergabe von Professuren oder auch in den Vorständen der Universitäten hat es diesbezüglich Fortschritte gegeben. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Entwicklung weitergehen wird.

Nun könnte man sich die Mühe machen, noch viele Zahlen und Fakten zu interpretieren. Man könnte über die Altersstruktur des wissenschaftlichen Mittelbaus diskutieren. Man kann sich über den wissenschaftlichen Nachwuchs unterhalten und auch über den durchschnittlichen Verbleib in Teilzeitbeschäftigungen. Jedes Thema für sich wäre wohl ein abendfüllendes Thema, das allerdings den Rahmen einer Debatte, wie wir sie heute führen, zweifelsohne sprengen würde.

Ich erkenne durchaus die Fleißarbeit der Antragsteller an. Danken möchte ich vor allem den fleißigen Zuarbeitern im Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft, die dieses umfangreiche Zahlenwerk für uns alle zur Diskussion zusammengestellt haben, auch wenn davon auszugehen ist, dass die meisten Mitarbeiter im Ministerium in einem Vollzeitbeamtenverhältnis stehen.

Meine Damen und Herren! Nichtsdestotrotz kann man Folgendes festhalten: Sachsen-Anhalt hat eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Der sogenannte akademische Mittelbau ist ein wichtiger Bestandteil zur Absicherung der Qualität von Forschung und Lehre in Sachsen-Anhalt.

Kollege Lange, nachdem Sie auch ein nach meinem Empfinden recht düsteres Bild von der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt gezeichnet haben, ähnlich wie Ihr Kollege Thiel heute zum Standort Sachsen-Anhalt, rate ich uns bei diesem Thema an, Zurückhaltung zu üben. Wir sollten uns nicht schlechter machen als wir sind, ganz im Gegenteil. Angesichts der Anzahl der Einschreibungen von Studierenden in den letzten Jahren, die sich von Jahr zu Jahr auf neuen Höchstständen befindet, kann unser Hoch-

schulstandort Sachsen-Anhalt so schlecht nicht sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Um nicht in den Verdacht zu geraten, bereits Gesagtes zu wiederholen und unter Beachtung des Hinweises des Präsidenten, ich möge meine Redezeit einhalten, möchte ich Sie bitten, den Antrag, der unter dem folgenden Tagesordnungspunkt eingebracht wird, in den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft zu überweisen. Ich freue mich auf die weiter- und tiefergehende Diskussion mit den Kollegen im Ausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Danke schön, Herr Kollege Thomas. - Herr Kollege Lange, Sie haben das Schlusswort. Bitte schön.

Herr Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Thomas, das war ja wohl wieder selektives Hören, würde ich sagen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie hat es Herr Möllring heute Morgen gesagt: Wer alles für gut hält, kann nicht besser werden. Daran könnten Sie sich vielleicht auch ein Beispiel nehmen.

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Thomas, die Strukturdiskussion führen wir noch. Wir stehen ihr aufgeschlossen gegenüber. Wir haben nie gesagt, dass alles nur beim Alten bleiben soll. Das ist übrigens auch der Hochschullandschaft völlig fern.

Die Universitäten in ihrer fast 1 000-jährigen Geschichte - - Ganz so lange ist es noch nicht her. Vor 700 Jahren ist die erste entstanden, glaube ich. Die Universität in Halle ist nur 300 Jahre alt. Die Universität in Wittenberg ist immerhin über 500 Jahre alt und prägt die gemeinsame Geschichte mit der Universität Halle. Diese Entwicklung konnte eine Universität nur dadurch nehmen, dass sie sich stets den gesellschaftlichen Notwendigkeiten angepasst hat. Das ist dem Wissenschaftssystem immanent, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Deswegen ist es eine Nullaussage, an dieser Stelle lediglich von Strukturdiskussionen zu sprechen, die ohnehin ständig geführt werden. Vielmehr müssen wir uns darüber Gedanken machen, wohin wir die Hochschulsteuern politisch steuern wollen. Mit dem Motto, das der Finanzminister hierfür ausgegeben hat, nämlich erst kürzen und dann nach-

messen, laufen wir in eine völlig falsche Richtung bei den Strukturdiskussionen. Das muss verhindert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu der Frage der Befristungen. Trends können Sie feststellen, wenn Sie sich auch einmal die Arbeit machen, ein solches Papier zu erstellen. Ich gebe zu, dass nicht ich es erstellt habe, sondern unser Praktikant, der uns geholfen hat, die Zahlen aus der Antwort herauszuschreiben und daraus entsprechende Grafiken zu erstellen. Daraus kann man Trends erkennen. Na klar gibt es einen Trend zur Befristung. Schauen Sie das einmal bei den Fachhochschulen an. Das wurde durch die Landesregierung nicht erklärt. Darauf bin ich vorhin bereits eingegangen.

Natürlich ist es sinnvoll, in bestimmten Bereichen befristete Stellen zu haben. Dagegen spricht doch keiner. Aber dass auch Daueraufgaben nur noch durch befristet Beschäftigte erledigt werden, ist der eigentliche Skandal und das eigentliche Problem, das wir im Hochschulsystem haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört auch, dass Pflichtaufgaben im Wesentlichen von befristet Beschäftigten und durch Lehrbeauftragte weggetragen werden.

Herr Möllring, hinsichtlich der Lehrbeauftragten sind Sie mit Ihrem Beispiel am Problem vorbeigeschlittert. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Die Frage von Lehraufträgen in den künstlerischen Fächern ist in § 50 unseres Landeshochschulgesetzes erwähnt. Dort heißt es, dass in diesem Bereich Lehraufträge erwünscht sind. Genau diese Lehraufträge sind nicht das Problem.

Das Problem besteht vielmehr an den Stellen, an denen permanent Überlast gefahren wird, an denen keine Leute mehr vorhanden sind, die die Lehre wegtragen können. In diesen Bereichen werden Lehraufträge in Form von Kettenverträgen vergeben. Das ist das Problem, das wir nachgefragt haben. An dieser Stelle ergibt sich mittlerweile ein Millionenloch im Hochschulsystem. Da müssen wir ran. Denn diese Beschäftigungsverhältnisse, diese Lehraufträge stellen wirklich modernste Ausbeutung von hochqualifizierten Leuten dar.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gab keine Statistiken der Hochschulen zu den Stipendien. Natürlich können sie nicht wissen, wie viele Stipendiaten sie von anderen Einrichtungen haben. Das war aber auch nicht unsere Frage. Unsere Frage war vielmehr, wie viele Stipendien die Hochschulen selbst vergeben. Diese Anzahl ist nur gering. Das mag auf den ersten Blick richtig sein.

Aber zu der Graduiertenförderung des Landes gibt es eine schöne Anfrage von uns. In der Beantwor-

tung sind schöne Zahlen enthalten. Diese hätte die Landesregierung einfach in diese Antwort übernehmen können und hätte somit eine befriedigende Antwort gegeben. Aber nein, das findet nicht statt. Schlecht beantwortet die Anfrage, muss man einfach so sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zur amtlichen Statistik kann ich Ihnen Folgendes sagen: Verlassen Sie sich bloß nicht auf die amtliche Statistik, die Sie an dieser Stelle zitieren. Wenn Sie den Unsinn mitmachen und die Unikliniken mit einrechnen, dann ist die amtliche Statistik an dieser Stelle dringend überarbeitungswürdig. Ich kann Ihnen nur empfehlen, an dieser Stelle sehr sorgsam zu sein, bevor wie in eine Strukturdiskussion eintreten.

Dem Finanzminister klingeln ja die Ohren, wenn er hört, wie viele Nichtwissenschaftler wir an den Universitäten haben. So ein Humbug!

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Zum Schluss noch das, was ich vorhin nicht sagen konnte. Jetzt schauen Sie sich einmal dieses Papier an. Es ist nicht nur schön, sondern auch umfangreich.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Das ist eine umfangreiche Auswertung, die wir vorgenommen haben. Auch außerparlamentarische Interessengruppen tun das. Die Gewerkschaften, die Studierenden, die Personalräte, die Hochschulleitungen haben sich mit diesem Material beschäftigt. Sie alle sitzen da und müssen die Zahlen aus diesen endlosen Tabellen abtippen, wenn sie irgendwelche Querbezüge herstellen wollen.

(Frau Bull, DIE LINKE: Das ist ärgerlich!)

Meine Kolleginnen und Kollegen, das ist finsterstes Mittelalter, kann ich Ihnen nur sagen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Herr Wunschinski, CDU: Glauben Sie nur der Statistik, die Sie selbst gefälscht haben!)

Es ist finsterstes Mittelalter, das an dieser Stelle herrscht, und das in Zeiten, in denen wir eine IT-Revolution haben. Es wird wirklich Zeit, dass die Landesregierung solches Zahlenmaterial in einem offenen und vor allem in einem maschinenlesbaren Format allen zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann Ihnen sagen, dass unser Kollege Wagner dazu beim nächsten Mal einen Antrag einbringen wird. Uns so etwas anzutun! Herr Robra, jetzt kommen Sie nicht und sagen, Sie hätten das gemacht. In die Worddateien, die wir bekommen ha-

ben, sind Tabellen als Bilder hineinkopiert worden. Das ist nicht maschinenlesbar.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Heiterkeit bei der CDU - Herr Striegel, GRÜNE: Mit Dataport wäre das nicht passiert!)

Ich habe noch eine Redezeit von zwei Minuten und 19 Sekunden. Ich würde, sofern es der Präsident erlaubt, den unter Tagesordnungspunkt 7 vorgesehenen Antrag einbringen. Denn inhaltlich haben wir uns dazu bereits ausgetauscht. Ich gehe nur auf zwei, drei Aspekte ein.

In diesem Antrag haben wir im Wesentlichen Dinge übernommen, die im Templiner Manifest, im Herschinger Kodex der GEW bzw. in den Forderungen der „fairspektive“ von Verdi enthalten sind. Dies sind Forderungen, hinter die wir uns stellen können. Wir haben auch nicht gesagt, es müssen alle Stellen unbefristet sein. Wir haben auch nicht gefordert, dass alle Stellen Vollzeitstellen sein müssen. Vielmehr sprechen wir an dieser Stelle von einem Anteil von 75 %.

Daher kann man sich durchaus hinter diese Forderungen stellen, besonders die SPD, die sich mit den Gewerkschaften sehr verbunden fühlt.

(Herr Gallert, DIE LINKE: Temporär!)

Ich denke, die SPD wird ein offenes Ohr haben und wird dies unterstützen.

(Herr Harms, CDU: Vergessen Sie uns nicht!)

- Ach, Sie sind auch verbunden, okay. Das steht ja dann im Protokoll.

Noch ein Satz zu dem, was Frau Pähle ansprach. Kinderbetreuung ist doch ein allgemeines Problem. Sie kennen das. Sie wissen, dass das wissenschaftliche Personal, gerade weil es nicht von 8 Uhr bis 16 Uhr arbeitet, an allen Hochschulstandorten ein Problem mit der Kinderbetreuung hat.

Hierbei wollen wir doch lediglich, dass die Landesregierung aktiv wird, vielleicht dort auch eine Flexibilisierung vornimmt.

(Zuruf von der SPD)

Halle ist übrigens ein gutes Beispiel. Halle ist ein sehr gutes Beispiel. Wissen Sie, wie lange das Antragsverfahren gedauert hat, bis das Studentenwerk diese langen Betreuungszeiten realisieren durfte?

(Zuruf von der SPD)

Das ist doch das Problem. Da muss reagiert werden. Wir wollen doch nicht, dass die Hochschulen die Kinderbetreuung übernehmen. Das sollen die freien Träger, die Eigenbetriebe der Kommunen, das können die Studentenwerke machen. Aber es soll doch an allen Hochschulstandorten ein Be-

treuungsangebot geben, das ein Stück weit auf die Akademiker zugeschnitten ist.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der SPD)

Das ist der Hintergrund an der Stelle. Ansonsten danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit, und ich freue mich auf eine lebhafte Debatte in den Ausschüssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Herr Miesterfeldt:

Und wir danken Ihnen, Herr Kollege Lange, für die lebhafte Gestaltung des Themas Hochschulen.

Wegen der Geschäftsordnung, der Tagesordnung und der preußischen Exaktheit arbeiten wir das jetzt nacheinander ab. Erstens: Ich beende hiermit die Aussprache zur Großen Anfrage und gleichzeitig den Tagesordnungspunkt 8. - Entschuldigung, den Tagesordnungspunkt 6. Das war jetzt des Eifers zu viel.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Erste Beratung

Stabile Beschäftigungsverhältnisse, berechenbare Karrierewege und hervorragende Qualifizierungs-, Fort- und Weiterbildungsbedingungen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchsetzen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/1997**

Dieser Antrag gilt als eingebracht. Sind Sie alle einverstanden? - Das ist der Fall. Wunderbar. Es ist eine Behandlung ohne Debatte vereinbart worden. Ich habe mindestens dreimal den Vorschlag Überweisung in den Fachausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft gehört. Weitere Wünsche höre ich nicht.

Dann stelle ich das jetzt zur Abstimmung. Wer ist dafür, dass dieser Antrag in diesen Ausschuss überwiesen wird? - Das ist die Gesamtheit des Hauses. Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenenthaltungen? - Nein. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Präsident Herr Gürth:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung

Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 23. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

Fragestunde mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/2011**

Gemäß § 45 unserer Geschäftsordnung findet auf Antrag monatlich eine Fragestunde statt. Es liegen Ihnen in der Drs. 6/2011 sieben Kleine Anfragen für die Fragestunde vor.

Ich rufe den ersten Fragesteller auf, Herrn Abgeordneten Henke. Seine **Frage 1** betrifft **entgangene Grunderwerbsteuer beim Verkauf der Treuhandliegenschaftsgesellschaft**.

Herr Henke (DIE LINKE):

Sehr geehrte Damen und Herren! Aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE geht hervor, dass durch den im Verhältnis von 94,9 % zu 5,1 % gesplitteten Verkauf der TLG-Wohnungsbestände an zwei Tochtergesellschaften der TAG Immobilien AG die Fälligkeit der Grunderwerbsteuer auch zum Nachteil des Landes Sachsen-Anhalt verhindert wurde.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe sind daraus dem Land Sachsen-Anhalt Einnahmen aus nicht erhobener Grunderwerbsteuer entgangen?
2. Welche politischen und rechtlichen Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesem Vorgang, um Vergleichbares künftig zu vermeiden?

Ich danke Ihnen.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter. - Seitens der Landesregierung wird der Finanzminister die Frage beantworten.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vorliegenden Fragen bezieht sich Kollege Henke auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion der LINKEN zur Wohnungsverprivatisierung in Deutschland. Darin wird von der Bundesregierung unter anderem bestätigt, dass im Rahmen der Veräußerung von größeren Wohnungsbeständen von der bundeseigenen Treuhandliegenschaftsgesellschaft - das war auch Thema in vielen überregionalen Zeitungen - eine Vertragsgestaltung eingesetzt wurde, die das Entstehen von Grunderwerbsteuer verhindert.

Zu diesem Zweck wurde der Wohnungsbestand nicht durch den Verkauf der einzelnen Wohneinheiten übertragen. Stattdessen hat der Erwerber die Anteile der TLG Wohnen GmbH, die im Besitz der Grundstücke ist, direkt erworben. Außerdem hat der Erwerber die Anteile nicht selbst erworben, sondern zwei rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften zwischengeschaltet. Nach geltendem Recht kann mit einer solchen Vertragsgestaltung das Entstehen von Grunderwerbsteuer zulasten

des Landeshaushalts auf legalem Wege vermieden werden.

Nun zu den einzelnen Fragen. Die dem Land entgangenen Grunderwerbsteuereinnahmen lassen sich nur überschlägig schätzen. Aufgrund von Informationen, die vom BMF und der TLG im Internet veröffentlicht worden sind, ist davon auszugehen, dass ohne Einsatz der REIT-Blocker-Struktur rund 2,5 Millionen € Grunderwerbsteuer für die in Sachsen-Anhalt gelegenen Grundstücke entstanden wären.

Die Vertragsgestaltung - Frage 2 - ist zwar nach dem geltenden Grunderwerbsteuergesetz rechtlich nicht zu beanstanden; deswegen werde ich hier keine politische Bewertung vornehmen. Da sie jedoch in der Praxis immer mehr dazu genutzt wird, bei Einnahmenminderungen diese Diskussion zu verschärfen, setzt sich die Landesregierung in den Bundsratsausschüssen dafür ein, dass das geändert wird.

Sie werden sicherlich, Herr Henke, da Sie schon sehr lange dabei sind, wissen, dass es etliche Länder gibt, die das seit Jahren betreiben und wir uns dem mittlerweile auch angeschlossen haben. Ziel ist es, dass solche Strukturvorschläge zukünftig vermieden werden können. Insoweit hoffe ich, dass ich Ihnen mit den Antworten gerecht werden konnte.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. Es gibt noch eine Nachfrage. - Herr Abgeordneter Henke, bitte.

Herr Henke (DIE LINKE):

Danke für die Antwort, Herr Minister. Wenn bei diesem ersten Teilverkauf der TLG Wohnen GmbH etwa 2,5 Millionen € dem Land entgangen sind, ist ja absehbar, dass bei dem noch anstehenden Verkauf der Geschäftsanteile der TLG Immobilien, der etwa 55 Millionen € Grunderwerbsteuer umfassen könnte, dann ein doppelt so großer Anteil dem Land Sachsen-Anhalt entgehen könnte, also rund 5 Millionen €, überschlägig gerechnet, stark vereinfacht.

Sie hatten eben gesagt, dass Sie eine Initiative im Bundesrat zur Änderung anstreben.

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Die gibt es schon.

Herr Henke (DIE LINKE):

Es gibt auch die Überlegung, hierbei mit anderen rechtlichen Möglichkeiten vorzugehen, man spricht selbst von strafrechtlichen Prüfungen.

Meine Fragen:

Erstens. Sehen Sie eine Erfolgsaussicht Ihrer laufenden Initiative, schon für den zweiten Verkaufsteil Grunderwerbsteuer für Sachsen-Anhalt zu erzielen?

Zweitens. Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten eines strafrechtlichen Vorgehens aufgrund dieses legalen - in Anführungszeichen - Konstrukts ein?

Herr Bullerjahn, Minister der Finanzen:

Als Finanzminister sollte man sich - noch dazu als Nichtjurist - mit diesem „hätte“, „könnte“, „sollte“ in strafrechtlichen Belangen zurückhalten. Ich weiß, dass diese Diskussion schon lange - gerade im Finanzausschuss des Bundesrates - anhängig ist. Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und andere haben das schon lange vorangetrieben. Insofern werden alle zukünftigen Geschäfte erst dann davon betroffen sein - entlastend oder belastend -, sobald dieses Verfahren im Bundesrat und im Bundestag abgeschlossen ist. Alles andere ist auf legalem Wege bei der jetzigen Gesetzgebung so möglich, wie es ist.

Ich will nur einmal darauf hinweisen, dass wir gerade bei kommunalen Geschäften immer wieder angehalten werden, genau das dort zu machen, nämlich zu entlasten, damit diese Steuer nicht fällig wird. Es ist also immer eine Frage der Betroffenheiten. Das bitte ich zu berücksichtigen.

Wenn solche Regelungen kommen, gibt es nicht nur welche, die davon gewinnen, es gibt auch welche, die immer wieder zahlen müssen. Ich habe auch etliche Hinweise von Ihnen oder manchmal Schreiben, wo gerade Sachsen-Anhalt bei Zusammenschlüssen - im Zusammenhang mit Gebietsreform und Ähnlichem, das wissen Sie selbst - dann die Frage kam: Mensch, warum müssen wir das eigentlich machen, diese Diskussion linke Tasche, rechte Tasche, also öffentliche Hand? - Also: Vorsichtig bei diesem Thema! Aber es wird, glaube ich, mittlerweile unstrittig im Bundesratsfinanzausschuss von einer breiten Mehrheit getragen.

Bei dem Konkreten, glaube ich, wird es aber nicht mehr relevant. Ich würde mich aber gern noch einmal schlaumachen.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. Weitere Nachfragen gibt es nicht.

Wir fahren fort. Ich rufe die **Frage 2** auf. Sie betrifft ein **rechtsextrems Gefängnisnetzwerk**. Frau Abgeordnete Henriette Quade, bitte.

Frau Quade (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den vergangenen Wochen berichteten diverse Medien über ein rechtsextrems Gefängnisnetzwerk. Die „Mitteldeutsche Zeitung“ vom 10. April 2013 zitierte

die Sprecherin des Landesjustizministeriums in Bezug darauf wie folgt: „Es gibt keine Hinweise darauf, dass Personen aus unseren Justizvollzugsanstalten involviert sind.“

Dies widerspricht mehreren Darstellungen, in denen die Haftanstalten Burg und Magdeburg als Justizvollzugsanstalten benannt werden, in denen Kontakte zu diesem Netzwerk bestehen sollen. Beide Haftanstalten werden in einer Mitteilung der „AD Jail Crew“ - also jenem Neonazinetzwerk - in der Oktoberausgabe des Jahres 2012 der „Bikers News“ erwähnt und werden dort als Justizvollzugsanstalten benannt, in denen es entsprechenden Ansprechpartner gibt.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Mitteilung der „AD Jail Crew“ in der erwähnten Ausgabe der „Biker News“, und welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu bestehenden Kontakten?
2. Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage des Justizministeriums und den anderweitig bekannt gewordenen Fakten?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung antwortet die Ministerin für Justiz und Gleichstellung.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Quade, mich hat natürlich die Veröffentlichung über die Existenz eines solchen bundesweiten rechtsextremen Netzwerks in den Justizvollzugsanstalten genauso betroffen gemacht wie Sie.

Auf der anderen Seite zeigt aber gerade die Aufdeckung, dass es intensive Bemühungen auch in den Anstalten gibt, Hinweise auf derartigen Aktivitäten ernst zu nehmen und für Aufklärung zu sorgen. Deshalb verspreche ich mir von den Ermittlungen, die noch laufen, auch weitere Aufklärung, was denn tatsächlich hinter den einzelnen Informationen steckt. Damit schließe ich also Sachsen-Anhalt ausdrücklich ein.

Sie haben mich gefragt, wie ich die Mitteilung der sogenannten „AD Jail Crew“ aus der Motorradzeitschrift „Bikers News“ - dort ist sie nämlich veröffentlicht worden - vom Oktober letzten Jahres bewerte und welche Kenntnisse die Landesregierung zu bestehenden Kontakten im Rahmen eines solchen rechten Netzwerkes hat.

Diese Mitteilung, auf die Sie sich beziehen, ist eine Information über die Gründung einer Gruppe na-

mens „AD Jail Crew“, versehen mit dem Klammerzusatz 14. Die Gruppe ist nach deren Selbstdarstellung eine Alternative zu Gefangenenhilfsorganisationen und wurde augenscheinlich am 20. April 2012 in der JVA Hünfeld in Hessen ins Leben gerufen. Schon der Klammersatz „14“ weist eindeutig auf eine rassistische Parole hin.

Es gibt bereits, so die Behauptung dieser Gruppe, weitere Mitstreiter in verschiedenen Anstalten und - ich zitiere jetzt - „diverse Ansprechpartner in den JVAs Kassel, Fulda, Hünfeld, Weiterstadt, Frankfurt, Leipzig, Dresden, Tonna, Hamburg, Neumünster, Kiel, Burg, Brandenburg, Magdeburg, Stuttgart, Gelsenkirchen, Butzbach, Torgau und Saarbrücken“.

Diese Informationen werden derzeit noch polizeilich aufgeklärt. Deshalb ist es mir im Moment nicht möglich, diese Information abschließend zu bewerten. Ich verstehe sie zunächst einmal als eine Art Propaganda, um auf die Gründung dieser Gruppe hinzuweisen.

Ich kann an dieser Stelle nur so viel sagen: Mir liegen - insoweit ist das auch kein Widerspruch - zu dem, was meine Pressesprecherin auf entsprechende Presseanfragen geäußert hat, zum jetzigen Zeitpunkt keine Erkenntnisse darüber vor, ob es zwischen diesen Vereinen und Insassen in Gefängnissen in Sachsen-Anhalt zu Kontakten gekommen ist. Inwieweit entsprechende Namenslisten, die bei Haftraumdurchsuchungen geführt worden sind, dann tatsächlich zu Insassen in sachsen-anhaltischen Gefängnissen führen, bleibt abzuwarten.

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass aufgrund noch laufender Ermittlungen hier im Moment noch keine abschließenden Hinweise meinerseits möglich sind. Ich werde aber gern im Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung weiter berichten. - Vielen Dank.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Ministerin. Es gibt noch eine Nachfrage. - Frau Kollegin Quade, bitte.

Frau Quade (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Um die weitere Berichterstattung im Ausschuss bitte ich sehr dringend.

Eine Frage drängt sich mir dann allerdings schon auf, wenn Sie auf laufende Ermittlungen verweisen, weswegen jetzt noch nicht mehr zu sagen ist als die Fakten, die Grund meiner Fragestellung waren, die Sie jetzt noch einmal vorgetragen haben. Am 9. April kamen die ersten Berichte über die „AD Jail Crew“ in den Medien auf. Wie ist es dann möglich, dass Ihre Sprecherin bereits am 10. April in der Zeitung damit zitiert werden kann, dass es keinerlei Hinweise gibt, wenn die Ermittlungen jetzt noch laufen?

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Ich verstehe nicht, wieso Sie da einen Widerspruch sehen. Es gab damals keine Hinweise, wir haben die auch im Moment nicht. Ich kann aber nicht ausschließen, dass es Kontakte gibt, weil die Ermittlungen noch laufen.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Ministerin. Weitere Fragen gibt es nicht.

Ich rufe die **Frage 3** auf. Sie betrifft **sozialpädagogische Leistungen für Sicherungsverwahrte in der Justizvollzugsanstalt Burg**. Frau Abgeordnete Dr. Angelika Klein, bitte.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Mit einem Schreiben vom 10. April 2013 der Ministerin für Justiz und Gleichstellung wurden die Mitglieder des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung darüber informiert, dass im Rahmen einer Zusatz- und Ergänzungsvereinbarung das Land Sachsen-Anhalt mit dem Betreiber der Justizvollzugsanstalt Burg ein Stundenkontingent zur Sicherstellung der therapeutischen und sozialpädagogischen Behandlung sowie der gesamten freizeit- und sportkoordinatorischen Betreuung aller Sicherungsverwahrten und Gefangenen vertraglich vereinbart wurde. Hierfür wurden im Nachtragshaushalt für das Jahr 2013 500 000 € durch den Landtag beschlossen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung hinsichtlich der Arbeits- und Anstellungsverträge im Allgemeinen und einer tarifgerechten Entlohnung im Besonderen vor?
2. Wie kann im Rahmen des Controlling geprüft und festgestellt werden, dass die in den Haushalt eingestellten zusätzlichen 500 000 € in vollem Umfang für die vereinbarten zusätzlichen Leistungen durch den Betreiber eingesetzt werden?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung beantwortet die Frage die Ministerin Frau Professor Dr. Kolb.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Im Dezember 2012 haben das Land Sachsen-Anhalt als Auftraggeber und die Projektgesellschaft Justizvollzug Burg GmbH & Co. KG als Auftragnehmer zusammen mit der Firma

Kötter Justizdienstleistungen GmbH & Co. KG eine Zusatz- und Ergänzungsvereinbarung über therapeutische und sozialpädagogische Leistungen für Sicherungsverwahrte, die in der JVA Burg untergebracht sind, und für Gefangene, für die die Sicherungsverwahrung bereits angeordnet oder vorbehalten ist, abgeschlossen.

Zur Klarstellung möchte ich deshalb zunächst anmerken, dass entgegen dem, was Frau Dr. Klein ausgeführt hat, neben den Sicherungsverwahrten die Vereinbarung nicht für alle Gefangenen in der JVA Burg gilt, sondern nur für diejenigen, die von Sicherungsverwahrung bedroht sind.

Dies vorausgeschickt beantworte ich die Fragen wie folgt.

Zur Frage 1: Welchen Inhalt die mit dem Fachpersonal geschlossenen Anstellungsverträge im Einzelnen haben, ist uns nicht bekannt. Die Inhalte der Verträge müssen von unserer Seite nicht genehmigt werden.

Der Auftragnehmer hat sich jedoch im Grundvertrag verpflichtet, tarifgerecht zu entlohnen. Dies geschieht in Anlehnung an die Arbeitsvertragsrichtlinien des Deutschen Caritasverbandes. Die vereinbarten Stundenverrechnungssätze für fachtherapeutische, sozialpädagogische und heilpädagogische Leistungen stellen die tarifgerechte Entlohnung aus unserer Sicht sicher.

Zur Frage 2: Die erbrachten Leistungen werden je Monat und Mitarbeiter bezogen auf die zu betreuenden Sicherungsverwahrten und Gefangenen entsprechend detailliert und prüffähig dargestellt und abgerechnet, sodass für uns jederzeit nachvollziehbar ist, in welchem Umfang Leistungen für die von dieser Vereinbarung betroffenen Gefangenen erbracht worden sind.

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine Nachfrage von Frau Kollegin Dr. Klein. Bitte.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Danke. - Frau Ministerin, jetzt habe ich es vielleicht nicht richtig verstanden. Haben Sie gesagt, diese Betreuung ist nur für die Sicherungsverwahrung und für alle, die davon künftig möglicherweise betroffen seien? In dem Schreiben steht, dass es für alle Sicherungsverwahrten und für alle Gefangenen wäre. Das ist ja nun mehr; denn nicht alle Gefangenen sind möglicherweise von Sicherungsverwahrung betroffen.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Sie haben ja grundsätzlich nach der Zusatzvereinbarung, die wir im Dezember geschlossen ha-

ben, gefragt. Sie bezieht sich ausdrücklich auf die Sicherungsverwahrten und auf die von Sicherungsverwahrung Bedrohten. Denn nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ist dafür eine zusätzliche Therapie notwendig, weil wir Anstrengungen unternehmen müssen, die darauf abzielen, die Sicherungsverwahrung möglichst zu verhindern.

Unberührt davon ist der Grunddienstleistungsvertrag, in dem wir für den Bereich medizinische Leistungen bzw. Sozialtherapie die Stundenkontingente für alle übrigen Gefangenen schon eingekauft haben. Das hatten wir also vorher. Wir haben jetzt eine Erweiterung für die Sicherungsverwahrung. Es sind, so glaube ich, ungefähr 30 Gefangene, die von Sicherungsverwahrung bedroht sind.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Darf ich noch etwas fragen?

Präsident Herr Gürth:

Eine zweite und letzte Nachfrage.

Frau Dr. Klein (DIE LINKE):

Frau Ministerin, wir werden morgen noch einmal über das Thema Dienstleistungsverträge reden. Mich würde einmal interessieren, inwieweit die Firma Kötter, die Sie genannt haben, prädestiniert ist, eine therapeutische oder sozialpädagogische Behandlung anzubieten.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Es gibt konkrete fachliche Vorgaben für die Qualifikation des entsprechenden Personals. Wir suchen das Personal mit aus. Das heißt, sie können ohne unsere Zustimmung keine Person einstellen, sodass durch uns gewährleistet wird, dass die notwendigen Qualifikationen vorhanden sind, um die notwendigen Therapien durchzuführen. - Danke.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Ministerin. - Ich rufe die Frage 4 auf.

(Herr Herbst, GRÜNE, meldet sich)

- Entschuldigung, das ist nicht möglich. Wir sind in einer Fragestunde, Herr Kollege Herbst.

(Frau Dr. Paschke, DIE LINKE: Natürlich ist das möglich!)

- Nein. - Frau von Angern stellt die **Frage 4**. Es geht um die **Auslastung der Jugendsozialtherapeutischen Abteilung der Jugendanstalt Raßnitz**. Bitte.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Mit einem Schreiben vom 27. März 2013 der Ministerin für Justiz und Gleichstellung wurden die Mitglieder des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung darüber informiert, dass die im Dezember 2012 eröffnete jugendsozialtherapeutische Abteilung der Jugendanstalt Raßnitz, die über 24 Plätze verfügt, aktuell durch eine Wohngruppe mit elf Gefangenen belegt ist.

Des Weiteren sei vorgesehen, dass nach einer Einführungsphase die zweite mögliche Wohngruppe mit zwölf Gefangenen belegt werden soll. Momentan seien alle gemäß der §§ 174 bis 180 StGB verurteilten Gefangenen in der jugendsozialtherapeutischen Abteilung aufgenommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Für welchen Zeitraum hat die Landesregierung mit welchem fachlichen Hintergrund die Einführungsphase geplant, und wie wird damit umgegangen, wenn weiterer kurzfristiger Bedarf aufgrund bestehender Voraussetzungen bestehen wird?
2. Durch welches Personal und in welcher Größenordnung wird der für eine jugendsozialtherapeutische Abteilung erforderliche Personalschlüssel realisiert? Bitte darstellen, welches Personal aus welcher Justizvollzugsanstalt bzw. aus der Jugendanstalt in die jugendsozialtherapeutische Abteilung der Jugendanstalt Raßnitz versetzt werden soll.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Kollegin von Angern. - Für die Landesregierung antwortet Ministerin Frau Professor Dr. Kolb.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Herr Präsident, das mache ich sehr gern. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben im September 2012 die jugendsozialtherapeutische Anstalt - kurz Jugend-Sotha - in der Jugendanstalt Raßnitz mit insgesamt 24 Behandlungsplätzen eröffnet. Bis Ende Januar 2013 erfolgte zunächst die Belegung einer Behandlungsgruppe mit elf Plätzen.

Im Vorfeld war bereits durch die Bediensteten ein Behandlungskonzept erstellt worden. Da das Konzept als solches noch keine Aussagen darüber erlaubt, inwieweit es denn praktisch auch funktioniert, sollte mit der Einrichtung zunächst einer Gruppe sichergestellt werden, dass praktische Erfahrungen gesammelt werden und dass im Rahmen einer Einführungsphase festgestellt werden kann, ob die theoretischen Überlegungen praktisch tatsächlich funktionieren.

Es geht dabei um Fragen der Gestaltung des therapeutischen Klimas in einer Wohngruppe, der Durchführung verschiedener Gruppenmaßnahmen, deren Koordinierung, der Integration der tiergestützten Therapie in den Behandlungsablauf, was ein neuer Ansatz der individuellen therapeutischen Behandlung war, und der Koordinierung therapeutischer Maßnahmen mit Arbeit, Ausbildung und Freizeitmaßnahmen. Darüber hinaus ging es um die Stabilisierung des Behandlungsteams, das sich in dieser Gruppe erst neu zusammengefunden hat.

Wir gehen davon aus, dass bei einer sofortigen vollständigen Belegung diese praktischen Erfahrungen nur schwer zu erreichen sind, sodass für eine Einführungsphase, die in der Regel sechs Monate dauert, eben zunächst eine Gruppe eingerichtet wird. Das wird von unserer Seite begleitet. Eine erste Auswertung der Erfahrungen soll im Mai dieses Jahres erfolgen.

Zur Frage eines kurzfristig bestehenden Bedarfs an therapeutischer Behandlung. In der Jugendanstalt Raßnitz besteht die Möglichkeit einer externen Behandlung durch eine Psychotherapeutin. Eine therapeutische Behandlung könnte auch außerhalb der jugendsozialtherapeutischen Anstalt begonnen und dann in der Jugend-Sotha fortgesetzt werden. Es ist aber auch noch ein Behandlungsplatz frei, sodass nach wie vor noch die Möglichkeit besteht, weitere Jugendliche in die Gruppe aufzunehmen.

Zur zweiten Frage. Für den Betrieb der jugendsozialtherapeutischen Abteilung mit 24 Behandlungsplätzen ist nach den Empfehlungen des Arbeitskreises sozialtherapeutische Anstalten im Justizvollzug folgendes Personal erforderlich: zwei Psychologen, zwei Sozialpädagogen, neun Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes, wobei ein Bediensteter als Wohngruppenleiter agiert.

(Unruhe)

- Ich wollte, dass das, was ich sage, auch gehört wird. - Aktuell sind zwei Psychologen, ein Sozialpädagoge und sechs Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes in der Jugend-Sotha tätig. Das Personal stammt bisher aus der Jugendanstalt Raßnitz. Mit der Schließung der Außenstelle in Magdeburg können die daraus entstehenden personellen Ressourcen genutzt und die offenen Stellen des Sozialpädagogen und der drei AVD-Bediensteten entsprechend besetzt werden.

Präsident Herr Gürth:

Danke, Frau Ministerin. Nachfragen gibt es nicht.

Ich rufe die **Frage 5** auf. Sie wird vom Abgeordneten Herrn Wagner gestellt und betrifft den **Einsatz von Honorarkräften im Schulbetrieb der Jugendanstalt Raßnitz**.

Herr Wagner (DIE LINKE):

Der Landesbetrieb für Bildung und Beschäftigung von Gefangenen organisiert den Schulbetrieb für schulpflichtige Gefangene in der Jugendanstalt Raßnitz. Zum einen werden hierfür fest angestellte Lehrer und Lehrerinnen eingesetzt. Zum anderen wird aufgrund unterschiedlicher Bedarfe auf Honorarkräfte zurückgegriffen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele festangestellte Lehrer und Lehrerinnen und wie viele Honorarkräfte arbeiten in der Schule der Jugendanstalt Raßnitz zur Erfüllung der Schulpflicht Gefangener? Ich bitte die Landesregierung, in der Antwort die Anzahl der Lehr- bzw. Honorarkräfte nach Schulformen sowie Unterrichtsfächern zu differenzieren sowie das Stundenvolumen pro Woche aufzuzeigen.
2. Kommt es im Zuge möglicher personeller Engpässe an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt zu Problemen beim Einsatz von Honorarkräften in der Schule der Jugendanstalt Raßnitz? Falls ja, welche Folgen hat dies und wie bewertet die Landesregierung diese Situation?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön. - Auch diese Frage beantwortet für die Landesregierung Ministerin Frau Professor Dr. Kolb.

Frau Prof. Dr. Kolb, Ministerin für Justiz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch diese Frage möchte ich im Namen der Landesregierung beantworten.

Zur ersten Frage. Die Durchführung der Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für die Gefangenen der Jugendanstalt in Raßnitz obliegt unserem Landesbetrieb für Bildung und Beschäftigung von Gefangenen. Die Frage, ob ein Gefangener noch schulpflichtig ist, bestimmt sich nach dessen Alter, den bereits zurückgelegten Bildungszeiten und den gegebenenfalls bereits erworbenen Abschlüssen.

Für den Landesbetrieb sind in der Jugendanstalt Raßnitz fünf fest im Justizvollzug angestellte Lehrerinnen und Lehrer tätig, von denen einer die Niederlassung Raßnitz des Landesbetriebes leitet. Diese fest angestellten Lehrkräfte gewährleisten den Unterricht in den Fächern Deutsch, Sozialkunde, Informatik und Sport.

Neben den fest angestellten Lehrkräften sind in der Schule der Jugendanstalt Raßnitz derzeit 22 Lehrkräfte auf Honorarbasis mit jeweils zwischen zwei bis 23 Wochenstunden tätig. Im schu-

lischen Bereich gewährleisten diese Honorarkräfte den Unterricht in Mathematik, Biologie, Geografie, Kunst, Geschichte und Hauswirtschaft.

Darüber hinaus unterrichten die Honorarkräfte in den neun angebotenen Berufsschulbereichen entsprechende Fächer in den Fachrichtungen Garten- und Landschaftsbau, Tischler, Hochbaufacharbeiter, Bau- und Objektbeschichter, Teilezurichter, Agrarwirtschaft, Holztechnik, Farbtechnik, Raumgestaltung und Metalltechnik, also insbesondere Fächer der berufspraktischen Berufstheorie. Sie sind aber auch zum kleineren Teil in der praktischen Ausbildung eingesetzt.

Zur zweiten Frage. Von den derzeit 22 tätigen Honorarkräften sind zwölf im Hauptberuf an Gymnasien, Berufsschulen, Sekundarschulen und Förderschulen tätig.

Die Personalsituation an den allgemein- und berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt wirkt sich bisher nicht direkt auf den Lehrkräfteeinsatz in der Schule in der Jugendanstalt aus, da es sich hierbei um Nebentätigkeiten handelt. Wir stellen aber fest, dass diejenigen Honorarkräfte, die im Hauptberuf an Schulen außerhalb des Vollzuges tätig sind, zunehmend weniger Spielräume haben, ihre Nebentätigkeit im Vollzug mit ihren eigentlichen Lehrverpflichtungen an der jeweiligen Schule zeitlich zu vereinbaren. - Vielen Dank.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Ministerin. Nachfragen sehe ich nicht.

Ich rufe die **Frage 6** auf. Die Abgeordnete Frau Hohmann bittet um Auskunft über **zusätzliche Bundesmittel für den Kita-Ausbau 2013/2014**.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

1. Kann die Landesregierung sicherstellen, dass 50 % der zusätzlichen Bundesmittel für den Kita-Ausbau 2013/2014, wie von der Bundesregierung verlangt, bis zum 30. Juni 2013 bewilligt sind, und wenn ja, wie, und wenn nein, warum nicht?
2. Hat die Landesregierung eine Schwerpunktplanung/Verlaufsplanung, um die zusätzlichen Finanzmittel für den Kita-Ausbau zielgerichtet und entsprechend den vorgegebenen Fristen einzusetzen, und wenn ja, wie sieht diese aus, und wenn nein, wie erfolgt stattdessen die Verteilung der zusätzlichen Mittel?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete. - Für die Landesregierung antwortet Minister Herr Bischoff.

Herr Bischoff, Minister für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Hohmann, ich beantworte beide Fragen wegen des Sachzusammenhangs im Namen der Landesregierung wie folgt.

Die Landesregierung kann nach derzeitigem Stand sicherstellen, dass bis zum 30. Juni 2013 50 % der zusätzlichen Bundesmittel für den U3-Ausbau bewilligt sind. Die Auswahl der Maßnahmen, die mit diesen Mitteln gefördert werden, ist bereits erfolgt. Die Bewilligung nimmt das Landesverwaltungsamt vor, sobald eine Verknüpfung mit Fördermitteln aus dem Programm Stark III erfolgt ist. Das betrifft elf Projekte.

Weitere 38 Vorhaben werden durch die Landkreise und kreisfreien Städte bewilligt und umgesetzt. Der Umfang beträgt ca. 11 Millionen €. Zur Umsetzung werden mit den Landkreisen und kreisfreien Städten analog zu dem Programm für den Zeitraum von 2008 bis 2013 Zuwendungsverträge abgeschlossen.

Die Auswahl der Projekte wurde seitens des Ministeriums für Arbeit und Soziales anhand der von den Landkreisen und kreisfreien Städten erstellten Prioritätenliste vorgenommen. Die Nachhaltigkeit der Investitionen für 15 Jahre wurde nachgewiesen und auch die Notwendigkeit bei Erhaltungsmaßnahmen ist belegt. Das ist erforderlich, wenn es nicht um zusätzliche Krippenplätze geht. Es liegen Gutachten dazu vor oder es sind Auflagen erteilt worden. Der Abschluss der Investitionen ist bis zum 30. Dezember 2014 vorgesehen.

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Minister. - Nachfragen gibt es nicht.

Ich rufe die letzte Frage in der Fragestunde auf. Die **Frage 7** wird von dem Abgeordneten Herrn Dietmar Weihrich zu den **Abfallgebühren** gestellt. Bitte, Herr Abgeordneter Weihrich.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Urteil vom 16. April 2013 hat das OVG Magdeburg die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle für nichtig erklärt. Als Grund wurde angegeben, dass die teilweise degressive Staffelung der Restmüllgebühr in der Satzung, aufgrund deren die Gebühr bei zunehmender Leistungsmenge unterproportional ansteigt, gegen das aus § 5 Abs. 3a Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes Sachsen-Anhalt (KAG) folgende Gebot einer linearen Gebührenstaffelung verstoße. Nach der Auffassung des Gerichts ist eine degressive Gebührenstaffelung bei der Erhebung von Abfallgebühren nicht zulässig.

Die Stadt Halle beruft sich bei der Ausgestaltung der Satzung auf die Auslegungshilfe des MI zum KAG (MBI. LSA 35/2001, S. 655 ff.), nach der eine degressive Gebührenstaffelung als zulässig angesehen wird.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form wird die Landesregierung auf das Urteil des OVG Magdeburg reagieren?
2. Plant die Landesregierung als Reaktion auf das Urteil eine Änderung des KAG?

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Herr Abgeordneter. - Für die Landesregierung antwortet auf die Frage der Herr Minister für Inneres und Sport.

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Weihrich! Die Begründung zu dem Urteil vom 16. April 2013 liegt uns noch nicht vor. Eine Entscheidung, wie wir mit einem Urteil umgehen, kann erst dann erfolgen, wenn die das Urteil tragenden Gründe vorliegen. Insofern müssen wir abwarten, bis diese vorliegen. Dann können wir entscheiden, wie wir mit dem Urteil in juristischer Hinsicht umgehen - das war Ihre erste Frage - und ob wir eine Gesetzesänderung für erforderlich halten.

Insofern ist Ihre Frage berechtigt. Aber sie kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem wir sie nicht beantworten können, weil uns die Urteilsgründe noch nicht vorliegen.

Präsident Herr Gürth:

Es gibt eine Nachfrage. Herr Abgeordneter Weihrich, bitte.

Herr Weihrich (GRÜNE):

Können Sie dazu dann im Innenausschuss berichten und dies vorher ankündigen, sobald die Urteilsgründe vorliegen und Sie sie geprüft haben? Oder soll ich diese Frage in der nächsten Plenarsitzung noch einmal stellen?

Herr Stahlknecht, Minister für Inneres und Sport:

Es bleibt Ihnen unbenommen, die Frage noch einmal zu stellen. Aber wir können es gern insoweit abkürzen, als wir das Thema im Innenausschuss aufrufen. Vielleicht kann Herr Striegel, der auch im Innenausschuss tätig ist, dies tun. Dann würde ich das dort vortragen.

Wir könnten Ihnen, Herr Weihrich, weil Sie, wie ich glaube, nicht Mitglied des Innenausschusses sind, unsere Entscheidung auch parallel dazu gern zu-

kommen lassen. Wenn wir uns darauf verständigen können, wäre das ein guter Stil unter Kollegen. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Minister. - Nachfragen gibt es nicht mehr. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Zweite Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Zuständigkeiten im Gewerberecht

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 6/1756**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft - **Drs. 6/1971**

Die erste Beratung fand in der 38. Sitzung des Landtages am 20. Februar 2013 statt. Es ist vereinbart worden, hierzu keine Debatte zu führen. Als Berichterstatter hat nunmehr Herr Abgeordneter Tögel das Wort.

Herr Tögel, Berichterstatter des Ausschusses für Wissenschaft und Wirtschaft:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die erste Beratung zu diesem Gesetzentwurf fand in der 38. Sitzung des Landtages am 20. Februar 2013 statt. Der Landtag hat den Gesetzentwurf, der eine Zuständigkeit im Bereich des Gewerberechts regeln soll, zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft und zur Mitberatung an den Ausschuss für Finanzen überwiesen.

Der federführende Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft hat sich erstmals in der 19. Sitzung am 7. März 2013 mit dem Gesetzentwurf befasst. Zur Beratungsgrundlage erklärte der Ausschuss die in einer Synopse vorgelegten Änderungsempfehlungen des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes, die sich auf sprachliche und rechtsformliche Änderungen beschränkten. Der so geänderte Gesetzentwurf wurde einstimmig als vorläufige Beschlussempfehlung an den Ausschuss für Finanzen verabschiedet.

Im Verlauf der ersten Beratung im Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft berichtete die Landesregierung, dass auch die Kammern Interesse daran signalisiert hätten, die Zuständigkeit für das Erlaubnisverfahren zur Ausübung der Finanzanlagenvermittlung zu übernehmen. Die Kammern haben sich unter der Maßgabe, dass die Zuständigkeitsregelung im ersten Quartal 2015 evaluiert wird, mit der Zuständigkeit der Kommunen einverstanden erklärt, auch vor dem Hintergrund, dass

es bei den Kommunen bereits entsprechendes Know-how gibt und der Gesetzentwurf so schnell wie möglich verabschiedet werden sollte.

Der mitberatende Ausschuss für Finanzen befasste sich in der 38. Sitzung am 3. April 2013 mit der vorläufigen Beschlussempfehlung und unterstützte diese einstimmig.

Die endgültige Beschlussfassung erfolgte unter Hinzuziehung der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses für Finanzen in der 20. Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 4. April 2013. In dieser Sitzung votierte der Ausschuss wiederum einstimmig für die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, der vorliegenden Beschlussempfehlung zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank für den prägnanten und konzentrierten Vortrag zur Sache, Herr Abgeordneter Tögel. - Wir treten nunmehr in das Abstimmungsverfahren zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Wirtschaft in der Drs. 6/1971 ein. Zunächst erfolgt die Abstimmung über die selbständigen Bestimmungen. In Anwendung des § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages schlage ich vor, über die vorliegende Beschlussempfehlung in ihrer Gesamtheit abzustimmen. Oder verlangt ein Mitglied des Hohen Hauses Einzelabstimmung? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir dies so tun.

Ich lasse über die Artikelüberschriften abstimmen. Wer den Artikelüberschriften zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Ich sehe Zustimmung bei allen Fraktionen. Möchte jemand dagegen stimmen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich lasse über die Gesetzesüberschrift abstimmen. Wer der Gesetzesüberschrift zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Damit ist das so beschlossen worden.

Ich lasse nunmehr über das Gesetz in seiner Gesamtheit abstimmen. Wer dem Gesetz zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind wieder alle Fraktionen. Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit ist das Gesetz einstimmig beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 9 ist erledigt. Danke schön.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Zweite Beratung

Betreuungsgeld verhindern - § 16 Abs. 4 SGB VIII streichenAntrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/628**Beschlussempfehlung Ausschuss für Arbeit und Soziales - **Drs. 6/1984**

Als Berichterstatter spricht Herr Abgeordneter Knöchel.

Herr Knöchel, Berichterstatter des Ausschusses für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 6/628 zu dem Thema „Betreuungsgeld verhindern - § 16 Abs. 4 SGB VIII streichen“ wurde in der Plenarsitzung am 15. Dezember 2011 eingebracht.

Gegenstand des Antrages war es, die Landesregierung aufzufordern, im Bundesrat den Entschließungsantrag des Landes Baden-Württemberg „Betreuungsgeld stoppen - Bundesmittel zum Ausbau der Kleinkindbetreuung aufstocken“ vom 10. November 2011, Bundesratsdrucksache 718/11, zu unterstützen. Das Land Baden-Württemberg beantragte darin, die Bundesregierung aufzufordern, erstens auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten und einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Streichung des § 16 Abs. 4 SGB VIII beinhaltet, und zweitens sich finanziell stärker an der frühkindlichen Bildung und Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu beteiligen.

Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erbat unter Verweis auf die am nächsten Tag stattfindende Beratung des Bundesrates eine Direktabstimmung über den Antrag.

Für die Koalitionsfraktionen beantragte der Abgeordnete Jantos unter Hinweis auf den Koalitionspartner die Überweisung in den Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dem folgte der Landtag.

482 Tage nach der Plenarsitzung hat sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales in der 27. Sitzung am 10. April 2013 mit dem genannten Antrag befasst. Nach kurzer Beratung wurde einstimmig festgestellt, dass sich der Antrag erledigt hat. Die Erledigung resultiert daraus, dass der Bundesrat bereits in der 896. Sitzung am 11. Mai 2012 beschlossen hatte, die Entschließung zur Verhinderung des Betreuungsgeldes nicht zu fassen.

Das Hohe Haus wird gebeten, dieser Beschlussempfehlung zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Knöchel. - Im Ältestenrat ist vereinbart worden, hierzu keine De-

batte zu führen. Es ist aber Redebedarf signalisiert worden. Besteht Redebedarf? - Ja. Dann rufe ich nunmehr Frau Abgeordnete Hohmann auf.

Frau Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Drei Minuten Redezeit sind schnell verbraucht, deshalb möchte ich an dieser Stelle nicht näher auf das Betreuungsgeld an sich eingehen. Dazu ist im Grunde bereits alles gesagt worden.

Für uns LINKE - das möchte ich jedoch klarstellen - stellt das Betreuungsgeld eine bildungspolitische und eine sozialpolitische Katastrophe dar. Wir lehnen es nach wie vor ab.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Frau Take, CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte allerdings den Fokus darauf lenken zu fragen, was der Landtag mit diesem Antrag überhaupt zu Wege gebracht hat. Ich möchte daran erinnern, dass meine Fraktion diesen Antrag am 15. Dezember 2011 eingebracht hat, und zwar mit der Bitte um Direktabstimmung.

Die Koalitionsfraktionen haben sich um eine klare Positionierung gedrückt und haben unseren Antrag in den Ausschuss überwiesen - das alte Spielchen. Deshalb war der Antrag schon zum damaligen Zeitpunkt im Grunde genommen irrelevant, da absehbar war, dass er lange im Ausschuss schmoren würde.

Gut, zum damaligen Zeitpunkt konnte niemand vorhersehen, dass der Entschließungsantrag des Landes Baden-Württemberg von der Tagesordnung für die Bundesratssitzung am 16. Dezember 2011 genommen werden würde. Dies kam erschwerend hinzu.

Zwischenzeitlich lag der Antrag auch, wie vermutet, sehr lange im Ausschuss. Von den Koalitionsfraktionen wurde er mehrere Male geschoben. Man wolle die anstehende Entscheidung des Bundesrates abwarten, so die Begründung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Grunde ist das Verfahren so gelaufen, dass in der Sache selbst nichts passiert ist und nichts passieren wird. Es bleibt also nur zu hoffen, dass sich die Oppositionsfraktionen im Bundestag dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf zur Aufhebung des Betreuungsgeldes, der am 22. März 2013 vom Bundesrat beschlossen wurde, sehr schnell auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt wird.

Ich appelliere insbesondere an die Kolleginnen und der Kollegen von der SPD, die im Bundestag keinen Koalitionsfrieden wahren müssen wie hier im Land. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete. - Gibt es weiteren Redebedarf? - Den sehe ich nicht.

Dann können wir in das Abstimmungsverfahren zur Drs. 6/1984 eintreten. Wer der Beschlußsempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind Teile der Fraktion DIE LINKE, die Koalitionsfraktionen und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Auch niemand. Dann ist das mit großer Mehrheit beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Beratung

Enquete-Kommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen - bürgernah und zukunftsfähig gestalten“

Antrag mehrere Abgeordnete - **Drs. 6/1963**

Ich bitte nun Frau Abgeordnete Gorr, als Einbringerin das Wort zu nehmen.

Frau Gorr (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

(Im Plenarsaal ist Musik zu hören - Zurufe: Oh!)

Präsident Herr Gürth:

Ich dache, es darf getanzt werden, aber die Musik ist schon zu Ende.

(Heiterkeit)

Bitte.

Frau Gorr (CDU):

Nun gut, es ist der letzte Tagesordnungspunkt, der bedarf vielleicht einer besonderen Begleitung.

Sehr geehrter Herr Präsident! Hoch verehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Sie um diese späte Uhrzeit noch im Plenarsaal zugegen sind! Unter Punkt V Satz 2 des Einsetzungsbeschlusses der Enquete-Kommission „Öffentliche Verwaltung konsequent voranbringen - bürgernah und zukunftsfähig gestalten“ in der Drs. 6/968 wird bestimmt, dass die Kommission dem Landtag neben einem Abschlussbericht jährlich einen Zwischenbericht vorzulegen hat und dass dies erstmals vor der Sommerpause 2013 erfolgen soll.

Die Enquete-Kommission beschloss zu Beginn ihrer Arbeit auf Vorschlag der Hochschule Harz,

eine Status-quo-Analyse in Form einer Befragung durchzuführen. Der Ausgangspunkt hierfür war ein Vorschlagspapier der Hochschule Harz zur Arbeit der Kommission. Die Enquete-Kommission stand der Status-quo-Analyse wohlwollend gegenüber und verfolgte die Absicht, die Auswertung dieser Analyse in den ersten Zwischenbericht aufzunehmen, der, wie eingangs erwähnt, dem hohen Haus vor der Sommerpause 2013 vorliegen sollte.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen einen kurzen zeitlichen Ablauf zur Erstellung dieser Status-quo-Analyse geben. Am 12. Oktober 2012, also bereits in der 3. Sitzung der Enquete-Kommission, wurde die Hochschule Harz, konkret der wissenschaftliche Mitarbeiter der Enquete-Kommission von der Hochschule Harz, gebeten, bis zur Sitzung am 9. November 2012 den Entwurf eines Fragebogens vorzulegen.

Zur 4. Sitzung der Enquete-Kommission am 9. November 2012 lag ein Fragenkatalog als Vorschlag vor, der aufzeigen sollte, welche Möglichkeiten zur Befragung es gibt. Es wurden, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, alle Fragen des Einsetzungsbeschlusses zu den drei Schwerpunkten herangezogen.

Es gab in dieser Sitzung eine Verständigung darauf, dass sich die Obleute gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter mit den jeweiligen Fragen detailliert befassen sollten und dass der Enquete-Kommission ein abschließendes Papier als Beschlussvorschlag zur nächsten Sitzung vorgelegt werden sollte.

Ein Vorschlag der Fraktion DIE LINKE, auch alle nachgeordneten Behörden sowie die kommunale Ebene neben den obersten Landesbehörden in diese erste Befragung einzubeziehen, wurde im Laufe dieses Prozesses nicht angenommen.

Im Ergebnis des Obleutetreffens, von dem ich eben gesprochen habe, legte der wissenschaftliche Mitarbeiter den Kommissionsmitgliedern in der 5. Sitzung am 7. Dezember 2012 drei Fragebögen vor.

(Unruhe)

Präsident Herr Gürth:

Entschuldigung.

Frau Gorr (CDU):

Ich kann verstehen, dass das niemanden interessiert, aber ich möchte es trotzdem verlesen.

Präsident Herr Gürth:

Selbst bei Multitasking-Fähigkeiten: Zuhören und Lärm geht manchmal zusammen, aber selten gut.

Frau Gorr (CDU):

Es ist ein trockenes, aber doch ein wichtiges Thema für unser Parlament.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Ich bitte um höchste Konzentration.

Frau Gorr (CDU):

Im Ergebnis dieses Obleutetreffens legte der wissenschaftliche Mitarbeiter den Kommissionsmitgliedern in der 5. Sitzung am 7. Dezember 2012 drei Fragebögen vor, einen für die Landesregierung, einen für die Hauptpersonalräte

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und einen für das Ministerium der Finanzen, der sich ausschließlich mit der IT- und E-Government-Strategie des Landes Sachsen-Anhalt befasst.

Über die Fragebögen und ihre Adressaten wurde mit folgendem Ergebnis abgestimmt: Fragebogen 1 - acht Jastimmen bei zwei Stimmenthaltungen, Fragebogen 2 - zehn Jastimmen und Fragebogen 3 - zehn Jastimmen. Mehr Kommissionsmitglieder waren nicht anwesend.

Diese Fragebögen wurden am 14. Dezember 2012 mit der Bitte an die Befragten verschickt, sie bis zum 15. Februar 2013 ausgefüllt zurückzusenden. Nachdem der Rücklauf der Fragebögen zum 15. Februar 2013 größtenteils pünktlich erfolgte, konnte der wissenschaftliche Mitarbeiter mit der Auswertung beginnen.

Es stellte sich jedoch in den folgenden Wochen heraus, dass die Auswertung der Fragebögen und die Erstellung des Zwischenberichtes noch vor der Sommerpause 2013 den wissenschaftlichen Mitarbeiter an die Grenzen des Leistbaren brachten, auch wenn ihm eine studentische Hilfskraft an die Seite gestellt wurde.

Dies, meine Damen und Herren, ist darauf zurückzuführen, dass die Auswertung der Fragebögen sich auch deshalb aufwendiger als ursprünglich geplant gestaltet hat, weil anstatt der vom wissenschaftlichen Mitarbeiter der Hochschule Harz vorgeschlagenen rein qualitativen Web-Befragung eine Befragung mittels ausgedruckter Fragebögen vorgenommen werden sollte.

Diese Form der Befragung bot nach Auffassung der Kommissionsmitglieder den Vorteil, dass dadurch den Antwortenden die Möglichkeit eingeräumt wurde, zusätzliche Anmerkungen anzubringen, während bei einer digitalen Fassung lediglich eine Auswahl aus vorgegebenen Antworten möglich gewesen wäre.

Darüber hinaus musste für die Auswertung nunmehr logischerweise erst eine digitale Grundlage

erstellt werden, auf deren Basis die Auswertung erfolgen konnte, während bei einer Web-Befragung bereits eine digitale Rohfassung vorgelegen hätte. Diese veränderten Bedingungen führten letztlich zu einem erhöhten Arbeits- und Zeitaufwand, der so vorher von den Mitgliedern der Enquete-Kommission und auch vom wissenschaftlichen Mitarbeiter nicht abzusehen gewesen war.

Da die Auswertung dieser Fragebögen Bestandteil des Zwischenberichts sein sollte, kamen die Mitglieder der Enquete-Kommission in der 8. Sitzung am 15. März 2013 nach einer umfangreichen Aussprache überein, beim Landtag zu beantragen, die Vorstellung des Zwischenberichtes aufgrund der bereits geschilderten Situation auf die Zeit nach der Sommerpause zu verlegen. Damit würde sowohl dem wissenschaftlichen Referenten als auch der Kommission die erforderliche Zeit eingeräumt, um einen qualitativ hochwertigen Zwischenbericht zu erarbeiten.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass die zeitliche Verzögerung nicht allein, wie schon gesagt, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter anzulasten ist; denn die gesamte Kommission hat sich dafür entschieden, diese Art der Befragung vorzunehmen und die Status-quo-Analyse in den ersten Zwischenbericht einfließen zu lassen.

Um Ihnen eine kleine Vorstellung hinsichtlich des erhöhten Arbeitsumfanges zu geben, sage ich Folgendes. Es wurden insgesamt 112 Fragen an die Landesregierung gerichtet, aus denen sich nach Aussage des wissenschaftlichen Mitarbeiters 3 567 Antwortmöglichkeiten ergaben. Die von der Fraktion DIE LINKE gewünschte noch umfangreichere Befragung hätte die ohnehin schwierige Situation unter Umständen noch verschärft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht der Enquete-Kommission mit dem Ihnen in der Drs. 6/1963 vorliegenden Antrag mehrerer Abgeordneter, den alle Mitglieder der Enquete-Kommission einvernehmlich unterschrieben haben, keineswegs um eine Verzögerung, sondern darum, sich der Themenstellung mit der angemessenen Intensität und Gründlichkeit zuzuwenden; denn schließlich können Sie alle als Adressaten des ersten Zwischenberichts inhaltliche Qualität und eine fundierte Analyse erwarten.

Abschließend möchte ich auch bemerken, dass seit dem Zeitpunkt des Einsetzungsbeschlusses im vergangenen Jahr durch die Landesregierung eine ganze Reihe von Prozessen zu den uns auch heute bewegenden Themen wie Aufgabenkritik und Personalsituation eingeleitet worden sind, die wir in der Enquete-Kommission durchaus kritisch und zeitnah begleiten. Im Namen aller Mitglieder der Enquete-Kommission bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Herr Gürth:

Danke schön, Frau Abgeordnete Gorr. - Es wurde im Ältestenrat vereinbart, den Tagesordnungspunkt ohne Debatte zu behandeln. Gibt es in einer Fraktion Redebedarf hierzu? - Frau Dr. Paschke, bitte.

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In allen Punkten, die Frau Gorr hier aufgezeigt hat, stimmen wir überein, auch hinsichtlich der Fragebögen. Deshalb haben auch wir den Antrag unterschrieben. Dennoch möchte ich auf ein paar Dinge hinweisen, bei denen es, wie wir meinen, noch Reserven gibt.

Erstens. Sowohl in der letzten Enquete-Kommission als auch in der aktuellen Enquete-Kommission ist die Zeitspanne zwischen Einsetzung und erster Sitzung einfach zu lang gewesen. Wir haben kein Enquete-Kommissions-Gesetz, das vorschreibt, wann die erste Sitzung nach der Einsetzung stattfinden muss. Wir sind ein gutes Vierteljahr nach dem Einsetzungsbeschluss zum ersten Mal zusammengekommen. Das war kurz vor der Sommerpause. Dann kam die Sommerpause, so dass die inhaltliche Beratung erst im Oktober 2012 so richtig in Gang gekommen ist.

Die Zeitspanne zwischen Einsetzungsbeschluss und Konstituierung und inhaltlicher Beratung sollte man in Zukunft effektiver gestalten. Jede Fraktion wusste, wie viele Mitglieder sie benennen muss und dass Fachleute in die Kommission hineingehören.

Zweitens. Die Enquete-Kommission steht in den nächsten Wochen vor der Herausforderung, dass sie die zugegebenermaßen sehr umfänglichen drei Schwerpunkte inhaltlich genau auf die Terminstruktur zuschneiden muss. Es geht dabei nicht nur um den Zwischenbericht. Somit wird die Chance gegeben, tatsächlich viele Experten, auch aus anderen Ländern, zu hören. Eine kurzfristige Einladung der Experten führt immer wieder zu der Situation, dass viele Experten absagen, weil sie die Fristen nicht einhalten können.

Drittens. Frau Gorr hat erwähnt, dass wir mit den drei Schwerpunkten, die benannt wurden, sehr stark auch in die tagespolitischen Aufgaben der Landesregierung hineingreifen und auch schon Zwischenergebnisse hören wollen. Wir hoffen, dass die Landesregierung sich dieser - ich sage es einmal so - kollegialen Zusammenarbeit weiterhin und vielleicht etwas engagierter stellen wird und die Termine nicht weiter hinausschiebt, nur weil sie mit ihrer Aufgabenkritik noch nicht ganz fertig ist. Ich denke, dass es Möglichkeiten gibt, um das zu effektivieren.

Viertens. Wir sind nach unserer Meinung hinsichtlich der Erarbeitung des Zwischenberichts an einem Punkt angekommen, an dem die Fraktionen

eingeschaltet werden müssen. Es gab zum Beispiel Vorschläge, in Sachsen-Anhalt ein E-Government-Gesetz zu erarbeiten. Es gehört einfach schon in den Zwischenbericht, dass man sagt: Ja, das streben wir an, oder: Nein, das streben wir nicht an, oder: Das streben wir mehrheitlich an.

In den Zwischenbericht sollen also durchaus schon einige Bewertungen einfließen. In diesem Sinne wünsche ich der Enquete-Kommission eine ergebnisorientierte Weiterarbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Danke, Frau Kollegin Dr. Paschke. Es gibt eine Anfrage an Sie. Möchten Sie sie beantworten? - Ja. Herr Abgeordneter Harms bitte.

Herr Harms (CDU):

Frau Dr. Paschke, stimmen Sie mir darin zu, dass es ein positiver Wert an sich ist, dass es gelungen ist, in einer Enquete-Kommission, die durch einen Minderheitenantrag ins Leben gerufen wurde, alle wesentlichen Entscheidungen im breiten Konsens zu treffen?

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Darin stimme ich Ihnen zu. Ich glaube aber, es könnte noch viel mehr breite Konsensentscheidungen geben.

Präsident Herr Gürth:

Möchten Sie die zweite Nachfrage auch beantworten?

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Natürlich.

Herr Harms (CDU):

Stimmen Sie mir auch darin zu, dass das Land noch im Jahr 2025 mit dieser Enquete-Kommission beschäftigt wäre, wenn wir den Anträgen Ihrer Fraktion zu den Fragen ebenfalls im Konsens gefolgt wären, es sei denn, wir würden eine Extra-Behörde gründen?

Frau Dr. Paschke (DIE LINKE):

Dem Zeitpunkt 2025 kann ich mich im Gegensatz zu den Ausarbeitungen, die der Finanzminister oft macht, nicht anschließen. Ich weiß nicht, wann wir es geschafft hätten.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Präsident Herr Gürth:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Nachfragen gibt es nicht. Weitere Wortmeldungen sehe ich auch nicht.

Dann können wir in das Abstimmungsverfahren eintreten. Wir stimmen über den Antrag in der Drs. 6/1963 ab. Wer dem Antrag mehrerer Abgeordneter zustimmen möchte, den bitte ich um das Karzenzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig beschlossen worden und der Tagesordnungspunkt 17 ist erledigt.

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung. Wir sind am Ende der 43. Sitzung des Landtages angelangt. Wir beginnen morgen um 9 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 10. Damit schließe ich die heutige Sitzung des Landtages.

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr.